



## 125. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 28. Mai 2009

<b>Mitteilungen der Präsidentin</b> .....	14469	Ralf Witzel (FDP).....	14495
		Minister Karl-Josef Laumann.....	14496
		Heike Gebhard (SPD) .....	14498
		Barbara Steffens (GRÜNE) .....	14499
		Rudolf Henke (CDU) .....	14499
<b>1 Keine verantwortungslosen Zahlen- spiele auf dem Rücken von Schüle- rinnen und Schülern – Lehrerstellen- zahl korrekt darstellen</b>		Ergebnis .....	14500
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/9296.....	14469	<b>3 Strompreismanipulationen durch E.on – allein in 2007 ein Schaden von 13 Mrd. Euro?</b>	
Klaus Kaiser (CDU).....	14469	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/9260.....	14500
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) .....	14471	Reiner Priggen (GRÜNE) .....	14500
Ute Schäfer (SPD) .....	14472	Christian Weisbrich (CDU).....	14502
Sigrid Beer (GRÜNE).....	14474	Norbert Römer (SPD) .....	14504
Ministerin Barbara Sommer.....	14475	Dietmar Brockes (FDP).....	14507
Sylvia Löhrmann (GRÜNE) .....	14477	Minister Eckhard Uhlenberg .....	14508
Sören Link (SPD) .....	14478	Ergebnis .....	14510
Ralf Witzel (FDP).....	14479	<b>4 Psychiatrische Versorgung von Kin- dern und Jugendlichen in NRW aus- bauen und konzeptionell weiterentwi- ckeln</b>	
Bernhard Recker (CDU) .....	14481	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/9270.....	14510
Ministerin Barbara Sommer.....	14483	Heike Gebhard (SPD) .....	14510
Ute Schäfer (SPD) .....	14484	Walter Kern (CDU) .....	14511
Klaus Kaiser (CDU).....	14485	Dr. Stefan Romberg (FDP) .....	14513
Sören Link (SPD) .....	14486	Barbara Steffens (GRÜNE) .....	14515
Ministerin Barbara Sommer.....	14486	Minister Karl-Josef Laumann.....	14516
<b>2 Gesetz zum Aufbau der Fachhoch- schule für Gesundheitsberufe in Nordrhein-Westfalen (Gesundheits- fachhochschulgesetz)</b>		Elisabeth Veldhues (SPD) .....	14518
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/9249		Bernhard Tenhumberg (CDU) .....	14520
erste Lesung .....	14487	Dr. Stefan Romberg (FDP) .....	14521
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart .....	14487	Andrea Asch (GRÜNE).....	14521
Heike Gebhard (SPD) .....	14488	Minister Karl-Josef Laumann.....	14522
Rudolf Henke (CDU) .....	14490	Heike Gebhard (SPD) .....	14523
Christian Lindner (FDP) .....	14492		
Barbara Steffens (GRÜNE) .....	14493		
Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU).....	14494		

Ergebnis ..... 14523

Barbara Steffens (GRÜNE) ..... 14546  
Minister Karl-Josef Laumann ..... 14547

**5 Rasches Handeln und gemeinsame Anstrengungen für eine gute Zukunft der Milchwirtschaft in Nordrhein-Westfalen**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/9257 ..... 14523

Josef Wirtz (CDU) ..... 14523  
Holger Ellerbrock (FDP) ..... 14525  
Annette Watermann-Krass (SPD) ..... 14526  
Johannes Rimmel (GRÜNE) ..... 14527  
Minister Eckhard Uhlenberg ..... 14528

Ergebnis ..... 14530

**6 Liste der EU-Agrarsubventionen sofort veröffentlichen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/9079

In Verbindung mit:

**EU-Recht 1:1 umsetzen – Agrar-Subventionen veröffentlichen**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/9068 ..... 14531

Annette Watermann-Krass (SPD) ..... 14531  
Johannes Rimmel (GRÜNE) ..... 14532  
Friedhelm Ortgies (CDU) ..... 14533  
Holger Ellerbrock (FDP) ..... 14535  
Minister Eckhard Uhlenberg ..... 14536  
Wolfram Kuschke (SPD) ..... 14538  
Heinrich Kemper (CDU) ..... 14540  
Holger Ellerbrock (FDP) ..... 14542

Ergebnis ..... 14542

**7 Prävention fördern – Kinder von psychisch kranken Eltern gezielt schützen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/9271 ..... 14542

Ursula Meurer (SPD) ..... 14543  
Rudolf Henke (CDU) ..... 14544  
Dr. Stefan Romberg (FDP) ..... 14545

Ergebnis ..... 14548

**8 Hochschulpakt II darf nicht scheitern – genügend Studienplätze für die nächste Generation schaffen**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/9261

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/9320 ..... 14548

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) ..... 14548  
Dr. Michael Brinkmeier (CDU) ..... 14549  
Karl Schultheis (SPD) ..... 14550  
Christian Lindner (FDP) ..... 14551  
Ministerin Barbara Sommer ..... 14552  
Karl Schultheis (SPD) ..... 14553  
Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) ..... 14554

Ergebnis ..... 14554

**9 Luftverkehrskonzept statt Schlingerkurs – Beschäftigte, Investoren und Anwohner müssen wissen, wohin die Reise geht!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/9268 ..... 14555

Bodo Wißen (SPD) ..... 14555  
Hannelore Brüning (CDU) ..... 14556  
Christof Rasche (FDP) ..... 14558  
Horst Becker (GRÜNE) ..... 14559  
Minister Lutz Lienenkämper ..... 14560

Ergebnis ..... 14562

**10 Migration und Alter**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/9269 ..... 14562

Elisabeth Koschorreck (SPD) ..... 14562  
Michael Solf (CDU) ..... 14564  
Christian Lindner (FDP) ..... 14565  
Andrea Asch (GRÜNE) ..... 14565  
Minister Armin Laschet ..... 14566

Ergebnis ..... 14567

**11 Betreuungsassistentinnen und -assistenten nach § 87b SGB XI nicht auf die Fachkraftquote anrechnen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/9178..... 14567

Ergebnis ..... 14567

**Nächste Sitzung** ..... 14567

**Entschuldigt waren:**

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers

Minister Lutz Lienenkämper  
(16:30 bis 18:30 Uhr)

Minister Dr. Helmut Linssen  
Ministerin Christa Thoben

Werner Jostmeier (CDU)  
(ab 14:00 Uhr)

Theo Kruse (CDU)  
Marc Ratajczak (CDU)

Anke Brunn (SPD)  
(ab 14:00 Uhr)

Marc Jan Eumann (SPD)

Wolfgang Röken (SPD)

Claudia Scheler (SPD)

Elke Talhorst (SPD)



**Beginn: 10:01 Uhr**

**Präsidentin Regina van Dinter:** Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen, 125. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch den Zuschauerinnen und Zuschauern auf den Gästetribünen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **elf Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Auch heute haben wir ein Geburtstagskind. **Geburtstag** feiert **Rainer Bischoff**. Er wird 51 Jahre alt. Herr Bischoff, ich gratuliere Ihnen im Namen aller Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

## **1 Keine verantwortungslosen Zahlenspiele auf dem Rücken von Schülerinnen und Schülern – Lehrerstellenzahl korrekt darstellen**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/9296

Die Fraktionen der CDU und der FDP haben mit Schreiben vom 25. Mai 2009 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und gebe dem Kollegen Klaus Kaiser für die CDU-Fraktion das Wort.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Keiner von der Regierung – außer der Ministerin natürlich!)

**Klaus Kaiser** (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die von der SPD vorgelegten Zahlen zur aktuellen Lehrersituation sind schlichtweg unfair, unseriös und falsch.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Opposition setzt voll und ganz darauf, dass man in einem sehr komplexen und schwierigen Gesamtsystem mit Zahlen operieren und manipulieren kann. Ziel ist es, falsche Zahlen in die Welt zu setzen und Stimmungen zu erzeugen, statt für Sachaufklärung zu sorgen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist hier ein neuer politischer Stil. Sie beginnen auf dem Rücken unserer Schülerinnen und Schüler einen parteipolitischen Kleinkrieg, wie ich ihn bisher noch nicht erlebt habe.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Denn, Frau Schäfer – das ist mein Vorwurf –, obwohl Sie es als ehemalige Schulministerin nicht nur besser wissen müssten, sondern auch besser wissen, greifen Sie in die tiefste Kiste des Populismus. Sie behaupten Zahlen, die nicht seriös ermittelt sind.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD)

Sie missbrauchen ein heute noch intransparentes und komplexes System der Steuerung der Lehrerversorgung zur populistischen Stimmungsmache. Sie setzen darauf, dass falsche Behauptungen nur schwer plakativ und anschaulich zu widerlegen sind. Ich werfe Ihnen vor, Frau Schäfer: Sie wissen es besser. Denn im Jahre 2004, genau am 3. September, haben Sie auf einer Pressekonferenz gesagt – ich darf zitieren –:

Die Unterrichtsversorgung ist Grundlage jeder Bildungspolitik. Ich hatte Ihnen schon im vergangenen Jahr gesagt, dass ich möchte, dass jede Schule ein sogenanntes Schulkonto bekommt. Das heißt, dass sie darüber informiert wird, wie viele Stellen ihr nach unseren Berechnungen zustehen.

Weiter heißt es:

Ich will noch weitergehen und im Sinne einer umfassenden Transparenz die tatsächliche Stellenbesetzung an jeder Schule für jedermann offenlegen.

Das haben Sie dann aber nicht getan; das haben Sie nicht geleistet. Der Grund dafür ist ganz einfach: Sie konnten es nicht, weil Ihr Instrumentenkasten dies gar nicht ermöglichte.

(Beifall von CDU und FDP)

Denn erst mit dem neuen Schulinformations- und Planungssystem SchIPS, das die jetzige Regierung eingeführt hat, wird es auf Dauer möglich sein, das zu leisten, was Sie damals angekündigt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren von der Opposition, zur Lehrerversorgung haben Sie am Dienstag genug gehört, als Sie die Anhörung zur Lehrerversorgung beantragt haben. Alle Expertinnen und Experten, die mit Leitung von Schule zu tun haben, haben gesagt: Es hat erhebliche Verbesserungen bei der Lehrerversorgung in Nordrhein-Westfalen gegeben.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist nicht die Information der Landesregierung, sondern die Information derjenigen, die jeden Tag den Schulalltag zu bestimmen haben.

Vielleicht befassen wir uns mit Ihrem Zahlenwerk. Im Jahre 2005 hatten wir 2.694.794 Schülerinnen und Schüler und 144.955 Lehrerstellen. Im Jahre 2009 haben wir 107.941 Schülerinnen und Schüler weniger, aber 6.915 Lehrerinnen und Lehrer mehr.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Martin Börschel [SPD])

– Ich komme gleich noch darauf. – Diese Stellenzahl haben wir zusätzlich eingerichtet und durchfinanziert und gleichzeitig 7.530 Stellen bei Lehrerinnen und Lehrern belassen, die eigentlich aufgrund der zurückgehenden Schülerzahlen hätten abgebaut werden müssen. Kurzum: Wir haben eine Verbesserung der Lehrerversorgung von 14.445 Stellen.

(Beifall von der CDU)

14.445 Stellen! – Selbst wenn man Ihre Zahlen, die nicht seriös und die falsch sind, noch in Betracht ziehen würde, hätten wir immer noch eine Verbesserung von mehr als 10.000 Stellen gegenüber Ihrer Zeit.

(Ute Schäfer [SPD]: Es geht nicht um Stellen, sondern um Lehrer!)

Frau Schäfer, diese Zahlen möchte ich mit Ihren Aussagen konfrontieren. Denn Sie hatten damals in Ihrer Zeit gesagt: Ab 2008 brauchen wir überhaupt keine neuen Stellen, und wir können bis 2013 noch 16.000 Stellen abbauen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das muss man sich einmal vorstellen! Und jetzt erdreisten Sie sich, kommen hierhin und wollen herumäkeln! Das ist für mich vollkommen unverständlich. Wenn wir uns Ihre Zahlen angucken, dann können wir leicht belegen, dass Sie unseriös arbeiten.

(Zurufe von der SPD)

– Regen Sie sich doch nicht auf! – Sie haben bei der Erhebung der Zahlen methodisch unsauber gearbeitet. Sie greifen auf statistische Angaben zurück, ohne eine Fehlerquote einzubeziehen. Bei Meinungsforschern liegt sie bei etwa 2,5 %. Wenn man hier eine Fehlerquote von 2 % einrechnete, redeten wir schon von 3.020 Stellen.

(Carina Gödecke [SPD]: Also arbeitet das Ministerium unsauber!)

Sie haben bei der Verarbeitung der Daten, die Sie durch Kleine Anfragen ermittelt haben, alle Bedenken und Vorausbemerkungen seitens der Landesregierung außen vor gelassen.

(Sören Link [SPD]: Ich kann doch keinen Lehrer mitzählen, der nicht da ist, Herr Kaiser!)

– Ich zähle Ihnen einmal auf, was Sie alles außen vor gelassen haben: Beginn oder Beendigung von

Erziehungsurlaub, Elternzeit oder Alterszeit, Beurlaubungen, Veränderungen im Beschäftigungsumfang, zahlreiche Neueinstellungen. Das heißt, wenn im Moment ein Ausschreibungsverfahren lief, haben Sie es als nicht besetzte Stelle registriert, obwohl die Besetzung unmittelbar bevorstand. Das ist unseriös, was Sie da machen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Anhaltende Zurufe von der SPD)

– Ich verstehe ja, dass Sie so laut werden. – Sie haben lediglich die Stellenunterhänge einbezogen, aber nicht die Stellenüberhänge. Das heißt, da, wo an den Schulen zu wenig Lehrer waren, haben sie es berechnet; da, wo zu viel waren, haben Sie es nicht berechnet. Da reden wir von landesweit 2.000 Stellen. Auch das ist unseriös, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der SPD: Das nützt den Schulen ja auch nichts, bei denen die Lehrer fehlen!)

Sie haben weiterhin die Statistik der Kapitalisierung nicht berücksichtigt. Sie haben nicht berücksichtigt, dass wir 600.000 Unterrichtsstunden als Überstunden bezahlt haben. Das sind etwa 800 Stellen. Auch haben Sie die Vertretungsreserve an den Grundschulen vollkommen außen vor gelassen. Das heißt, alles, was Sie gemacht haben, ist unseriös, und deshalb ist Ihr ganzes Zahlengerüst eine Behauptung, die durch nichts zu belegen ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Das, denke ich, ist eine neue Form des Populismus, die wir hier vorfinden.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das ist Betrug!)

Meine Damen und Herren, damit wir die Zahlen noch ein bisschen mit der Wirklichkeit zusammenbringen, verweise ich auf etwas, was ich gestern gelesen habe: Die Kollegen aus dem Hochsauerlandkreis haben kundgetan, dass in diesem Kreis 83 Stellen nicht besetzt seien. Eine Nachfrage bei der Bezirksregierung ergab, dass im Hochsauerlandkreis nach AVO zehn Stellen mehr besetzt sind, als diesem Kreis zustehen. Das genaue Gegenteil ist also der Fall. Das ist eben die Unseriosität, mit der sie hier vorgehen.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir ignorieren nicht, dass es Probleme bei der Vertretungsregelung gibt, weil der Lehrermarkt leer ist. Wir ignorieren nicht, dass ein Fachlehrermangel heraufzieht, weil Sie früher den Lehrerberuf verunglimpft haben.

(Beifall von CDU und FDP)

An diesen Punkten müssen wir arbeiten und ansetzen. Aber mit dem Machwerk, was Sie hier vorgelegt haben, Frau Schäfer und die SPD, mit diesem unseriösen Beitrag haben Sie sich aus der ernsthaft-

ten Diskussion um die Lehrerversorgung in Nordrhein-Westfalen vollkommen verabschiedet!

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Kaiser. – Für die FDP spricht nun die Kollegin Pieper-von Heiden.

**Ingrid Pieper-von Heiden (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „4.000 Lehrerstellen zu wenig“ ist eine schamlose Behauptung von Ihnen und schlichtweg falsch, Frau Schäfer.

(Sören Link [SPD]: 4.000 Lehrer!)

16.000 Lehrerstellen bis 2013 dagegen einfach ausradieren, das war Ihr letztes Regierungszucken kurz vor Ihrer Niederlage bei der letzten Landtagswahl.

(Beifall von FDP und CDU)

Ihre statistischen Rohrkrepierer sollten Sie endlich begraben, Frau Schäfer. Ich habe immer geglaubt, dass es so etwas wie eine nacheilende Verantwortung für ehemalige Minister gibt. Aber Sie pfuschen und turnen auf Zahlen herum, dass es für einigermaßen kundige Mitmenschen einfach nur peinlich ist, und andere, die nicht so eng mit dieser komplexen Materie verwoben sind, verunsichern Sie mit Ihrem Lügenkonstrukt.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Schamlos!)

Frau Schäfer und die SPD sind ja bereits mehrfach wegen Statistik-Verdrehungen und versuchter Täuschungen der Menschen aufgefallen–

(Beifall von FDP und CDU)

Aber jetzt will ich hier einmal die Fakten gerade rücken: FDP und CDU haben bis zu diesem Schuljahr 6.915 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen.

(Zuruf von der SPD: Es geht um Lehrer!)

Der Unterrichtsausfall konnte von 4,4 % unter Rot-Grün auf 2 % im Jahr 2008 mehr als halbiert werden. Der Lehrerberauf wird in Nordrhein-Westfalen inzwischen zu 103,5 % abgedeckt. Das sind vier Prozentpunkte mehr als zuletzt unter Rot-Grün. Außerdem haben wir heute rund 65.000 Schüler weniger als unter Rot-Grün. Damals gab es knapp 145.000 Lehrerstellen. Heute haben wir deutlich mehr als 151.000 Lehrerstellen. Das ist der Unterschied, Frau Schäfer: weniger Schüler, aber deutlich mehr Lehrer.

(Zuruf von der SPD: Stellen!)

Sie wollten gemeinsam mit den Grünen bis 2013 – ich sage es noch einmal – 16.000 Lehrerstellen abbauen.

Doch damit nicht genug: Sie haben uns mit Ihren Vorgriffsstellen eine schwere Hypothek für die Zu-

kunft aufgeladen. Sie wollten keine neuen Lehrer einstellen und haben das auch im ganzen Land verkündet.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie haben die Lehrer als Vorgriff einfach mehr arbeiten lassen und damit einen verantwortungslosen Wechsel auf die Zukunft ausgestellt.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir müssen nun Ihren Raubbau an der Bildung heute beheben. Allein im Schuljahr 2009/2010 müssen wir mit 2.416 Jahresausgleichsstellen für Ihre Vorgriffshypothek bezahlen, Frau Schäfer.

(Sören Link [SPD]: Wer hat das denn damals gefordert? Das war doch die CDU, die das gefordert hat! Jetzt hören Sie doch auf, hier herumzulügen!)

Hätten Sie das damals nicht gemacht, hätten wir sie zusätzlich im System!

(Beifall von FDP und CDU)

Wenn die SPD jetzt behauptet, es fehlten 4.000 Lehrer, dann unterschlägt sie dabei 750 Stellen bei der Überschreitung des Personalbedarfs, 730 Stellen bei der Vertretungsreserve an Grundschulen, 1.000 Stellen bei den flexiblen Mitteln für den Vertretungsunterricht, 1.790 kapitalisierte Stellen im Ganztagsangebot. Zusammen macht dies 4.270 Stellen aus. Also haben wir selbst nach Ihrer Milchmädchenrechnung unterm Strich 270 Lehrerstellen im Haben und nicht Ihre 4.000 Stellen im Soll. Das sollten Sie sich mal auf der Zunge zergehen lassen.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, FDP und CDU haben in den vergangenen Jahren durch zusätzliche Lehrerstellen und durch den Verbleib der Demografiegewinne im System die Personalausstattung an den Schulen deutlich verbessert. Diese Verbesserungen im Vergleich zu Rot-Grün wurden auch in der Anhörung am Dienstag dieser Woche von allen Experten grundsätzlich bestätigt.

Nur Frau Schäfer hat in ihrer Pressemitteilung erneut das genaue Gegenteil dieser Aussagen behauptet. Wahrnehmungsstörungen oder Realitätsverweigerung nennt man das.

(Ralf Jäger [SPD]: Ist klar!)

Meine Damen und Herren, die wiederholten Täuschungskampagnen der gescheiterten ehemaligen Schulministerin Schäfer haben aber auch noch einen weiteren bitteren Beigeschmack. Welchen Einfluss hat ein solcher unseriöser politischer Stil eigentlich auf unser demokratisches Gemeinwesen?

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Wenn das Politikverständnis der SPD jetzt offensichtlich nur noch auf dem Hantieren mit objektiv

falschen Zahlen beruht, frage ich mich schon, welchen Eindruck dies auf die Menschen im Lande haben muss.

(Ralf Jäger [SPD]: Das werden wir 2010 sehen!)

Die Menschen im Lande durchschauen dies. Die SPD selbst begreift es offenbar nicht. Sie handelt nämlich nach der Devise: Die Schäferin marschiert mit unseriösen Zahlen voran, und die SPD-Herde trappelt kritiklos hinterdrein.

(Zurufe von der SPD)

Das ist Fakt! Die Lautstärke steht immer umgekehrt proportional zur Wucht der Argumente. Das wissen Sie, das sollten Sie sich auch merken. Sie haben gar keine Argumente in diesem Zusammenhang. Sie kritisieren immer nur herum. Sie suchen sich irgendwelche Zahlen, bauen daraus ein Wolkenkuckucksheim, ein Konstrukt, versuchen die Menschen im Land zu verunsichern. Wir müssen – und tun dies auch – im Detail darlegen, wie die Situation wirklich aussieht. Die Situation ist hervorragend.

(Beifall von FDP und CDU – Zurufe von der SPD)

Sie hätten es nie geschafft, so viele Lehrerstellen zu schaffen. Sie wollten 16.000 abbauen. Ich hoffe, dass Sie noch die Grundzüge der Mathematik beherrschen, dass ich Ihnen nicht ausrechnen muss, wie groß die Differenz zwischen 16.000 abgebauten Lehrerstellen und 6.915 zusätzlichen Mehreinstellungen ist.

(Martin Börschel [SPD]: Kann man nicht Ihre Redezeit verlängern?)

Das rechnen Sie einmal in einer ruhigen Minute aus. Dann sollten Sie in sich gehen, ein bisschen stiller werden. Wenn Sie im Land Erfolg haben wollen – ich muss Ihnen das nicht unbedingt wünschen –, dann sollten Sie ein bisschen zur Seriosität zurückkehren. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Pieper-von Heiden. – Für die SPD spricht nun die Kollegin Schäfer.

**Ute Schäfer (SPD):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Alle hier im Saal wissen genau, worum es heute geht. Was die CDU und die FDP hier versuchen, ist schlicht und einfach ein Ablenkungsmanöver davon,

(Beifall von der SPD – Helmut Stahl [CDU]: Trickserie!)

dass Sie den Wählerauftrag, den sie 2005 aufgrund Ihrer Versprechungen bekommen haben, nicht erfüllen. Das ist der Punkt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Damit das auch ganz klar ist: Mein Auftrag und der Auftrag der SPD lautet – wir haben auch einen Wählerauftrag –, wir sollen nämlich die Regierung nicht unenttarnt entkommen lassen, wenn sie ihre Wahlversprechen bricht. Und das tun Sie zurzeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Deshalb geht es hier nur um eine einzige Frage: Hat Jürgen Rüttgers das Wahlversprechen aus 2005 eingelöst?

(Helmut Stahl [CDU]: Minus 16.000!)

Wir erinnern uns: Es sollten viele Lehrer wegen Unterrichtsausfall an den Schulen des Landes eingestellt werden. Ich spreche von Lehrern. Von 4.000 bis 8.000 war damals zu hören. Der Unterrichtsausfall von seinerzeit 5 Millionen Stunden sollte behoben werden,

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

und, Herr Kaiser – es klingt mir noch in den Ohren –, Unterrichtsgarantie war das Zauberwort der CDU.

(Beifall von der SPD)

Ein Unterrichtsausfallgesetz hat die FDP versprochen. Und, Nummer drei: Die Klassen sollten kleiner werden. Um die drei Dinge geht es hier.

In der Regierungsverantwortung sind Sie jetzt angekommen. Da machen Sie seit vier Jahren phantastische Zahlenspiele auf mit Lehrerstellen. Die Zahlen variieren zwischen 4.000 und 15.000. Aber irgendwann haben Sie dann doch eine gemeinsame Sprachregelung gefunden. Die Zahlen nahmen ständig zu. Einziges Manko: Die Klagen über Unterrichtsausfall wurden auch nicht weniger, sondern sie nahmen eher zu.

(Beifall von der SPD)

Und das hat dann die CDU mit der eigenen Umfrage im letzten Jahr zur Bildungspolitik selber bestätigt. Sie haben eine Umfrage in Auftrag gegeben. Auf der Top Ten sind die größten Probleme genannt, die Eltern an den Schulen in Nordrhein-Westfalen letztes Jahr beklagten. Platz eins: zu wenig Lehrer; Platz zwei: zu viel Stundenausfall; Platz drei: zu große Klassen.

(Beifall von der SPD)

Was hatte Jürgen Rüttgers versprochen? – Mehr Lehrer, weniger Unterrichtsausfall, kleinere Klassen. Fehlanzeige zumindest im Jahre 2008!

Erste Beweise, dass die Landesregierung den Menschen mit voller Absicht Sand in die Augen streute, haben Sie nachgeliefert – nicht unsere Zahlen, die Zahlen der Landesregierung in der Unterrichtsausfallstatistik im August letzten Jahres: 4 % der ausgewiesenen Stellen waren in der Realität nicht besetzt. Das heißt, 5.800 Stellen fehlten nach Ihrer eigenen Unterrichtsausfallstatistik an den Schulen

des Landes. Das war die Geburtsstunde des virtuellen Lehrers.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das war eine Hochrechnung. Dann wollten wir das aber gerne genauer wissen. Deswegen haben wir uns nichts ausgedacht, sondern die Landesregierung befragt. Wir haben da zwei Ordner mit über 80 Kleinen Anfragen. In den Antworten auf diese Kleinen Anfragen sind die Zahlen der Landesregierung, Herr Kaiser – nicht unsere ausgedachten. Zur Auswertung brauchten wir nur einen kleinen Rechner zu nehmen, eine Excel-Tabelle zu machen, das war alles kein Problem. Und siehe da: Nach der Summe dieser Zahlen, die man zusammengerechnet hat, fehlen an 2.600 Schulen über 4.000 Lehrkräfte.

(Helmut Stahl [CDU]: Haben Sie schon einmal was von Methodik gehört? – Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja, das ist Ihre Methodik!)

Am stärksten betroffen sind die Grundschulen und die Berufskollegs. In Berufskollegs sind es knapp 1.000 Lehrerinnen und Lehrern, die fehlen. Lehrer und Lehrerinnen, die nicht da sind, können natürlich auch keinen Unterricht erteilen. Wenn also 4.000 Lehrkräfte fehlen, dann ist mit Sicherheit allein dadurch ein Unterrichtsausfall von 4 Millionen Stunden vorprogrammiert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Jetzt kommt noch eins, wieder seriös, nur mit diesen Zahlen gerechnet.

Darin haben wir noch nicht die ausgefallenen Stunden eingerechnet, die Sie selbst in Ihrer Unterrichtsausfallstatistik mit über 1 Million beziffern: Das sind nämlich die Stunden, die aufgrund von Krankheit, Fortbildung und Elternzeit ausfallen. Die haben wir gar nicht eingerechnet. Wenn man die noch einrechnet, sind wir bei 5 Millionen ausgefallener Stunden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Kopfnoten!)

Wenn wir dann über die Kopfnotenerlasse nachdenken, die auch noch einmal 1 Million Stunden Unterrichtsausfall nach sich ziehen, kommen wir locker noch um 1 Million höher.

Ich will nur einmal sagen: In den beiden Ordnern sind 4 Millionen ausgefallene Unterrichtsstunden dokumentiert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist Ihre Situation, und die müssen Sie lösen. Das heißt also: Wer hier Verwirrspiele macht, ist durch meine Ausführungen ziemlich deutlich geworden.

Sie fordern immer noch mehr Stellen. Ich sage Ihnen aber: Die Lehrerstellen, die Sie schaffen, sind oftmals „Leerstellen“ – mit zwei „e“. Das ist die Situation. Davon haben wir 4.000 aufgedeckt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dann können wir in diesen Ordnern auch noch nachlesen, dass in über 9.000 Klassen an unseren Schulen mehr als 30 Schülerinnen und Schüler sitzen.

(Ralf Witzel [FDP]: Wie war das denn bei Ihnen?)

– Wir reden doch über Ihre Wahlversprechen, Herr Witzel. Über Ihre Wahlversprechen reden wir, nicht über das, was in der Vergangenheit war.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Der Auftrag meiner Wähler ist, Sie mit diesen Zahlen nicht entkommen zu lassen. Den nehme ich wahr.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Jetzt haben wir die Situation, dass Sie keine Lehrer bekommen.

(Zurufe)

Das heißt, statt Lösungen für die Besetzung dieser 4.000 offenen Stellen zu präsentieren, schaffen Sie auch noch den Mangelfacherlass ab, was dafür sorgt, dass ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, die an die Berufskollegs gehen können, in die Nachbarbundesländer abwandern. Damit machen Sie die Situation an unseren Berufskollegs noch einmal dramatischer.

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen: In den beiden Ordnern – rechnen Sie das auch einmal nach – ist festgehalten, dass an 2.600 Schulen 4.000 Lehrerstellen unbesetzt sind. Sie haben damit 4 Millionen Stunden Unterrichtsausfall produziert, und Sie haben 9.000 Klassen, in denen 30 und mehr Schülerinnen und Schüler sitzen.

Das ist das, was Sie nach vier Jahren Regierungsverantwortung hier präsentieren. Lösungen schaffen Sie nicht, sondern Sie reden sich hier mit Zahlenspielen und Statistiken heraus. Das wollen die Menschen nicht mehr hören. Die Menschen wollen, dass der Unterricht erteilt wird, den Sie vor der Wahl versprochen haben.

(Beifall von der SPD)

Insofern haben Sie einen Auftrag nicht erfüllt, und ich bin gespannt, wie die Wählerinnen und Wähler das bei der nächsten Landtagswahl quittieren werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Frau Schäfer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Beer.

**Sigrid Beer** (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus den Debattenbeiträgen von Herrn Kaiser und Frau Pieper-von Heiden kann ich nur eine Forderung ableiten: Statistik ins Zentralabitur, bitte verbindlich für alle!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Aber dann müssen wir natürlich die Sorge haben, dass eine solche hochprekäre Aufgabe vom Politikkommissar Winands aus dem Verkehr gezogen wird.

(Beifall von den GRÜNEN – Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: Von wem?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist schon erstaunlich, dass wir heute hier von den Mitgliedern der Koalition der Ernüchterung mitbekommen, dass sie immer wieder der Versuchung erliegen, sich im Landtag bezüglich der Lehrerstellenfrage unsanft auf den Boden der Wirklichkeit holen zu lassen. Tatsachen und Schulrealitäten kommen bei ihnen offensichtlich leider nicht an. Wer hier manipuliert und wer peinlich ist, werden wir in der Tat noch sehen.

Beinahe täglich überbieten Sie sich in der Frage, wie viele Lehrerstellen neu geschaffen worden sind. Ich darf einmal kurz aufzählen, was so im Angebot ist. Laut Schulministerin Sommer – Pressemitteilung vom 20. Mai – werden bis zum Schuljahr 2009/2010 6.915 Stellen zusätzlich geschaffen. Der FDP-Vorsitzende Pinkwart sprach auf dem FDP-Parteitag von 7.000 Stellen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist doch der gerundete Wert!)

Gerne wird die Zahl von 14.445 Stellen in den Raum geworfen, die sich aus der Zusammenzählung neuer Stellen und der aufgrund angeblicher Demografieeffekte frei werdenden Stellen errechnet. Auch Herr Kaiser hat das heute hier vorgetragen.

(Christian Lindner [FDP]: Die sollten von Ihnen abgebaut werden!)

Herr Aldejohann, bekanntlich Abteilungsleiter im Schulministerium, hat auf der Tagung des VBE am 18. Mai verkündet – ich zitiere –:

Es sind mittlerweile mehr als 5.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer. Darüber hinaus wurden über 4.000 Stellen, die aus den rückläufigen Schülerzahlen frei wurden, im Schulbereich belassen.

Nach Adam Riese sind das zusammen 9.000 Stellen. In den Angaben haben wir also locker eine Schwankungsbreite von schlappen 5.445 Lehrerstellen. Alle Achtung, meine Damen und Herren! Die Bandbreitenregelung hatte ich bisher allerdings nicht so verstanden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Das ist der Unterschied zwischen brut-

to und netto! – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Herr Witzel, seien Sie vorsichtig mit brutto und netto!)

Jetzt nehmen wir einmal an, die Zahlen aus dem Ministerium – also irgendetwas zwischen 5.000 und 6.915 bis 2010 – würden stimmen. Dann will ich das einmal mit einer bisher unstrittigen Vergleichsgröße messen. Rot-Grün hat bis 2005, in finanzpolitisch schwieriger Zeit – auch über eine Arbeitszeiterhöhung, aber de facto –, 8.100 Stellen zusätzlich ins System gebracht, ohne Ersatz für Pensionen einzurechnen. Aber bleiben wir einmal bei Ihrer Bilanz.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Weil die Schülerzahlen gestiegen sind!)

– Herr Witzel, jetzt müssen Sie hier nicht das ideologische, marktradikale Kasperl geben. Bitte seien Sie doch einmal ruhig!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nicht nur, dass Sie Ihre Zahlen nicht klar kriegen und ständig neue Mogelpackungen zu verkaufen suchen: Sie sind zudem auch noch unredlich, was die Zuordnung der Lehrerstellen zu den einzelnen Bedarfen angeht. Sie sind die einzigen staatlich lizenzierten Hütchenspieler, die ich hier kenne.

(Heiterkeit und Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn die Frau Ministerin ausführt, deshalb würden bis zum Schuljahr 2009/2010 real netto 6.915 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen, wird damit der Öffentlichkeit suggeriert, es würde tatsächlich in diesem Umfang Stellen für den Unterrichtsgrundbedarf und damit in Gänze gegen den Unterrichtsausfall geben. Das ist nachweislich falsch.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wer manipuliert? Wer ist peinlich? Es ist ein Tuschenspielertrick, wenn die Landesregierung die simple Umwandlung von 900 Angestelltenstellen aus „Geld statt Stellen“ in Planstellen als die Schaffung zusätzlicher Stellen bezeichnet und in ihre Bilanz einrechnet.

Der Großteil der zusätzlichen Stellen wurde zudem für neue und – das sage ich deutlich – unbestritten wichtige und wünschenswerte bildungspolitische Maßnahmen geschaffen. Das trifft insbesondere auf den Ganztagsunterricht zu und macht alleine 2.620 Stellen in den verschiedenen Schulformen aus. Das hat nichts, aber auch rein gar nichts mit dem Grundbedarf zu tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Hinzu kommen Ihre Hütchenspielereien. Eine einzelne neue Stelle wird immer so angepriesen, als sei sie unter all den verschiedenen Hütchen gleichzeitig: unter dem Hütchen gegen Unterrichtsausfall oder für individuelle Förderung, unter dem Hütchen

für den Ganztagsausbau oder für ergänzendes Personal.

Wenn die Eltern und Schulen die Hütchen aufdecken und darunter nichts finden, dann fühlen sie sich in der Tat auf den Arm genommen und getäuscht.

Seien Sie doch einmal ehrlich: In der Anhörung am Dienstag haben wir es genauso gehört. Die Bemühungen werden anerkannt, aber Sie wissen doch genau, was es aussagt, wenn auf einem Zeugnis steht: Sie bemühte sich.

(Ralf Jäger [SPD]: Stets bemüht!)

Ja, Sie haben es zwar gern in Ziffernoten, aber das verkneife ich mir. Nehmen Sie doch bitte lieber die Textfassung, in der bekommen Sie nämlich auch eine Lernentwicklungsberatung gleich dazu.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Von Ihnen, oder was?)

Erstens. Machen Sie Schluss mit der versuchten Wählertäuschung! Die Lehrerstellen, die Sie in Ihren Statistiken aufführen, sind zum Teil virtuelle Stellen, die nicht besetzt sind.

Zweitens. Machen Sie Schluss mit dem Schönen Ihrer Statistiken! Die Sprecherin der LandesschülerInnenvertretung hat doch eindrucksvoll verdeutlicht, was in ihrer Statistik alles gar nicht erst als Unterrichtsausfall auftaucht. EVA schlägt zu. Eigenverantwortliches Arbeiten heißt dann gern einmal: In der Mathestunde, in der kein Lehrer da ist, wäre eigentlich das folgende Thema behandelt worden. Dafür gibt es heute ein Arbeitsblatt extra. – Das ist Realität in den Schulen.

Dass der Unterrichtsausfall in diesem Land de facto viel größer ist, als Sie uns weismachen wollen, hat nicht nur die Auflistung der Kleinen Anfragen ergeben, sondern das haben Ihre eigenen Daten zur Unterrichtsausfallstatistik belegt. In einzelnen Schulen gibt es eine Unterdeckung bis zu 18 %. Die durchschnittliche Stellenbesetzung ist vom Jahr 2005 von 99,5 % auf 100,1 % im Jahr 2008 gewachsen. Das ist eine Steigerung von sage und schreibe 0,6 Prozentpunkten. Der Stellenplan weist zugleich 104,1 % aus. Das heißt, dass 4 % der Lehrerstellen nur virtuell sind, weil sie nicht besetzt sind.

Wenn Sie, Frau Ministerin, angesichts dieser Fakten von Lügenmärchen der Opposition sprechen, dann müssen Sie gewaltig aufpassen, wem die Pinocchio Nase wächst.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es wäre in der Tat gut, Frau Ministerin, wenn Sie Ihre eigenen Pressemitteilungen genauer lesen würden. So verkündeten Sie am 1. August 2008: NRW stellt zum 1. August 3.100 und zum Frühjahr 2.466 neue Lehrer/-innen ein.

(Ralf Witzel [FDP]: Und Lehrer!)

Das heißt: 5.566 insgesamt. Damit sollten auch die ausscheidenden Lehrkräfte ersetzt werden. Ihre eigenen Zahlen zum Einstellungsbedarf sagen allerdings, dass sie für diesen Zeitraum eigentlich 6.190 Lehrkräfte brauchen. Das heißt unterm Strich: Hier fehlen schon wieder 524 Stellen.

Aus der Beantragung der Aktuellen Stunde von CDU und FDP heute lernen wir, dass Papier geduldig ist. Ich finde, Ihr Papier ist hier wirklich dreist angesichts dessen, dass Sie Klarheit fordern und tagtäglich Wählertäuschung vollziehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist der Versuch, eine Mogelpackung unter das Volk zu bringen. Bedarfe in der Schule werden falsch verbucht. Es sind virtuelle Lehrerstellen und nicht wirkliche Menschen, die in der Schule ankommen. So dumm sind Eltern, Schülerinnen und Kollegen nicht, dass sie das nicht merken. Nur Sie haben noch nicht gemerkt, dass Sie Pinocchio mit seiner Nasenlänge gegen Sie heute früh mal wieder keine Chance gegeben haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Frau Beer. – Für die Landesregierung spricht nun Schulministerin Sommer.

**Barbara Sommer,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf mit einem Zitat beginnen:

Auch wenn das Angebot an Lehrkräften insgesamt knapp ist, kann der Fachunterricht in der Fläche weitestgehend erteilt werden.

(Zuruf von der SPD: Was heißt „weitestgehend“?)

Dieses Zitat stammt aus einem Bericht der Schulministerin Schäfer von November 2003. Wir wissen weiter aus dem Bericht – ich darf noch einmal zitieren –, „dass der Besetzungsgrad überwiegend dicht an der 100%-Marke lag“. Aus diesem umständlichen Erklärungsversuch und den entsprechenden Tabellen erfuhr der Leser: Überwiegend dicht heißt drunter, nämlich 99,5 %. Das ist Ihre Bilanz.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

Wir haben eine andere Bilanz.

(Zuruf von der SPD: Das haben wir ja gehört!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie versuchen nun in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erzeugen, die Landesregierung erfülle Wahlversprechen nicht. Wir haben es ja gerade gehört, Frau

Schäfer hat drei benannt. Ich gehe ganz kurz darauf ein.

Erstens: Unterrichtsausfall. Wir haben es ermittelt, sehr geehrte Damen und Herren, und das Ergebnis ist eindeutig. Es ist eindeutig, weil es nach den Kriterien und Modalitäten ermittelt worden ist, die Sie angelegt haben. Der Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen hat mit 2,0 % den niedrigsten jemals gemessenen Wert erreicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Wahlversprechen erfüllt!

(Ralf Jäger [SPD]: Und Schweine können fliegen!)

Zweitens: die Klassengrößen. Ich nenne Ihnen einmal die Erfolgsbilanz: Heute gibt es 758 große Klassen weniger als 2004/2005.

(Beifall von CDU und FDP)

Allein das, Frau Schäfer, sollte Ihnen zu denken geben. Auch da ist das Wahlversprechen erfüllt.

Drittens: Schaffung der Lehrerstellen. Als Grundlage Ihrer Vorwürfe dient der SPD eine Zusammenfassung von rund 80 Kleinen Anfragen. Dort geben wir jeweils ausführlich Rechenschaft über die Situation an den Schulen in der Region. Zu den dort aufgeführten Informationen gehören auch die jeweilige Stellenausstattung sowie die Besetzung der Stellen. Daraus entwickelt Frau Schäfer nun die Behauptung, mehr als 4.000 Lehrerstellen in unserem Land wären nicht besetzt. Wenigstens – da bin ich und sind sicherlich auch wir alle Ihnen dankbar – geben Sie diesmal zu, dass die Stellen vorhanden sind. Sonst haben Sie immer behauptet, es seien zu wenig. Für diese Erkenntnis bin ich Ihnen wenigstens einmal dankbar.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Frau Schäfer, Sie ignorieren bei Ihren Berechnungen aber eine ganz wichtige Information. Sie ignorieren den Hinweis, der in allen Antworten zu finden ist, nämlich: Die ausgewiesenen Daten können die tatsächliche Personalsituation der Schulen nur bedingt wiedergeben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Auf einmal?)

Warum? – Das System ist im Aufbau.

(Ralf Jäger [SPD]: Ah ja, ist klar! – Weitere Zurufe von der SPD)

Die Gründe sind im Einzelnen dargelegt. Um die 4.000 zu erreichen, übersieht man gerne das Kleingedruckte. Das kann ich gut verstehen.

(Lachen von der SPD)

Ich frage Sie aber – bei aller Belustigung –: Warum haben Sie den Hinweis umgangen, dass die insgesamt 1.790 Ganztagsstellen bislang nur zu einem geringen Teil erfasst werden? Weshalb, meine Da-

men und Herren, haben Sie nicht die Grundschulreserve in Höhe von rund 730 Stellen berücksichtigt?

(Ralf Jäger [SPD]: Frau Sommer, welche Ihrer Stellen geben Unterricht?)

Wieso haben Sie die flexiblen Mittel für den Vertretungsunterricht weggelassen, die Ende März einen Umfang von mehr als 1.000 Stellen abgedeckt hatten? Warum das alles?

Und besonders trickreich, meine Damen und Herren, wird es dann, wenn nur diejenigen Schulen einbezogen werden, die eine vermeintliche Unterdeckung haben. Wo bleibt die andere Hälfte der Schulen, an denen mehr Lehrkräfte sind als rechnerisch erforderlich?

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Frau Sommer, trotzdem fällt der Unterricht aus!)

Allein durch diesen fabulösen Rechenrick halbiert sich schon die Anzahl der vermeintlich offenen Stellen.

Ich gebe Ihnen gerne ein passendes Beispiel aus Mülheim. Ich hätte es begrüßt, wenn Frau Kraft das hören würde, aber man kann es ihr ja berichten.

In der Tabelle der Antwort auf die Kleine Anfrage werden vier Grundschulen aufgeführt, bei denen die Personalausstattung geringer ist als die Stellenausstattung. Hieraus schließt die Opposition natürlich sofort, dass es sich hierbei um einen skandalösen Vorgang handle und Unterricht massiv ausfiele.

(Ralf Jäger [SPD]: Nicht nur die Opposition, die Eltern übrigens auch!)

Die Wahrheit, meine Damen und Herren, sieht anders aus. Wenn man sich diese Schulen einmal genauer anschaut, erkennt man, dass es sich bei drei Schulen um neu eingerichtete Verbundschulen handelt. Die Lehrkräfte aus den jeweils aufgelösten Schulen sind in unserem Computersystem aber noch ihren alten Schulen zugeordnet und nicht zugunsten der neuen Verbundschulen verbucht. Tatsächlich sind diese drei Schulen also nicht unterbesetzt.

(Beifall von CDU und FDP)

Die vierte Grundschule, meine Damen und Herren, ist laut Liste mit zwei Stellen unterbesetzt. Skandal? – Zum Ausgleich befindet sich aber eine Lehrkraft aus der Vertretungsreserve an der Schule und es gibt eine Vertretungseinstellung.

(Unruhe von der SPD – Zuruf von Ralf Jäger [SPD] – Gegenruf von Helmut Stahl [CDU]: Lesen Sie doch mal nach! – Weitere Zurufe von der CDU)

Außerdem hat eine Lehrkraft ihre Pflichtstundenzahl vorübergehend erhöht und Lehramtsanwärterinnen leisten bezahlte Mehrarbeit. Skandal? – Fehlzan-

ge! In allen genannten Grundschulen kann demzufolge Unterricht ausreichend erteilt werden.

Meine Damen und Herren, wir erleben täglich, was sich an unseren Schulen in den vergangenen vier Jahren verändert hat. Und die Menschen sind mit unseren Resultaten zufrieden.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Wo denn? Stimmt nicht!)

Auf der einen Seite gibt es Ihre Behauptungen und auf der anderen Seite gibt es, Gott sei Dank, Fakten. Bis zum Sommer werden wir an unseren Schulen 6.915 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen haben.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Und wann kommen die Lehrer dazu?)

Und wenn Sie es wissen wollen, so sage ich Ihnen: Lesen Sie den entsprechenden Erläuterungsband zum Haushalt 2009, Seite 23 – eine bessere Serviceleistung kann ich Ihnen nicht bieten –, damit Sie es verstehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Bei Ihnen war das anders, Frau Schäfer. Ich meine, Sie erinnern sich an diese dunkle Stunde in Ihrer dreißigmonatigen Amtszeit. Sie hatten noch im Jahr 2004 erklärt, dass aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen ab dem Schuljahr 2008/2009 keine einzige neue Lehrerstelle mehr geschaffen werden sollte.

(Helmut Stahl [CDU]: Skandalös!)

Außerdem sollten bis zum Jahr 2013 rund 16.000 Lehrerstellen gestrichen werden.

(Beifall von CDU und FDP – Helmut Stahl [CDU]: Stellen Sie sich das mal vor!)

Zusätzlich haben Sie im Jahr 2005 zur Haushaltskonsolidierung mal eben 200 Stellen an Gymnasien gesperrt.

(Unruhe von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich wiederhole es an dieser Stelle: Bei Ihnen lag der Besetzungsgrad bei 99,5 %, bei uns bei 103,5 %. Das macht den Unterschied aus.

(Beifall von CDU und FDP)

Im Vergleich zu heute war die damalige personelle Situation verheerend. Ihre gezielten Fehlinformationen sind billigste Wahlkampfpropaganda. Sie zeigen nur eines: Die SPD hat inhaltlich gar nichts mehr zu bieten. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Ministerin Sommer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Löhrmann.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Erst einmal ausdrücklich herzlichen Dank, Herr Link, dass Sie einverstanden waren zu tauschen, weil ich um 11 Uhr der Einladung des Ministerpräsidenten zur Informierung über den gestrigen Abend folgen möchte. Deswegen habe ich die Gelegenheit, jetzt zu sprechen.

Frau Ministerin, ich meine, Sie haben eines immer noch nicht verstanden. Sie regieren nun seit vier Jahren in diesem Land und Sie arbeiten sich immer noch an einem Ergebnis ab, für das Rot-Grün ausgewählt worden ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

Und Sie haben immer noch nicht verstanden, dass es nicht darauf ankommt, in dieser Debatte zu sagen, wie es in Mülheim ist, wo Frau Kraft herkommt, dass es nicht darauf ankommt, ob im Wahlkreis von irgendwelchen prominenten Politikerinnen und Politikern die Stellensituation gut ist, sondern dass es darauf ankommt, wie die Stellensituation in den Schulen unserer Kinder im gesamten Land sowie für die Lehrerinnen und Lehrer und für die Eltern aussieht. Darauf kommt es an.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich will Ihnen noch eines sagen. Sie hätten vorbeugen können. Daran will ich erinnern. Frau Ministerin, als Sie angetreten sind, haben Sie die Stellenzahl, die Sie laut Koalitionsvertrag schaffen wollen, in die Welt gesetzt. Ich weiß nicht, ob Sie sich noch daran erinnern, dass ich persönlich Sie aufgefordert habe darzulegen, in welchem Jahr Sie die Stellen ganz konkret für welche Aufgaben schaffen wollen. Das hatten Sie mir zugesagt.

Aber dann hat der Politkommissar, der Staatssekretär, gesagt: Das ist zu heikel. Dann könnte man ja konkret an dem gemessen werden, was man vorgelegt hat, was für welche Aufgabe geleistet wird. Das haben Sie verweigert. Deswegen haben Sie selbst es zu verantworten, dass Sie mit Ihren Zahlenspielerien hier nicht weiterkommen, weil das, was Sie an Zahlen, Neubesetzungen, Stellenschaffungen und was auch immer in die Welt hinausposaunen, mit der gefühlten und faktischen Realität der Menschen in Nordrhein-Westfalen in den Schulen nicht übereinstimmt. Das haben Sie sich selber zuzuschreiben, weil Sie keinen seriösen Plan vorgelegt haben, an dem wir Sie messen könnten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Deswegen fällt Ihnen das auf die Füße. Von daher ist es auch absolut richtig, dass die Opposition – sonst hätte sie das Geld, das sie dafür bekommt, nicht verdient – Ihnen auf die Finger schaut und nachweist, was Sie eben nicht geleistet haben.

(Beifall von der SPD)

Wir wollten von Ihnen ausdrücklich wissen: Welche Stellen sind für den Ganzttag? – Der war auch bei uns in der Planung. Welche Stellen sind laut Stellenplan von vorherigen Geld-statt-Stellen-Mittel in faktische Stellen umgewandelt? – Das war auch eine ganze Reihe. Welche Stellen sind für Unterrichtsausfall? Welche Stellen sind für Fördermaßnahmen? Und welche Stellen sind für zusätzliche Planvorhaben Ihrer Regierung?

(Zurufe von der CDU)

Diesen Plan sind Sie diesem Landtag und der Öffentlichkeit schuldig geblieben. Deswegen verheddern Sie sich vorne und hinten in Ihren ganzen Zahlen. Das erklärt auch das Zahlenchaos, das Sie in die Welt setzen. Das möchte ich hier noch einmal sehr deutlich festhalten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Klaus Kaiser [CDU] hält einen Zettel hoch und ruft: Hier steht's!)

Sie glauben – das ist das eigentlich Entscheidende, was ich sagen möchte –, dass Sie mit diesen Zahlen alleine und den vermeintlich erreichten zusätzlichen Stellen auch die Menschen, die in den Schulen arbeiten, darüber hinwegtäuschen können, dass Sie es sind, die insgesamt eine völlig verfehlete Schulpolitik betreiben, weil Sie keine Schule der Zukunft bauen können, sondern weil Sie in der Vergangenheit stehen geblieben sind. Das muss man an dieser Stelle doch auch einmal deutlich sagen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zurufe von der CDU)

Der Ministerpräsident weiß es ganz genau – das wird ja immer bestätigt, wenn die Rede darauf kommt, wie die Schule der Zukunft aussieht und was Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern tut –: Nordrhein-Westfalen steht ganz am Schluss, was innovative Schulentwicklung,

(Heiterkeit von der FDP)

was Qualität von Unterricht angeht.

(Ralf Witzel [FDP]: Das war nur in Ihrer Zeit so! Sie leben in der Vergangenheit!)

Über die Qualität von Unterricht ist überhaupt noch nicht gesprochen worden.

Allein an der Frage, wie viele Stellen versprochen und geschaffen wurden – diese ist wichtig; ich will sie nicht wegreden –, wird sich nicht erweisen, wer eine gute Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen macht.

Deswegen freue ich mich auf die weiteren Diskussionen, die wir zu dieser Fragestellung bis zum Mai 2010 noch haben werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Frau Löhrmann. – Für die SPD spricht nun der Kollege Link.

**Sören Link (SPD):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Mich erreichen seit 2005 Rückmeldungen von Eltern über zu große Klassen

(Zuruf von der CDU)

– das Sie von der CDU das vielleicht nicht erreicht, mag ja sein –, über Beschwerden, weil mal wieder Lehrerstellen nicht besetzt werden konnten. Selbst Schülerinnen und Schüler weisen mich in Gesprächen darauf hin, dass selbst für ihren Geschmack mittlerweile zu viel Unterricht ausfällt. Gerade der letzte Punkt macht mich ein wenig stutzig.

Ich habe deshalb gezielt mit Schülerinnen und Schülern, Schulleitungen, Eltern und Lehrern darüber gesprochen. Ergebnis: Die Fachleute aus der Praxis bestätigen die Berichte und Beschwerden. Es fallen massiv Stunden aus. Es fehlen massiv Lehrer. Und kleine Klassen sind an vielen Schulen nicht mehr als ein schöner Traum.

Als politisch interessierter Mensch und aufmerksamer Zeitungsleser war ich doch etwas verwirrt, denn seit 2005 erklären CDU und FDP immer wieder und auch heute: Wir haben neue Lehrerstellen geschaffen – aktuell über 6.900 –, wir haben den Unterrichtsausfall mehr als halbiert – unter zweieinhalb Millionen Stunden gesenkt –, und wir haben kleinere Klassen geschaffen, was Sie insbesondere mit der gesunkenen Schüler-Lehrer-Relation begründen.

Diesen Widerspruch zwischen dem, was Sie sagen, und dem, was die Menschen tagtäglich fühlen und merken, konnte und kann ich mir nicht erklären. Aus diesem Grunde habe ich die Landesregierung gebeten, mir im Rahmen einer Kleinen Anfrage die offiziellen Zahlen für Duisburg auf den Tisch zu legen, und zwar Schule für Schule.

Die Antwort erhielt ich am 29. April. Ich habe die durchaus interessanten Ergebnisse einmal nachgerechnet: In Duisburg gibt es 4.306 Lehrerstellen, aber es gibt nur 4.170 Lehrkräfte. Berücksichtigt man alle Schulen, die Sie aufgeführt haben, die überbesetzten und die unterbesetzten, fehlen im Saldo in Duisburg 136 Lehrerinnen und Lehrer.

Doch was haben die unterbesetzten Schulen von dieser Erkenntnis? – Die Antwort ist einfach: Nichts! Denn eine Förderschule mit sieben fehlenden Lehrkräften hat überhaupt nichts davon, wenn an einer Realschule Überbesetzung herrscht, wenn es einen Lehrer über den „Durst“ gibt. Der Saldo ist ein rein statistischer Wert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich bringe Ihnen ein Beispiel: Wenn Sie eine Hand im Kühlschrank und die andere auf einer heißen Herdplatte haben, dann haben Sie im Durchschnitt zwar eine gesunde Körpertemperatur, aber wir alle wissen, die eine Hand ist verbrannt, während die andere gerade unterkühlt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Weil ich das weiß, habe ich mir die Mühe gemacht, die Gesamtzahl der fehlenden Lehrkräfte für Duisburg zu ermitteln. In Duisburg sind 60 % aller Schulen unterbesetzt; es fehlen dort 219 Lehrer. Allein dadurch ergibt sich ein Unterrichtsausfall von 219.000 Stunden, bevor auch nur ein Lehrer krank geworden ist oder Unterricht wegen Kopfnotenkonferenzen ausfällt. In Duisburg gibt es 357 Klassen mit 30 oder mehr Schülern mit insgesamt 11.000 Kindern und Jugendlichen. Wie gesagt: Die Zahlen stammen nicht von mir, sondern von der Landesregierung.

Wer die Zahlen der eigenen Landesregierung bezweifelt, der kann sich nach vorne begeben – dort liegen ein Taschenrechner sowie die ganzen Anfragen – und das gerne nachrechnen. Das ist nichts Geheimes. Die sind auch öffentlich. Man kann sie sich im Internet ansehen und alles nachrechnen. Ich habe bei den Zahlen, die mir vorgelegt worden sind, nachgefragt, ob das so stimmt. Die Schulleitungen haben mir gesagt: Ja, es gibt Schulen, an denen mehr als zehn Lehrer fehlen. Ja, es gibt Schulen, an denen bis zu 33 % aller Stellen nicht besetzt sind, also ein Drittel. Ja, es gibt Schulen, an denen mehr als 15 Klassen 30 oder mehr Schülerinnen oder Schüler haben.

Spätestens dann hatte ich es Schwarz auf Weiß: Die Menschen hatten mit dem, was sie tagtäglich erleben und was sie mir berichtet hatten, mit den Hinweisen auf Lehrermangel, Unterrichtsausfall und übergroße Klassen recht.

Die Menschen hatten recht, und die Zahlen Ihrer eigenen Landesregierung belegen das auch. Es genügt eben nicht, Stellen nur auf dem Papier zu schaffen, wie Sie das hier immer wieder großartig verkünden, um sich die Realität schönzufärben. Es genügt nicht, wenn man bloß verkündet, dass man den Unterrichtsausfall halbiert hat. Stellen, die nur auf dem Papier existieren, erteilen eben keinen Unterricht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es genügt nicht, individuelle Förderung mal eben ins Schulgesetz zu schreiben und zu denken, das läuft jetzt so. Schüler und Schülerinnen, Lehrer und Lehrerinnen wissen ganz genau, in übergroßen Klassen ist das nicht zu leisten.

Inzwischen haben die SPD-Abgeordneten in 85 Kleinen Anfragen knapp 70 % aller Schulen im Land erfasst und die Antworten der Landesregierung erhalten. Wie gesagt, sie liegen da vorne. Das Er-

gebnis haben wir ausgewertet, und es ist ein Armutszeugnis für CDU und FDP, ein Armutszeugnis für vier Jahre Rüttgers, für vier Jahre schwarze Schulpolitik.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es fehlen landesweit 4.000 Lehrkräfte. Es fallen landesweit mehr als 4 Millionen Stunden Unterricht aus, ohne Konferenztage, ohne Krankheiten. Rechnet man die Zahlen dazu, sind wir weit über dem Wert von 2005, und wir haben erst 70 % der Daten ermittelt. Es gibt landesweit 9.000 Klassen mit 30 oder mehr Schülern. Insgesamt 300.000 Schülerinnen und Schüler sind davon betroffen.

Meine Damen und Herren, die Zahlen stammen aus Ihrem Ministerium und sie bestätigen, dass die Eindrücke der Menschen in Nordrhein-Westfalen real sind. Ihre dauernden Jubelmeldungen glaubt Ihnen keiner mehr; sie sind nämlich nur schöner Schein.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir haben Sie mit Ihren eigenen Zahlen, an Ihren eigenen Wahlversprechen gemessen. Und darum geht es heute. Es geht nicht um Vergangenheitsbewältigung, sondern es geht um Ihre Regierungsperiode, um die Zeit, für die Sie von den Menschen in Nordrhein-Westfalen Verantwortung übertragen bekommen haben. Wir haben Sie mit Ihren eigenen Zahlen, an Ihren eigenen Wahlversprechen gemessen, und Sie haben diesen Test nicht bestanden. Sie sind durchgefallen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Problemlage ist klar: In NRW fehlen 4.000 Lehrer, es fallen über 4 Millionen Stunden Unterricht aus, und es gibt 9.000 Klassen mit 30 und mehr Schülern. Die Verantwortung ist auch klar. Die Verantwortung liegt bei Ihnen und bei Ihnen und bei dieser Landesregierung. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass die Zahlen so sind, wie sie sind.

Hören Sie also auf, die Probleme zu leugnen und die Menschen zu täuschen! Die Menschen merken täglich, dass Ihre Geschichten nicht die Wahrheit sind. Nehmen Sie Ihre Verantwortung endlich wahr und präsentieren Sie Lösungen. Dafür wurden Sie gewählt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Link. – Für die FDP spricht nun Herr Witzel.

**Ralf Witzel (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich bei dem Redebeitrag von Ute Schäfer wirklich gefragt: Wo leben Sie eigentlich?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Mitten im Land, mitten in der Wirklichkeit! – Weitere Zurufe von der SPD)

Frau Schäfer, Sie sind die ungekrönte Königin des Unterrichtsausfalls in Nordrhein-Westfalen.

(Frank Sichau [SPD][auf die CDU-Fraktion zeigend]: Da sind die Ungekrönten!)

So sind Sie an unseren Schulen bekannt. Wir sind noch nicht im Paradies angekommen, aber wir sind auf dem richtigen Weg dorthin.

(Zurufe von Frank Sichau und Achim Tüttenberg [SPD])

Schauen Sie sich einmal die nüchternen Zahlen an! Wir haben bei weniger Schülern mehr Lehrer. Es ärgert Sie, dass wir das hier vorweisen können, weil es von der Entwicklung in den anderen Bundesländern abweicht.

(Sören Link [SPD]: Die schaffen mehr Lehrerstellen, Herr Witzel! Das ist der Unterschied!)

Bei Ihnen war es so: Wann immer man sich Relationswerte der Schüler-Lehrer-Relation im Bundesländervergleich angeschaut hat: NRW war immer am Ende der Tabelle,

(Sören Link [SPD]: Sie belügen sich!)

egal, ob man sich Klassengrößen, die Schüler-Lehrer-Relation oder die Einstellungsbemühungen angeschaut hat. Unter Rot-Grün war NRW im Bundesländervergleich immer am Ende. Das hat sich jetzt geändert. Es ärgert Sie, dass wir diese Wahrheit hier vortragen.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Nicht Stellen unterrichten, sondern Menschen!)

Deshalb gehe ich hier auf alle Ihre einzelnen Vorurteile ein. Zum einen haben Sie von der Opposition gesagt: Nicht jede neue Lehrerstelle dient ausschließlich dem Ziel der Schaffung kleinerer Klassen. – Das ist richtig, weil wir zusätzliche Aufgaben in unsere Schulen gebracht haben, weil wir in mehr Ganztage investiert haben, weil wir mehr Fremdsprachenanteile in der Grundschule haben und weil wir ein groß angelegtes vorschulisches Programm zur Sprachförderung gestartet haben, damit mehr junge Menschen, gerade bei schwierigen Voraussetzungen, in Zukunft Schulerfolg erzielen können.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Sie haben außerdem gesagt, es gebe Situationen, in denen nicht immer sofort ein Lehrer dort für eine Neueinstellung verfügbar ist, wo eine Stelle ausgeschrieben ist. Auch das ist für die letzten drei Jahre richtig. Vom Planungszyklus, vom Vorlauf her sind das allerdings Ihre Versäumnisse. Wir haben Statistiken für die Jahre 2006, 2007 und 2008. Wenn es dort keine Lehrerverfügbarkeit gab, lag es angesichts der Länge, die eine Lehrerausbildung nun einmal dauert, daran,

(Sören Link [SPD]: Gehen Sie mal nach Niedersachsen und nach Hessen!)

dass Ihre Planungen im Jahre 2005 und davor nicht ausreichend waren, um den Lehrerberuf entsprechend zu decken.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Wenn Sie sagen, nicht jede Lehrerstelle kommt tatsächlich 1:1 mit 100 % des Stellenvolumens Unterrichtszwecken zugute,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Nur nicht pro Person! Das ist der Unterschied!)

dann haben Sie auch recht, weil wir nämlich mittlerweile in vierstelliger Größenordnung – in Stellenäquivalenten – Lehrer nur deshalb bezahlen und beschäftigen müssen, um ihre Vorgriffstunden entsprechend zu erbringen.

(Sören Link [SPD]: Wer hat das denn damals gesagt? Das waren doch Sie, Herr Witzel!)

Da haben Sie nämlich Lehrerneueinstellungen unterlassen. Sie haben den Leuten damals zu Ihrer Regierungszeit gesagt: Ihr müsst mehr arbeiten dafür, dass wir einen Wechsel auf die Zukunft ziehen und zukünftig weniger gearbeitet wird.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie blenden! Sie lügen mit Stellen und Lehrern!)

Auch diese von Ihnen hinterlassene Hypothek müssen wir heute abtragen. Auch das ist richtig.

(Beifall von der FDP)

Ein Letztes! Herr Link, Sie haben vorgetragen, nicht jede Schule würde in gleicher Weise von den Neueinstellungen profitieren. Auch das ist richtig, weil wir uns offen dazu bekannt haben, dass wir für die Besetzung der Lehrerstellen in verschiedenen Ausschreibungsverfahren einen Sozialindex anwenden, weil die Schulen, die es vom Standort her besonders schwierig haben, zusätzlich überproportional Ressourcen zugewiesen bekommen. Für die anderen ist es weniger.

(Sören Link [SPD]: Hauptschulen, Gesamtschulen, Gymnasien? Wer denn?)

Sie schreiben das in Ihren Enquetebericht hinein und finden es richtig. Als wir es in der letzten Legislaturperiode beantragt haben, haben Sie es aber nicht praktiziert. Auch das ist richtig.

(Beifall von der FDP)

Wir sind hier angetreten, um die von Ihnen hinterlassene Problematik, Bildungschancen und soziale Herkunft, in Angriff zu nehmen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Vorsicht, Herzinfarkt, Herr Kollege!)

Sie haben zu Ihrer Regierungszeit eingeräumt, dass in ganz Deutschland bezüglich der zentralen Lesekompetenz der Zusammenhang zwischen Bildungschancen und sozialer Herkunft nirgendwo so eng ist wie in Nordrhein-Westfalen. Wir handeln jetzt und stattdessen deshalb auch einzelne Schulen überproportional aus, weil wir den Schwachen in besonderer Weise helfen und den Schulen zusätzlich Ressourcen geben wollen, die besonderen Förderbedarf innerhalb ihrer Schülerschaft haben. Auch das ist richtig.

(Sören Link [SPD]: Es könnte sein, dass in Duisburg 200.000 Lehrer fehlen!)

Damit komme ich zu einer letzten Bemerkung, und zwar zu der Rechnung. Das erkläre ich Ihnen gerne, Frau Beer. Es gibt einen Unterschied zwischen brutto und netto, der Ihnen noch nicht geläufig ist.

(Lachen von der SPD)

Es sind im Haushalt geschaffene und finanzierte Stellen 7.000 netto zusätzlich. Brutto ist das erheblich mehr. Denn hätten wir die bei Ihnen üblich gewesene Schüler-Lehrer-Relation – den Wert, wie viele Schüler zu Ihren Zeiten auf einen Lehrer kamen – zur Grundlage gemacht, dann hätten wir in der Tat nicht nur eine vierstellige Anzahl an zusätzlichen Lehrern, sondern eine fünfstelligen. Deshalb gibt es logischerweise zwei Werte: netto 7.000 reguläre Planstellen mehr als bei Ihnen, vom Effekt her wären wir aber bei weniger Schülern und fiktiver Annahme der Aufrechterhaltung der zu Ihrer Regierungszeit schlechten und bundesweit höchsten Schüler-Lehrer-Relation sogar im fünfstelligen Bereich.

Frau Beer, ich kann Ihnen helfen, wenn Sie sagen, Sie verstehen die Rechnung der Regierungsfaktionen zu den Lehrerstellenzahlen nicht. Das ist ganz einfach. Sie betrachten immer nur einen Teil der Stellen, weil Sie hier immer nur sagen, wie viele Lehrerinnen eingestellt worden sind. Sie müssen natürlich auch die Lehrer mit dazu nehmen. Dann haben Sie die vollständigen Werte.

(Beifall von FDP und CDU)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Witzel. – Als Nächstes spricht für die CDU-Fraktion der Kollege Recker.

**Bernhard Recker (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider ist Frau Löhrmann gerade nicht da. Sie wollte ja eine genaue Aufstellung haben. Das könnte sie dem Protokoll der Schulausschusssitzung entnehmen. Sie hätte einfach nur lesen müssen. Dann hätte sie die genaue Aufstellung bekommen, meine Damen und Herren.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Frau Schäfer, ich habe keine Probleme damit, wenn die Opposition kritisiert, Mängel aufzeigt und den Finger in die Wunde legt. Das ist ihr gutes Recht. Doch die Voraussetzung dafür ist, dass sie sich an Fakten hält. Wenn Sie, Frau Schäfer, als Ex-Ministerin bei dieser Kritik wissentlich wesentliche Fakten ausklammern, dann ist das nicht nur unseriös und unfair, sondern dann sagen Sie ganz einfach die Unwahrheit.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie beispielhaft bei fast 1.800 Stellen für den Ganztags, 700 Stellen bei der Grundschulreserve, 1.000 Stellen beim Vertretungsunterricht usw. die Überhänge außer Acht lassen, dann ist das ein unerhörter Vorgang. Dann ist das bewusstes Täuschen der Öffentlichkeit, Frau Schäfer.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich erinnere an den Stil. Frau Schäfer, ich darf aus einer Rede zitieren, die Sie im Plenum im Jahr 2001 gehalten haben. Darin sagen Sie: Es macht mich zornig, und diesen Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen, dass Sie mit dieser politisch inszenierten Diskussion über ständigen Unterrichtsausfall und große Klassen in unserem Land ein Klima erzeugen, das letztlich dazu führt, dass Menschen der Spaß und das Interesse an diesem Berufsbild genommen wird.

Das haben Sie, Frau Schäfer, 2001 gesagt. Ich frage Sie: Ist das auch heute noch Ihre Meinung?

(Beifall von der CDU)

Übrigens: Jeder, der Verantwortung übernimmt, muss auf der Basis aufsetzen, die er vorfindet.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann müssen Sie vorher den Mund nicht so voll nehmen!)

Insofern, meine Damen und Herren, ist die Frage: Wer hat denn den groß angekündigten Stufenplan „verlässliche Schule“ nicht eingehalten? – Das war die SPD, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Ganz entscheidend ist die Frage: Wer hat denn fast ein Jahrzehnt keine Lehrerinnen und Lehrer eingestellt

(Beifall von CDU und FDP)

und motivierte Studenten in die Perspektivlosigkeit entlassen? –

(Beifall von CDU und FDP)

Das war die SPD. Ich frage: Wer wollte denn den Beamtenstatus für Lehrerinnen und Lehrer abschaffen? – Das waren Sie von Rot-Grün.

(Ralf Witzel [FDP]: Alles Rot-Grün!)

Ich frage völlig wertfrei: Wann waren in Nordrhein-Westfalen je alle zur Verfügung stehenden Stellen besetzt? – Das gab es nicht und wird es nie geben.

Doch, meine Damen und Herren: Wir haben im Moment eine Stellenausstattung von weit über 100 % im Gegensatz zu 1999. Daraus machen Sie einen Skandal?!

Ich will Ihnen sagen, meine Damen und Herren, was ein Skandal ist. Ein Skandal ist, dass Sie keinerlei Vorsorge getroffen haben, um den Lehrernachwuchs für heute zu sichern.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir befinden uns heute im Jahre 2009. Lehrerinnen und Lehrer, die wir heute einstellen wollen, haben vor sechs bis sieben Jahren ihr Studium aufgenommen. Ich frage mich: Warum ist es Ihnen nicht gelungen, vernünftige Bedingungen zu schaffen, die auch einen Ansporn gegeben hätten, den Lehrerberuf zu ergreifen? Das ist Ihr Verschulden, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Zu den Fakten: Wir haben zu Beginn unserer Regierungszeit im Haushalt ca. 144.000 Stellen vorgefunden. Mit dem Haushalt 2009 sind es über 151.000 Stellen. Das ist in der Tat eine riesige Erfolgsbilanz.

Ja, meine Damen und Herren, es war richtig, das Ganztagschulprivileg der Gesamtschulen abzuschaffen und Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien endlich auch schrittweise den Ganztagsunterricht zu ermöglichen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ja, es war auch richtig von Frau Sommer, den Sozialindex einzuführen und besonders belastete Schulen direkt zu unterstützen. Mit Ihrem Gießkannenprinzip war niemandem geholfen.

Es war auch richtig, mit dem laufenden Haushalt fast 7.000 Stellen zusätzlich zu schaffen.

Wahlkampf hin oder her, meine Damen und Herren: 2005 haben wir 5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall in der Schule festgestellt. Wir haben diesen Ausfall halbiert. Das sind Fakten. An denen kommen Sie nicht vorbei.

(Beifall von CDU und FDP)

Zu den Untersuchungen nur ein Beispiel: In Dortmund hat es große Aufregung darüber gegeben, wie hoch der Unterrichtsausfall ist. Dann wurden nach und nach die Kriterien richtig berücksichtigt. Die Reaktion der Bezirksregierung auf Ihre Propaganda zeigt, dass sich die Daten nach und nach überlebt haben. Das ist nachzulesen in der „WAZ“ vom 21. Mai dieses Jahres. Dort heißt es in der Überschrift: In 2008 fehlten noch 220 Lehrerstellen. Heute ist Dortmund überversorgt. – Das war die Überschrift.

(Zurufe von Rainer Schmeltzer und Sören Link [SPD])

– Ruhig, ruhig! Im Text heißt es: Laut Bezirksregierung Arnsberg hat sich in Dortmund seit dem letzten Jahr deutlich etwas bewegt. Stand von gestern: Dem Soll von 4.670 Stellen steht ein Ist von 4.784 gegenüber. – Zitat Ende. Dabei steht noch in den Antworten der Landesregierung, dass es unterschiedliche Stichtage gibt. Auch das haben Sie nicht berücksichtigt.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass die Probleme überwiegend auf einer verfehlten Lehrereinstellungs- und -gewinnungspolitik damals von Rot-Grün fußen.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Skandal, den die SPD aus Mangel an eigenen Ideen heraufbeschwören will, besteht darin, dass Sie wirklich aus reinem Machtwillen die Menschen in unserem Land verunsichern wollen und dabei die Wahrheit hintanstellen. Das ist der eigentliche Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Sommer hat anhand der Zahlen deutlich gemacht, wie die Wirklichkeit aussieht.

Die Menschen in unserem Land können und wollen Ihnen nicht mehr vertrauen.

Übrigens: Sie müssen sich schon eine glaubwürdigere Kampagne einfallen lassen. Mit Unterrichtsausfall und fehlenden Lehrerstellen haben Sie schon einmal eine Wahl ganz dick verloren. Das wird auch beim nächsten Mal der Fall sein.

Noch einmal zum Schluss und zum Mitschreiben, Frau Schäfer: Gegenüber der Situation bei Übernahme der Regierungsverantwortung durch die jetzige Landesregierung im Jahre 2005 hat sich damit zum Schuljahr 2009/2010 die Unterrichtsversorgung an den öffentlichen Schulen um insgesamt 14.445 Stellen verbessert. Das kann man gar nicht oft genug sagen.

Dagegen hat die frühere Landesregierung in Person der damaligen Ministerin noch im Jahre 2004 erklärt, dass aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen ab dem Schuljahr 2008/2009 keine neuen Lehrerstellen mehr geschaffen und bis zum Jahre 2013 rund 16.000 Lehrerstellen gestrichen werden, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit!

Hier 14.000 plus, dort minus 16.000 – so sieht die Wahrheit aus. Von solchen Zahlen hätten Sie, Frau Schäfer geträumt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Recker. – Für die Landesregierung bittet noch einmal Frau Schulministerin Sommer um das Wort.

**Barbara Sommer**, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt viel gestritten, wir haben vieles gehört, Horrorszenarien sind uns vorgestellt worden, wobei, Herr Link, ich immer gedacht habe: Worüber spricht er? – Vielleicht über die Zeit vor 2005? Könnte sein. So hörte es sich jedenfalls an.

(Lachen von der SPD)

Ich bin immer – das weiß inzwischen jeder – für sprachliche Späße sehr empfänglich, möchte aber eines – gewandt an die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen – zurückweisen: Sie haben meinen Staatssekretär jetzt zweimal als einen „Politkommissar“ bezeichnet.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Das finde ich für dieses Haus unwürdig.

(Beifall von CDU und FDP)

Aber ich werde ihm empfehlen, diesen Titel als Ehrentitel zu sehen.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! – Rainer Schmelzter [SPD]: Unwürdig, aber Sie nehmen ihn als Ehrentitel an?!)

Die Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen sprechen von 8.100 Stellen, die sie geschaffen haben. – Ja – es gab mehr Schülerinnen und Schüler. Der Wahrheit wegen, wirklich der Wahrheit wegen, bitte ich doch, eines nicht zu verschweigen, Frau Beer: Die Hälfte dieser Stellen haben Sie durch eine Arbeitszeiterhöhung erlangt und das Problem damit auf dem Buckel der Lehrerinnen und Lehrer ausgetragen, nicht durch neugeschaffene Stellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das verschweigen Sie hier gerne. Insofern gebe ich Ihnen diese lange Nase weiter.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, die Menschen in unserem Land sind viel klüger, als Sie meinen. Selbst ein Mensch, der sich nicht täglich mit dieser Thematik befasst, wird Ihre Vorwürfe unglaubwürdig und fadenscheinig finden.

Ich wiederhole gerne noch einmal: Die Schulen können jede Stelle ausschreiben, und zwar mit jeder beliebigen Fächerkombination. Frau Schäfer, und wenn kein Lehrer da ist? – Dafür gibt es einen Grund: Sie, Frau Schäfer! Sie sind der Grund

(Lachen von Ute Schäfer [SPD])

für mangelnden Lehrernachwuchs. Sie sind der Grund! Sie haben nicht vorgesorgt, und das fehlt uns jetzt. Ein Lehrer ist nicht in vier Jahren geboren, der braucht längere Zeit. Da haben Sie nicht vorgesorgt!

(Beifall von CDU und FDP)

Ich möchte gerne auch noch etwas zur Realität sagen, wenn wir schon so viel Unwirkliches gehört haben: Von allen zum 01. Februar ausgeschriebenen Stellen konnten sage und schreibe in den allgemeinbildenden Schulen 66 nicht besetzt werden. Eine größere Zahl gab es lediglich an den Berufskollegs, die 362 Stellen nicht besetzen konnten. Wir werden durch unser verbessertes Datensystem auch bald Rechenschaft über den Unterrichtsausfall ablegen. Wir werden nach den Sommerferien einen Bericht vorlegen, der sich auf 600 zufällig ausgewählte Schulen stützt. Damit erhalten wir ein genaueres Bild über den erteilten Unterricht; und wir müssen uns hier nicht mit Unsinnigkeiten belasten.

(Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Versprochen hatten Sie aber etwas anderes!)

Im Sommer – und diese Zahl muss sich einfach einprägen – werden wir fast 7.000 zusätzliche Stellen geschaffen haben!

(Beifall von CDU und FDP)

Mit diesen zusätzlichen Stellen sorgen wir dafür, dass die Schulen deutlich mehr haben, als sie rechnerisch für die Unterrichtserteilung benötigen würden. Und das spürt man bereits!

(Carina Gödecke [SPD]: Aha!)

Damit wir aber all diese Stellen besetzen können, haben wir in den vergangenen Jahren massive Anstrengungen unternommen. Wir haben eben diese Vorsorge geleistet. Ich nenne nur das Sprintstudium. Ich nenne die Zertifikatskurse, ich nenne den Seiteneinstieg, ich nenne die zwei Einstellungstermine. Ich nenne auch, dass Schule sich für andere Professionen geöffnet hat; und nicht zuletzt, was sehr gut angekommen ist: unser Frühbuchersystem. Vieles mehr wäre noch zu nennen.

Was Sie, Frau Schäfer, heute hier abgeliefert haben, das spricht wirklich mal wieder für sich. Sie haben das Desaster angerichtet, und nun beschweren Sie sich darüber, dass wir Ihre Probleme nicht schon alle gelöst haben. Das ist wirklich derb.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung setzt auf Bildung. Wir unternehmen enorme Kraftanstrengungen, um den verheerenden Abstiegsplatz von Rot-Grün wieder zu verbessern.

Apropos Abstieg. Liebe Frau Schäfer, wer zuerst ein grobes Foul begeht und dann noch ein Eigentor schießt, der muss sich nicht wundern, dass er auf der Reservebank bleibt: heute, in der nächsten Saison, in der übernächsten Saison usw. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Jetzt hat für die SPD-Fraktion noch einmal Frau Kollegin Schäfer das Wort.

**Ute Schäfer (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nach den Worten meines Kollegen Sören Link hat die Ministerin gerade eine richtige Kerze hingelegt, um im fußballerischen Bild zu bleiben. Das bedeutet: Man schießt den Ball hoch und trifft dann nicht.

Ich möchte noch einmal deutlich machen – damit komme ich an den Anfang meiner Ausführungen von vorhin zurück –: In dieser Aktuellen Stunde, die übrigens Sie und nicht wir beantragt haben – das fällt Ihnen wieder vor die Füße –, geht es nur um die Frage, ob Sie das, was Sie vor der Wahl versprochen haben, auch eingehalten haben.

(Beifall von der SPD – Bernhard Recker [CDU]: Das haben wir!)

Wir haben hier heute deutlich gemacht, dass das nicht der Fall ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich wette darum, dass Sie mit diesen ganzen Zahlenspielen nur noch mehr Verwirrung stiften, als Sie bisher schon gestiftet haben. Ich habe hier heute nichts Erhellendes hören können, was das Ganze wirklich entkräften kann.

Wenn Herr Witzel auf dem Weg ins Paradies ist, kann das aus meiner Sicht nur mit dem nahenden Pfingstfest zu tun haben, denn dann kommt ja der Heilige Geist. Vielleicht erleuchtet der Sie irgendwann einmal, damit Sie merken, was in den Schulen des Landes tatsächlich los ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Schmunzeln musste ich über die Argumentation der Ministerin. Als wir unsere Presseveröffentlichung vor der Aktuellen Stunde gemacht haben, haben Sie uns, speziell mich, der Lügenkampagne bezichtigt. Das suggeriert ja, dass ich etwas Falsches gesagt hätte und die Situation besser wäre, als Sie sie in Ihren Kleinen Anfragen beschrieben haben. Heute sagen Sie: Na ja, wenn da nicht alle Stellen besetzt werden können, dann ist auch daran Frau Schäfer schuld, weil sie 2001 mal irgendetwas gesagt hat. – Wahrscheinlich bin ich auch daran schuld, Frau Sommer, dass Sie den Mangelfachertass einkassiert haben.

(Beifall von der SPD)

Wahrscheinlich bin ich auch daran schuld, dass Ihnen die Lehrer in die benachbarten Bundesländer abwandern. – Sie machen sich wirklich lächerlich mit solchen Argumenten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Um Sie noch einmal bei Ihrer angeblichen Glaubwürdigkeit zu erwischen, möchte ich auf Folgendes aufmerksam machen:

(Christian Möbius [CDU]: Das können Sie gar nicht!)

Sie sagen, in den Kleinen Anfragen hätten Sie darauf hingewiesen, dass Sie das neue Stellenerfassungssystem SchIPS eingeführt hätten, was noch nicht so ganz rund laufe, noch nicht so richtig funktioniere. Dann frage ich mich, warum Sie der stellvertretenden Vorsitzenden der Landeselternkonferenz Nordrhein-Westfalen, Frau Beate Limbrock, am 30. April 2009 – was ja noch nicht so lange her ist und zu den Kleinen Anfragen passt – durch Ihren Abteilungsleiter, den Herrn Stehl, schreiben lassen:

Entgegen Ihrer Einschätzung, dass die an Schulen tätigen Lehrerinnen und Lehrer nur an Stichtagen erfasst und ansonsten unabhängig von den tatsächlichen Gegebenheiten als anwesend gezählt werden würden, darf ich Ihnen mitteilen, dass die Daten zur Stellenbesetzung der Schulen

– hört, hört! –

laufend gepflegt werden. Personalveränderungen werden somit im Rahmen normaler Bearbeitungszeiten bei der Feststellung der Stellenbesetzung der Schulen berücksichtigt.

Das steht in krassem Widerspruch zu dem, was Sie in Ihren Kleinen Anfragen geschrieben haben!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wieder haben wir Sie erwischt – und wieder einmal auf dem falschen Fuß!

Wenn Sie die Situation in Mülheim skizzieren, kann ich Ihnen nur sagen: Der Titel „Massen in den Klassen“ vom 13. Mai 2009 – das ist auch noch nicht so lange her – deutet noch einmal darauf hin, was für große Klassen Sie in Nordrhein-Westfalen zulassen – entgegen Ihren Wahlversprechen.

(Bernhard Recker [CDU]: Was wäre denn, wenn wir 16.000 weniger hätten?)

Jetzt nehmen Sie den Regierungsauftrag endlich an! Wann, wenn nicht jetzt? Sie haben noch ein Jahr vor sich, um den Menschen zu sagen, dass das, was Sie 2005 versprochen haben, tatsächlich Realität wird.

Unsere Kleinen Anfragen haben schwarz auf weiß belegt, dass 4.000 Lehrer an 2.600 Schulen fehlen und damit 4 Millionen Stunden Unterrichtsausfall einhergehen. Das können Sie rechnen, wie Sie wollen.

Herr Recker, Sie sprechen von 730 Stellen als Reserve an den Grundschulen. Die haben Sie doch nicht als Reserve für nichtbesetzte Stellen, sondern die haben Sie als Reserve für Krankheitsausfälle.

(Beifall von der SPD)

Die können wir also nicht dazurechnen. Sie haben das System überhaupt nicht begriffen.

Ich könnte Ihnen jetzt auch noch die Zahlen für Dortmund widerlegen. Ich erspare mir das aber, weil ich glaube, dass auf der Tribüne alle reichlich Zahlenmaterial gehört haben.

Ich glaube, Sie brauchen sich nur vier Sachen zu merken: 4.000 Lehrer, 4 Millionen Stunden und 9.000 Klassen mit 30 und mehr Schülerinnen und Schülern.

(Bernhard Recker [CDU]: 16.000 weniger!)

– Reden Sie über die Gegenwart, Herr Recker, bohren Sie nicht in der Vergangenheit herum!

(Bernhard Recker [CDU]: Ach ne!)

Das wollen die Wähler gar nicht wissen. Sie sind für ein Wahlversprechen gewählt worden. Um dieses Wahlversprechen des Ministerpräsidenten geht es hier und heute. Das steht hier zur Diskussion, nichts anderes. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schäfer. – Für die CDU-Fraktion bittet noch einmal der Abgeordnete Kaiser um das Wort.

**Klaus Kaiser (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Schäfer, so geht es nun wirklich nicht. Was Sie hier veranstalten, ist sehr unseriös.

(Beifall von der CDU)

Frau Sommer hat Ihnen hier seziert, wie es sich verhält, wenn es um Wahlversprechen geht. Bei Ihnen merkt man ja: Bildungspolitik ist reiner Wahlkampf. Sie werden aber nicht gewählt, weil Sie für Ihre schlechte Bildungspolitik abgewählt worden sind und bis heute nichts dazugelernt haben.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Wenn wir uns, Frau Schäfer, seriös über die Bildungspolitik und die Lehrerversorgung in diesem Land unterhalten wollen, dann kann man nicht in einer Weise, wie Sie es tun, Zahlen manipulieren und diese als Fakten hinstellen.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Das ist der Grund, warum wir heute Morgen diese Aktuelle Stunde haben. Sie machen eine unseriöse Politik, weil Sie unseriöses Zahlenmaterial in die Öffentlichkeit bringen.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel.

(Unruhe – Glocke)

– Bleiben Sie doch ganz ruhig! – In meiner Heimatzeitung las ich gestern: Lehrermangel – 83 Stellen fehlen laut SPD im HSK. – Das hat mich dazu gebracht, bei der Bezirksregierung nachzufragen, wie die Situation wirklich aussieht.

(Zurufe von der SPD: Fragen Sie mal in den Schulen nach!)

Meine Information, die ich mir allerdings noch schriftlich bestätigen lasse, ist folgende: Nach AVO sind im Hochsauerlandkreis zehn Stellen mehr besetzt, als uns im Hochsauerlandkreis nach AVO zustehen. – Daran wird deutlich: Das, was Sie hier bauen, ist ein Lügengebäude sondergleichen, und damit ist es unseriös.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe es deutlich gemacht. Dass sich Probleme ergeben, ignorieren wir überhaupt nicht. Wir sind doch alles andere als Gesundheitsbeter.

(Lachen von der SPD – Sören Link [SPD]: Traumtänzer sind Sie! Traumtänzer!)

– Herr Link, machen wir es jetzt einmal ein bisschen leiser und vernünftig.

Weil wir seit 2004 25.000 Personen neu eingestellt haben – entweder auf neue Stellen oder als Ersatz für ausgeschiedene Lehrerinnen und Lehrer –, hat sich zum Beispiel in den Grundschulen eine beachtliche Situation ergeben. Wir haben nämlich sehr viele junge Frauen eingestellt. Jetzt passiert etwas, was für uns alle erfreulich ist: Diese Frauen bekommen Kinder.

In der Folge sind in den Grundschulen rund 10 % der Lehrerinnen und Lehrer im Erziehungsurlaub. Dort besteht also enormer Vertretungsbedarf. Das wird auch daran deutlich, dass beispielsweise die Bezirksregierung Köln seit Jahresbeginn bereits 4.000 Vertretungsverträge abschließen musste.

Dass dies Priorität vor dem Pflegen von Statistiken hat, ist doch klar.

(Beifall von der CDU)

Deshalb hinken die Statistiken, auf die Sie sich beziehen, immer hinterher.

Sie suchen sich bewusst die Zahlen heraus, die Ihnen passen, und nicht die Zahlen, die ein objektives Bild ergeben. Lassen Sie mich das am Beispiel der Überhänge und Unterhänge verdeutlichen. Bei den Unterhängen nehmen Sie jede Zahl auf. Wenn Schulen überbesetzt sind, vergessen Sie dagegen etwas.

(Widerspruch von Sigrid Beer [GRÜNE])

Allein das ergibt schon eine Differenz von 2.000 Stellen.

Daran wird deutlich: Das Zahlenmaterial, das Sie hier vorlegen, ist politisch manipuliert. Es soll einen Wahlkampfpurpose erfüllen.

Das hilft unseren Schülerinnen und Schülern aber überhaupt nicht;

(Beifall von CDU und Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

denn die Wirklichkeit ist anders. Fragen Sie einmal an den Schulen nach. Jeder sagt, dass sich die Situation kolossal verbessert hat.

(Widerspruch von Sigrid Beer [GRÜNE])

Natürlich hören Sie an vielen Schulen auch, dass sie trotzdem Vertretungsfälle zu regeln haben, weil Lehrerinnen in Mutterschutz und Erziehungsurlaub gehen. Mit diesen Situationen hat man vor Ort zu tun. Bitte zeichnen Sie ein differenziertes Bild und sparen sich diese Polemik.

Frau Schäfer, so viel Sie auch herumrennen, werden Sie dem Ministerpräsidenten Rüttgers und der Schulministerin Sommer nicht nachweisen, dass wir irgendeines unserer Wahlversprechen im Bereich Bildung nicht einhalten. Eine Zahl spricht für sich: 1,4 Milliarden € mehr für Bildung seit 2004. Dieses Geld ist in Personal investiert worden.

(Beifall von CDU und Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

So viel Sie auch etwas anderes behaupten – die Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern ist erheblich verbessert worden. Da beißt keine Maus einen Faden ab.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Kollege Kaiser. – Wir setzen die Debatte fort. Jetzt spricht für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Link.

**Sören Link (SPD):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Kaiser, ich hatte mir eine Menge Punkte überlegt, die ich in der letzten Runde noch einmal ansprechen wollte.

Ich wollte etwas zum Saldo sagen und davon reden, dass Schulen nichts davon haben, wenn man mit überbesetzten und unterbesetzten Schulen argumentiert; denn den einen helfen wir damit nicht, und den anderen wollen wir nichts wegnehmen, weil sie die Lehrerinnen und Lehrer auch brauchen.

Ich hätte erwähnen können, dass es unsinnig ist, von einer Vertretungsreserve zu sprechen; denn durch die Vertretungsreserve werden, wie Frau Schäfer gerade dargestellt hat, nur krank werdende Lehrer vertreten, aber keine unbefristet fehlenden Lehrer ersetzt.

Ich hätte etwas zur Kapitalisierung sagen und darstellen können, dass die entsprechenden Mittel an Grundschulen nur für unterrichtsfremde Aufgaben verwandt werden sollen und dass damit eben keine Lehrer bezahlt werden, sondern anderes Personal.

Ich hätte das Thema Lehrerstellen ansprechen und deutlich machen können, dass Sie immer nur von der Papierform reden und wir von der Realität der Menschen und der Schulen vor Ort.

(Beifall von der SPD)

Nach Ihrem Redebeitrag lasse ich das alles sein. Sie haben nämlich gerade gesagt, wir würden kein einziges Wahlversprechen finden, das Sie nicht eingehalten haben.

Ich zitiere jetzt einmal aus dem „General-Anzeiger Bonn“ vom 23. Mai 2005, einen Tag nach der Landtagswahl. Die Frage lautete:

Planen Sie eine Unterrichtsgarantie, schließlich war der Unterrichtsausfall in NRW eines Ihrer Hauptthemen im Wahlkampf?

Darauf antwortete Jürgen Rüttgers – damals noch nicht gewählt, jetzt Ministerpräsident –:

Wir prüfen das. Gelingt uns das Vorhaben, 4.000 neue Lehrerstellen zu schaffen, werden wir wie Roland Koch in Hessen vollen Unterricht garantieren können.

Heute haben Sie erzählt, dass Sie 6.900 Stellen geschaffen haben, und zugegeben, dass es 2,5 % Unterrichtsausfall gibt. Die Realität ist eine andere; Sie haben weniger Lehrer und mehr Unterrichtsausfall. Nach Ihrer eigenen Aussage sind es aber 6.900 zusätzliche Stellen und 2,5 % Unterrichtsausfall. Wenn das nicht der Bruch eines Wahlversprechens ist, dann weiß ich es auch nicht. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Link. – Jetzt hat Frau Ministerin Sommer noch einmal das Wort.

**Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Schäfer hat eben davon gesprochen, dass man sich drei Dinge merken muss. Diesen Rat würde ich auch geben. Man muss sich nämlich folgende drei Zahlen merken.

Erstens: 6.915 Lehrer mehr.

(Beifall von CDU und FDP – Ute Schäfer [SPD]: Lüge!)

Zweitens: Unterrichtsausfall halbiert, um mehr als die Hälfte gesenkt.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: 4 Millionen Stunden!)

Drittens: fast 800 große Klassen weniger.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von Ute Schäfer [SPD])

Ich bitte, sich diese drei Dinge zu merken.

Weil hier zum Schluss von Unterrichtsgarantie fabuliert wurde,

(Frank Sichau [SPD]: Fabuliert? – Zuruf von der SPD: Die Landesregierung fabuliert! – Weitere Zurufe von der SPD)

stelle ich Folgendes fest: Wir versuchen, Unterricht zu garantieren. Bei Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, gab es eine Garantie für Unterrichtsausfall. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit darf ich die **Aktuelle Stunde schließen**.

Nun rufe ich auf:

## **2 Gesetz zum Aufbau der Fachhochschule für Gesundheitsberufe in Nordrhein-Westfalen (Gesundheitsfachhochschulgesetz)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/9249

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Pinkwart das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart**, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor zwei Wochen haben wir in der Landesregierung entschieden, dass der neue Gesundheitscampus Nordrhein-Westfalens in Bochum errichtet wird. Herzstück dieses Campus wird die neue Fachhochschule für Gesundheitsberufe mit rund 1.000 modernen und praxisnahen Studienplätzen sein. Sie ist eine wichtige Säule beim Ausbau der Fachhochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen.

Sie wissen: Insgesamt schaffen wir über 11.000 neue Studienplätze in diesem Bereich, und das vor allem auf Gebieten, in denen die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt enorm ist: im Ingenieurwesen, in den Naturwissenschaften und eben im Gesundheitssektor. Auf diese Weise stärken wir auch die wichtige Säule der Gesundheitswirtschaft in unserem Land.

Heute geht es uns um das Errichtungsgesetz, also die formalen Voraussetzungen dafür, die Gesundheitsfachhochschule noch in diesem Jahr gründen zu können.

Was ist das Besondere an dieser Fachhochschule? – Sie ist bundesweit die erste Fachhochschule für Ge-

sundheitsberufe in staatlicher Trägerschaft. Damit schaffen wir völlig neue Studienmöglichkeiten im Gesundheitsbereich. Angehende Hebammen, Logopäden, Ergo- und Physiotherapeuten, Kranken- und Altenpflegerinnen und -pfleger sollen ihren Beruf hier von Anfang an auf akademischem Niveau lernen können. In Deutschland hat es das bisher noch nicht gegeben. In vielen anderen Ländern – etwa in Skandinavien – hat man damit bislang bereits sehr gute Erfahrungen gemacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dieser Fachhochschule betreten wir also Neuland, und das, wie wir meinen, aus gutem Grund. Seit einigen Jahren vollzieht sich in den Pflegeberufen und in den nichtärztlichen Heilberufen ein Wandel. Die gesundheitliche Versorgung unserer Bevölkerung wird komplexer und anspruchsvoller. Mit dem fortschreitenden demografischen Wandel ändert sich die Altersstruktur der Bevölkerung und damit auch das Spektrum der Krankheiten, die zu behandeln sind.

Jedes Jahr erkranken in Deutschland zum Beispiel 200.000 Menschen an Altersdemenz, Tendenz steigend. Der Bedarf an medizinischer Langzeitbehandlung und -pflege steigt also kräftig an. Umso wichtiger wird natürlich auch, rechtzeitig in Prävention, Gesundheitsförderung und Rehabilitation zu investieren. Die Menschen brauchen Beratung und Anleitung, um möglichst gar nicht erst zu erkranken oder zumindest zu lernen, wie sie mit gesundheitlichen Einschränkungen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Es geht also darum, die Ausbildung in den Pflegeberufen und in den nichtärztlichen Heilberufen so zu gestalten, dass sie diesen Anforderungen gerecht wird. Mit der bekannten und durchaus bewährten Ausbildung an Fachschulen allein schaffen wir das nicht. Das bedeutet wohlgerne nicht – das möchte ich ausdrücklich unterstreichen –, dass die Fachkräfte, die dort ausgebildet werden, schlechtere Arbeit leisten. Im Gegenteil: Diese Menschen arbeiten meist hochprofessionell und engagiert. Sie leisten Enormes für unser Gemeinwesen.

(Beifall von der CDU)

Dennoch ist klar, dass wir den Trend hin zur Akademisierung auch in diesen Bereichen nicht verpassen dürfen. Krankenschwestern und Krankenpfleger, Altenpfleger, Hebammen, Logopäden, Ergo- und Physiotherapeuten sollen künftig auch diese Ausbildungsoption wählen können.

Zudem geht es uns auch um neue Studiengänge in wichtigen Bereichen wie dem Gesundheitscontrolling und dem Gesundheitsmanagement, um unsere Gesundheitswirtschaft insgesamt professioneller zum Dienst am Menschen ausrichten zu können. Das ist aus unserer Sicht ein weiterer Schritt zur Exzellenz im Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen, ein weiterer Schritt auch, der jungen

Menschen weitreichende Perspektiven in einer weiterhin stark wachsenden Branche eröffnen wird. Genau das ist ja Gesundheitswirtschaft, und zwar nicht nur in Nordrhein-Westfalen.

Mit dem demografischen Wandel und dem medizinischen Fortschritt nimmt ihre Bedeutung überall zu. Zentrales Element der Ausbildung an der Fachhochschule ist zunächst eine grundständige akademische Erstausbildung. Das Studium schließt mit dem Bachelor-Grad und der beruflichen Zulassung ab. Ausbildung und Ausgestaltung des Curriculums erfolgen durch die Fachhochschule. Die grundständigen Studiengänge werden als Modellangebote durchgeführt, dabei wissenschaftlich begleitet und evaluiert.

Die dafür nötigen bundesrechtlichen Regelungen gibt es bislang nur für die Pflegeberufe. Für Physiotherapeuten, Hebammen, Ergotherapeuten und Logopäden müssen sie erst noch geschaffen werden. Eine Bundesratsinitiative, auch bei diesen sogenannten nichtärztlichen Heilberufen eine akademische Ausbildung zu erproben, hat das Land Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr bereits auf den Weg gebracht.

Lassen Sie mich noch einiges zu den Zahlen sagen. Pro Jahr sollen ca. 300 Studierende ihr Studium an der Gesundheitsfachhochschule abschließen können. Wir bauen die Fachhochschule in Bochum schrittweise in diesem und im nächsten Jahr auf. Der Lehrbetrieb wird im Herbst 2010 starten. Der Auf- und Ausbau wird insgesamt 235 Millionen € kosten und der Betrieb jedes Jahr etwa 26 Millionen €.

Ich bin im Übrigen überzeugt davon, dass wir mit Bochum die richtige Entscheidung für den Standort getroffen haben. An dieser Stelle möchte ich auch noch einmal der Auswahlkommission sehr herzlich danken, die eine nicht einfache Entscheidung zu treffen hatte, weil es insgesamt sehr gute Angebote gab, unter denen sie auszuwählen hatte. Die Kommission hat ihre Entscheidung unter Vorsitz des renommierten Medizinwissenschaftlers Professor Einhäupl sehr sorgfältig vorbereitet und getroffen. Ich möchte Herrn Professor Einhäupl und allen Mitgliedern der Kommission namens der Landesregierung hier im Hohen Hause noch einmal ausdrücklich Dank für ihre wichtige Arbeit sagen, die sie geleistet hat.

(Beifall von der CDU)

Bochum verfügt nicht nur über geeignete Flächen, eine gute Verkehrsinfrastruktur, sondern hier liegen auch die Krankenhäuser und die Medizinische Fakultät in gut erreichbarer Nähe. Die zahlreichen Kliniken und Einrichtungen werden ausreichend Ausbildungsplätze für die Studierenden bieten. Ich bin der Ruhr-Universität Bochum auch dankbar dafür, dass sie der Landesregierung gegenüber in Aussicht gestellt hat, der Gesundheitsfachhoch-

schule in der Aufbauphase mit ihrer Administration und mit Beratungsleistungen hilfreich zur Seite zu stehen.

Ich bin überzeugt davon, dass wir mit Bochum die richtige Entscheidung auch in der Weise getroffen haben, dass wir die Angebote innerhalb der Region, der Metropole Ruhr, aber auch darüber hinaus, über die Fachhochschule entsprechend bündeln können. Niemand muss fürchten, dass es bald keine Ausbildung an Fachschulen mehr geben wird. Darum geht es hier nicht.

(Minister Karl-Josef Laumann: Richtig!)

Die Absolventen mit Hauptschul- und Realschulabschluss haben weiterhin Zugang zu qualifizierten Berufen im Gesundheitswesen. Wir planen also keinen Umbau, sondern einen qualifizierten Ausbau des Ausbildungssystems.

Die Fachhochschule ist außerdem ein weiteres Signal dafür, dass wir es mit unserem Ziel ernst meinen, den Anteil der Fachhochschulstudienplätze an dem Gesamtangebot der Hochschulstudienplätze in Nordrhein-Westfalen zu steigern. Heute sind hier gerade einmal 25 % der Studierenden eingeschrieben. Mittelfristig wollen wir in Nordrhein-Westfalen einen Anteil von 40 % erreichen. Das ist auch ein wesentlicher Beitrag zu mehr sozialer Mobilität. Denn gerade junge Menschen aus nichtakademischen Haushalten entscheiden sich gerne für solche praxisnahen Studiengänge und erhalten damit überhaupt erst die Chance, für sich eine akademische Karriere erschließen zu können.

Ich bin sicher, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die neue Fachhochschule wird nicht nur unsere Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen bereichern. Sie wird auch wertvolle Impulse für Medizinforschung und Medizintechnik liefern, also für die Zukunftsfelder, die wir hier in Nordrhein-Westfalen bei unserer Forschungsförderung besonders in den Blick nehmen. Sie wird auch bundesweit wertvolle Anstöße dazu geben, wie künftig die Lehre in Gesundheitsberufen aussehen kann.

Ich gehe also davon aus, dass wir hier im Sinne der künftigen Studierendengeneration, aber vor allen Dingen im Sinne der auf Gesundheitsleistungen angewiesenen Mitbürgerinnen und Mitbürger einen ganz wichtigen Beitrag zur Fortentwicklung leisten können. – Herzlichen Dank für Ihre freundliche Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister Dr. Pinkwart. –Für die SPD-Fraktion erhält Frau Kollegin Gebhard das Wort.

**Heike Gebhard (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Im Gegensatz zu dem Tagesordnungs-

punkt zuvor stimme ich in der Beschreibung der Ausgangslage, der Veränderung der gesellschaftlichen Situation und der gesundheitlichen Versorgung in weiten Teilen mit dem, was Herr Minister Pinkwart ausgeführt hat, überein.

Im Bereich der gesundheitlichen Versorgung setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass wir einer viel stärkeren Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Leistungserbringern – ambulant wie stationär – bedürfen. Das heißt, die Arbeit von Ärzten, die Arbeit von Pflegekräften und die Arbeit nichtärztlicher Heilberufler müssen wie Zahnräder ineinandergreifen. Ihre Wirksamkeit ist ungleich effektiver, wenn sie nicht nacheinander Dienst am Patienten leisten, sondern überlappend tätig werden.

Der Trend, dass Rehabilitationsmaßnahmen bereits während eines stationären Aufenthalts stattfinden, muss weiter unterstützt werden. Wir wissen aber auch: Es gestaltet sich nach wie vor schwierig, bei Entlassungen sicherzustellen, dass die bereits in der stationären Einrichtung begonnenen Therapien auch ambulant nahtlos und kontinuierlich weitergeführt werden. Wir müssen also daran arbeiten, dass es nicht zu Brüchen bzw. Unterbrechungen in der Therapie kommt.

Wenn es unser aller Ziel ist, einen solchen Prozess zu organisieren, verändern sich – das müssen wir zur Kenntnis nehmen – die Anforderungen an die Professionen auch der nichtärztlichen Heilberufe und der Kranken- und Altenpflege. Eine Antwort darauf ist, die Weiterbildung für die einzelnen Berufsfelder weiterzuentwickeln. Eine zweite Antwort ist die Etablierung von entsprechenden Fachhochschulstudiengängen.

Ja, es macht Sinn, Bachelor-Studiengänge für die Gesundheits-, Kranken- und Altenpflege, für Hebammen, für Logopäden, Ergotherapeuten und Physiotherapeuten zu etablieren. Meines Erachtens ist das auch kein abschließender Katalog. Es wäre auch prüfungswert, dies auf weitere nichtärztliche Heilberufe auszuweiten. Aber irgendwo muss man mal anfangen.

Die prinzipielle Entscheidung, eine solche Fachhochschule für Gesundheitsberufe im Ruhrgebiet zu errichten, ist sachgerecht. Nicht, dass nicht auch andere Regionen in Nordrhein-Westfalen eine Menge in der Gesundheitswirtschaft und Gesundheitstechnik zu bieten hätten, aber zu einer Fachhochschulausbildung in diesem Bereich gehört auch – darauf hat Herr Minister Pinkwart bereits hingewiesen – die ausreichende Möglichkeit zur praxisnahen Ausbildung, also zu entsprechenden Praktikumsplätzen. Das Ruhrgebiet mit seiner hohen Krankenhaus- und Bevölkerungsdichte bietet daher wie keine andere Region in Nordrhein-Westfalen die beste Voraussetzung dazu.

Allerdings betreten wir mit der Einrichtung einer solch speziellen Fachhochschule Neuland. Sie ist,

wie bereits gesagt, die bundesweit erste Fachhochschule für Gesundheitsberufe in staatlicher Trägerschaft. In Berlin existiert zwar bereits mit der Hochschule für Gesundheit und Sport eine staatlich anerkannte private Fachhochschule. Ferner gibt es an mehreren Universitäten pflegewissenschaftliche Studiengänge oder zum Beispiel Masterstudiengänge zum Gesundheitsmanagement, zur Gesundheitstechnik, zu Public Health – auch hier in Nordrhein-Westfalen. Mit den jetzt vorhandenen Angeboten werden somit aufgrund der immer komplexer werdenden Anforderungen in der gesundheitlichen Versorgung neue Berufsfelder bedient.

Bei der Fachhochschule für nichtärztliche Gesundheitsberufe ist das aber anders. Hier sollen Studiengänge quasi parallel zu staatlich anerkannten Ausbildungsgängen von Fachschulen etabliert werden. Das heißt, es handelt sich hier nicht einfach um eine weitere Neugründung einer Fachhochschule mit bekanntem, gewohntem Fächerspektrum. Es ist nicht einfach die Aufstockung von 15 auf 16 Fachhochschulen in unserem Lande. Deshalb meine ich: Business as usual ist hier nicht angezeigt.

Der heute seitens der Landesregierung eingebrachte Gesetzentwurf ist aber so abgefasst, als wäre es nicht eine Besonderheit, sondern nur eine weitere Fachhochschule. Die separate Einbringung für diese Hochschule wird nicht aus dem Spezifikum dieser Fachhochschule abgeleitet, sondern daraus, dass sie, wie Minister Pinkwart vorhin andeutete, Teil des Gesundheitscampus sein soll.

Die Errichtungsvorgaben in diesem Gesetzentwurf tragen unserer Ansicht nach der inhaltlichen Besonderheit in keiner Weise Rechnung.

(Widerspruch von Minister Karl-Josef Laumann)

– Sie werden gleich Gelegenheit haben, hierzu etwas zu sagen, Herr Minister Laumann. Zuvor werde ich Ihnen im Detail erläutern, warum wir das so sehen.

Sämtliche Errichtungsvorschriften in § 2 des Gesundheitsfachhochschulgesetzes sind analog zu den anderen Neugründungen von Fachhochschulen ausgerichtet. Das heißt, das Heft des Handelns liegt in der Phase der Errichtung, bis die Hochschule in die Selbstständigkeit entlassen ist, ausschließlich beim Wissenschaftsministerium.

Die Einführung von Studiengängen obliegt dem Wissenschaftsministerium. Auch wenn es in der Begründung – aber nur in der Begründung, Herr Minister Pinkwart; im Gesetz ist das nicht verankert – heißt, dass damit das Erfordernis der Akkreditierung nicht entfällt, wird aber nicht geregelt, welche Mitsprache das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Herr Minister Laumann, die Berufsverbände und die über 200 Fachschulen in unserem Lande haben. Selbst die Aufgaben des Hochschulrates und des

vorsitzenden Mitglieds des Hochschulrates sollen bis zu seiner Bildung ausschließlich vom Wissenschaftsministerium wahrgenommen werden. Bedenkt man, welche Funktion dem Hochschulrat nach dem gültigen Hochschulgesetz zukommt, wäre unseres Erachtens gerade auch hier wieder eine Beteiligung des MAGS angezeigt.

Aufgrund des sogenannten Hochschulfreiheitsgesetzes, Herr Laumann, haben Sie auch nur in der Gründungsphase die Chance, Ihre fachlichen Anforderungen aktiv einzubringen. Nur müsste dies dann auch im Errichtungsgesetz vorgesehen sein.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Genau!)

Das ist es aber nicht. Anschließend wird für Sie der Zug zur inhaltlichen Gestaltung sowieso abgefahren sein. Der Minister hat gerade noch einmal gesagt, es werde dann in der Eigenverantwortung der Fachhochschule liegen.

Warum ist und war dies aber so wichtig? Die Verantwortung für die staatliche Anerkennung der Fachschulen liegt wo? – Beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die Verantwortung für die Weiterbildungsverordnungen für die nicht-ärztlichen Heilberufe liegt wo? – Beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Bereits die Diskussion im letzten Jahr um die Weiterbildungsverordnungen der Fachkrankenpflege für Intensivpflege und Anästhesie hat aufgezeigt, dass diese die Schnittstelle zur akademischen Ausbildung in diesem Bereich darstellen.

Gerade wegen der internationalen Vergleichbarkeit – Herr Pinkwart hat ja darauf hingewiesen, dass es in anderen europäischen Ländern sehr wohl schon eine akademische Ausbildung dazu gibt – war und ist es den Berufsverbänden – aus unserer Sicht auch völlig zu Recht – sehr wichtig, dass die Weiterbildungsmodule per European Credit Transfer System auf entsprechende Bachelor-Studiengänge anrechenbar sind. Das heißt, den Berufsverbänden ist es außerordentlich wichtig, dass die einzelnen Module in den klinischen und theoretischen Anforderungen so etabliert werden, dass sie auf dem Niveau 6 des Europäischen Qualifikationsrahmens angesiedelt sind. Das würde die Anrechnung auf Bachelorstudiengänge ermöglichen.

Dies ist im letzten Jahr in der Weiterbildungsverordnung leider nicht gelungen. In diesem Jahr stehen weitere Weiterbildungsverordnungen an, und es gilt unserer Ansicht nach, dieses Manko einerseits zu heilen und andererseits bei den weiteren diese Probleme erst gar nicht auftreten zu lassen.

Was heißt dies nun für die Entwicklung von Studiengängen an dieser neu zu gründenden Fachhochschule? Da sie auf den gleichen Berufsfeldern aufsetzen soll, aber nicht „on top“, sondern parallel zu diesen Berufsfeldern ansetzen soll, müsste es so eingerichtet werden, dass die Curricula in den Schulen vorsehen, dass sie einerseits Module enthalten,

wie sie in der Fachweiterbildung auf EQR-Niveau praktiziert werden, und andererseits Module, die darüber hinausgehen; denn sonst bräuchten wir sie nicht.

Welche Auswirkungen die Einführung dieser Bachelor-Studiengänge auf die Fachschulen haben wird, insbesondere auf diejenigen, die in der Nähe zur neuen Fachhochschule liegen, ist meines Erachtens aufgrund des noch ungeklärten curricularen Angebots gegenwärtig noch gar nicht absehbar. Wie die Anstellungsträger auf die neuen Absolventen dieser Fachhochschule reagieren werden, steht ebenfalls noch in den Sternen. Gerade weil dort Unsicherheiten bestehen, ist es aber umso mehr von Bedeutung, dass die Curricula in Abstimmung mit den Berufsverbänden, den Fachschulen und ihrer Träger sowie den potenziellen Anstellungsinstitutionen entwickelt werden.

Darauf zu vertrauen, dass sich dies alles von alleine regeln werde, ist – mit Verlaub – nach meiner Lebenserfahrung nur ein frommer Wunsch. Darum, Herr Minister, Laumann, fordern Sie die Berücksichtigung der fachlichen Kompetenz Ihres Hauses ein, und zwar jetzt, wo es noch möglich ist, und nicht erst, wenn es zu spät sein wird. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Kollegin Gebhard. – Für die CDU-Fraktion erhält der Abgeordnete Henke das Wort.

**Rudolf Henke (CDU):** Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Gebhard, es kann ja überhaupt nicht anders sein: Natürlich ist das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales das Ministerium, das für die berufsrechtlichen Aspekte zuständig ist.

(Carina Gödecke [SPD]: Aber das steht da nicht drin!)

Natürlich ist das Ministerium sowohl für die Aufsicht über die Einhaltung der Berufsgesetze als auch der Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen zuständig; ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass es irgendeinen Dissens darüber geben könnte.

Selbstverständlich müssen die niedergelegten Ausbildungsinhalte an dieser Fachhochschule für Gesundheitsberufe den gesetzlichen Grundlagen im Bereich der Ausbildung und der Berufsgesetze entsprechen. Es wäre ja verrückt, wenn man dort gewissermaßen im Widerspruch zu Ausbildungs- und Berufsgesetzen stehende Regelungen in Anwendung brächte; damit würde man Ausbildungen schaffen, die ins Leere liefen. Der Sinn des ganzen Unternehmens ist es doch, den Anschluss sowohl an die sich verändernde Berufswelt – Herr Minister Pinkwart und Frau Gebhard haben ein paar Beispi-

le dafür genannt; ich muss das nicht wiederholen – als auch an das internationale Niveau herzustellen.

Mit all dem, was die Zielsetzung des Gesundheitscampus und der Gründung dieser Fachhochschule für Gesundheitsberufe angeht, wollen wir in Nordrhein-Westfalen ein Zentrum bilden, das beide Bestandteile aufweist: ein Zentrum, das die Gesundheitsforschung in die gleiche Liga bringen soll, in der heute die National Institutes of Health der USA oder das Robert-Koch-Institut auf dem Gebiet der anwendungs- und maßnahmenorientierten biomedizinischen Forschung tätig sind.

Wir sind nicht in dieser Liga, aber wir wollen in diese Liga. Deswegen war es auch gut, dass von Anfang an im Rahmen des sukzessiven Aufbaus des Gesundheitscampus viele Instanzen zusammengeführt und gebündelt werden: Das Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit, das Zentrum für Telematik, das Europäische Proteinforschungszentrum, die MedEcon Ruhr, das Clustermanagement „Gesundheitswirtschaft“, das in Gründung befindliche Strategiezentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen, auch das Krebsregister, dessen Verlagerung aus Münster allerdings nur mit Zustimmung der Gesellschafter und des Landtags möglich sein wird.

Wegen der starken außeruniversitären Forschung wird für den Standort Bochum zu Recht ein großes Potenzial für Vernetzungen in die Metropole Ruhr gesehen. Ich glaube, dass der Gesundheitscampus die Chance birgt, eine Art Gravitationszentrum zu sein, das in Nordrhein-Westfalen nationale und internationale Kooperations- und Vernetzungsstrukturen aufbaut. Es wird also nicht nur eine Stadt oder eine Region nach vorne bringen, sondern es wird dem gesamten nordrhein-westfälischen Gesundheitswesen einen Schub geben, um damit die medizinische Versorgung weiter voranzubringen.

Wir, die Abgeordneten dieses Parlaments, wir alle aus allen Fraktionen werden darauf zu achten haben, dass diese Idee durch zahlreiche Kooperationen und Partnerschaften innerhalb Nordrhein-Westfalens verwirklicht wird und dass die großen Potenziale medizinischer Innovation, die unser Land aufweist, zu ihrer vollen Blüte entwickelt werden, gerade auch durch die geplanten Kooperationen.

Jürgen Rüttgers, unser Ministerpräsident, hat recht, wenn er sagt: Nordrhein-Westfalen ist bereits heute eine führende Gesundheitsregion in Deutschland. Wir wollen eine führende Gesundheitsregion in Europa werden, und wir wollen international zu den Besten gehören. – So weit Jürgen Rüttgers.

(Beifall von der CDU)

Rechtzeitig zur Standortentscheidung hat das Kabinett nun auch das erforderliche Errichtungsgesetz für die im vorigen Jahr angekündigte Fachhochschule für Gesundheitsberufe eingebracht. Ich bedanke mich bei allen, die zu der zügigen Vorbereitung dieser Entscheidung beigetragen haben.

Zum Terminablauf brauche ich nicht viel zu sagen. Es ist ein ehrgeiziger Zeitplan, 2010 ans Netz zu gehen. Aber dieser Zeitplan soll eingehalten werden. Dazu können wir durch zügige Beratung einen Beitrag leisten.

Herr Minister Pinkwart hat bereits von den Modellklauseln gesprochen, die es im Kranken- und auch im Altenpflegegesetz gibt. In den Berufsgesetzen der anderen nichtärztlichen Heilberufe, also der Hebammen, der Logopäden, der Physiotherapeuten und Ergotherapeuten, hat das Land eine Bundesratsinitiative gestartet, die seit April 2008 läuft. Wir zählen darauf, dass diese Modellklauseln noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden.

Eine Modellklausel zur Übertragung ärztlicher Tätigkeiten, wie sie auf der Bundesebene im Pflegeweiterentwicklungsgesetz eingeführt wurde, ist in der Bundesratsinitiative Nordrhein-Westfalens ausdrücklich nicht vorgesehen.

Mir ist wichtig, die Annahme zu zerstreuen, mit diesem Konzept komme es nun zu einer Abwertung der nicht akademisch ausgebildeten Hebammen, Physiotherapeuten, Ergotherapeuten oder Logopäden und die Absolventen der Fachhochschule für Gesundheitsberufe würden ihre an den Fachschulen ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen aus ihren heutigen Aufgaben verdrängen. Schon ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass dies nicht der Fall sein wird.

Aus der Gesundheitsberichterstattung des Bundes geht hervor, dass allein im ambulanten Sektor mehr als 60.000 Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten, Masseur und Medizinische Bademeister tätig sind. Nach Schätzungen des Deutschen Bundesverbandes für Logopädie gibt es in Deutschland etwa 10.000 Logopädinnen und Logopäden, nach Angaben des Deutschen Verbandes für Ergotherapie annähernd 20.000 Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten. Aus den Berichten des RKI wissen wir von über 18.000 Hebammen, zwei Drittel davon ganz oder zumindest teilweise freiberuflich tätig.

Wenn man sich diese Zahlen vergegenwärtigt – 60.000, 10.000, 20.000, 18.000 –, dann wird mir jeder bestätigen, dass ein Studienbetrieb mit ca. 300 neu eingeschriebenen Studierenden pro Jahr mit Sicherheit nicht zu einer Verdrängung all dieser Menschen aus ihren angestammten Aufgaben führen wird.

Auch den Ärztinnen und Ärzten und anderen akademischen Gesundheitsberufen sei gesagt, dass von der Gründung dieser Fachhochschule mit Sicherheit keine Gefahr für die zentrale Stellung des Arztberufes im Gesundheitswesen ausgeht. In dieser Hinsicht wären Gefahren in völlig anderen Entwicklungen zu suchen. Tatsache ist vielmehr: Nordrhein-Westfalen schließt mit dieser einzigartigen

Gründung zum internationalen Niveau der wissenschaftlichen Debatte auf.

(Beifall von der CDU)

Damit können wir in Deutschland ausgebildeten Aspiranten dieser Berufe erstmals ein Ausbildungsniveau anbieten, das sie heute nur finden, wenn sie sich zu einem Studium im Ausland entschließen.

Ich bitte nun alle von ganzem Herzen, einen Beitrag dazu zu leisten, dass wir das zügig voranbringen. Deswegen lade ich alle ein, an einem solchen zügigen Beratungsverfahren mitzuwirken. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Henke. – Jetzt hat für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Lindner das Wort.

**Christian Lindner (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die FDP-Fraktion freut sich, dass wir heute über das Gesetz beraten können, mit dem wir eine Fachhochschule für Gesundheitsberufe im Rahmen eines neuen Gesundheitscampus mit Sitz in Bochum einrichten werden. Wir freuen uns darüber, weil wir den Ansatz fortsetzen, in Nordrhein-Westfalen MINT-Fächer zu stärken und neue Studienplätze zu schaffen. Dieser Ansatz wird nun um die wichtige Komponente der Gesundheitsberufe ergänzt.

Sie wissen: Im Rahmen der nordrhein-westfälischen Fachhochschuloffensive werden insgesamt 11.000 neue Studienplätze entstehen, 1.000 Studienplätze davon an dieser neuen FH für Gesundheitsberufe. Neben der Bedeutung für die Wissenschaft, für die Hochschullandschaft Nordrhein-Westfalen möchte ich hervorheben, dass im Umfeld dieser neuen FH für Gesundheitsberufe mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch zahlreiche neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen werden. Das zeigen alle entsprechenden Untersuchungen und alle anderen Beispiele dieser Art in Deutschland und darüber hinaus.

Die Studierenden erhalten in Bochum künftig eine Ausbildung in den nichtärztlichen Gesundheitsberufen, der Alten- und Krankenpflege, als Hebamme, in der Logopädie, als Ergotherapeuten und anderes mehr. Die Zukunftsbranche Medizinforschung, Medizintechnik gehört bereits heute zu den Schwerpunkten in der nordrhein-westfälischen Forschungslandschaft. Die Neugründung in Bochum wird dieses zukunftssträchtige Feld weiter stärken und ausbauen.

Hinzu kommt, dass mit der Standortentscheidung für Bochum gerade in diesen Tagen eine Region gestärkt wird, die in den vergangenen Jahren in besonderer Weise vom Rückgang des Bergbaus

sowie anderer struktureller Veränderungen betroffen war und bis heute ist.

Die Verortung der neuen FH für Gesundheitsberufe im Umfeld des Gesundheitscampus ist strategisch richtig. Dadurch werden Synergien bestmöglich genutzt. Neben der Fachhochschule werden auf dem Gesundheitscampus Einrichtungen wie beispielsweise das Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit, das Strategiezentrum Gesundheit NRW und das Clustermanagement für die Gesundheitsforschung angesiedelt werden. Das heißt, die Gesundheitswirtschaft in Nordrhein-Westfalen wird stärker als bisher an einem Standort gebündelt, vernetzt und weiterentwickelt.

Die Gründung der Fachhochschule für Gesundheitsberufe ist zudem eine weitere wichtige Maßnahme der Koalition im Kampf gegen den absehbaren und auch schon heute beträchtlichen Fachkräftemangel.

Gesundheitsberufe sind Zukunftsberufe. Eine Ausbildung in diesem Bereich ist eine wichtige Investition sowohl in die eigene Zukunft als auch in die Zukunft unserer Gesellschaft. Es ist davon auszugehen, dass im Jahre 2050 ein Drittel aller Deutschen älter als 60 Jahre sein wird.

Damit sind auch ganz andere Anforderungen an den pflegerischen Bereich verbunden. Zugleich ist die eigene Gesundheit heute mehr denn je ein Element der Lebensqualität, das den Menschen wichtig ist und für das sie auch über den Bereich des Medizinischen hinaus – der sogenannte Wellnessbereich – bereit sind, private Mittel einzusetzen.

Der Bedarf an hochwertigen Gesundheitsprodukten sowie an einer professionellen Pflege wird also in den kommenden Jahren und Jahrzehnten rasant anwachsen und damit auch die Nachfrage nach den geeigneten Fachkräften. Zukünftig werden in jedem Jahr 300 Fachkräfte in Bochum ein Studium abschließen können.

In der Gesundheitsbranche gibt es bereits jetzt einen erheblichen Mangel an Fachkräften, insbesondere in der Alten- und Krankenpflege. Die AWO geht davon aus, dass dort bundesweit mindestens 40.000 Fachkräfte fehlen. In einer vom „manager-magazin“ veröffentlichten Rangliste der meistgesuchten Arbeitnehmer rangieren ausgebildete Pflegekräfte in der Spitzengruppe. Auch vor diesem Hintergrund ist das also eine richtige und wichtige Entscheidung.

Mein Fazit: Die FH für Gesundheitsberufe, verortet auf dem neuen Gesundheitscampus in Bochum, bietet die Voraussetzungen, die für eine zeitgemäße und zukunftssträchtige Ausbildung in den unterschiedlichen Bereichen des nichtärztlichen Gesundheitswesens nötig sind. Sie ist ein wichtiger und wesentlicher Beitrag für den Innovationsstandort Nordrhein-Westfalen. Sie ist eine Investition in die Zukunft der jeweiligen Studierenden sowie in die

Zukunft der Gesellschaft und des Landes insgesamt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält Frau Kollegin Steffens das Wort.

**Barbara Steffens<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Entscheidung über den Gesundheitscampus ist gefallen. Ich finde, das, was dort geplant ist, ist schon ein Leuchtturmprojekt der Landesregierung.

Aber man wird an anderer Stelle noch einmal im Detail darüber reden – und auch darüber reden müssen –, was alles wo im Land abgezogen wird, um es dort zu konzentrieren. Wir haben nach wie vor nicht nur hinter viele Punkte ein Fragezeichen gesetzt, sondern wir üben auch heftige Kritik daran: vom Krebsregister bis zu anderen Bereichen.

Aber, wie gesagt, die Diskussion darüber, was dadurch im Land zerschlagen wird, werden wir an anderer Stelle führen. Heute dreht sich die Diskussion um den Kernpunkt Ihres Gesundheitscampus, um die Fachhochschule für Gesundheitsberufe.

Klar: ein Glückwunsch an Bochum, dass sie bei der Standortentscheidung gewonnen haben. Das tut Bochum mit Sicherheit gut.

Aber ich möchte auch da noch einmal etwas Wasser in den Wein schütten. Es wäre mit Sicherheit einfacher gewesen und hätte mehr Synergieeffekte gebracht, wenn man nicht einen eigenen neuen Hochschulträger ins Leben gerufen, sondern es an eine andere Fachhochschule, zum Beispiel Gelsenkirchen, angedockt hätte. Man hätte mit einer Außenstelle Bochum Synergieeffekte nutzen können.

Die Chance ist vertan worden. Vielmehr kommen wir wieder zu einem neuen Standort. War es nicht die Landesregierung, die immer mal gegen Doppel- und Mehrfachstrukturen an so vielen Stellen gewettert hat? An der Stelle schafft sie sie selbst.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber gut: Das haben wir jetzt. Das werden wir auch aus der Opposition heraus nicht mehr verändern können.

Jetzt geht es darum, wie die Entscheidung ausfallen wird. Heute ist der Gesetzentwurf auf den Tisch gelegt worden.

Ich spreche hier explizit als Gesundheitspolitikerin; denn bei den Berufsgruppen, um die es bei der Fachhochschule geht, handelt es sich um Gesundheitsberufe. Für viele davon – vier – gab es das bisher überhaupt nicht, auch nicht in annähernd vergleichbarer Form. Vielmehr ist das ein Modell. Es ist ein völlig neuer Start.

Wenn ich mir anschau, was in all den Stellungnahmen, Veröffentlichungen und im Gesetzentwurf dazu steht, stelle ich fest: Dort steht, man wolle das Regelniveau der bewährten Fachschulausbildung erhalten. Es steht auch viel darüber, dass man viele Dinge heute noch gar nicht klären könne. Man weiß noch nicht, wie die genaue, konkrete Ausgestaltung aussehen solle.

Aber wenn man ein solches Rahmengesetz auf den Weg bringt, ist doch genau das die Frage: Wie wird der weitere Plan, und wie werden die weiteren Schritte sein? Sie schreiben nämlich in Ihrem Gesetzentwurf schon fest, wann die Fachhochschule im Regelbetrieb an den Start gehen soll. Das ist nicht richtig viel Zeit; denn das Jahr 2010 ist ja sozusagen um die Ecke.

Gestern Abend hatten wir den Parlamentarischen Abend des Frauenrates, wo auch der Hebammenverband als einer derjenigen, die bei der Aufwertung des Berufs mit bedacht sind, einen Stand hatte. Ich habe mit dieser Fachgruppe und auch mit anderen Fachgruppen in der letzten Zeit immer wieder einmal über dieses Thema gesprochen.

Ich denke dabei an die inhaltliche Ausgestaltung: Wie soll das Ganze funktionieren? Wer entscheidet was? Wie und wann werden diejenigen, die in dem Bereich kompetent sind, gefragt? Hinter dieser ganzen Planung stehen mehr Fragezeichen als Ausrufezeichen. Welche Rolle spielen die Verbände und die berufsständischen Vertretungen in diesem Verfahren? Welche Rolle spielt denn das zuständige Fachministerium in dieser Frage?

Schauen wir uns dann einmal den Gesetzentwurf an. Ich meine, wir alle bekommen im Moment im Land die Gründung der anderen Fachhochschule mit, bei der man weiß, dass die Gründungsprofessoren ein Stück weit Sonnenkönige sind, die entscheiden können, was sie wollen. Wir erleben das an vielen Standorten. In Mülheim haben wir es extrem erlebt.

(Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

Dort versucht der Gründungsprofessor sozusagen in einem Poker, so viel wie möglich für seine Fachhochschule herauszuholen,

(Minister Karl-Josef Laumann: Das ist doch klar!)

egal, ob es am Ende mit den kommunalen Interessen und mit den fachlichen Interessen kompatibel ist.

(Minister Karl-Josef Laumann: Wer soll das sonst machen?)

Ein Gründungsprofessor ist nicht unbedingt jemand, der die Stadtentwicklung, die städteplanerische Entwicklung und die Verkehrsanschlüsse kennt – welche ÖPNV-Anbindung braucht man –, sondern er ist eigentlich für die inhaltliche Ausgestaltung

zuständig. Dieses Hochschulgesetz initiiert Sonnenkönige und versucht an bestimmten Stellen nicht, fachlich das Beste herauszuholen. Diese Kritik muss man einräumen können.

Wenn wir es auf die Gesundheitsberufe herunterbrechen, so ist festzustellen, dass für die Prüfungen, für die Weiterbildung und für diesen Bereich insgesamt das Gesundheitsministerium inhaltlich zuständig ist. Das Gesundheitsministerium mit dem Gesundheitsminister kommt in diesem Gesetz aber nicht vor, sondern das Wissenschaftsministerium. Das halten wir in diesem Bereich für grundsätzlich falsch.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Wir halten es für falsch, dass ein Gründungsprofessor bezogen auf die Dekangestaltung, die Steuerung und Ausgestaltung der Curricula und die gesamte inhaltliche Gestaltung mehr Regelungskompetenz hat als die Fachaufsicht. Wir halten es für nicht zulässig, dass der Minister am Katzentisch sitzen soll.

(Beifall von den GRÜNEN)

Hier geht Freiheit vor Qualität. Das halten wir an dieser Stelle für falsch. Wir hoffen, dass dies im laufenden Verfahren der Anhörung zur Sprache kommen und es eine Nachbesserung geben wird. Denn wir glauben, dass es so nicht im Interesse der Heilberufe ist, auch – noch einmal gesagt – wenn es für viele der Bereiche gut ist, dass durch diese Akademisierung eine Aufwertung stattfindet. Aber es muss auch inhaltlich richtig und adäquat ausgestaltet sein. Da habe ich doch sehr viele Bedenken.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Prof. Dr. Sternberg das Wort.

**Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben gestern Morgen über Probleme am Standort Bochum gesprochen. Heute reden wir über eine gute Meldung für den Standort Bochum: eine neue Fachhochschule für die Wissenschaftsstadt im Ruhrgebiet.

Noch vor wenigen Wochen haben wir hier über das Fachhochschulbaugesetz debattiert. Dieses Gesetz beschert diesem Land drei neue Fachhochschulen und mehr als 10.000 neue Studienplätze. Diese Gründungswelle wird dem Land einen deutlichen Push geben.

(Beifall von der CDU)

Jetzt wird eine weitere spezialisierte Hochschule mit allein 1.000 Studienplätzen für den Bereich der nichtärztlichen Gesundheitsberufe errichtet. Das sind also vom nächsten Jahr an je Studienjahr mehr

als 300 Plätze nur für diese Berufe. Da dies flächenbezogene Studienplätze sind, wissen die Fachleute, dass es im Endeffekt wahrscheinlich sogar noch mehr Studienplätze sein werden.

Damit handelt es sich bundesweit um die erste Fachhochschule für Gesundheitsberufe in staatlicher Trägerschaft. Das ist eine Innovation und ein Modell mit Bedeutung weit über unser Land hinaus. Damit wird eine Zukunftsperspektive für das Ruhrgebiet geschaffen.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Immer noch leben über 5 Millionen Menschen in diesem Raum. Es gibt dort eine besonders dichte Landschaft von Krankenhäusern und Einrichtungen des Gesundheitswesens. Aber nicht nur dort ist Gesundheitswirtschaft eine der wichtigsten Ressourcen für unsere Zukunft. Strukturwandel lässt sich mit diesem Thema besonders gut entwickeln. Insofern ist das, was hier gemacht wird, eine Investition in die Zukunft.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Die Bochumer Universität ist eine Universität mit einem spezifischen Bochumer Modell, das nicht mit einer eigenen Universitätsklinik arbeitet, sondern mit Lehrkrankenhäusern, und daher wahrscheinlich auch ein sehr guter Ort, um die Pluralität der Einrichtungen, die für diese Fachhochschule gebraucht werden, zu entwickeln.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Außerdem freue ich mich als Westfale ganz nebenbei natürlich auch, dass eine westfälische Stadt ausgesucht worden ist.

An dieser Fachhochschule werden Alten- und Krankenpfleger, Hebammen, Logopäden, Physiotherapeuten und Ergotherapeuten ausgebildet. So weit ist das ein Thema der Gesundheitspolitik. Aber das Ganze ist zudem auch ein Thema der Wissenschaftspolitik. Frau Steffens, ich kann mir vorstellen, dass Sie das gerne sehr viel konkreter hätten, aber das widerspricht unserer grundsätzlichen Linie der Wissenschaftspolitik.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Wir geben die Dinge nicht bis ins Detail vor, sondern wir überlassen den Fachleuten die Ausgestaltung der Dinge, die kommen. Das heißt: Wir haben ein System nach dem Hochschulfreiheitsgesetz, das es den Hochschulen selbst ermöglicht, die Dinge zu entwickeln, selbstverständlich mit Akkreditierungspflicht –

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

die Akkreditierung wird gefordert – und selbstverständlich mit einer Aufsichtspflicht hinsichtlich der berufsständischen Anerkennungen durch das entsprechende Ministerium. Das heißt: Wir gehen nicht her, legen etwas vor und sagen „So müsst ihr das

machen; friss oder stirb!“, sondern wir vertrauen darauf, dass die Fachleute und die Leute, die das zu machen haben, die kompetenteren Leute für die Ausgestaltung sind.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, die Akademisierung der Gesundheitsberufe ist nicht unproblematisch. Darauf hat vorhin schon mein Kollege Rudolf Henke hingewiesen. Wichtig scheint mir in diesem Zusammenhang auch zu sein, was er vorhin gesagt hat, nämlich die Zahlenverhältnisse, um die es hier geht.

(Zuruf von Gerd Stüttgen [SPD])

Wir wollen keine Beschränkung der qualifizierten Berufe des Gesundheitswesens nur für Abiturienten. Auch der gute Hauptschulabschluss muss den Weg bis zu diesen Abschlüssen an der neuen Gesundheitsfachhochschule öffnen. Es geht auch nicht darum, eine bewährte und qualifizierte Fachschulbildung nur deshalb zu ersetzen, weil diese in Deutschland nicht wie etwa im angelsächsischen Raum als eine Hochschulbildung gewertet oder gezählt würde. Aber es gibt von zunehmend vielen Studierenden den Wunsch nach einem solchen Studium, und es gibt internationale Entwicklungen und auch Entwicklungen bei uns, auf die wir nicht nur reagieren, sondern die wir gestalten wollen.

Das grundständige Studium ermöglicht den Erwerb eines Fachschulabschlusses und des Berufschulabschlusses nach den Berufsgesetzen im Sinne der dort festgelegten bzw. einzuführenden Modellklauseln. Modell heißt in diesem Zusammenhang in dem Text: eine Klausel in den Berufsgesetzen.

Das ist also ein Vorbehalt, der nicht etwa meint, dass die neuen Studiengänge exklusiv in Bochum angeboten würden. Denn auch in den anderen Gesundheitsregionen unseres Landes und an anderen Einrichtungen der Gesundheitswirtschaft und Medizin in unserem an diesen Einrichtungen so reichen Land – also um Bielefeld, um Aachen, um Bonn, im Sauerland und auch um Münster – freut man sich über die neue Möglichkeit zu solchen Studiengängen.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU] – Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Evaluation und fachliche Begleitung sind bei solchen Modellvorhaben selbstverständlich.

Meine Damen und Herren, in Bochum ist die Fachhochschule das Herzstück des neuen Gesundheitscampus. Dort werden Forschung und Lehre an der Universität durch spezifische, auf bestimmte Berufsfelder ausgerichtete Ausbildungsgänge an einer ganz eigenständigen Fachhochschule ergänzt. Ich glaube, es ist eine gute Sache, dass diese eigenständig ist.

Ich denke, dabei sind Kooperationen und Überschneidungen mit anderen Bereichen durchaus erwünscht. In Bochum knüpft die Entscheidung übrigens an die wichtigste Infrastrukturentscheidung der letzten Jahrzehnte für diese Region an, nämlich an die Gründung der Ruhr-Universität 1965 durch Franz Meyers. Auch das war eine Entscheidung einer CDU-geführten Regierung in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Und nun der Ausbau des Gesundheitscampus durch Jürgen Rüttgers. Schade, dass das Ruhrgebiet 40 Jahre lang warten musste, bis statt Subventionsfilz wieder echte Strukturhilfen den überfälligen Wandel stützen.

(Beifall von der CDU)

Die Gründung der neuen Fachhochschule ist ein Zeichen für einen Wandel in dreifacher Hinsicht: für den Strukturwandel des Ruhrgebietes, für den Wandel in den Berufsbildern der Gesundheitsberufe und für den Wechsel im Tempo der Reformen zur Erneuerung des Landes seit 2005. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Sternberg. – Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Witzel das Wort.

**Ralf Witzel (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen für die FDP-Landtagsfraktion, aber auch als Ruhrgebietsabgeordneter die große Freude unsererseits vortragen, dass wir diese neue Fachhochschule für Gesundheitsberufe im Ruhrgebiet, in der Stadt Bochum, bekommen. Wir gehen davon aus, dass es eine große und intensive Nachfrage geben wird nach den angebotenen 1.000 modernen, praxisnahen Studienplätzen für den Bereich der nichtärztlichen Gesundheitsberufe, beispielsweise Logopäden, Ergotherapeuten, Hebammen, Kranken- und Altenpfleger.

Wir meinen erstens, dass es fachlich richtig ist, dass entschieden wurde, einen entsprechenden Ausbildungsstandort in Nordrhein-Westfalen zu bekommen, für den im Markt auch Bedarf besteht. Wir meinen zweitens, dass die strukturpolitische Komponente, den Gesundheitscampus mit dieser Fachhochschule im Ruhrgebiet anzusiedeln, die richtige Entscheidung ist. Es gab ein Wettbewerbsverfahren mit der Maßgabe, dass es in die Region Ruhrgebiet als Kohlerückzugsregion passen muss, womit es auch eine strukturpolitische Bedeutung hat.

In den letzten Tagen haben wir – das ist auch wichtig – in aller Offenheit vorgetragen, dass wir, genauso wie beim Thema Subventionsbergbau, aber auch, was andere Industriearbeitsplätze angeht, den Steuerzahler nicht hemmungslos ins Obligo

nehmen dürfen, wenn Arbeitsplätze nicht wettbewerbsfähig sind. Wir haben den Rückzug von Nokia schmerzlich erfahren müssen, nachdem dort die Subventionszahlungen abgegriffen worden sind. Es gibt eine ungewisse weitere Planung im Bereich Opel, die sich möglicherweise in den nächsten Tagen konkretisieren wird. Deshalb ist es für die Region aufgrund des Endes des Subventionsbergbaus ganz entscheidend, dass wir neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze bekommen. Es war immer unsere Philosophie, klar zu sagen: Wir lassen Regionen nicht im Stich, auch wenn sich Strukturen ändern. Es ist dann in der Tat auch die Aufgabe eines Staates, die richtigen Leitentscheidungen im Bereich der Infrastrukturplanung zu treffen.

Wir gehen davon aus, dass, eingebettet in die Gesamtplanungen des Landes – wobei man die Fachhochschule für Gesundheitsberufe nicht isoliert sehen darf, sondern im Kontext mit den anderen Fachhochschulneugründungen –, innerhalb der nächsten zehn Jahre über 1 Milliarde € an Kapital mobilisiert wird, was strukturpolitisch außerordentlich wertvoll ist für die Neuaufstellung im Ruhrgebiet. Dort ist die Gesundheitswirtschaft neben der Kreativökonomie die zweite tragende, neue Säule für Innovation und der Beschäftigungsmotor in neuen Feldern, die strukturpolitisch für die Region bislang nicht prägend waren.

In der Gesamtheit mit den anderen Fachhochschulneugründungen in den MINT-Fächern kommen wir auf 11.000 zusätzliche Studienplatzangebote. Das ist ein sehr gutes und ermunterndes Signal auch für die Jugend in unserem Land, dass es verbesserte Studienperspektiven gibt. So machen wir auch ausdrücklich deutlich, wir handeln gegen den Fachkräftemangel. Deutschlandweit muss davon ausgegangen werden, dass in den nächsten Jahren bis zu 150.000 Fachkräfte fehlen – so die Schätzung aus der Wirtschaft. Wir leisten in Nordrhein-Westfalen einen ersten wichtigen Beitrag, um mit der Ausbildung in Fachhochschulen gegenzusteuern.

Deshalb sehen wir mit großer Freude den Gesundheitscampus Ruhrgebiet mit einer starken, innovativen Fachhochschule für die nichtärztlichen Gesundheitsberufe im Gesamtkontext der Planungen und verweisen ausdrücklich darauf, dass mit jeweils 2.500 Studienplätzen an den Standorten „Nördlicher Niederrhein“ – Kleve/Kamp-Lintfort –, „Westliches Ruhrgebiet“ – Mülheim/Bottrop – und Hamm/Lippstadt ebenfalls gehandelt wird, um im RVR-Gebiet neue Perspektiven zu erschließen.

Wir wünschen für die weiteren Planungen viel Erfolg und werden das parlamentarisch von unserer Seite aus begleiten. Wir gehen fest davon aus, dass das ein ganz wichtiger Innovationsschub für die Region ist, dem der Sache und der Menschen im Ruhrgebiet wegen Vertreter aller Fraktionen im Haus beipflichten sollten. Das darf kein Projekt des Streitigen werden. Wir alle sollten gemeinsam daran arbeiten,

dass die neue Fachhochschule für Gesundheitsberufe mit Standort in Bochum zum Erfolg wird. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Laumann das Wort.

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In meiner Rede möchte ich nicht alles wiederholen, weil schon vieles gesagt worden ist. Aber zunächst einmal freue ich mich darüber, dass alle Fraktionen des nordrhein-westfälischen Landtages grundsätzlich der Meinung sind, dass die Entscheidung für die Fachhochschule im Ruhrgebiet richtig ist,

(Beifall von CDU und FDP)

dass wir sie für die Weiterentwicklung des Gesundheitssystems in Nordrhein-Westfalen brauchen, vor allen Dingen auch deswegen, weil wir ein Interesse daran haben müssen, dass die Versorgung der Menschen bei einem sich verändernden Gesundheitssystem und bei einer Veränderung der Krankheitsbilder auf einem hohen Niveau bleiben muss. Deswegen möchte ich einige Grundsätze klarmachen.

Für uns stand bei der Idee der Fachhochschule von Anfang an fest, dass wir das Gros der Studiengänge wie in der sogenannten dualen Ausbildung haben wollen. Das heißt, die Leute werden eine bodenständige Ausbildung machen. Dafür brauchen wir die Ausbildungsstätten, die für viele Bereiche Krankenhäuser, für andere Bereiche aber auch zum Beispiel Altenpflegeheime sind. Wenn Sie das für eine solche Anzahl von Menschen haben wollen, dann müssen Sie das auch in der Nähe in einem großen Umfang anbieten. Damit war die Grundsatzentscheidung, dass man in das Ballungsgebiet gehen muss, unumgänglich und richtig. Es ist also auch eine fachliche Begründung, weil wir die duale Ausbildung haben wollen.

Warum wollten wir die duale Ausbildung, die insbesondere ich wollte? – Weil wir heute viele Studiengänge haben, etwa im Bereich der Pflege, in denen man erst einmal drei Jahre lang eine bodenständige Ausbildung macht und dann drei Jahre lang weiterlernt. Dann sind wir bei sechs Jahren. Es gibt sogar einige, die zwischen der Ausbildung und dem Beginn des Studiums ein oder zwei Jahre praktische Arbeit in den jeweiligen erlernten Berufen verlangen. Dann sind wir bei sieben, acht Jahren.

So lange dauert auch ein Medizinstudium. Wir wollen mit der Studiausbildung eine Möglichkeit schaffen, mit etwa drei bis vier Jahren hinzukommen. Das ist auch ein wichtiges Signal in die Pfl-

geberufe hinein, dass man mit einer hohen Qualifikation in einer bestimmten Studienzeit durchkommen kann, die ich für angemessen halte. Das war mir in dieser Frage ganz wichtig. Wenn man bedenkt, was sich im Pflegebereich in den letzten Jahren an Zeitachsen, bis man bei dem Diplom ankam, eingeschlichen hat, finde ich schon, dass wir hier ganz bewusst gegensteuern sollten, wie es in vielen anderen Berufen der dualen Berufsausbildung auch der Fall ist.

Zweiter Punkt: Wir werden in den nächsten 15 bis 20 Jahren eine völlige Veränderung in unserer Gesellschaft insofern erleben, als die älteren Menschen viel mehr und die jüngeren Menschen viel weniger werden. Das wird auch in der Versorgung der Menschen im Gesundheitsbereich zu Veränderungen führen, die ein Gesundheitssystem noch nie bewältigen musste. Das werden wir bewältigen müssen mit nicht immer mehr und unendlich zur Verfügung stehenden Ressourcen. Wir wollen auf der anderen Seite aber weiterhin trotz all dieser Herausforderungen eine qualitativ gute Versorgung der Menschen sicherstellen.

Deshalb glaube ich, dass die Menschen, die in Zukunft in den mittleren und oberen Führungsebenen des Gesundheitswesens Verantwortung übernehmen, darauf hinarbeiten müssen, wie man mit nicht unbegrenzten Ressourcen Versorgungsstrukturen schaffen kann, die die Menschen gut versorgen, die auf einem hohen qualitativen Niveau sind, aber auch mit einer solchen Situation fertig werden. Hier spielt ein Fallmanagement für den einzelnen Patienten im Krankenhaus und die Frage, wie lange man für eine bestimmte Krankenhausbehandlung braucht, wenn man das alles gut organisiert, eine große Rolle. Das gilt auch für viele andere Bereiche. Dies wird eine ganz andere Herausforderung als in der Vergangenheit. Davon bin ich fest überzeugt.

Ich würde mir sehr wünschen, dass unsere Fachhochschule, die wir jetzt in Bochum aufbauen, in ihren Ausbildungsgängen in den unterschiedlichen Bereichen gerade diesen Aspekt sehr stark mit im Auge behält. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Versorgungsforschung und die Umsetzung von Versorgungsstrukturen ganz wichtige Aufgaben im Gesundheitssystem werden, um trotz Rationalisierungseffekten die Menschlichkeit zu bewahren vor dem Hintergrund, dass es in dieser veränderten Zeit mit begrenzten, nicht unendlich zur Verfügung stehenden Ressourcen gehen muss.

Es gibt einen weiteren Punkt, den ich heute ansprechen muss. Bis jetzt dürfen wir aufgrund der in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze eine solche Ausbildung, über die wir alle heute gesprochen haben, nur im Bereich der Pflegeberufe machen. In den anderen nichtärztlichen Heilberufen dürfen wir das noch nicht. Hier habe ich die Bitte an die beiden zurzeit in Berlin regierenden Koalitionsfraktionen, also auch an die Sozialdemokraten hier

im Haus, alles daran zu setzen, dass wir noch vor der Bundestagswahl auch die Modellklausel für die außerhalb der Pflege vorhandenen nichtärztlichen Gesundheitsberufe bekommen. Im Bundestag gab es in dieser Woche eine Anhörung, und dazu gibt es unterschiedliche Meinungen. Wenn wir das vor der Bundestagswahl – bis dahin gibt es in Berlin noch drei Sitzungswochen – nicht über die Rampe heben, dann haben wir erhebliche Probleme, das so zu machen, wie wir es hier heute gemeinsam besprochen haben.

Die Gesundheitsminister haben einstimmig – 16:00 – gesagt, dass sie diese Klausel ohne weitere Evaluationen gerne haben wollen. In diesem sehr komplizierten System der Gesundheitsberufe in Deutschland gibt es aber immer welche, die sagen: Da brauchen wir eigentlich noch eine Untersuchung; da müssen wir noch einmal überlegen; lasst und das lieber nicht jetzt entscheiden! – Ich kann nur sagen: Für den Aufbau dieser Fachhochschule, über die wir heute reden, brauchen wir eine Entscheidung im Deutschen Bundestag in den nächsten drei bis vier Wochen. Jeder weiß, was eine Bundestagswahl bedeutet – die Konstituierung des neuen Parlamentes.

Hier erinnere ich an unseren Zeitplan. Es hängt ja auch mit dem doppelten Abiturjahrgang zusammen, warum wir unbedingt zu einem bestimmten Zeitpunkt diese Schule anbieten wollen. Für die Gesundheitsberufe – Frau Steffens, Sie haben das angesprochen – ist das Jahr 2010 vielleicht gar nicht so wichtig. Aber wir brauchen wegen der Abiturjahrgänge, die auf uns zukommen, 2010 die Kapazitäten, die wir jetzt schaffen wollen, und nicht erst nach diesem Datum. Das ist ein Gebot der Vernunft und auch der Praktikabilität.

Es wurde gefragt, was die Kompetenz des Wissenschaftsministers und die Kompetenz des Gesundheitsministers ist. Vielleicht kennen Sie das aus Ihrer Zeit, Frau Steffens, als Sie einer Regierungsfraktion angehört haben, nicht so. Bei uns gibt es ein gemeinschaftliches Handeln einer gesamten Landesregierung.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Ich habe nicht den Eindruck – im Vorfeld der Überlegungen über Gesundheitscampus, Fachhochschule musste ja darüber nachgedacht werden, wie wir das Ganze zusammenbinden –, dass wir das in der Gesamtverantwortung der Landesregierung nicht hinbekommen. Und Sie müssen sich an eines gewöhnen – das unterscheidet uns eben auch von Ihrer Regierung –: Wir werden nicht alles durch Ministerialbürokratie vorgeben,

(Beifall von CDU und FDP)

sondern wir werden uns bei der Auswahl der Menschen sehr viel Mühe geben, die natürlich als Gründungsleute einer Hochschule diese Hochschule

wahrscheinlich mit am meisten prägen. Jeder, der der Erste ist und so etwas macht, prägt sie deutlich mit. Das ist doch logisch. Das gilt im Übrigen für jede Schule, die gegründet wird. Der erste Rektor einer Schule prägt diese Schule am meisten. Deswegen werden wir für die Auswahl des Personals, das wir dafür brauchen, allerhöchste Kriterien anlegen. Ich glaube, dass wir dann mit denen zusammen die Dinge so entwickeln werden, dass diese Schule von ihren Lerninhalten her den jungen Leuten ein solches Rüstzeug mitgibt, dass sie anschließend eine tolle Chance haben, im Bereich der Gesundheitswirtschaft Mann und Frau zu stehen und die gesamte Gesundheitswirtschaft in Nordrhein-Westfalen nach vorne zu bringen.

Dabei müssen wir eines wissen: Diese Hochschule in Bochum wird in Konkurrenz zu anderen Fachhochschulen im Land Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus stehen, die heute schon sehr gute und interessante Studiengänge in dem Bereich, über den wir heute sprechen, anbieten.

Es wird keine staatliche Verordnung geben, dass man zum Studieren nach Bochum gehen muss, sondern die Hochschule wird auch in dieser Frage natürlich im Wettbewerb zu anderen Hochschulen stehen. Aber wir scheuen diesen Wettbewerb nicht, sondern wir stellen uns ihm schlicht und ergreifend. Denn Wettbewerb sorgt aus unserer ganzen Vorstellung heraus auch dafür, dass sich eine Schule und auch eine Hochschule selbst sehr viel Mühe geben muss, interessante innovative Dinge anzubieten, um letzten Endes in diesem Wettbewerb bestehen zu können.

Deswegen – das müssen Sie zur Kenntnis nehmen – gibt es in unserem Denken keine Schulbezirke. Dass man in einer bestimmten Frage nur an einem bestimmten Ort etwas tun darf, gibt es bei uns auch nicht. Dieses Denken haben Sie viele Jahre gehabt. Nehmen Sie die Schranken weg, vertrauen Sie uns, die Sache wird gut! – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Einige im Saal werden es gemerkt haben, die Redezeit der Landesregierung ist ein bisschen länger genutzt worden, acht Minuten und 45 Sekunden. Das soll jedoch nicht zu längerer Redezeit animieren, sondern soll nur heißen, dass allen Fraktionen entsprechend längere Redezeiten zur Verfügung stünden.

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Kollegin Gebhard zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Gebhard.

**Heike Gebhard (SPD):** Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich brauche keine längere Redezeit, die ich aufgrund der Überziehung der Landesregierung hätte. Ich hätte ohnehin noch Redezeit zur Verfügung gehabt, und für das, was ich

sagen möchte, reicht die Zeit völlig aus. Ich will das hier nicht in die Länge ziehen.

Jedoch eines muss noch gesagt werden: Herr Minister Laumann, Sie haben gerade sehr viel darüber ausgeführt, wie Sie sich die Ausbildung an der Fachhochschule vorstellen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das machen wir auch so!)

Sie haben beschrieben – da will ich Ihnen nicht widersprechen –, wie die Ausbildung aussehen soll. Nur habe ich mir vorhin erlaubt – darauf sind Sie mit keinem Wort eingegangen –, darauf hinzuweisen, dass Sie, wie Frau Steffens gesagt hat, nicht nur am „Katzentisch“ sitzen, sondern Ihr Haus im Verfahren zu diesem Gesetzentwurf überhaupt nicht vorgesehen ist. Sie können ja Ihre Vorstellung haben, aber Sie sind auf den Goodwill des Wissenschaftsministeriums angewiesen, dass Ihre Ideen umgesetzt werden.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ja, das ist auch in Ordnung!)

Sie haben null Beteiligung. Es geht – mit Verlaub, Herr Professor Sternberg – nicht darum, dass wir einen „Diktator Laumann“ möchten, aber wir möchten gern einen Mitwirkenden haben, einen, der tatsächlich das verbriefte Recht hat, mitzuwirken. Ich denke, das ist nicht nur billig, sondern das ist aufgrund der Fachlichkeit geboten.

Das müsste hier noch einmal klar werden. Ich fände es gut, wenn Sie sich dazu einlassen würden. Gottvertrauen ist gut, aber wir wissen, in der politischen Auseinandersetzung insbesondere zwischen diesen beiden Parteien ist es ganz gut, wenn man ein paar Rechte verankert hat.

(Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

Diese Rechte sollte man sich durchaus nehmen. Die Tatsache, dass Sie darauf sozusagen freiwillig verzichten wollen, spricht Bände.

Der Hinweis darauf – gestatten Sie mir diese kleine Bemerkung nicht als gesundheitspolitische Sprecherin, sondern als wissenschaftspolitische Aktivistin –, dass wir mit zusätzlichen 300 Studienplätzen den doppelten Abiturjahrgang retten, das ist – mit Verlaub – ein kleiner Tropfen auf den heißen Stein in dieser Geschichte.

(Beifall von Barbara Steffens [GRÜNE] – Minister Karl-Josef Laumann: Das ist auch ein Beitrag!)

Das nur als Bemerkung am Rande. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Gebhard. – Für die Grünen-Fraktion hat sich noch einmal Frau Kollegin Steffens zu Wort gemeldet.

**Barbara Steffens**<sup>1)</sup> (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Laumann, ich kann es ein Stück weit verstehen, dass ich, wenn ich als Fachminister in einem Prozess überhaupt nicht vorkomme, mich hier hinstelle und sage: Alles wird gut. Ich bin auf der informellen Ebene beteiligt.

Wir werden jetzt aber noch einen Prozess haben, in dem es ein Anhörungsverfahren gibt, zudem der AGS schon klar gesagt hat, dass er an diesem Anhörungsverfahren beteiligt werden will;

(Minister Karl-Josef Laumann: Ja!)

denn es geht um die inhaltliche und auch perspektivische Ausgestaltung der Berufe, die in Ihrer und damit auch in unserer, also der des Ausschusses liegenden Zuständigkeit liegt.

(Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

Insofern kann man nicht einfach sagen: Wir wollen an allen Stellen Freiheit haben.

Ich will das einmal an einem Beispiel deutlich machen. Der Beruf der Hebamme hat im Gegensatz zu den anderen Ausbildungsberufen hier eine sehr hohe Eigenständigkeit. Die Hebammen sind in ihrem späteren Berufsleben nicht an irgendwelche Weisungen von Ärzten oder von sonst jemand gebunden. Bei dem Auswahlverfahren wird heute darauf geachtet, ob die Person, die diese Ausbildung machen will, von Ihrer Persönlichkeitsstruktur her für diesen Beruf geeignet ist.

Das heißt, wir haben ein Regularium, wie die Ausbildung stattfindet und wie eine Frau dazu befähigt wird, dass sie diesen Beruf, diese Berufung hinterher ausüben kann. Insofern ist es schwierig, das auf eine Fachhochschulausbildung zu übertragen. Deshalb kann man nicht einfach davon ausgehen, dass das Wissenschaftsministerium, das eigentlich für die MINT-Fächer und Sonstiges zuständig ist, das schon macht und dann mit mir reden wird. Darauf muss der Fachminister Zugriff haben und mitreden dürfen. Er muss auch darauf achten, dass die berufsständischen Interessen im Sinne von fachlichen Interessen und Qualifikationen in den Prozess einfließen. Zu sagen, „alles wird gut“, ist an der Stelle zu kurz gegriffen.

Der andere Punkt, auf den Sie gar nicht eingegangen sind, ist die Frage der Anschlussfähigkeit. Wir haben eine große Anzahl von Schulen mit einem hohen Niveau und einer guten Ausbildung. Wir bekommen eine Fachhochschule, die zuerst nur wenige Plätze hat. Insofern gibt es natürlich keine Konkurrenz zu den Schulen. Aber wenn ich einmal die Akademisierung eines solchen Berufs vorgenommen habe, wird es es viele Menschen geben, die diese Ausbildung anstreben.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ja!)

Wir bekomme ich die Anschlussfähigkeit hin? Wie soll sie funktionieren? Welche Rolle spielt das Mi-

nisterium dabei? Welche Ideen liegen vor? – Zu diesen Fragen haben Sie nichts gesagt.

Ich denke, bei der Anhörung wird es einen Prozess geben, bei dem wir fachpolitisch und gesundheitspolitisch ins Detail gehen werden. Ich hoffe, dass Sie sich dann nicht dagegen wehren, sodass man diese Diskussion auch einmal offen führen kann: Welche Kompetenzen muss in diesem Verfahren ein Fachminister haben und welche nicht? Sperren Sie sich doch nicht dagegen, wenn die Opposition sagt, sie wolle den Minister ein bisschen mehr in die Verantwortung nehmen und auch, dass er mehr Kompetenzen bekommt. Sie sollten sich darüber freuen, dass wir Sie einbinden wollen, statt sich dagegen zu wehren. Ich bin auf den Prozess gespannt, und ich hoffe, dass wir mit ein guten Ergebnis da herauskommen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Für die CDU-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Henke zu Wort gemeldet.

**Rudolf Henke** (CDU): Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal ist die Freude groß, Frau Steffens, Frau Gebhard. Wir stellen entzückt und auch mit großem Gleichklang fest, dass Karl-Josef Laumann das Vertrauen des gesamten Hauses verdient.

(Beifall von der CDU)

Wir teilen diese Auffassung, und es ist gut, dass Sie das einmal unterstreichen. Das wurde Zeit.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Das zeigt auch die Entwicklung, in der Sie sich befinden.

(Minister Karl-Josef Laumann: Die ist aber vergiftet!)

Ich will auf einen einzigen Punkt eingehen. Warum tun Sie das gerade an dieser Stelle? Sie tun es, weil Sie ein Rückspiel suchen, weil sich Ihre Konzepte zum Hochschulfreiheitsgesetz nicht durchgesetzt haben

(Minister Karl-Josef Laumann: So ist das!)

und weil Sie an dieser Stelle als Sondergesetz eine Alternative zum Hochschulfreiheitsgesetz im Errichtungsgesetz für die Fachhochschule Gesundheitsberufe haben wollen. Damit diskriminieren Sie diese Form von Ausbildung von vornherein. Denn wenn das konsequent wäre, dann müssten wir ja den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes in den Betrieb jeder medizinischen Fakultät, jeder Fakultät für Pharmazie

(Beifall von CDU und FDP)

und jeder Fakultät für Zahnheilkunde einbeziehen. Nein, da haben wir eine Prüfungsordnung, da haben wir eine Ausbildungsordnung. Genau wie bei den akademischen Berufen wird es hier bei den bisher nicht akademischen Berufen jetzt auch in dem akademischen Ausbildungsgang so sein, dass es Staatsprüfungen gibt, dass es eine staatlich vorgeschriebene Ausbildungsordnung gibt und dass man entweder mit dem Studiengang dieser Ausbildungsordnung gerecht wird oder nicht. Wenn man ihr gerecht wird, wird die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen. Das ist rechtlich einwandfrei geregelt.

Deswegen: Jawohl, bleiben Sie bei Ihrem großen Vertrauen in den Sozialminister! Unterstützen Sie ihn in allen Wahlkämpfen! Sorgen Sie dafür, dass er noch mehr Unterstützung im Volk findet! Aber verschonen Sie uns mit der Vorstellung, dass Sie das dadurch machen könnten, hier ein Rückspiel zum Hochschulfreiheitsgesetz spielen zu wollen. Das funktioniert nicht. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Henke. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/9249** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Wer stimmt der Überweisung zu? – Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Niemand. Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig überwiesen.

Wir kommen zu:

### **3 Strompreismanipulationen durch E.on – allein in 2007 ein Schaden von 13 Mrd. Euro?**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/9260

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herrn Kollegen Priggen das Wort. Bitte schön.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Der Strom, den wir alle verbrauchen, wird zu etwa 20 % an der Strombörse gehandelt. Das ist für uns in Deutschland die EEX in Leipzig. Die Skandinavier haben die Nordpool. Die Niederländer haben die Amsterdamer Börse. Bei uns läuft das fast ausschließlich über Leipzig.

Es hat nicht nachvollziehbare Preissprünge an dieser Börse gegeben, die sich massiv ausgewirkt haben. Von 1999 bis 2002 lag der Strompreis vor Steuern, Netzentgelt und Konzessionsabgaben auf einem Niveau zwischen 16 und 20 € pro Megawattstunde. Bis 2007 ist er auf etwa 60 € pro Megawattstunde angestiegen, immer vor Steuern gerechnet, ohne dass es einen nachvollziehbaren Grund durch einen Anstieg von Brennstoffkosten oder Ähnlichem gegeben hätte. Es hat immer wieder eine kritische Debatte gegeben, ob die großen Stromerzeuger auf die Börse in Leipzig steuernd Einfluss nehmen, um das Preisniveau hochzuschrauben.

Dann hat dankenswerterweise die Europäische Kommission mit Unterstützung des Bundeskartellamtes Hausdurchsuchungen bei E.ON, bei RWE, bei Vattenfall und bei Energie Baden-Württemberg durchgeführt. Das sind die großen vier, die rund 90 % der Großstromerzeugung besitzen. Die EU-Kommission hat derartig viel Material gefunden, dass sie am 7. Mai 2008 ein Bußgeldverfahren – ähnlich wie das bei Microsoft oder jetzt bei Intel läuft – gegen E.ON einleiten konnte.

Das Material hat sie vor allen Dingen bei E.ON Sales & Trading gefunden. Das sind die Kollegen gewesen, die dort Strom gehandelt haben. Die waren außerordentlich stolz auf das, was sie gemacht haben, weil es ihnen gelungen ist, das Strompreislevel zu steuern und hochzuschrauben.

Ich zitiere einmal einige wirklich bemerkenswerte Aussagen aus dem Material, das bei den Durchsuchungen gefunden worden ist.

Die Antwort auf der Vorstandssitzung bei E.ON Sales & Trading am 8. Dezember 2003 auf die Frage: „Welchen Anteil haben wir bei der Marktpreisentwicklung für 2003 festgestellt?“, lautete:

Von März bis Juni 2003 hat ein intensiver Einsatz des SPP-Eigenhandelsbuches zur Initiierung von Marktpreissprüngen

– das meint offensichtlich nur Sprünge nach oben –

und zur Absicherung von Marktpreiseinbrüchen beigetragen. ... EST hat als Treiber des Marktes sehr großen Anteil am Durchstoßen eines Zielpreises.

Das ist eine ganz eindeutige Aussage. Das kann man verstehen, denn die waren erfolgreich, haben den Markt gesteuert und haben das für sich auch sehr positiv festgehalten.

Was ist ganz konkret gemacht worden? Mit welchen Mechanismen konnten die das machen? – Der Preis an der Börse ist das Ergebnis einer Stromauktion, bei der immer das letzte ans Netz gehende Kraftwerk das Preisniveau bestimmt. Das ist die sogenannte Merit-Order. Das heißt, nicht das preiswerte Grundlastkraftwerk, sondern das letzte ans Netz gehende – in der Regel ein Gaskraftwerk oder ein Spitzenkraftwerk, aber das kann sogar ein

Pumpspeicherkraftwerk sein – setzt den Preis für alle Kraftwerke fest.

Wenn jetzt jemand ein großes Kraftwerkportfolio und ausreichend Grundlastkraftwerke hat, kann er, wenn er clever ist, natürlich steuern und sagen: Wenn ich genau weiß, das nächste Kraftwerk ist ein Gaskraftwerk, das den Preis hochtreibt, dann nehme ich unten Grundlastleistung raus und schiebe ein Gaskraftwerk rein und ziehe dadurch das ganze Preisniveau für meine anderen Grundlastkraftwerke hoch. – Genauso ist das gemacht worden.

Ich will noch einmal zwei Zitate aus dem Abschlussbericht der Europäischen Kommission vom 13. Februar 2009, also vor wenigen Monaten, bringen.

Da heißt es in Ziffer 35:

Die Grenzkosten der teuren Stromerzeugung (aus Erdgaskraftwerken) betragen im fraglichen Zeitraum mehr als das Siebenfache der kostengünstigeren Grundlaststromerzeugung.

Das heißt, es war also attraktiv, unten Grundlastkraftwerke herauszunehmen und ein teureres Gaskraftwerk hineinzuziehen, um so auch für die anderen Grundlastkraftwerke das Siebenfache des Strompreises zu erzielen. Das ist ein reines Rechenexempel, wie man die Mengen steuert.

In Ziffer 36 kommt die Kommission zu dem Ergebnis:

Der vorläufigen Beurteilung der Kommission zur Folge hat E.ON die Strategie verfolgt, verfügbare Erzeugungskapazitäten kurzfristig zurückzuhalten, um die Preise in die Höhe zu treiben.

Das ist das Ergebnis der EU-Kommission im Mai 2008.

Um das Bußgeldverfahren zu vermeiden, hat E.ON dann am 27. Mai 2008 angeboten, sein gesamtes Höchstspannungsnetz zu verkaufen und 10 % seiner Kraftwerkskapazitäten – das sind rund 5.000 Megawatt – ebenfalls zu veräußern. Ich könnte das bedauern, aber aus Sicht der Kommission ist das nachvollziehbar, um lange juristische Prozesse zu vermeiden. Die Kommission hatte ja das Ziel, die Marktdominanz von E.ON ein Stück weit zurückzudrängen. Die Kommission hat das Angebot angenommen und E.ON ist damit um ein Bußgeldverfahren herumgekommen. Aber das Schuldanerkenntnis ist ja eindeutig.

Es gibt aber eine zweite Relevanz, die eigentlich hier diskutiert werden muss. Sie muss auch bei der Strompreisaufsicht diskutiert werden. Und diese Frage wird jetzt juristisch diskutiert.

Prof. Dr. Matthias Jahn vom Lehrstuhl für Strafrecht und Strafprozessrecht der Universität Nürnberg und Richter am dortigen Oberlandesgericht hat das in einem Fachaufsatz ausführlich juristisch bewertet

und kommt zu dem Ergebnis, dass das Verhalten von E.ON auch strafrechtliche Relevanz hat.

Aus seiner Sicht sind die Straftatbestände des Börsenbetrugs und der Verstöße gegen das Wertpapierhandelsgesetz gegeben. Es ist bei den Staatsanwaltschaften in Düsseldorf und Essen von einer Privatperson Anzeige erstattet worden. Ich habe nie verstanden, warum die Leipziger bei allem, was vorliegt, nicht von sich aus ermittelt haben. Man wird jetzt sehen, wie das ausgeht.

(Christian Weisbrich [CDU]: Das stimmt doch nicht! Die Leipziger ermitteln von Amts wegen schon viel länger!)

– Nach meinem Kenntnisstand haben die Leipziger kein offizielles Verfahren eingeleitet. Wenn es so wäre – da haben wir wahrscheinlich gar keinen Dissens –, wäre es aus meiner Sicht nur richtig, dass dann, wenn das Verfahren durch Hausdurchsuchungen, die von der EU-Kommission durchgeführt worden sind, gestützt wird, an der Stelle auch die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen aufnimmt. Wenn es einen begründeten Verdacht gibt, dass hier gegen das Wertpapierhandelsgesetz verstoßen worden ist und auch Börsenbetrug vorliegt, müssen diese Schritte eingeleitet werden.

Ich möchte einmal die Dimensionen verdeutlichen: Der Schaden, der hier möglicherweise für Verbraucher – es geht hier nicht nur um uns private Kunden, sondern auch um gewerbliche Kunden – entstanden ist, beträgt nach einem Fachartikel in der Zeitschrift „Neues Energierecht“ vom 3. März 2009 bis zu 13,4 Milliarden € allein in 2007, davon rund 3,5 Milliarden € Preisvorteil nur für E.ON. Das kann man auch, wenn man die Protokolle und die Notizen der Kommission liest, sehr schön erkennen: E.ON Sales & Trading war richtig stolz darauf, dass sie ganz erfolgreich – zwar mit einem Minus bei den Grundlastkraftwerken, aber mit einem deutlichen Plus bei Spitzenlastkraftwerken – ein positives Ergebnis für den Konzern eingefahren haben.

Deswegen diskutieren wir das hier, auch mit dem Verbraucherschutzminister, der gleich hierzu noch redet, und bringen das Thema in den Ausschuss ein. Aus meiner Sicht stellt sich die Frage: Was macht das Land, was macht die Strompreisaufsicht, was machen die Kartellbehörden, um solche Mechanismen, die in niemandes Interesse liegen können, zu beenden? Es kann nicht unser Ziel sein, dass künstlich preiswerte Grundlastkapazität an der Börse deshalb zurückgehalten, damit das Unternehmen ein besseres Ergebnis erzielt. Die Mechanismen, die dahinterstecken, müssen untersucht werden. Die Verantwortlichen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Unter Umständen müssen auch Rückerstattungen an die Verbraucher und an die Unternehmen geleistet werden. Vor allem müssen auch Konsequenzen gezogen werden, damit das nicht wieder vorkommen kann.

Deswegen ist es richtig, dass wir das hier beraten. Dann folgt die Beratung im Wirtschaftsausschuss. Ob wir zu diesem Thema eine Anhörung durchführen werden, können wir dann da besprechen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die CDU-Fraktion spricht zum Grünen-Antrag jetzt Herr Kollege Weisbrich.

**Christian Weisbrich (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag ist für mich ein entlarvendes Beispiel für Meinungsmanipulation.

Es hat ein gewisser Herr Federhen, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Ortsgemeinderat von Rheinbreitbach und Mitglied im Versorgerkritischen Bund der Energieverbraucher, am 23. März bei den Staatsanwaltschaften Düsseldorf und Essen Strafanzeige gegen Verantwortliche von RWE und E.ON wegen des Anfangsverdachts der Strompreismanipulation erstattet.

Der gute Mann hat sich dazu aus verschiedenen Unterlagen der Unternehmen, der EU-Kommission und des Bundeskartellamtes Brocken zusammengeklaut, hat sie willkürlich aus dem Zusammenhang gerissen und so wieder zusammengefügt, dass sie den Verdacht auf einen Anfangsverdacht rechtfertigen.

Weder die EU-Kommission noch das Bundeskartellamt haben auf Basis der entsprechenden Unterlagen Kartellverstöße festgestellt. Die Bundesregierung hat auf eine Anfrage der FDP-Fraktion von Anfang April dieses Jahres erklärt, dass der Wettbewerb auf dem Strommarkt funktioniert und dass es keine Hinweise auf Manipulationen am Strommarkt gibt.

Theoretisch: Ende der Durchsage, Schluss der Veranstaltung. Das Medienfeuerwerk droht zu erlöschen.

Damit das nicht passiert, kommen jetzt unsere Grünen hier im Landtag ins Spiel. Die Landtagsfraktion versucht mit dem heutigen Antrag, kräftig in die Asche zu pusten und das Feuer neu anzufachen, das sonst zumindest medial zu erlöschen drohte.

Da wird ein Aufguss längst bekannter Vorgänge zusammengerrührt. Da werden Vermutungen geäußert, da werden mögliche Risiken an die Wand gemalt und da wird von der Möglichkeit manipulativer Strategien gewarnt. Nur, Kollege Priggen, eines enthält der Antrag nicht: neue Fakten.

Meine Damen und Herren, da dieser Antrag keinerlei neue Fakten enthält, ist er für mich damit überflüssig.

(Beifall von der FDP)

Aber nicht nur das – und das will ich in allem Ernst sagen –: Ich bin auch enttäuscht über die Stillosigkeit der Antragsteller, dass sie das Parlament mit solchen Mätzchen zumüllen. Wir haben andere Aufgaben. Der ganze Vorgang erinnert mich an die lateinische Redensart: „Semper aliquid haeret“ – „Es bleibt immer etwas hängen“. Das ganze Zitat lautet eigentlich: „Audacter calumniare, semper aliquid haeret.“ Das heißt auf Deutsch: „Verleumde nur dreist, etwas bleibt immer hängen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht der Stil, den ich mir für die Debattenkultur in diesem Hause wünsche.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist reizvoll und ganz sicher auch notwendig, die Bestimmungsgründe für die Preisentwicklung am Strommarkt zu beobachten und zu analysieren – das kann nie schaden –, aber bitte auf seriöse Art, nicht mit unausgegorenen Verdächtigungen und irgendwie an den Haaren herbeigezogenen Argumenten.

Lieber Kollege Priggen, die Meinungsmanipulation fängt für mich schon an mit der Behauptung: Verdreifachung der Strompreise in nur fünf Jahren. – Das ist Ihr Einstieg in den Antrag. Ich habe den Eindruck, bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern soll das Ängste und Wut schüren auf die bösen Konzerne. Denn wer weniger Geld in der Brieftasche hat und über keine entsprechende Fachkenntnis verfügt, glaubt solche platten Ansagen.

Tatsache ist jedoch: Der durchschnittliche Strompreis für Haushalte hat sich von 16,11 Cent pro Kilowattstunde im Jahr 2002 auf 22,7 Cent pro Kilowattstunde im Jahr 2009 erhöht. Davon entfallen lediglich 13,88 Cent pro Kilowattstunde auf Erzeugung, Transport und Vertrieb, während der Rest den rot-grünen Volkserziehungsinstrumenten Stromsteuer, KWK-Gesetz, EEG, der Konzessionsabgabe und der Mehrwertsteuer zuzurechnen ist.

Sie dürfen nicht vergessen, wenn Sie über Strompreiserhöhungen reden, dass Sie während Ihrer rot-grünen Regierungszeit in Berlin die Steuern und Abgaben auf Strom um sage und schreibe 528 % erhöht haben.

(Dietmar Brockes [FDP]: Hört, hört!)

Das ist eigentlich der Preis, der den Verbraucher interessiert. Sie reden höchst akademisch von Spotmarktpreisen an der deutschen Strombörse EEX, die Spitzenbedarfe für den Folgetag abdecken und nur zu einem sehr geringen Teil – das wissen Sie genauso gut wie ich – den Endverbraucherpreis bestimmen.

Ich weiß noch, wie Sie mit uns gemeinsam gegen die Kohlelobby gewettert haben, als diese Kokspreise von 500 € pro Tonne an die Wand gemalt hat. Damals hatten die wackeren Bergbaulobbyisten den Hinweis vergessen, dass die Preise für die ent-

scheidenden Langfristkontrakte nur einen Bruchteil davon betrogen. – So haben wir damals gemeinsam argumentiert. Heute arbeiten Sie plötzlich mit der gleichen Methode: reden von Spotmarktpreisen und machen nicht deutlich, dass das für den Endverbraucherpreis nicht die entscheidende Komponente ist, sondern dass sich der Endverbraucherpreis ganz anders entwickelt.

Meine Damen und Herren, Börse ist immer eine Wette auf die Zukunft. Mit genügend krimineller Energie kann auch nahezu jede Wette manipuliert werden. Man sollte eine Manipulation aber nicht behaupten, wenn man sie nicht beweisen kann, nicht einmal in Frageform, die einen vor dem Strafrecht schützt. Das finde ich ganz besonders beachtlich: Behauptungen in Frageform in die Welt zu setzen.

Dann, Kollege Priggen, haben Sie auch noch von Gutachtern gesprochen, die das alles erhärten würden. Wissen Sie: Gutachter finde ich in jeder Himmelsrichtung für jede Aussage. Das haben wir gerade wieder bei zwei Urteilen erlebt: zur Stichwahl bei der Kommunalwahl und zum Kommunalwahltermin. Auch da haben Sie Gutachter gefunden, die die entsprechenden Regelungen für verfassungswidrig hielten. Am Ende hat das Gericht aber entschieden: Nichts da, die Gutachter haben geirrt.

So ähnlich sehe ich die Situation hier auch. Die mir bekannten Gutachten – davon gibt es eine ganze Menge – belegen den Anfangsverdacht nicht, der hier geäußert wurde. Der wurde hier übrigens vortragen, obwohl wir als Landtag damit überhaupt nichts zu tun haben.

(Frank Sichau [SPD]: Natürlich!)

Das ist eine Frage des Kartellrechtes, das ist eine Frage des Europäischen Rechtes. Dafür sind wir in Nordrhein-Westfalen nicht zuständig.

Nun lassen Sie mich noch etwas zur Leipziger Börse sagen. Da agieren 226 Teilnehmer aus 21 Ländern, darunter große internationale Finanzinstitute, die am täglichen Stromhandel teilnehmen. Allein diese Vielzahl verhindert eine entscheidende Einflussnahme einzelner Teilnehmer.

An der EEX bieten täglich rund 70 Stromerzeuger aus ganz Europa Strom an, nicht nur aus Deutschland. Das relativiert die Bedeutung der deutschen Stromerzeuger ganz erheblich.

Mehr als die Hälfte des an der Leipziger Börse gehandelten Stroms wird ins Ausland exportiert. Auch dies spricht gegen überhöhte Preise in Deutschland, denn sonst würde der Strom im Ausland keine Abnehmer mehr finden.

Die Großhandelspreise für Strom liegen an den europäischen Börsen annähernd auf gleichem Niveau und nähern sich laufend weiter einander an. Da gibt es also keine Differenzen.

Der wichtigste Strompreis, der sogenannte Forward-Preis für das Folgejahr Grundlast, ist an der EEX seit 1999 praktisch unverändert. Da hat es keine Preissprünge gegeben.

Was die Preissprünge ansonsten anbelangt: Man muss sich darüber im Klaren sein, dass die Strombörse die volatilste Veranstaltung der ganzen Welt ist. Der DAX schwankt im Jahr vielleicht um 2.000 Punkte. Die Strombörse schafft solche Schwankungen an einem einzigen Tag. Deswegen braucht man auch eine Banklizenz, wenn man dort operieren will. Das ist eine höchst gefährliche Veranstaltung nur für Spezialisten.

Aber, wie gesagt: Das, was da an Überschussmengen gehandelt wird, hat nichts mit dem Endpreis für die Konsumenten zu tun oder nur sehr, sehr wenig. Der Grundpreis wird durch die Kontrakte für Grundlast bestimmt, die über ein Jahr im Vorhinein gehandelt werden.

Auch Folgendes ist beachtlich: Im Zuge der europäischen Ausrichtung der Strombörsen wird der kurzfristige Stromhandel noch in diesem Jahr nicht mehr in Leipzig, sondern in Paris stattfinden. Das wäre mit Sicherheit nicht möglich geworden, wenn die Preise durch einige wenige deutsche Unternehmen bestimmt würden. Das sind europäische Preise.

Noch ein Hinweis: Die Leipziger Börse wird von der sogenannten Handelsüberwachungsstelle überwacht und kontrolliert. Sie ist neben dem Börsenrat und der Börsengeschäftsführung ein eigenständiges und unabhängiges Börsenorgan im Sinne des Börsengesetzes. Sie untersteht nur den Weisungen der Börsenaufsichtsbehörde. Wenn sich Anhaltspunkte für Manipulationen ergeben und zusätzlich als Mittel des Erfahrungsaustausches übermittelt die Überwachungsstelle ihre Berichte an die BaFin. Sie berichtet regelmäßig auch einer Vielzahl von ausländischen Institutionen, beispielsweise an die amerikanische Commodity Futures Trading Commission, an die niederländische Finanzmarktaufsichtsbehörde oder an die schweizerische Eidgenössische Bankkommission.

Meine Damen und Herren, das macht doch deutlich, wie gewagt der Vorwurf der Preismanipulation an der Strombörse durch E.ON ist – auch wenn man das in Anführungszeichen setzt, auch wenn man das mit einem Fragezeichen versieht. Der Vorwurf ist in keiner Weise bewiesen. Aus den Fakten lässt er sich so auch nicht ableiten – wenn man nicht einzelne Dinge aus dem Zusammenhang reißt.

Auch das ist so eine Sache: interne Aktenvermerke öffentlich zu zitieren, die man sicherlich nicht auf eine rechtlich einwandfreie Art und Weise erlangt hat.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Priggen?

**Christian Weisbrich** (CDU): Ja, bitte.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön. – Bitte schön, Herr Priggen.

**Reiner Priggen** (GRÜNE): Danke schön für die Gelegenheit. – Herr Kollege Weisbrich, Sie sind mit keinem Wort auf die Hausdurchsuchung der Europäischen Union und auf dieses nun wirklich aufwendige Verfahren mit weitreichenden Konsequenzen eingegangen. Sie müssten aber doch selber erkennen, dass das einen Grund gehabt hat, ein Ergebnis gehabt hat. Das, was ich zitiert habe, sind zugängliche Protokolle, öffentliche Unterlagen der Europäischen Kommission. Insofern ist mir da kein Vorwurf zu machen. Die Frage ist vielmehr, warum Sie darauf überhaupt nicht eingehen. Es müsste Sie doch auch stutzig machen, wenn da derart viele Ergebnisse vorliegen.

**Christian Weisbrich** (CDU): Wir sind hier nicht im Europäischen Parlament.

(Lachen von Frank Sichau [SPD])

Ich bin auf die Veranstaltung bei der Europäischen Kommission nicht in der Breite eingegangen, wie Sie das getan haben. Ich habe allerdings gesagt, dass die Kommission keinen Kartellverstoß festgestellt hat. Das hat sie ausdrücklich gesagt: keinen Verstoß festgestellt, keine Wertung vorgenommen.

Sie sagen, weil RWE bestimmte Schritte unternommen hat,

(Reiner Priggen [GRÜNE]: E.ON!)

die Sie hier vorgestellt haben, besteht der Verdacht, dass sie schuldig waren.

Anders als beispielsweise bei Microsoft hat die EU-Kommission das Verfahren bei E.ON und RWE nicht riskiert, weil sie sich in Bezug auf den rechtlichen Ausgang nicht sicher war. Die Unternehmen sind dann auf ihren Vorschlag eingegangen. Ehe ich mir einen zehn Jahre dauernden Prozess mit der EU-Kommission an den Hals hänge, der mein Geschäft lähmt, suche ich vielleicht auch eine Kompromisslinie.

Damit will ich nur Folgendes sagen: Seien Sie mit solchen Verdächtigungen vorsichtig. Tragen Sie sie auch nicht in Führungszeichen und mit Fragezeichen vor. Die zuständigen Instanzen, nämlich die EU-Kommission und das Bundeskartellamt, haben die von Ihnen erwarteten Folgerungen nicht gezogen. Das sollten wir so akzeptieren.

Wir in Nordrhein-Westfalen, sowohl der Landtag als auch die Landesregierung, haben keinerlei Möglichkeiten, diese Vorwürfe zu verifizieren. Deshalb halte ich es für richtig, die Überprüfung den zuständigen Justiz- und Aufsichtsbehörden zu überlassen. Die

Staatsanwaltschaft ist ohnehin eingeschaltet. Normalerweise greifen wir in ein laufendes Verfahren nicht ein. In einem laufenden Verfahren erteilen Behörden keine Auskünfte. Daran sollten wir uns auch hier halten.

Dass wir den Landtag heute mit dieser Frage beschäftigen, hat eigentlich nur den von mir bereits angesprochenen Grund. Sie möchten nämlich nicht, dass das von einem Ihrer Gesinnungsgenossen angesteckte Feuerchen ausgeht, und tragen deshalb diesen bei der Staatsanwaltschaft anhängigen Fall in den Landtag hinein.

Das finde ich nicht in Ordnung. Ein solches Vorgehen habe ich auch nicht erwartet. So etwas haben wir hier noch nie gemacht. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Schönen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Römer.

**Norbert Römer** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Kollege Weisbrich, Ihr Redebeitrag war eigentlich ein einziges Plädoyer dafür, sich dennoch hier im Landtag mit der in diesem Antrag aufgegriffenen Problematik der Strompreise zu beschäftigen.

In der Vergangenheit haben wir das auch des Öfteren getan. Bereits im Herbst 2007 – Sie werden sich erinnern – haben wir hier im Landtag zweimal über die Frage von Strompreisen diskutiert. Die Titel der damaligen Anträge lauteten übrigens „Ungerechtfertigte Strompreiserhöhungen der Energiekonzerne – Was tut die Landesregierung?“ und „Wettbewerb auf den Energiemärkten: Wann handelt die Landesregierung endlich?“ Es gibt also sehr wohl einen Zusammenhang zwischen unserer Verantwortung in diesem Land und der Entwicklung auf den Märkten und damit auch bei den Preisen im Strommarkt.

Herr Kollege Weisbrich, energiepolitisch war das ganze Jahr 2008 von der Debatte um den Emissionshandel geprägt. Ein ganz wichtiger Punkt dabei war, dass die vier großen Energiekonzerne ihnen kostenlos zugeteilte Zertifikate eingepreist und damit auf die Kunden überwältigt haben. Damit haben sie im Übrigen selbst die Weichen hin zu der gegen ihren Widerstand politisch gezogenen Konsequenz gestellt, dass zukünftig in der dritten Handelsperiode vollauktioniert wird.

Das Öko-Institut hat in einer Studie berechnet, dass allein das Unternehmen RWE durch die Einpreisung von Zertifikaten, die ihm kostenlos zugeteilt worden sind, im Zeitraum von 2008 bis 2012 mit Zusatzeinnahmen in Höhe von 9 Milliarden € rechnen kann – und das in einer Situation, in der die Gewinne der Energieversorgungskonzerne schon in den Vorjahren explodiert sind.

Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, es muss doch klar sein, dass wir gerade in Zeiten einer Wirtschaftskrise nicht zulassen dürfen, dass auf der einen Seite die Stromkonzerne Extragewinne einfahren und auf der anderen Seite wichtige Industrien in Nordrhein-Westfalen – beispielsweise die Aluminiumindustrie in Essen und Neuss – auch durch überhöhte Strompreise in ihrer Existenz gefährdet werden.

Deshalb finde ich es richtig, dass wir uns diesem Thema widmen. Ich bin auch gespannt auf die Debatte im Ausschuss.

Herr Kollege Weisbrich, Sie haben gerade einen Wochenendausflug an die Strombörse unternommen und versucht, den Zusammenhang zwischen Börsenpreisen und Endpreisen zu leugnen. Das macht deutlich, dass Sie das Ganze offensichtlich nicht begriffen haben. Selbstverständlich sind die Beschaffungskosten – und da spielt die Börse eine entscheidende Rolle – Grundlage für die Preisgestaltung der Stromversorgungsunternehmen. Sie werden auch dafür herangezogen. Das wissen Sie doch. Verzichten Sie also bitte darauf, uns hier erklären zu wollen, das eine habe mit dem anderen nichts zu tun.

(Christian Weisbrich [CDU]: Sind die Preise denn gestiegen oder nicht?)

Der Antrag der Grünen muss in der Tat eingeordnet werden; das gebe ich gerne zu. Es handelt sich um einen bundesrechtlich zu beurteilenden Vorgang. Darauf ist der Kollege Priggen auch eingegangen. Wie Sie gerade gesagt haben, haben die Grünen im Bundestag einen entsprechenden Antrag gestellt.

Herr Kollege Weisbrich, es ist aber richtig, die Landesregierung aufzufordern, wie das die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in ihrem hier vorliegenden Antrag tut, dem Landtag von den Erkenntnissen der Landesregierung zu möglichen Manipulationen an der Leipziger Strombörse zu berichten.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)**

Es ist auch richtig, die Landesregierung aufzufordern, sich um dieses Thema zu kümmern. Schließlich ist es die selbstverständliche Pflicht der Landesregierung, im Rahmen ihrer Zuständigkeit Strompreismanipulationen zu unterbinden.

Deshalb müssen wir heute auch den Kernvorwurf bewerten, der E.ON gemacht wird. Darauf lasse ich mich gerne ein. Dieser Vorwurf lautet – das war ja schon Gegenstand Ihres Disputs mit Herrn Priggen –, E.ON habe technisch verfügbare Kraftwerkskapazität absichtlich nicht an den Markt gebracht, um die Preise nach oben zu treiben.

(Christian Weisbrich [CDU]: Das wird jetzt doch die Staatsanwaltschaft klären!)

– Zu den rechtlichen Aspekten werde ich mich jetzt gar nicht äußern; da brauchen Sie keine Sorgen zu

haben. Für Vorverurteilungen ist hier auch kein Platz,

(Christian Weisbrich [CDU]: Aha!)

auch nicht für Vorverurteilungen großer Energieversorgungsunternehmen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Da bleibt ein bisschen etwas hängen!)

In der Sache ist aber solides Handeln geboten, Herr Kollege Weisbrich, und keine Polemik – auch nicht Polemik von Ihnen. Zu Stilfragen sollten Sie sich wirklich nicht äußern.

Das Bundeskartellamt und die Staatsanwaltschaft ermitteln. Wir wissen das. Wenn tatsächlich Manipulationen nachgewiesen werden sollten, muss selbstverständlich auch das volle Register der Sanktionsmöglichkeiten gezogen werden.

Politisch ist es aber unsere Aufgabe, den Kern dieses Vorwurfs zu prüfen und nach möglichen Ursachen zu suchen. Die Kernfrage lautet ja: Ist es vorstellbar, dass ein Unternehmen technisch verfügbare Kraftwerksleistung nicht an den Markt bringt, um Einfluss auf die Preise zu nehmen?

Wenn es so wäre – diese Möglichkeit haben Sie auch nicht ausgeschlossen –, wären für mich drei Schlussfolgerungen zu ziehen.

Erste Schlussfolgerung: Es gibt Überkapazitäten, die ein solches Handeln ermöglichen. Im Übrigen sollte das denjenigen zu denken geben, Herr Kollege Weisbrich, die uns hier immer wieder mit einer angeblich drohenden Versorgungslücke zu beeindrucken versuchen.

Die zweite Schlussfolgerung wäre: Die vier großen Energieversorgungsunternehmen verfügen über eine Marktmacht, die ausschließt, dass andere Marktteilnehmer dann Strom anbieten, wenn einer der großen Versorger sein Angebot zurückhält. Auch das sollte uns mit Blick auf die zukünftige Gestaltung der Energieversorgungs- und -erzeugungsstrukturen zu denken geben.

Die dritte Schlussfolgerung heißt: Es fehlt dann doch offensichtlich an weiteren Marktteilnehmern, die zu wettbewerbsfähigen Preisen Strom anbieten können.

Diese Aspekte, Herr Kollege Weisbrich, müssen auch wir hier im Landtag, aber nicht nur wir, politisch bewerten und aufnehmen. Das gilt auch für die Landesregierung, wenn sie – allerdings bezweifle ich das – eine gute Energiepolitik für Nordrhein-Westfalen machen will.

Schauen wir einmal auf den Energiemarkt, stellen wir fest: Die erneuerbaren Energien, Herr Kollege Weisbrich, stabilisieren den Strompreis.

(Dietmar Brockes [FDP]: Auf einem sehr hohen Niveau!)

– Wir konnten nämlich beobachten, Herr Kollege Brockes – hören Sie gut zu –, dass immer dann, wenn ganz viel Windstrom in das Netz eingespeist wurde, an der Börse in Leipzig die Strompreise sanken.

Deshalb, Herr Kollege Brockes, brauchen wir einen steigenden Anteil an erneuerbaren Energien, führt der doch dazu, dass wir mehr Wettbewerb bei den konventionellen Kraftwerken um den Rest bekommen. Das führt auch dazu, dass erneuerbare Energien – Stichwort: „Börse“ – dazu beitragen, dass die Strompreisgestaltung im Sinne von Kunden vorgenommen werden kann.

Außerdem gilt: Abgeschriebene Großkraftwerke und Atomkraftwerke ermöglichen – das sage ich ganz drastisch – Preistreiberien. Die Kapazitäten abgeschriebener Großkraftwerke der großen Vier, mit denen diese den Markt beherrschen, führen doch nicht zu niedrigeren Preisen. Täten sie dies, brauchen wir doch nicht über hohe Strompreise zu reden. Aber sie führen selbstverständlich zu höheren Gewinnen.

Herr Kollege Brockes, deshalb gibt es auch überhaupt keinen Grund, diesen Zustand über die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken fortzuschreiben.

Es gehört auch zur politischen Bewertung, dass nur mehr Wettbewerber für mehr Wettbewerb und damit faire Strompreise sorgen. Wir brauchen mehr Wettbewerb, Herr Kollege Brockes.

(Dietmar Brockes [FDP]: Mein Reden!)

Wir brauchen auch mehr Anbieter, vor allen Dingen bei der Erzeugung. Und wir müssen neue Wettbewerber stärken und ihnen dabei helfen, neue Erzeugungskapazitäten an den Markt zu bringen. Das gilt vor allem für unsere Stadtwerke. Sie aber machen das Gegenteil, Herr Kollege Brockes. Sie haben nicht begriffen, was das für den Wettbewerb bedeutet.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Also ist es in diesem Zusammenhang schon wichtig zu erfahren: Welche Lösungskonzepte hat die Landesregierung anzubieten? Wenn sie Lösungskonzepte hätte, welchen Nutzen hätten davon dann die Verbraucherinnen und Verbraucher? – Kurz vor Ablauf Ihrer Regierungszeit ist mein Befund jedenfalls vernichtend: Energiepolitisch gesehen war das eine völlig verlorene Zeit. Sie haben NRW energiepolitisch auf einen Abstiegsplatz geführt. Das wissen Sie auch.

Bei den erneuerbaren Energien betreiben Sie eine Verhinderungspolitik. Das schwächt den Wettbewerb auf der Erzeugungsseite, Herr Brockes. Damit schaden Sie dem Energieland Nordrhein-Westfalen.

Mit ihrer stereotypen Forderung nach Laufzeitverlängerung bei Atomkraftwerken zementieren Sie die

Marktmacht der großen Vier und behindern damit unbedingt notwendige Neuinvestitionen in neue, hocheffiziente Kraftwerke vor allen Dingen bei Stadtwerkkonsortien. Damit verhindern Sie neue Anbieter. Auch damit schaden Sie dem Energieland Nordrhein-Westfalen.

Sie lassen nicht ab von Ihrer Forderung. Eine Laufzeitverlängerung von Atommeilern außerhalb Nordrhein-Westfalens, Herr Kollege Weisbrich, sichert in Nordrhein-Westfalen keinen einzigen Arbeitsplatz.

Die abendliche Vorstellung von Herrn Pinkwart und der FDP, auch noch neue Kernkraftwerke in Nordrhein-Westfalen bauen zu wollen, ist wirklich abenteurerlich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Er hat hier im Landtag davon gesprochen, dass er die vierte Generation bauen will.

(Christian Lindner [FDP]: Das ist falsch! Ihre ganze Rede ist Quatsch! Das ist arglistige Täuschung!)

– Schauen Sie sich das an! Lesen Sie es nach! Reden Sie nicht davon, dass wir täuschen! Reden Sie über das, was gesagt wurde. Das wäre besser.

Deshalb überrascht auch nicht, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, dass die von dieser schwarz-gelben Landesregierung angezettelten Phantomdebatte Betroffenen mit Sorge darauf sehen ...

(Christian Lindner [FDP]: Das ist eine Verleumdung!)

– Herr Lindner, hören Sie einmal zu: Der Bundesverband Windenergie sagt zu dieser von Ihnen angezettelten Phantomdebatte – Zitat –:

Der Weg zurück in die Kernenergie ist ein Irrweg, hinter welchem vor allem die Gewinninteressen der konventionellen Energiewirtschaft stehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der Befund ist schlicht und einfach: Die Atomdebatte gefährdet den Ausbau der erneuerbaren Energien. Das wollen Sie wahrscheinlich auch. Sie wollen ihn gefährden. Kolleginnen und Kollegen, das kostet in Nordrhein-Westfalen schlicht Arbeitsplätze im Mittelstand und im Handwerk.

Herr Kollege Weisbrich, ich will zu Ihrer Freude aus der Presseerklärung des Hauptgeschäftsführers des Verbandes kommunaler Unternehmen, Hans-Joachim Reck, der bis vor Kurzem noch in Ihren Reihen hier im Landtag für die CDU auch Verantwortung als Vorsitzender im Wirtschaftsausschuss hatte, zitieren:

Anstelle einer langwierigen politischen und schwierigen öffentlichen Diskussion über die zukünftige Nutzung der Kernenergie sollte die Lan-

desregierung das Engagement der Stadtwerke in NRW unterstützen, die in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen in die Modernisierung und den Neubau mehrerer Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK), den Ausbau der Erneuerbaren Energien, aber auch im Kohlekraftwerksbereich planen.

Hans-Joachim Reck, Herr Kollege Weisbrich, sagt weiter an Ihre Adresse gerichtet – ich zitiere weiter –:

In diesem Zusammenhang forderte der VKU-Hauptgeschäftsführer die NRW-Landesregierung auf, das Gemeindegewirtschaftsrecht europarechts- und marktkonform zu reformieren, damit Stadtwerke ihrer von der Politik erwarteten Rolle gerecht werden können, als Korrektiv zum Oligopol der Energiekonzerne einen funktionsfähigen Wettbewerb im Energiemarkt zu gewährleisten.

Das ist eine Aufforderung an Sie, endlich den Stadtwerken zu helfen, statt ihnen weiter dicke Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Widerspruch von Christian Weisbrich [CDU])

Hören Sie auf Herrn Reck. Sie sind gut beraten.

Denn Reden und Handeln, Herr Kollege Weisbrich, passen bei der CDU nicht zusammen.

(Edgar Moron [SPD]: Das wissen wir doch! Das ist nichts Neues!)

Die FDP hat Sie, die Sie sich immer als kommunalfreundlich darstellen, mit dieser neoliberalen, kommunalfreundlichen Politik, das Gemeindegewirtschaftsrecht zu ändern und den § 107 der Gemeindeordnung einzuschränken, die Stadtwerke zu behindern, dahin geführt, dass Sie mit Ihrer kommunalen Politik genau das auf dem Strommarkt tun, was beklagt wird, nämlich dafür sorgen, dass diejenigen, die heute Strompreiserhöhungen gestalten können, ohne weitere Wettbewerber allein auf dem Markt gelassen werden. Sie zementieren die Macht.

Das ist eine gute Gelegenheit, um dieser Landesregierung noch einmal ins Stammbuch zu schreiben, was sie alles versäumt hat. Deshalb freue ich mich auf die Diskussion in den anschließenden Ausschussberatungen.

Ich will jedenfalls zum Schluss feststellen, dass diese Landesregierung die Chancen einer neuen, vor allen Dingen einer am Klimaschutz orientierten Energiepolitik überhaupt nicht sieht, dass diese Landesregierung überhaupt nicht begriffen hat, dass es ein Fortschrittsmotor sein kann, dass sie die erneuerbaren Energien behindert – Sie haben das gerade in Ihrem Wortbeitrag wieder einmal deutlich gemacht –

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

und dass sie damit dem Energieland Nordrhein-Westfalen eminent schadet. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Kollege Brockes das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Dietmar Brockes (FDP):** Herr Kollege Römer, das war schon abenteuerlich, was Sie gerade vorgetragen haben. Es ging völlig am eigentlichen Thema vorbei. Aber es ist schon bemerkenswert, was Sie behaupten, denn jeder, der sich § 107 einmal angeschaut hat, weiß genau, dass der Energiebereich als Ausnahmereich gilt und es von daher gar keine Einschränkungen gerade auch für die Stadtwerke gibt, was die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den großen Stromkonzernen angeht.

Genauso ist es Blödsinn, Herr Römer, wenn Sie sagen, dass der Windstrom für niedrige Preise an der Börse sorgt.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Das ist kompliziert!)

Das ist ja ganz logisch.

(Norbert Römer [SPD]: Ach so!)

Wenn Windstrom da ist und ein Zwang besteht, diesen abzunehmen, ist es logisch, dass in dem Moment weniger anderer Strom abgenommen wird. Hören Sie auf, die Leute für dämlicher zu halten, als sie sind!

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Ich möchte zu dem Antrag kommen. Wenn es den begründeten Verdacht auf Strompreismanipulationen gibt, müssen die Staatsanwaltschaft und das Bundeskartellamt dem auch nachgehen und dies letzten Endes auch zur Anklage bringen, Herr Kollege Priggen. Das ist bis heute nicht geschehen. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass Ihr heutiger Antrag rein auf Vermutungen, Spekulationen und Unterstellungen beruht.

(Beifall von der CDU)

Ich weiß nicht, wie das ausgehen wird. Wenn es auf eine Klage herausläuft, wird es sicherlich noch eine ganze Weile dauern. Ich würde mir wünschen, dass es dann zu entsprechenden Rückerstattungen kommt. Aber all das ist heute keineswegs belegt – ganz im Gegenteil, es werden hier reinste Spekulationen vorgetragen.

Deshalb muss man klar festhalten: Es gibt heute keine seriöse Basis für eine Beratung Ihrer Thesen. Es wäre völlig ausreichend gewesen, Herr Kollege

Priggen, wenn Sie eine Anfrage gestellt oder einen Bericht der Landesregierung im zuständigen Ausschuss angefordert hätten. Denn viel mehr kann die Landesregierung nicht liefern, weil sie gar nicht dafür zuständig ist, sondern das müssen Staatsanwaltschaft und Bundeskartellbehörden leisten.

Lassen Sie mich noch eines ganz deutlich sagen: Ich finde es schon sehr positiv, Herr Kollege Priggen, dass sich die Grünen endlich auch mal über zu hohe Energiepreise Gedanken machen. In der Vergangenheit war die Politik der Grünen immer, dass der Strompreis nicht hoch genug sein konnte; schließlich müsste dem Verbraucher jede Kilowattstunde, die er durchs Haus jagt, wehtun.

Insofern, lieber Kollege Priggen, wenn Sie seitens der Grünen wirklich etwas für den Strompreis tun wollen, und zwar möglichst zügig, dann unterstützen Sie uns auf dem Weg, Ihre verfehlte Energiepolitik der Vergangenheit zurückzudrehen! Denn heute enthält der Strompreis für den Endkunden zu über 40 % Steuern und Abgaben. Hier muss gehandelt werden, damit es zu einer schnellen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen in diesem Lande kommt. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Uhlenberg das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

**Eckhard Uhlenberg,** Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Grünen setzt die Thematiken „Manipulationsmöglichkeiten an der Leipziger Strombörse EEX“ und „Preisbildung im Stromgroßhandel“ auf die heutige Tagesordnung. Er greift die Strafanzeigen von Herrn Ansgar Federhen gegen verantwortliche Personen von RWE und E.ON bei den Staatsanwaltschaften Essen und Düsseldorf vom 23. März auf.

Herr Federhen – der Abgeordnete Weisbrich hat eben schon darauf hingewiesen – ist in der rheinland-pfälzischen Gemeinde Rheinbreitbach bei den Grünen kommunalpolitisch tätig und ist auch Mitglied im Bund der Energieverbraucher.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Das ist nichts Verbotenes!)

Die Strafanzeige ist vonseiten des Bundes der Energieverbraucher und von Bündnis 90/Die Grünen in der letzten Zeit pressewirksam begleitet worden.

Die Strafanzeige und der vorliegende Antrag werfen der E.ON die bewusste und missbräuchliche Zurückhaltung von Kraftwerkskapazitäten vor und errechnen daraus einen dem Verbraucher entstan-

den Schaden von 13 Milliarden € allein im Jahr 2007. Beweise für die Manipulation fehlen allerdings. Die Zitate des Antrags sprechen von nahe liegenden Vermutungen, erheblichen Risiken einer Zuwiderhandlung und der Möglichkeit, eine entsprechende Strategie zu verfolgen. Konsequenterweise haben die Antragsteller hinter ihre Überschrift ein Fragezeichen gesetzt. Wir reden also von Vermutungen. Das sollte uns in der Debatte klar sein.

Das hat offensichtlich auch gerade zu der bemerkenswerten Rede des Abgeordneten Römer geführt, der zu dem eigentlichen Antrag kein Wort gesagt hat,

(Beifall von CDU und FDP)

sondern die alten Reden der vergangenen vier Jahre mit dem ganzen Gedöns von Kernkraft und erneuerbaren Energien aus der Schublade geholt hat. Das hat nur mit diesem Antrag, Herr Abgeordneter Römer, überhaupt nichts zu tun; das fiel gerade wirklich jedem auf. Vielleicht wollen Sie mit diesem Antrag auch nichts zu tun haben – dafür hätte ich Verständnis –, und deswegen haben Sie Ihre alten Reden wieder aus der Schublade herausgeholt.

(Norbert Römer [SPD]: Sie haben nichts zu bieten, Herr Minister!)

Ausgangspunkt der Antragsteller ist das von der EU-Kommission gegen E.ON durchgeführte Verfahren. Dies ist mit Kommissionsentscheidung vom 26. November 2008 abgeschlossen worden.

In dem zusammenfassenden Text heißt es in der Tat, dass die Kommission befürchtet hatte, dass E.ON seine marktbeherrschende Stellung auf dem Großhandelsmarkt missbräuchlich ausgenutzt haben könnte, indem das Unternehmen geplant haben könnte, verfügbare Versorgungskapazität zurückzuhalten, um einen Anstieg der Strompreise zum Nachteil der Verbraucher zu bewirken.

In der Entscheidung der EU-Kommission heißt es unter dem Punkt „Schlussfolgerungen“ allerdings klar:

Diese Entscheidung enthält keine Schlussfolgerung zu der Frage, ob eine Zuwiderhandlung vorgelegen hat oder vorliegt.

Also: Letzte, harte Beweise fehlen. Im Übrigen wissen wir, dass die EU-Kommission bei der Verhängung von Bußgeldern gegen Unternehmen nach Kartellverstößen keinesfalls zurückhaltend ist.

Die Bundesregierung hat auf die Kleine Anfrage von Abgeordneten der FDP-Fraktion – auch dies ist eben vom Abgeordneten Weisbrich angesprochen worden – zur Möglichkeit der Preismanipulation an der Strombörse EEX unter dem 3. April dieses Jahres geantwortet – dies findet sich in der Bundestagsdrucksache 16/12556; ich zitiere mit Zustimmung der Frau Präsidentin –:

Analysen der zuständigen Aufsichtsbehörden haben bislang keine konkreten Anhaltspunkte für Manipulation ergeben. Grundsätzlich ist aber keine Börse frei von jedweder Möglichkeit der Preismanipulation.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, diese Antwort umschreibt den Sachverhalt so knapp wie zutreffend. Natürlich gibt es an der Strombörse die Möglichkeit der Manipulation. Dies zu behaupten, bringt auch bei ständiger Wiederholung keine weiterführende Erkenntnis. Die Antwort der Politik auf die Manipulationsmöglichkeiten ist ihr konsequenter Einsatz für größtmögliche Transparenz.

Dieses Haus hat sich wiederholt mit dieser Thematik beschäftigt. Ich nenne die Aktuelle Stunde vom 16. November 2007 mit der Thematik „Wettbewerb auf den Energiemärkten – Wann handelt die Landesregierung endlich?“. Damals hielten Sie, Herr Abgeordneter Römer, schon die Rede, die Sie heute wieder gehalten haben.

(Norbert Römer [SPD]: Nein, gucken Sie ins Protokoll, die ist neu!)

Ich nenne den Sachstandsbericht der Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie vom 7. September 2007, „Transparenz im Strommarkt herstellen“. Diesem Bericht war der umfangreiche Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Verbesserung der Markttransparenz im Stromgroßhandel – Strompreisbildung an der EEX“ als Anlage beigelegt.

Es handelt sich hier um eine Thematik von bundesweiter Bedeutung. Die zweimal jährlich stattfindende Wirtschaftsministerkonferenz hat sich deshalb seit dem Jahre 2006 fünfmal mit dem Thema der Verbesserung der Transparenz im Stromgroßhandel beschäftigt. Sie sehen darin, welche große Bedeutung die Wirtschaftsministerkonferenz diesem Thema beimisst. Transparenz ist bekanntlich das beste Mittel gegen Manipulation.

Mitte 2007 hat die Wirtschaftsministerkonferenz das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie gebeten, gemeinsam mit dem Arbeitskreis „Energiepolitik“ eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einzusetzen, die den entsprechenden nationalen Handlungsbedarf herausarbeitet. Dieser bereits erwähnte Bericht ist Anfang Dezember 2007 dem Wirtschaftsausschuss übersandt worden.

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat im Herbst 2008 der Wirtschaftsministerkonferenz einen zweiten Bericht zu den erreichten Verbesserungen der Markttransparenz vorgelegt.

Zu den Inhalten dieses Berichts gehört die Transparenzrichtlinie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, gemäß der auf der Web-Seite der EEX eine Vielzahl von Erzeugerdaten den Marktteilnehmern und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung stehen werden. Dazu gehört die Ände-

rung des Börsengesetzes, die die Position der Handelsüberwachungsstelle bei EEX stärkt. Dazu gehört die Einführung von Verhaltensregeln für Börsenhandelsteilnehmer einschließlich eines Sanktionskatalogs. Schließlich gehört dazu ein Bericht, der Fortschritte auf europäischer Ebene in Bezug auf Insiderhandelsverbot und Transparenzbestimmungen verzeichnet.

Natürlich, verehrte Kolleginnen und Kollegen, hat Nordrhein-Westfalen in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe aktiv mitgewirkt. Sie sehen, die Politik ist tätig.

Gleiches gilt für die zuständigen Verwaltungsbehörden. Bei den behaupteten Manipulationen handelt es sich um bundesweit bedeutsame Vorgänge. Zuständige Behörde ist deshalb das Bundeskartellamt. Das Bundeskartellamt ist bekanntlich im Sektor Energie Anfang dieses Jahres personell verstärkt worden. Gleichzeitig sind im neu geschaffenen § 29 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen die rechtlichen Grundlagen zur Verfolgung von Verstößen verbessert worden.

Das Bundeskartellamt geht den hier in Rede stehenden Vorwürfen nach. Die Bonner Behörde hat in 2008 Voruntersuchungen zum Verhalten der vier großen Stromerzeuger bei der Kraftwerkssteuerung und im Handel durchgeführt. Darauf aufbauend hat das Bundeskartellamt unter dem 18. März 2009 einen Auskunftsbefehl an mehr als 50 Kraftwerksbetreiber in Deutschland gerichtet. Diese mussten bis zum 6. Mai umfangreiche Fragebögen zum Kraftwerkeinsatz in den Jahren 2007 und 2008 beantworten. Die Auswertung der umfangreichen Antwortdaten wird naturgemäß eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Auch hier kann von Untätigkeit – darum geht es mir; deswegen habe ich gerade die einzelnen Punkte genannt – nicht gesprochen werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Antrag spricht auch die Rolle der Staatsanwaltschaften an: Es sei erstaunlich, „dass die Staatsanwaltschaften ... von sich aus kein Ermittlungsverfahren“ eingeleitet hätten.

Ich stelle dazu fest: Die für die Strombörse EEX örtlich zuständige Staatsanwaltschaft Leipzig hat bereits vor Erstattung der Strafanzeigen vom 23. März dieses Jahres von Amts wegen eine Prüfung eingeleitet, ob im Zusammenhang mit der Strompreisbildung der Anfangsverdacht für das Vorliegen einer Straftat besteht.

In dem von den Antragstellern zitierten Artikel „Zur Strafbarkeit von Manipulationen des Handels an der Strombörse EEX in Leipzig“ heißt es in einem Kapitel mit der Überschrift: „Rechtsausführungen zur Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Leipzig“:

Der Autor des Aufsatzes, Professor Jahn, sieht offenbar die staatsanwaltschaftliche Zuständigkeit ebenfalls in Leipzig.

Dort, meine Damen und Herren, ist man ja auch tätig geworden.

Die Staatsanwaltschaften in Düsseldorf und Essen werden die Erkenntnisse der Staatsanwaltschaft Leipzig in ihre Prüfung der Strafanzeigen einbeziehen. Ein Defizit kann auch hier nicht erkannt werden. Vielmehr spricht alles für ein geordnetes Ermittlungsverfahren.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Dargelegte beantwortet die Forderungen des Antrages bereits weitgehend. Ich wiederhole: Die Forderungen bewegen sich im hypothetischen Raum. Erst recht gilt dies für Berechnung möglicher Schadenersatzansprüche.

Zuständig für Kartellverfahren gegen die großen Stromerzeuger ist das Bundeskartellamt. Die Behörde entscheidet damit auch über Art und Umfang von Sanktionen gegen die Unternehmen – vorausgesetzt, ein kartellrechtswidriges Verhalten ließe sich tatsächlich beweisen.

Die Landesregierung hat keine Einwirkungsmöglichkeiten auf diesen Entscheidungsprozess. Theoretisch denkbar ist eine Verpflichtungszusage der Unternehmen, überhöhte Entgelte an die Stromkunden zurückzuzahlen. Ich betone an dieser Stelle: Die Landesregierung sieht die Auswirkungen steigender Energiepreise auf die privaten Haushalte, aber auch auf die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit unserer nordrhein-westfälischen Unternehmen mit Sorge. Dies hat sie in den entsprechenden Debatten in diesem Hause immer wieder betont.

Preissteigerungen bei Energie haben vielfältige Ursachen. Auch das ist heute in der Debatte schon deutlich geworden. Darunter fallen neben den Entwicklungen auf den internationalen Energierohstoffmärkten auch die Steigerungen staatlich veranlasster Belastungen, insbesondere in den Zeiten der damaligen rot-grünen Bundesregierung.

Wichtige Abhilfe ist nach Auffassung der Landesregierung der Ausbau der Kraftwerkskapazität und der Netze, um so mehr Wettbewerb zu schaffen. Kapazitäten am Markt sind Voraussetzung jeden Wettbewerbs. Der vorliegende Antrag jedoch wiederholt nur bereits Bekanntes und ist in diesem Sinne nicht zielführend. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir sind am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, der uns empfiehlt, den **Antrag Drucksache 14/9260** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** zu überweisen. Dort soll dann auch die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Gibt es hierzu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann stelle ich die Zustimmung aller vier Fraktionen dieses Hauses zu dieser Überweisungsempfehlung fest.

Ich rufe auf:

#### **4 Psychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in NRW ausbauen und konzeptionell weiterentwickeln**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/9270

Ich darf für die antragstellende Fraktion der SPD Frau Kollegin Gebhard das Wort geben. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Heike Gebhard<sup>\*)</sup>** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Mit unserem Antrag zur psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen greifen wir eine Problematik von hoher Brisanz auf. Man muss nicht persönlich mit Schicksalen konfrontiert worden sein, dass Eltern händeringend nach Unterstützung rufen, wenn sie bereits zum dritten Mal ihr Kind vom Bahndamm geholt haben, um zu erkennen, dass es in diesem Bereich dringenden Handlungsbedarf gibt.

Seit Juni 2006 haben wir hier im Parlament und im zuständigen Fachausschuss das Thema auf der Tagesordnung ohne – und das ist das Traurige – nennenswerte Versorgungsverbesserung. Ich prangere dies hier nicht zum ersten Mal an. Spätestens seit der Anhörung im Januar 2007 dürfte uns allen klar sein, wie groß der Handlungsbedarf bei der psychiatrischen Versorgung der Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen ist.

Bei der Auswertung der Anhörung wurde dies auch von allen Fraktionen so gesehen und ein gemeinsames Vorgehen vereinbart. CDU und FDP als regierungstragende Fraktionen hatten es übernommen, den beiden anderen Fraktionen einen Entwurf für ein entsprechendes Konzept vorzulegen.

Im Oktober 2008, das heißt mehr als eineinhalb Jahre später, erklärt der FDP-Kollege Romberg, dass der Versuch, zu einem gemeinsamen Antrag mit der CDU zu kommen, gescheitert sei. Die beiden Fraktionen mögen untereinander ausmachen, was dafür ursächlich ist.

Sind es die gleichen Gründe, die vier Monate nach der Regierungsübernahme 2005 dazu geführt ha-

ben, dass alle Anträge für den stationären Ausbau wie auch für den teilstationären Ausbau auf Eis gelegt wurden? Ist die Entscheidung des Ministers im September 2007, die zukünftigen Eckwerte für die psychiatrische Krankenhausplanung auszusetzen, ursächlich dafür? Oder war es die Entscheidung des Ministers im August 2008, die Psychiatrieplanung in das laufende Verfahren der allgemeinen Krankenhausplanung zu integrieren? Oder liegt es sogar an der Einschätzung – ich sage: Fehleinschätzung – des Ministers, der als Einziger im Oktober 2008 eine von der Anhörung abweichende Einlassung machte.

Zu unserer aller Überraschung sagte er im Ausschuss, dass der Anteil der Kinder und Jugendlichen allein in Nordrhein-Westfalen bis 2012 um knapp 10 % sinken würde. Im Klartext: Die Wartelisten werden dann von alleine kürzer werden, der Bedarf sei zukünftig also gar nicht mehr so groß.

Zweite Einlassung war, dass die Wartelisten der Kinder- und Jugendpsychiatrien ein Ausdruck dafür seien, dass zunehmend Erziehungs- und schulische Probleme zulasten der GKV, also der gesetzlichen Krankenversicherung, in den Gesundheitsbereich verschoben würden. Er stellte die Behauptung, bis heute nicht belegt, in den Raum, dass verhaltensauffällige, nicht psychisch kranke Jugendliche verstärkt an Wochenenden in psychiatrische Kliniken ausgelagert würden.

Solche Einlassungen 19 Monate nach der Anhörung, in der uns die Experten aufgezeigt haben, dass nur etwa ein Fünftel der Eltern von psychisch auffälligen Kindern und Jugendlichen versuchen, eine Beratung in Anspruch zu nehmen! Wir sind nicht einmal in der Lage, dieses Fünftel adäquat zu versorgen. Das ist unfassbar.

Aber diese Einlassungen des Ministers ignorierten bzw. negierten alles, was an fachliche Expertise bereits zu diesem Zeitpunkt vorlag. Nach den Ergebnissen des Robert-Koch-Instituts sind 10 % bis 12 % der Kinder im Grundschulalter und 15 % bis 20 % der Jugendlichen psychisch auffällig. Die Bedarfe, die uns Experten im Januar 2007 vorgestellt haben, waren auch keine Momentaufnahme. Sie wurden durch die Arbeit der Enquetekommission „Chancen für Kinder“, deren Bericht ebenfalls im Oktober 2008 uns allen vorgelegt wurde, voll bestätigt.

In den Beratungen zum Landeshaushalt 2009, zur gleichen Zeit damals, wurden seitens der KGNW, also der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen, und der kommunalen Spitzenverbände die Finger in diese landespolitische Wunde gelegt. Die SPD-Fraktion hat dies darum zum Anlass genommen, in der haushaltspolitischen Beratung 10 Millionen € zum Ausbau entsprechender Kapazitäten als Sofortmaßnahme bereitzustellen. Bedauerlicherweise haben CDU- und FDP-Fraktion diesen Haushaltsantrag abgelehnt.

Parallel dazu wurde der notwendige Ausbau der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung von den Experten bei der Anhörung zur Krankenhausplanung im Januar erneut bestätigt. Herr Minister, Sie wissen: Psychiatrische Erkrankungen sind inzwischen vielfach ursächlich für den Eintritt in die Erwerbsminderungsrenten. Bei den Männern stieg der Anteil der Erwerbsminderungsrenten aufgrund psychischer Störungen von 17 % auf 29 %, bei Frauen sogar von 27 % auf 40 %. Dies ist für die Betroffenen ein schwer zu ertragendes Schicksal. Aber es ist auch mit immensen gesellschaftlichen Folgekosten verbunden.

Wir wissen auch, dass nicht behandelte bzw. nicht austerapierte psychiatrische Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter oder auch deren verzögerte Behandlung das Risiko für weitere seelische Erkrankungen im Erwachsenenalter deutlich erhöhen. Da ergibt sich der Zusammenhang mit den Erwerbsminderungsrenten. Das heißt, es ist im Interesse des Heranwachsenden und muss aber auch im Interesse der Gesellschaft sein, Früherkennung zu betreiben und eine adäquate Behandlung sicherzustellen.

Ich denke, es ist nicht fünf vor zwölf, sondern es ist bereits 12 Uhr. Wir müssen handeln. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Gebhard. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Kern das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Dr. Stefan Romberg [FDP]: Ihre ganze Fraktion hat geschlafen! – Gegenruf von Barbara Steffens [GRÜNE]: Nein, er hat die ganze Zeit geklatscht!)

**Walter Kern (CDU):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Die SPD-Fraktion verweist in ihrem Antrag auf die steigende Nachfrage von Leistungen in der psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Sie beschreibt die Ursachen und die Fallzahlsteigerungen und interpretiert dann aus ihrer Sicht die Ausgangslage in Nordrhein-Westfalen.

Frau Gebhardt, es ist das Recht der Opposition, eine eigene Interpretation abzugeben. Deshalb ist es auch gut, dass wir uns heute über das wichtige Thema der Kinder- und Jugendgesundheit in Nordrhein-Westfalen auseinandersetzen.

Die Ergebnisse der Anhörung der Sachverständigen, die wir am 21. Januar 2007 im Landtag hatten und die uns zum Thema „Kinder- und Jugendpsychiatrie“ Handlungsfelder aufzeigte, sind dabei genau so zu berücksichtigen wie zum Beispiel der im März 2007 erschienene Bericht zur Kinder- und

Jugendgesundheit des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen. Er ist hierfür eine wichtige Basis.

Halten wir fest: Psychiatrische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen nehmen zu. So weit sind wir uns einig. Deshalb legen wir besondere Aufmerksamkeit auf ein dezentrales, möglichst wohnortnahes Angebot für die infrage kommenden Zielgruppen.

Das Schreiben – Vorlage 14/2580 – des Ministers Karl-Josef Laumann an den Ausschussvorsitzenden Günter Garbrecht vom 21. April dieses Jahres, also aus dem letzten Monat, gibt sehr konkret Auskunft über Versorgungslücken, Wartezeiten, Bettenzahlen und Engpässe. Aber – darauf legen wir besonderen Wert – es gibt auch deutliche Hinweise auf Umsetzungsaktivitäten bzw. auf systematische Planungen. Mit größter Transparenz zeigt das Ministerium dort auf, wie in der gegenwärtigen Situation in der psychiatrischen Vorsorge gehandelt wird.

Nur politisch Böswillige können hier herauslesen, dass etwas verzögert wird. Ganz im Gegenteil: Es wird differenziert und überlegt vorgegangen. Dabei werden die Handlungsfelder, die angegangen werden, offen angesprochen. Zum Beispiel werden jetzt in Bad Salzuflen am Klinikum Lippe zwölf Plätze ausgebaut. In Südwestfalen oder im Münsterland werden alle Anstrengungen unternommen, dem Anforderungsprofil initiativ zu entsprechen.

In der jetzigen Bearbeitungssituation sind kurzfristige, reaktive Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung sowohl im teil- als auch im vollstationären Bereich unerlässlich. Diese Maßnahmen erfolgen auch.

Die Gründe, weshalb Kinder und Jugendliche eine psychiatrische Versorgung benötigen, sind vielschichtig und deshalb auch für das Personal herausfordernd, was sowohl die fachlichen als auch die zeitlichen bzw. insbesondere die persönlich belastenden Aspekte angeht. Hier wird eine ausgezeichnete Arbeit geleistet. Ich denke, ich darf im Namen aller sprechen, wenn ich mich dafür auch einmal bei den Medizinern und dem Personal bedanke.

(Beifall von der CDU)

Die psychiatrische Versorgung der jungen Menschen ist eine ständige Aufgabe, die kompetent und fachlich und vor allem im gegenseitigen Vertrauen entwickelt werden muss. Ich denke, das gilt auch für die Fraktionen in diesem Landtag. Sie eignet sich nicht als politisches Streitthema, sondern wir sollten hier stets gemeinsam handeln, wohl wissend, dass wir den Idealzustand nicht erreichen können. Den hat man nie.

Ich finde es richtig, dass die Landesregierung sorgfältig daran arbeitet, die Rahmenbedingungen für die psychiatrische Versorgung zu festigen bzw.

neuen gesellschaftlichen Anforderungen anzupassen.

Meine sehr verehrten Zuhörerinnen und Zuhörer, es gehört zu den selbstverständlichen Wahrheiten in der Gesundheitspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen, dass die Konzeption der zukünftigen Versorgung der betroffenen Kinder und Jugendlichen nicht aus dem Zusammenhang der Neuaufstellung eines Krankenhausplanes gerissen werden kann. Nach meinen Informationen wird im Moment sehr sorgfältig daran gearbeitet, welche Planungswerte zukünftig herangezogen werden können. Das ist gut so.

Es ist unsere Mitverantwortung, und ich bin mir darüber hinaus sehr sicher, dass in besonders dringenden Fällen bei hilfsbedürftigen Jugendlichen eine initiativ Lösung schnell gefunden wird. Natürlich ist es in der derzeitigen Phase populär, nach Sofortprogrammen und Ansätzen für schnelle Lösungen zu rufen. Der Grundsatz „Gut Ding will Weile haben“ ist hier nicht passend.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Weiter aussitzen! – Zuruf von der SPD: Juni 2006!)

Aber junge, psychisch angeschlagene Menschen brauchen ein berechenbares Fundament, auf dem sie stabilisiert werden und sich entwickeln können. Zu diesem Fundament gehört auch – und immer mehr – die seelische Gesundheit.

Unseres Erachtens geht es bei der Entwicklung der psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen nicht nur um stationäre und teilstationäre Lösungswege, sondern auch um Hilfe im Sozialraum, in der Region und um Verbindungsstellen. Diese Hilfe parallel zu entwickeln ist eine gesellschaftliche und gesundheitspolitische Aufgabenstellung ersten Ranges.

Als Mitglied der Enquetekommission „Chancen für Kinder“ und Sprecher unserer Fraktion liegt mir deshalb die von der Landesregierung gesehene notwendige Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Gesundheitsbereich besonders am Herzen. Gerade hier, in der Kinder- und Jugendhilfe, zum Beispiel im niederschweligen Angebot der Familienzentren und der Beratungsdienste, liegen große Chancen für eine kommunale Prävention vor Fehlentwicklungen.

Lassen Sie mich noch einige grundsätzliche Bemerkungen machen.

Ja, es gibt einen Zusammenhang zwischen psychiatrischer Auffälligkeit und niedrigem sozialökonomischen Status.

Ja, als Politiker müssen wir uns dieser Aufgabe gründlichst nähern und die Arbeit der Fachleute aus der Praxis politisch begleiten.

Ja, es lohnt sich, den Bericht zur Kinder- und Jugendgesundheit in Deutschland, herausgegeben vom Berufsverband Deutscher Psychologinnen und

Psychologen, durchzuarbeiten. Die veröffentlichten Zahlen geben uns einen konkreten Handlungsauftrag. Die Landesregierung nimmt diesen Auftrag sehr ernst und kommt ihm aus unserer Sicht in ihrer Vorgehensweise kontinuierlich, zuverlässig und seriös nach.

Es ist gut, dass sich auch die Krankenkassen intensiv mit dem Thema „psychische Störungen“ auseinandersetzen.

Es bleibt festzuhalten: Ob Angststörungen, aggressive Störungen, depressive Störungen oder Essstörungen usw. – Kinder wachsen heute anders auf als früher. Es bleibt aber auch festzustellen, dass die fachärztliche und psychotherapeutische Dichte in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen auch im internationalen Vergleich als gut beurteilt werden kann. Hier liegt auch eine Chance.

Meine Damen und Herren, wir werden uns auf den Weg zu einer verbesserten Auffangsituation unserer Kinder und Jugendlichen mit der präventiven Früherkennung von psychischen Störungen genauso auseinandersetzen wie mit einer bedarfsgerechten ambulanten Versorgung.

Wir müssen in dem Bewusstsein handeln, dass rechtzeitiges Eingreifen Spät- und Folgekosten nicht nur von der Gesellschaft fernhält, sondern insbesondere vor allem individuell bessere Lebensläufe ermöglicht. Sozialräumliche und familienbezogene Arbeit kann in ihrem Ergebnis Risiken von Kindern und Jugendlichen minimieren. Die Bedeutung der Jugendarbeit vor Ort – ich nenne hier noch einmal die Enquetekommission – sei hier nur am Rande erwähnt. Gerade in sozialen Brennpunkten kann viel zur Prävention beigetragen werden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten hier nicht so tun, als wenn wir die Lösung der Aufgabenstellung der psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen durch Anordnung oder Händeklatschen erreichen könnten. Der sorgfältige und nachhaltige Aufbau einer Position sowie das Bewusstsein um eine vielschichtige und dringende Aufgabenstellung begründen die konzentrierte systematische Vorgehensweise unserer Landesregierung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Meine Damen und Herren von der SPD, wie heißt denn noch einmal unsere Bundesgesundheitsministerin, und welcher Partei gehört sie an? Auf der am 25. April 2008 in Dortmund stattgefundenen 21. Kammerversammlung der Psychotherapeuten haben die Mitglieder die Planung des Bundesgesundheitsministeriums kritisiert, die Mindestquote für Kinder- und Jugendpsychiatrie auf 10 % zu begrenzen. Das sind 3,6 % weniger als der bundesweite Anteil der Kinder- und Jugendtherapeuten an der Zahl der insgesamt niedergelassenen Psychotherapeuten heute.

Diese vorgeschlagene Mindestquote würde mittelfristig das gegenwärtige Versorgungsniveau in

Nordrhein-Westfalen bei der Versorgung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen gefährden. Das müssen wir hier festhalten. Frau Schmidt macht sich in dieser Sache einen schlanken Fuß. Schreiben Sie also keine Anträge, schreiben Sie Ihrer Frau Schmidt, oder besser: Sprechen Sie mit ihr, und sorgen Sie dafür, dass das Bundesgesundheitsministerium die dringend notwendigen Quoten für Nordrhein-Westfalen auch sicherstellt.

Ich komme zum Schluss. – Viele der Situationsbeschreibungen in Ihrem Antrag zeigen die richtige Richtung auf. Trotzdem: Sie sind nicht neu, sondern basieren im Wesentlichen auf dem Inhalt des Schreibens des Ministers vom 21. April an unseren Ausschussvorsitzenden Günter Garbrecht von Ihrer Partei. Allerdings sind die Interpretationen, insbesondere die Angriffe auf das Ministerium – ich will uns das hier ersparen – rot gefärbt. Es ist halt Wahlkampf. Lassen Sie uns im Ausschuss besprechen, wie wir mit Ihrem Antrag weiter verfahren können. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kern. – Für die Fraktion der FDP hat nun der Kollege Dr. Romberg das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Dr. Stefan Romberg (FDP):** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In der psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen gibt es bekanntlich Optimierungsbedarf. Wie aus dem bundesweiten Kinder- und Gesundheitssurvey des Robert-Koch-Instituts aus dem Jahr 2007 hervorgeht, sind 22 % der Kinder und Jugendlichen im Alter von sieben bis 17 Jahren psychisch auffällig. Betroffen sind 11 % der Mädchen und 18 % der Jungen. Das sind insgesamt 10 % der Kinder, die psychisch krank sind.

Die Folgen unbehandelter Erkrankungen bzw. einer zu spät einsetzenden Behandlung sind im Kinder- und Jugendalter besonders schwerwiegend, weil die Persönlichkeitsentwicklung nachhaltig beeinträchtigt wird und Krankheitsbilder chronifizieren. Ich sehe in meiner ambulanten Tätigkeit mit psychisch kranken Menschen häufig genug Patienten, bei denen diese frühzeitige Behandlung im Kindesalter suboptimal gelaufen ist und die dann langfristig arge Probleme haben.

Wenn man sich intensiv mit der Thematik beschäftigt, dann wird klar, wie ungeheuer komplex die Entstehungsgeschichten von psychischen Erkrankungen sind. Deshalb dürfen wir bei wirksamen Präventionsstrategien keineswegs nur gesundheitliche Aspekte berücksichtigen. Einflussfaktoren für seelische Gesundheit finden sich nahezu in allen gesellschaftlichen Bereichen und müssen entsprechend auch berücksichtigt werden.

Für die unmittelbare Versorgung im Krankheitsfall ist die Überwindung der starren Sektorengrenzen zwischen ambulanter, teilstationärer und stationärer Versorgung dringend notwendig. Unerlässlich ist auch, dass die Angebotsformen möglichst gemeindenah und niedrighschwellig vorgehalten und organisiert werden. Dies erhöht die Akzeptanz von Behandlungsangeboten und wirkt einer Ausgrenzung der Betroffenen entgegen.

Im Antrag der SPD ist zu lesen, dass die Politik auf die beschriebene Ausgangslage mit ihrem erhöhten Bedarf bisher nicht reagiert hat. Zum Konzept der Verbesserung der stationären und teilstationären Versorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, das im vergangenen Monat vom Gesundheitsminister zumindest vorgelegt wurde, heißt es lediglich, dass die Kriterien für die Kapazitäten ebenso unklar seien wie der Umfang des Bedarfs und die Finanzierung. Ich finde eine solche Bewertung, Frau Gebhard, jedoch unehrlich und unverständlich, zumal Sie damals im Ausschuss über das Konzept ganz erfreut waren und die bedarfsgerechte Ausweitung der Plätze, wie sie dort vorgesehen ist, ausdrücklich begrüßt haben.

(Minister Karl-Josef Laumann: So ist das!)

Erstaunlich ist auch, dass die SPD zuallererst am Ausbau der teilstationären Versorgung festhält. Dabei hat der Gesundheitsminister im Ausschuss ausführlich und nachvollziehbar begründet, warum wir in NRW darüber hinaus auch mehr stationäre Plätze für Kinder und Jugendliche brauchen. Es geht also nicht um ideologische Fragen von Krankenbehandlung, sondern um den Bedarf kranker Kinder.

Es ist eben je nach Schwere der Erkrankung und je nach familiärer und sozialer Situation manchmal auch sinnvoll, Kinder rund um die Uhr – also stationär – zu behandeln. Wir sprechen ja später noch in dem folgenden Antrag der SPD über die Situation von Kindern psychisch kranker Eltern, die häufig selbst erkranken.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Sie sollten den Antrag lesen!)

Die SPD legt uns zu diesem Thema einen Antrag vor und liefert uns unter anderem ein Beispiel für solche Fälle, in denen auch teilstationäre Behandlung an die Grenze geraten kann.

Sie drücken sich bei der stationären Behandlung auch unklar aus, wollen die Bedarfszahlen weiterentwickeln, sagen aber auch nur, dass Sie Fachkliniken stärken wollen, und äußern sich nicht zu einer wohnortnahen Versorgung. Was ist mit den vielen Kreisen, die noch unversorgt mit Angeboten sind? Was soll es dort aus Sicht der SPD – außer den Tageskliniken – geben? Schließen Sie dort stationäre Versorgungsangebote gänzlich aus?

Zur Forderung eines Sonderprogramms ist zu sagen, dass es der Logik des Krankenhausgestaltungsgesetzes völlig widerspricht. Das Gleiche gilt für die geforderten überregionalen Behandlungsschwerpunkte. Gut und richtig ist, dass die Landesregierung mit ihrem Konzept die unterschiedlichen Bedarfe berücksichtigt und das Ziel verfolgt, die weißen Flecken, also die regionalen Versorgungslücken, mit Angeboten zu füllen. Das MAGS hat auch darauf aufmerksam gemacht, dass, anders als noch vor zwei Jahren, inzwischen auch die Krankenkassen Handlungsbedarf sehen, was sehr wichtig ist, um ein solches Angebot überhaupt steigern zu können.

Sie sagen einerseits, die ambulante Versorgung müsse besser werden, andererseits fehlen in dem Antrag die Handlungskonzepte. Sie sprechen von Quotierung beim Psychotherapeuten, aber wie sind die Fakten denn insgesamt, wie wird denn stationär, teilstationär und ambulant abgerechnet? – Und wenn das System vorsieht, dass ein ambulant tätiger Kinder- und Jugendpsychiater in Düsseldorf oder woanders im Rheinland für drei Monate Behandlung eines psychisch schwer kranken Menschen 86,47 € bekommt, dann können Sie nicht davon ausgehen, dass mit diesem Geld ein psychisch schwer krankes Kind ambulant qualitativ hochwertig behandelt wird. Das ist nicht möglich.

(Zustimmung von Minister Karl-Josef Laumann)

Aber das ist die Politik, die mit der Honorarreform der Bundesregierung zusammen mit der der SPD zugehörigen Bundesgesundheitsministerin, die dafür die Verantwortung trägt, so weiterentwickelt worden ist. Der ambulant tätige Doktor bekommt für drei Monate Behandlung dieses psychisch schwer kranken Kindes 86 €. Das ist so viel wie für ein Ölwechsel beim Auto oder eine Dauerwelle für Frauen mit langen Haaren. Das ist die Honorarklasse, für die ein psychisch schwer krankes Kind drei Monate lang behandelt werden soll.

Wir verfolgen doch den Grundsatz, dass eine ambulante Versorgung dort, wo sie notwendig ist, auch stattfindet. Wir haben auch einmal die These „ambulant vor stationär“ vertreten. Wenn ambulant notwendig ist, sollte es auch möglich sein. Aber wenn das Bezahlsystem vorsieht, dass der Doktor für eine ambulante Behandlung 86 € bekommt, während für eine durchschnittliche tagesklinische Behandlung 4.000 € bis 5.000 €, für eine durchschnittliche stationäre Behandlung 7.000 € bis 8.000 € bezahlt werden – die gerade einmal sechs oder acht Wochen lang sind –, dann passt da etwas in dem System nicht zusammen.

Dieses System muss aufgebrochen werden. Dafür steht der Bundesgesetzgeber in der Verantwortung. Daher meine Bitte an die Sozialdemokraten: Sprechen Sie mit Ihrer Bundesgesundheitsministerin. Diese rationierte Flatrate-Versorgung gerade in

Bezug auf psychisch kranke Kinder muss weg, die gehört sich einfach nicht. Im stationären Bereich haben wir sie auch nicht. Dort gibt es keine Flatrate, keine Fallpauschalen, und zwar aus gutem Grund.

(Beifall von FDP und CDU)

Dann macht es auch Sinn, die ambulante Versorgung nicht so weiterzuführen. Bisher habe ich Ihrerseits noch keinen Vorschlag gehört. Ihre Kritik ist nicht gerechtfertigt. Arbeiten Sie an sich selbst. Wir versorgen dieses Land im stationären und teilstationären Bereich gut. – Danke sehr.

(Beifall von FDP und CDU – Minister Karl-Josef Laumann: Romberg hat einen gut! Das war eine gute Rede!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Abgeordnete Steffens das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Barbara Steffens\*** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Romberg, ich glaube, es ist ein kollektiver Verdrängungsprozess, wenn Sie sich hierhin stellen und sagen, es reiche alles aus, die Versorgung sei gut. Dazu haben wir eine Anhörung durchgeführt und eine Auswertung bekommen. Wir bekommen die Zuschriften, die auch an Sie gehen, von etlichen Betroffenen in Nordrhein-Westfalen. Die Versorgung in Nordrhein-Westfalen ist nicht gut. Das kann man gerade für den teilstationären und für den ambulanten Bereich sagen. Das ist an vielen Stellen eine Katastrophe.

Aber wir können es an der Stelle auch ganz einfach machen. Wir werden dazu auch einen eigenen Entschließungsantrag einbringen. Wenn Ihnen das weiterhilft, können wir gemeinsam wieder eine Anhörung durchführen, damit Sie dann von den Expertinnen und Experten in diesem Land zum x-ten Mal ins Stammbuch geschrieben bekommen, dass die Versorgung, die Strukturen und die Angebote, die die Landesregierung bereitstellt, nicht ausreichend sind. Dass Sie es uns nicht glauben, ist klar; da müssen Sie sich als Regierung wehren

(Zustimmung von Walter Kern [CDU])

und müssen wenigstens so tun, als ob Sie Leistungen erbringen für die Menschen im Land und als ob Sie etwas getan hätten, nachdem man Ihnen gesagt hat, wie katastrophal die Situation ist.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Ich habe schon gesagt, wir werden einen Entschließungsantrag einbringen, weil uns der Antrag der SPD-Fraktion in vielen Punkten nicht differenziert genug ist, weil etliche Bereiche, die auch in der Anhörung und in den Diskussionen seit 2006 eine Rolle gespielt haben, zu kurz kommen oder nicht

vorkommen. In der Kürze der Zeit möchte ich nur auf einige Punkte eingehen.

Sie haben eine deutliche Analyse und eine Beschreibung der Ist-Situation über die ständig ansteigende Anzahl an Kindern und Jugendlichen mit psychischen Störungen. Aber wenn wir immer nur darüber reden, welche Therapieangebote zur Verfügung gestellt werden sollen, aber nicht darüber reden, was wir eigentlich machen müssen, um Ursachen zu bekämpfen, wie ein Komplettangebot aussehen muss – den Bereich Schule diskutieren wir hier ständig –, wie wir die Entschleunigung hinbekommen, wie wir die Ängste, die Probleme durch Leistungsdruck wegbekommen,

(Beifall von GRÜNEN und Walter Kern [CDU])

dann befassen wir uns lediglich mit einem ganz kleinen Ausschnitt, nämlich nur mit dem Reparaturbetrieb. Ich will aber nicht ständig darüber reden, wie wir die Probleme in der Gesellschaft psychiatrisch, psychotherapeutisch, medikamentös oder wie auch immer lösen können, sondern ich will die Ursachen bekämpfen.

(Beifall von GRÜNEN und Walter Kern [CDU])

Deswegen müssen wir über die Probleme „höher, schneller, weiter“, Konkurrenz- und Leistungsdruck, Unsicherheit, fehlender sozialer Halt mindestens gleichwertig diskutieren; sonst greift der Antrag zu kurz.

Ich möchte aber auch, dass wir über die Abschiebung der psychisch kranken Kinder als ein Problem der anderen Zuständigkeit, wie es in ganz vielen anderen Bereichen stattfindet, diskutieren und hier anders vorgehen. Aus der Schule werden Kinder mit psychischen Störungen konsequent zum Teil aus Bequemlichkeit oder aus Überforderung in Förderschulen abgeschoben.

(Zustimmung von Walter Kern [CDU])

Wir haben das Problem, dass Kinder in der Grundschule mit Ritalin ruhiggestellt oder mit anderen Psychopharmaka behandelt werden, obwohl das der vollkommen falsche Ansatz bei ihnen ist. Wir haben das Problem, dass der Kostenträger Jugendhilfe ganz viele Kinder, weil sie zu anstrengend und zu teuer sind, in die Psychiatrie abschiebt. Diese Probleme müssen wir ganz massiv angehen. Bisher ist die Landesregierung nicht in der Lage gewesen, irgendetwas in dem Bereich zu tun. Das muss angegangen werden.

Wir wollen gesellschaftliche Veränderungen, Veränderungen im Sozialraum, Entschleunigung sowie die Schnittstellenprobleme und das Hin- und Herschieben von Kindern an dieser Stelle vermeiden. Es muss doch klar sein: Wenn ein Kind im Grundschulalter, im Schulalter psychiatrisiert wird, dann

wird damit ein Lebensweg gezeichnet, aus dem das Kind später kaum herauskommt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das müssen wir verhindern. Und da nützt es nichts, nur einzelne kleine Bereiche anzupacken.

Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen massiv niedrigschwellige Angebote. Es besteht nach wie vor das Problem, dass Kinder mit einer Suchtproblematik eigentlich ein Beratungsangebot brauchen, allerdings in der Psychiatrie landen. Dies darf nicht sein. Wir brauchen niedrigschwellige Angebote für die Kinder, Jugendlichen und Angehörigen.

Darüber hinaus – das fehlt mir in Ihrem Antrag ebenfalls – brauchen wir das Ganze geschlechter- und zielgruppenspezifisch. Das Problem besteht darin, dass die Ursachen bei Jungen und Mädchen unterschiedlich sind. Des Weiteren sind die Symptome und Reaktionen bei Jungen und Mädchen verschieden. Wir merken doch schon jetzt, dass das Eingehen und die Behandlungsansätze anders sind. Das heißt, Jungen mit Problemen bekommen schneller einen Therapieplatz als Mädchen, weil Mädchen eher selbstzerstörerisch sind. Auch dies müssen wir angehen.

Wir müssen aber auch in anderen Bereichen zielgruppenspezifisch damit umgehen. Wie erreichen wir Kinder in sozial benachteiligten Familien? Das sind nicht die Kinder, deren Eltern als Erstes das Problem erkennen, sondern bei diesen Kindern verschleppen, addieren, häufen sich oft die Probleme. Was machen wir mit den Kindern mit Migrationshintergrund? Welche Zugangswege haben wir? Wie erreichen wir die Eltern, die Familien? Wie bekommen wir im Familiensetting, im Sozialraum Angebote und Konzepte? Auch das fehlt mir.

Wir brauchen also niedrigschwellige Angebote sowie die Vernetzung zwischen Kinder- und Jugendhilfe und der Psychiatrie. Hierfür benötigen wir keine zwei Modellprojekte, sondern wir brauchen es in der Fläche, an anderen Stellen. Außerdem brauchen wir gemeindenahe Hilfen und Tagesangebote. Hier stellt sich immer wieder das Problem, wo sich das Ministerium gegen welche Finanzierungswege sperrt. Was wird hier vonseiten der Träger der Landschaftsverbände zum Teil versucht, zu erreichen, und wo sperrt sich das Ministerium, wenn in die Vorfinanzierung gegangen wird, und sagt, das sei förderschädlich?

Wir brauchen aber auch – das muss ganz klar sein – eine kritische Reflektion der stationären Angebote. Wir müssen prüfen, wo man wirklich eine Mehr braucht. Das müssen wir kritisch reflektieren. Es muss ein Abwägungsprozess zwischen Hospitalisierungsgefahr und Versorgungssicherheit, die es geben muss, stattfinden. Aber wir müssen es gemeinsam tun und dürfen das Ganze nicht aussitzen.

Ich hoffe für die Diskussion, die jetzt folgt, dass es nicht wie beim letzten Mal endet. Wir werden ebenfalls einen Antrag vorlegen. Ich würde mir wünschen, weil Sie es eben gesagt haben, dass man hier gemeinsam zu einem Ergebnis kommt, und hoffe, dass es nicht wie beim letzten Mal scheitert, weil es wegen irgendwelcher Stimmungen zwischen den Koalitionspartnern nicht zu einem Konsens kommt. Es ist wichtig, und wir sind es den Kindern und Jugendlichen in diesem Land schuldig.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Steffens. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Laumann das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zumindest unter den Gesundheitspolitikern reden wir ja nicht zum ersten Mal über die psychiatrische Versorgung, seitdem ich in Nordrhein-Westfalen in der Politik tätig bin.

*(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)*

Ohne Frage hat die Landesregierung im April im Ausschuss ein Konzept zum Ausbau insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie vorgelegt. Es ist wahr: Dieses Konzept war ein Stück weit auch eine Kurskorrektur der bisherigen Politik des Ministeriums. Denn wir haben in diesem Konzept ganz klar gesagt: Wir werden in relativ kurzer Zeit in Nordrhein-Westfalen das Angebot der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung im teilstationären und stationären Bereich um rund 10 % erhöhen.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Es gibt Kriterien, wie wir dies machen wollen. Wir wollen vor allen Dingen die zusätzlichen Plätze in die Regionen unseres Landes Nordrhein-Westfalen bringen, die zurzeit noch weiße Flecken auf der Landkarte der Kinder- und Jugendpsychiatrie sind. Seitdem dies klar ist, wundere ich mich ein bisschen, wie die Debatte innerhalb der Trägerstrukturen läuft. Da geht es mehr darum, die eigenen Strukturen auszuweiten, als für eine flächendeckende Versorgung zu sorgen. Ich sage Ihnen: Die flächendeckende Versorgung wird bei mir die oberste Priorität haben.

(Walter Kern [CDU]: Gut!)

Das kann man sicherlich so verzahnen, dass man die Fachlichkeit, die es in bestehenden Einrichtungen gibt, in die Fläche geben kann.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Gerade in der Kinder- und Jugendpsychiatrie halte ich das für ganz wichtig. Die weißen Flecken hat es

schon gegeben, bevor ich Regierungsverantwortung übernommen habe. Gucken Sie sich zum Beispiel die Situation im ostwestfälischen Raum an, die ich vorgefunden habe. Da war viele Jahre die Politik: Wir machen das alles mit den Landschaftsverbänden, und außerhalb der Landschaftsverbände darf nichts passieren. Diese Politik mache ich nicht. Ich will es durchaus mit den Landschaftsverbänden machen. Eine Einrichtung ist aber nicht nur dann gut, wenn der Landschaftsverband sie trägt,

(Beifall von CDU und FDP)

sondern es gibt durchaus auch andere, die das können. Für mich ist es ganz entscheidend, auch in die Fläche zu gehen.

Ich habe bereits gesagt, wir haben mit dem, was ich im Ausschuss vorgestellt habe, und mit dem Sofortprogramm eine Kurskorrektur vorgenommen. Warum haben wir das gemacht? – Weil wir leider Gottes gesellschaftliche Veränderungen haben, die den Anteil der Kinder, die schon in dem Alter eine psychiatrische Versorgung brauchen, wesentlich erhöht haben. Ich möchte heute nicht im Einzelnen darauf eingehen, welche Gründe das sind. Aber wir alle wissen, dass wir Veränderungen in unserer Gesellschaft haben, die dieses Problem in den letzten zehn Jahren eher größer als kleiner gemacht haben. Deswegen finde ich es richtig, dass wir dieses Konzept verändert haben, denn das in meinem Haus jahrelang verfolgte Konzept war: weg von stationären Plätzen und hin zu teilstationären Plätzen.

Das Konzept in der gesamten Versorgungsplanung war bereits da, als ich Minister wurde. Die Kurskorrektur, die ich gemacht habe, besteht darin, dass ich eingesehen habe: Wir haben leider eine weitere Veränderung in der Gesellschaft, weshalb wir an einem Ausbau von stationären Plätzen nicht vorbeikommen.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Ich habe sehr schnell gelernt, dass leider heute das Zuhause von Kindern manchmal so ist, dass es besser ist, sie nicht teilstationär zu behandeln. Es ist also ein Reagieren auf eine Veränderung in unserer Gesellschaft. Deswegen ist es auch nicht schlimm, wenn Politik in einer solchen Frage eine Kurskorrektur macht. Die Sozialdemokraten haben diese Kurskorrektur im Ausschuss mitbekommen, und ich hatte damals sogar den Eindruck, dass sie gesagt haben: Ja gut, Minister – das würde ich als Opposition auch so sagen –, es ist spät, aber es ist richtig, was Sie machen.

Deshalb ist Ihr Antrag in dieser Frage überflüssig, außer sie wollen jetzt noch Ihr parlamentarisches Süppchen kochen nach dem Motto: Man kann den Minister ja mal vorführen, weil er eine Kurskorrektur in seiner Politik gemacht hat. Das können Sie gerne tun, helfen wird es Ihnen nicht. Entscheidend ist, dass ein Minister die Kraft hat, eine Politik zu ver-

ändern, wenn er sieht, er muss sie verändern. Das habe ich getan.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie weiterhin in Ihrem Antrag sagen, dass wir jetzt auch an der Krankenhausfinanzierung etwas verändern müssen, dass wir ein mit Landesgeld ausgestattetes Sonderprogramm brauchen, damit auch der Bau dieser stationären Plätze vorangeht, dann kann ich Ihnen nur sagen: In der pauschalisierten Krankenhausförderung kann man mit diesen Pauschalen stationäre und teilstationäre Plätze in der Kinder- und Jugendpsychiatrie bauen.

Natürlich werden wir das auch an die Träger geben, die bereit sind, diese Investitionen zu tätigen.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Denn wenn ich ein pauschalisiertes System in der Krankenhausfinanzierung habe, was im Allgemeinen außer von den Sozialdemokraten in diesem Land mittlerweile begrüßt wird ... Ich kann mich vor Vortragsveranstaltungen außerhalb unseres Landes über die moderne Krankenhausfinanzierungspolitik, die wir in Nordrhein-Westfalen eingeführt haben, gar nicht mehr retten. Ich nehme diese Einladungen zurzeit nicht an, weil ich in Nordrhein-Westfalen eine wichtigere Aufgabe habe, nämlich die Mehrheitsbildung zugunsten von CDU und FDP zu fördern, anstatt in anderen Ländern Fachvorträge zu halten.

(Beifall von CDU und FDP)

Aber ich sage Ihnen ganz offen: Wenn wir uns entscheiden, mit einem bestimmten Träger ein neues Angebot in eine Region zu bringen, gehört natürlich zu einer solchen Krankenhauspolitik, dass wir mit dem Träger sehr wohl darüber reden, ob er auch finanziell die Mittel zur Verfügung stellen will, dieses Angebot zu realisieren.

Deswegen ist es ein ganz wichtiger Punkt, den wir bei den Fragen „Wohin gehen wir?“, „Mit welchem Träger machen wir es?“ auch besprechen. Aber hier sofort wieder nach einem neuen Investitionsprogramm zu rufen, halte ich vor allen Dingen in der jetzigen Situation der Landesfinanzen für nicht sachgerecht. Nein, es muss in das bestehende Investitionsprogramm der Krankenhausförderung in Nordrhein-Westfalen eingebettet und nicht über ein Sondersystem gemacht werden. In diesem Punkt bin ich ganz anderer Meinung, als es in Ihrer Verlautbarung und in Ihrem Antrag deutlich wird.

Nehmen Sie ganz einfach mit: Auch dem Gesundheitsminister ist klar, dass die psychiatrischen Erkrankungen sind in unserer Gesellschaft endlich genauso als schwere Erkrankungen wahrgenommen werden müssen, wie wir es im somatischen Bereich auch kennen.

(Beifall von der CDU)

Deswegen will ich auch an meiner Politik festhalten, die ich von Anfang an betrieben habe, in diesem Bereich keine Stigmatisierung zuzulassen. Deswegen spricht in manchen Fällen etwas dafür, dass der psychiatrisch Kranke nicht unbedingt durch eine andere Krankenhaustür geht als der somatisch Kranke.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Richtig!)

Es spricht schon ein wenig dafür, wenn man das so will. Man muss jedoch auf der anderen Seite sagen, dass man diesem Gesichtspunkt natürlich eine Sache überordnen muss, nämlich der Notwendigkeit, dass es fachlich gut gemacht werden muss. Ich glaube, dass wir, wenn wir die Fragen so angehen, im Parlament großen Konsens darüber erzielen können.

Dann steht außer Frage – ich bin Herrn Kollegen Romberg sehr dankbar, dass er das angesprochen hat –, dass die schwierige Situation, die wir für die ärztlichen Psychiater in der Finanzierung ihrer Aufgabe im Gesundheitssystem haben, natürlich auch Druck auf das stationäre System auslöst. Denn alles, was ambulant behandelt werden könnte, ist natürlich wesentlich preisgünstiger und auch effektiver zu behandeln als im stationären Bereich.

Dass sich dann die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein bewusst über Entscheidungen des gemeinsamen Bundesausschusses in der Frage, wie dieses finanziert wird, hinwegsetzt, und der Meinung ist, man kann dieses mit den Summen, die Herr Romberg genannt hat, von gut 80 € in drei Monaten finanzieren – ich fand auch, der Vergleich war vernünftig, dass ein bestimmter Friseurbesuch unter Umständen die gleiche Summe kostet wie mehrere Behandlungen –, ist keine hilfreiche Entscheidung in einer Zeit, in der wir vor allen Dingen im ambulanten psychiatrischen Bereich sehr viel mehr über den Menschen, über Parkinson, über schwere Erkrankungen in einer älter werdenden Gesellschaft sprechen. Wenn dann eine Politik betrieben wird, dass hier der ambulante Bereich über die Kassenärztliche Vereinigung, vor allen Dingen im Rheinland, nahezu „ausgehungert“ wird – das muss man ganz klar sagen –, dann ist das natürlich keine Hilfe, um den stationären Bereich, der immer sehr viel teurer ist, in dieser Frage zu entlasten.

Deswegen ist es auch wichtig, dass wir in diesem Gesundheitssystem eines ganz deutlich machen, nämlich dass es große Bereiche im ambulanten Bereich gibt, die selbstverwaltet entschieden werden, aber die Selbstverwaltung natürlich auch eine Gesamtverantwortung für das System hat.

(Heike Gebhard [SPD]: Das sagen wir auch so!)

Sie hat nicht nur eine Verantwortung gegenüber dem System, wenn sie mehr Geld haben will, sondern muss auch die Fragen zu den Versorgungsstrukturen mit beantworten.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich glaube, dass wir, wenn wir genau hinschauen, in Nordrhein-Westfalen auf einem guten Weg in der Frage der Kinder- und Jugendpsychiatrie und auch der Weiterentwicklung der Erwachsenenpsychiatrie sind.

Sie können jetzt noch viele Anträge einreichen. Nur weil wir eine Kurskorrektur in der Politik gemacht haben, sehe ich überhaupt nicht ein, dass wir auf diese Anträge besonders reagieren. Als Ministerium lesen wir die Anträge natürlich. Aber das, was Sie in diesen Anträgen fordern, ist mittlerweile zum großen Teil Bestandteil der Politik meines Hauses. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Minister Laumann. – Für die SPD spricht nun Frau Veldhues.

**Elisabeth Veldhues (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorausschicken: Die Honorarreform haben wir in der letzten Plenarrunde diskutiert – die wollte ich heute nicht zum Gegenstand meines Wortbeitrages machen.

Herr Minister, ich glaube auch, Ihre wortgewaltigen Appelle müssen Sie an die Ärzte und an die Kassenärztliche Vereinigung und nicht an dieses Gremium hier richten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Da unterstützen wir Sie, und der Kritik schließen wir uns an.

Das gilt ebenso für die Kurskorrektur durch ein neues Konzept. Entweder ist meine Ablage nicht korrekt oder Herr Romberg hat seherische Fähigkeiten, sodass er mehr weiß, als wir im Ausschuss gehört haben. Ich darf Sie aus dem Ausschussprotokoll zitieren:

Aufgrund des besonderen Handlungsbedarfs bei der teil- und vollstationären Versorgung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen werde ich zeitgleich mit der Neuaufstellung des Krankenhausplanes ein Handlungskonzept zur Verbesserung auf den Weg bringen.

Also: Es ist auf den Weg gebracht, und es liegt nicht vor, Herr Kern. Insofern können wir darüber auch nicht diskutieren.

Stichwort Kurskorrektur! Wir freuen uns, dass das Ministerium mit Schreiben vom April jetzt auch dringenden Handlungsbedarf in diesem Politikfeld sieht. Das war bis jetzt in den letzten drei Jahren nicht erkennbar. Wenn das als Kurskorrektur gelten soll, lassen wir es so gelten. Das ist eine Kurskorrektur vom Nichtstun zum Handlungskonzept.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Frau Veldhues, Herr Romberg hat eine Zwischenfrage. Wollen Sie die zulassen?

**Elisabeth Veldhues (SPD):** Ja, gerne.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Bitte schön, Herr Dr. Romberg.

**Dr. Stefan Romberg<sup>\*</sup> (FDP):** Frau Veldhues, Sie hatten die Pauschalierung im ambulanten System angesprochen. Sie haben Recht, dass im Rahmen der Selbstverwaltung natürlich die genaue Höhe der Pauschalierung festgelegt wird, die auch variiert. In Westfalen beträgt sie rund 10 € mehr.

Meine Frage ist: Wer ist denn dafür verantwortlich? Wer macht die Gesetzgebung, dass es überhaupt eine Pauschale gibt in diesem ambulanten System für die Behandlung psychisch kranker Kinder? Was halten Sie von dieser Flatrate-Versorgung? Will die SPD so etwas fortsetzen? Oder sind Sie dagegen, Frau Veldhues?

**Elisabeth Veldhues (SPD):** Herr Dr. Romberg, ich hatte eingangs gesagt, dass das Honorarsystem in diesem Gremium bei der letzten Plenarrunde ausgiebig diskutiert worden ist. Ich habe keine Lust, heute meine kostbare Redezeit, die knapp bemessen ist, noch einmal für dieses Themenfeld einzusetzen.

(Christian Lindner [FDP]: Antworten auf Fragen werden nicht angerechnet!)

– Danke schön für die Nachhilfe. – Wenn Sie der Meinung sind, wir sollten das Honorarsystem offen gestalten, erwarte ich auch von der FDP eine Antwort, wie sie dann zu höheren Sozialabgaben steht. Denn wenn wir es nicht budgetieren und nicht pauschalieren und die Kosten der gesetzlichen Krankenkasse überhaupt nicht mehr kalkulierbar sind, müssen wir uns auch dieser Frage hier gemeinsam stellen. Das ist ein neues Problemfeld, das ich heute hier nicht aufmachen möchte.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Dr. Stefan Romberg [FDP])

– Bitte?

(Zuruf von Dr. Stefan Romberg [FDP])

– Ich verstehe Sie manchmal nicht, aber jetzt auch akustisch nicht. Deswegen möchte ich jetzt nicht näher darauf eingehen.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, Früherkennung ist heute unser Thema, Verbesserung der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung. Früherkennung,

Einsatz von Frühwarnsystemen, frühe Hilfen – das sind Forderungen, die von allen Politikern über alle Fraktions- und Parteigrenzen hinweg unterstützt werden.

Doch diese Forderung muss auch gelten für psychisch kranke oder nur auffällige Kinder. Dann stellt sich uns allen aber doch die Frage: Was nützt eine Früherkennung, wenn diese behandlungsbedürftigen Kinder und ihre Familien auf völlig unzureichende quantitative Angebote treffen? Was nützt mir eine Früherkennung, wenn zeitnah keine Therapie möglich ist?

In der oft zitierten ganztägigen Anhörung im Januar 2007 wurde von verschiedenen Sachverständigen ausgeführt, dass derzeit nur ca. 10 % dieser erkrankten Kinder und Jugendlichen ausreichend versorgt werden können.

Uns allen wurde sehr verdeutlicht, dass die Früherkennung und -behandlung einer psychischen Erkrankung von Kindern im Unterschied zu Ersterkrankungen im Erwachsenenalter für diese Kinder sehr entscheidend ist. Das trifft die Kinder in einer ganz wichtigen Entwicklungsphase und hat daher weitreichende Folgen insbesondere für die Persönlichkeitsentwicklung und den zukünftigen Krankheitsverlauf.

Dieser Beschreibung der Bedarfs- und Angebotslage wurde im Januar 2007 von keiner Seite widersprochen. Im Gegenteil, die Krankenhausgesellschaft, die Kassenärztlichen Vereinigungen, die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände und alle anwesenden Sachverständigen haben uns diese Zahlen und diese Situation sehr verdeutlicht.

Dann gingen fast zwei Jahre ins Land. Es gab keine Reaktion der Landesregierung. Im Gegenteil, durch das Aussetzen der Investitionsförderung konnten kinder- und jugendpsychiatrische Klinikplätze und Tageskliniken nicht mehr zeitnah realisiert werden.

Wir begrüßen die jetzige Initiative der Landesregierung, die vorliegenden Anträge positiv zu entscheiden, fordern aber – das hat meine Kollegin Frau Gebhard sehr deutlich gemacht –, dass hierfür auch investive Hilfen vorzusehen sind, damit die Umsetzung zeitnah erfolgen kann. Wenn Sie eine ortsnahe Versorgung wollen, Herr Minister, dann können Sie die Finanzierbarkeit vor Ort nicht immer als gegeben voraussetzen. Dann haben wir wieder Schieflagen. Nur bei Trägern, die sich das leisten können, können Sie das realisieren. Dann wird es schwierig sein, die Ortsnähe immer zu gewährleisten. Wir werden sehen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Doch! Ich finde überall einen Träger, der es macht!)

Mit einem solchen Programm außerhalb der Baupauschalen – das fordern wir – kann das Land seine Verantwortung in diesem wichtigen gesundheits-

politischen Bereich effektiv wahrnehmen. Das bringt mehr als teure Wettbewerbe. Das kommt sofort bei den Menschen an, und zwar bei den Familien, die dringend auf Hilfen für ihre erkrankten Kinder warten.

(Beifall von der SPD)

Daher unsere Forderung, alles daran zu setzen und hier endlich gegenzusteuern.

Ich darf die Forderung der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände zitieren, die in ihrer Stellungnahme zum aktuellen Landeshaushalt ausgeführt hat: Das bisherige Planungsverfahren ist zu ersetzen durch ein neues zukunftsgerichtetes Verfahren, das auch eine adäquate Berücksichtigung der aktuellen dynamischen Entwicklung in diesem Bereich sicherstellt.

Genau das sind die konzeptionellen Überlegungen, die Sie angekündigt haben, die uns aber bis jetzt nicht vorliegen.

Von daher unser heutiger Antrag, dass einiges, die Schwerpunkte, die wir aufgeschrieben haben, bitte mit Berücksichtigung findet. Das werden wir im Ausschuss aber sicher noch ausgiebig mit Ihnen diskutieren.

Der ambulante Bereich ist vorhin angesprochen worden. Hier hat das Land nur sehr wenig Möglichkeiten. Für den teilstationären und stationären Bereich kann das Land aber sehr wohl steuernd tätig werden.

Wie meine Kollegin Frau Gebhard schon ausgeführt hat, wurde das Problem der langen Wartezeiten im stationären Bereich vom Ministerium mit Fehlbelegungen begründet. So einfach, Herr Minister, kann die Landesregierung diesem Problem nicht begegnen.

Sicher gibt es Jugendliche und Kinder, die gleichzeitig Hilfen aus beiden Systemen benötigen: Jugendhilfe und Gesundheitsversorgung. Daher unsere Forderung im Antrag, diese Hilfesysteme stärker und besser zu vernetzen. Auch dieses haben alle Experten in der Anhörung gefordert. Eine effektive Kooperation in der Jugendpsychiatrie und der Jugendhilfe muss stärker verankert werden. Wenn – wie von mir bereits ausgeführt – Kinder beide Hilfen benötigen, dann darf es kein unkoordiniertes Vorgehen geben, kein gegenseitiges Zuschieben der Fallverantwortung, sondern notwendig ist ein gemeinsames Fallkonzept mit der Integration von pädagogischen und psychiatrischen Hilfen. Nur so kann gegenseitiges Verständnis für die Handlungsmöglichkeiten und Kompetenzen der jeweils anderen Institution aufgebaut werden. Nur so können wir Zuständigkeitsgerangel in Krisensituationen überwinden.

Drehtüreffekte, meine Damen und Herren, sind für die ohnehin schon in ihrer Beziehungsfähigkeit beeinträchtigten Jugendlichen zu vermeiden. Leidtra-

gende der aktuellen Situation sind immer die Kinder und Jugendlichen und natürlich auch ihre Familien.

Die Forderung der Sachverständigen, hier landesweit initiativ tätig zu werden, um eine bessere Koordinierung zu erreichen, unterstützen wir. Lassen Sie uns dieses doch in einigen Modellregionen einmal exemplarisch so angehen! Auch das war eine Forderung von allen Sachverständigen aus dem Januar 2007.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir reden immer von der notwendigen Entstigmatisierung und von der Gleichberechtigung der psychiatrischen und der somatischen Versorgung. Können Sie sich vorstellen, welche Reaktionen wir im Lande hätten, wenn Familien mit somatisch erkrankten Kindern so lange auf eine Behandlung warten müssten? Allein darin drückt sich doch wieder der Unterschied aus, dass die Psychiatrie nicht die gleichberechtigte Versorgung vorfindet wie die somatische Medizin.

Ich appelliere an Sie alle: Lassen Sie uns gemeinsam für eine Verbesserung eintreten! Erkennen wir den Leidensdruck dieser Familien an, helfen wir mit, setzen wir ein Zeichen und nehmen wir alle Möglichkeiten auf Landesebene wahr, um dem steuernd entgegenzuwirken. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Diskussion im Ausschuss.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Veldhues. – Für die CDU-Fraktion spricht nun der Kollege Tenhumberg.

**Bernhard Tenhumberg (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Minister hat schon deutlich gemacht, dass wir das Thema „Psychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen“ bereits mehrmals und noch ganz aktuell vor kurzem – nicht nur hier im Parlament, sondern auch in den Landtagsausschüssen – diskutiert haben.

Ich bin der Meinung, dass das, was die Opposition hier vorgetragen hat, nicht ganz richtig ist, weil die Erkenntnisse und Aufträge bereits abgearbeitet werden. Wir sind auf einem guten Weg. Deshalb halte ich den Antrag zum heutigen Zeitpunkt auch nicht für angebracht, erneut darüber zu diskutieren.

Es besteht auch nicht erst seit Antritt dieser neuen Landesregierung Handlungsbedarf. Erfreulicherweise haben Sie von der SPD das im Antrag auch deutlich gemacht, indem Sie vom Armutsbericht sprechen, der auf die Datenlage vor 2005 zurückgreift und die Versäumnisse dort klar artikuliert. Sie sprechen auch von den Versäumnissen der letzten zwölf Jahre. Sie wissen ja sicherlich, dass wir in den letzten zwölf Jahren nicht ununterbrochen an der Regierung waren – leider, das kann man bedauern,

sonst wären wir in diesem Bereich sicherlich schon weiter gewesen.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Ich finde es jedoch fair, dass Sie darauf hinweisen, Frau Gebhard, dass natürlich auch zu Ihrer Zeit die Erkenntnisse, die eigentlich vorliegen müssten, nicht zur Kenntnis genommen worden sind und kein Handlungsbedarf gesehen worden ist. Das ist heute völlig anders. Unser Minister hat das auch in seiner Rede deutlich gemacht.

Ich will aber auch darauf hinweisen, dass wir in dieser Frage einen Grundsatz haben, nämlich: Qualität vor Zeit. Oder, anders ausgedrückt: Keine Konzepte aus der Hüfte! Wir wollen das vernünftig machen, vernünftig für die Betroffenen.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir alle gar nicht so weit inhaltlich auseinander liegen. Der Antrag ist sehr interessant. Abgesehen von einigen wertenden Formulierungen und damit auch falschen Schlussfolgerungen, Frau Gebhard, sind wir doch in der Beschreibung der Bedarfslage gar nicht weit auseinander.

Frau Veldhues, Ihr letzter Satz hat mir sehr gut gefallen, mit dem Sie uns alle daran erinnert haben, dass wir in diesem Bereich für die Kinder und Jugendlichen eigentlich gemeinsam nach vorne marschieren sollten. Bei den Ausführungen des Ministers war deutlich zu verspüren, dass es hierzu ein Angebot gibt.

Abschließend will ich noch auf eine Besonderheit hinweisen. Wenn Sie die Darbietung der vollstationären Angebote der Kinder- und Jugendpsychiatrie einmal beachten, muss man natürlich sagen, dass die Randbereiche des Landes Nordrhein-Westfalen hier vernachlässigt worden sind. Ich darf daran erinnern, dass einige Kreise – ich nenne nur beispielhaft die Kreise Borken oder Steinfurt in der Grenzlage zu den Niederlanden und zu Niedersachsen – in den Bedarfen hinterherhinken. Ich empfehle, in den zukünftigen Beratungen daran zu denken, wie wir dort – vielleicht auch länderübergreifende – Angebote realisieren können, um der Bedarfslage der Menschen entgegenzukommen.

Meine Redezeit ist abgelaufen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Tenhumberg. – Für die FDP spricht noch einmal Herr Dr. Romberg.

**Dr. Stefan Romberg<sup>1)</sup>** (FDP): Ich denke, ein Fazit müssen wir heute ziehen: Die SPD steht hier weiter für eine rationierte Flatrate-Behandlung von Kindern in ambulanter Behandlung.

(Beifall von der FDP)

Sie sagen, dafür sei kein Geld da. Das halte ich für absurd. Das finde ich sogar abscheulich, wenn Sie sagen: Für die Behandlung psychisch kranker Menschen sei nicht genügend Geld da. Sie stellen die Bundesgesundheitsministerin, die das verantwortet!

(Beifall von FDP und CDU)

Sie unterstützen sie. Und Sie stellen den Bundesfinanzminister, der gleichzeitig 5 Milliarden € für abgewrackte Autos ausgibt. Diese Politik muss aufhören! Kinder müssen in diesem Parlament wirklich Lobby haben!

(Beifall von der FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Dr. Romberg. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Asch.

**Andrea Asch<sup>1)</sup>** (GRÜNE): Liebe Kollegen! Ich denke, jeder sollte vor seiner Tür kehren. Das Thema, über das sich Herr Dr. Romberg soeben echauffiert hat, ist eindeutig ein bundespolitisches Thema. Sie können das wunderbar im Bundestagswahlkampf auch mit derselben Verve vortragen.

Wir müssen hier im Landtag aber unsere Hausaufgaben machen, die in unserer Kompetenz als Landesparlament und als Landesregierung liegen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Minister Laumann, ich bin in ganz vielen Punkten bei Ihnen und bin auch sehr dankbar, dass Sie das vorhin so vorgetragen haben, vor allen Dingen auch was den Vorrang der ambulanten und der teilstationären Behandlung von Kindern angeht. Sie haben das dann leider noch ein wenig relativiert.

Ich möchte noch einmal – und das sage ich als Psychologin, die auch viel mit dieser Klientel zu tun hatte – darauf hinweisen, dass Kinder natürlich im Kontext der Familie behandelt werden müssen. Störungen bei Kindern, vor allem psychische Störungen, Verhaltensauffälligkeiten sind immer im Kontext der Familie zu sehen; sie entstehen dort und müssen auch dort behandelt werden.

(Beifall von der SPD)

Deswegen muss Kinder- und Jugendpsychiatrie ganz eng immer die Familie, die Eltern mitnehmen. Das kann sie dann besonders gut, wenn die Behandlung teilstationär stattfindet. Das heißt, dass man die Probleme dort, wo sie entstehen, tatsächlich gemeinsam mit den Eltern bearbeiten kann. Es nützt keinem Kind etwas, wenn es – wie es passiert – wochen-, monatelang psychiatrisiert wird, herausgenommen wird und dann nach Hause kommt und dort genau dieselben pathologischen Bedingungen wieder vorfindet. Es muss vielmehr ganz eng mit den Eltern psychotherapeutisch, familientherapeutisch gearbeitet wer-

den. Das erreichen wir dann, wenn wir die Kinder teilstationär behandeln.

Alle Anstrengungen des Landschaftsverbandes Rheinland – jetzt muss ich auch einmal für den Träger, für den ich mit Verantwortung habe, sprechen – bestehen darin, dass wir versuchen, so viel wie möglich zu dezentralisieren, und, Herr Laumann, auch dann, wenn es nötig ist, an andere Träger zu geben. Das heißt nicht, dass es dieses Festhalten an eigenen Betten gibt. Wir haben jetzt gerade für die Klinik in Düren eine kleine Einheit in die Region ausgegliedert. Da, Herr Laumann, erwarte ich ganz konkret eine bessere Unterstützung des Landes.

Frau Steffens hat es eben angesprochen: Wenn wir eine Liegenschaft für eine Tagesklinik finden, was uns oft sehr schwer fällt, und feststellen, wir brauchen die jetzt schnell, wir können nicht warten, bis wir die Mittel aus dem langwierigen Verfahren der Krankenhausinvestitionsförderung bekommen, dann gehen wir auch in die Vorleistung. – Dann sagt mir Ihr Haus: Nein, Sie bekommen das jetzt nicht. Sie sind in die Vorfinanzierung gegangen, und das ist leider förderschädlich. Deswegen stehen Ihnen die Krankenhausinvestitionen nicht zur Verfügung. – Das ist so, das haben wir x-mal erlebt. Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Minister, wenn Sie sich da kooperativ zeigen und sagen würden: Okay, selbst wenn die Träger in Vorleistung gehen, werden wir als Land nachschießen.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Frau Asch, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Veldhues?

**Andrea Asch**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Ja, gerne, Frau Veldhues.

**Elisabeth Veldhues** (SPD): Danke. – Ich habe eine Frage zu Ihrer letzten Äußerung. Als wie realistisch schätzen Sie es ein, den investiven Förderbedarf gerade für den Ausbau eines tagesklinischen Angebotes allein aus der Baupauschale, die dem LVR zufließt, zu decken? Wir müssen die vorhandenen Kliniken, die oft eine alte Bausubstanz haben, erneuern und modernisieren. Wenn wir ortsnah etwas Neues schaffen wollen: Ist das mit der vorhandenen Baupauschale überhaupt zu realisieren? Oder ist das mehr Wunschdenken?

**Andrea Asch**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Der Investitionsbedarf alleine im Rheinland ist immens. Wir haben eine lange Liste, die mir jetzt nicht vorliegt, die vielleicht im Jahre 2020 oder 2025 abgearbeitet ist – und das gerade in einem Bereich, in dem es um Kinder und Jugendliche geht. Da können wir nicht warten, denn diese Kinder und Jugendlichen brauchen jetzt bessere Förderung.

Herr Minister Laumann, ich lade Sie gerne ein. Kommen Sie einmal mit, dann zeige ich Ihnen ver-

schiedene Stationen. Wir haben gerade in Bonn das große Problem, dass Kinder und Jugendliche zum Teil in Kellerräumen behandelt werden. Da ist keine angemessene Therapie vorzuhalten. Da müssen dringend investive Landesmittel hinein, um Abhilfe zu schaffen.

Ein Aspekt, der uns auch immer wichtig ist und der eben kurz zur Sprache kam, sind die Fehlplatzierungen. Wir haben es mit einem immensen Schnittstellenproblem zwischen Kinder- und Jugendpsychiatrie einerseits und Jugendhilfe andererseits zu tun.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Viele Kinder und Jugendliche müssten nicht psychiatrisch behandelt werden, wenn es nicht aus Kostengründen diese Abschieberei aus der Jugendhilfe in die Psychiatrie gäbe. Das ist unverantwortlich den Kindern gegenüber. Da müssen wir ran. Wir müssen vermeiden, dass die Kinder überhaupt psychiatrisiert werden – mit allen negativen Folgen für ihre Zukunft.

Ich weise darauf hin, dass sich die Psychopharmakavergabe an Kinder und Jugendliche nach einer Studie der Universität Köln in den letzten fünf Jahren vervierfacht hat. Das ist unverantwortlich, das kann nicht sein. Wir müssen die Kinder über Jugendhilfemaßnahmen erreichen und dürfen sie nicht in die Kinder- und Jugendpsychiatrie abschieben.

Diese Schnittstelle müsste gemeinsam von den Häusern der Minister Laumann und Laschet intensiv bearbeitet werden, damit wir nicht ständig Fehlplatzierungen haben, die einen weiteren Bedarf an kinder- und jugendpsychiatrischen Betten evozieren.

Ich glaube, da liegt noch viel vor uns. Es ist mitnichten so, wie Herr Tenhumberg das eben gesagt hat: dass die Probleme sozusagen alle gelöst sind und wir keine weiteren haben.

(Zurufe von der CDU: Nein!)

– Dann habe ich Sie falsch verstanden. Entschuldigung! – Aber wir haben gerade in diesem Bereich sehr viele Baustellen, die wir im Interesse der Kinder dringend bearbeiten müssen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Asch. – Herr Minister Laumann hat das Wort.

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Kollegin Asch, ich möchte Ihnen sagen, dass der vorfinanzierte Bau von teilstationären oder auch stationären Plätzen nach der Krankenhauspauschale in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich nicht mehr förderschädlich sein kann. Sie sind noch im alten System, wo man, wenn man beabsichtigte, irgendwann einmal Plätze zu bauen,

das über die Bezirksregierungen beantragen musste. Dann ist man in einen Förderpaternoster eingestiegen, nach fünf oder sechs Jahren oben angekommen, bekam etwas zugeteilt und musste dann in der Regel etwas bauen, was man mittlerweile gar nicht mehr bauen wollte. Und wenn man die Baupläne ändern wollte, stieg man unten wieder in den Förderpaternoster ein. – So ist das hier im Land 30 Jahre lang gelaufen.

Das ist vorbei. Ich zahle den Kliniken in Nordrhein-Westfalen eine halbe Milliarde Euro an Krankenhausinvestitionsmitteln. Einen Löwenanteil davon – ich habe die Zahlen jetzt nicht im Kopf – bekommt der Landschaftsverband Rheinland, weil er ein großer Träger psychiatrischer Krankenhäuser ist. Sie können diese Summe poolen, Sie können damit vorfinanzieren, Sie können sie ansparen – Sie können alles damit machen, müssen sie lediglich in Krankenhäuser investieren.

(Beifall von der CDU)

Ich finde, wir sollten im Ausschuss auch einmal darüber reden, was man mit der Krankenhausinvestitionspauschale alles machen kann. Es ist wahr: Es gibt Träger, die nicht bereit sind, das so zu machen, weil sie anders entschieden haben. Dann suche ich mir eben einen Träger, der bereit ist, es so zu machen, wie ich das will. Ich lasse mich in dieser Frage von niemandem erpressen. Die Krankenhauspauschale ist, wie sie ist. Mit dieser Pauschale muss der Ausbau des Krankenhaussystems in Nordrhein-Westfalen gemacht werden.

Man kann die Meinung vertreten, die Pauschale in Nordrhein-Westfalen ist zu niedrig.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Ja!)

Die wird von Krankenhäusern immer vertreten. Ich kenne aber auch Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen, die sehr dicke schwarze Zahlen schreiben und sich überhaupt nicht darüber beklagen, wie es jetzt läuft. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Minister Laumann. – Meine Damen und Herren, wir kommen zum Schluss der Beratung.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Nein!)

Frau Gebhard, bitte.

**Heike Gebhard (SPD):** Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will nur ganz kurz eine Bemerkung dazu machen, wie hier diskutiert worden ist.

Kollege Tenhumberg, Sie haben uns darauf hingewiesen, dass wir in der Beschreibung der Ausgangslage gar nicht so weit auseinander sind. Völlig richtig! Das waren wir im Januar 2007 auch nicht.

Das Problem war aber: Sie in Ihren beiden Fraktionen waren nicht in der Lage, gemeinsam einen Vorstoß zu machen, wie wir der gemeinsam festgestellten Unterversorgung Abhilfe schaffen können.

Der Minister braucht drei Jahre, um seine Politik zu ändern. Wir haben zugewartet. Wir haben gesagt: Wir wollen es gemeinsam machen. – Warum bringen wir heute trotzdem diesen Antrag ein? Weil uns nach drei Jahren ein Papier auf den Tisch gelegt wird, das den Namen „Konzept“ nicht verdient.

(Beifall von der SPD)

Es ist eine bloße Feststellung. Es wird lediglich erkannt: Ja, Bedarf ist da. – Aber das Wie, wie die Zähne ineinandergreifen sollen, von niedrighschwelligen bis hin zu stationären Angeboten, das stellt dieses Konzept nicht dar.

Herr Minister, ich erinnere daran, dass Sie uns im Oktober zugesagt und das im Januar erneuert haben: Der Krankenhausplan inklusive Psychiatrie wird Ostern kommen. – Ich kann nur sagen: Meine Osterhasen habe ich schon weggepackt. Aber das Konzept, das diesen Namen verdient, liegt nach wie vor nicht vor. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Gebhard. – Jetzt sind wir am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 14/9270 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Empfehlung zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

##### **5 Rasches Handeln und gemeinsame Anstrengungen für eine gute Zukunft der Milchwirtschaft in Nordrhein-Westfalen**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/9257

Ich eröffne die Beratung und gebe dem Kollegen Josef Wirtz von der CDU-Fraktion das Wort.

**Josef Wirtz (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was sich heutzutage auf dem Milchmarkt abspielt, ist eine Schande.

Die Preise für Milchprodukte sind inzwischen auf einem so niedrigen Niveau angekommen, dass die Mehrheit der Milchbauern in extremen Existenzängsten steckt. Diese Situation dürfen wir nicht einfach hinnehmen.

Gründe für diesen Preisverfall gibt es zahlreiche. Grundsätzlich mussten wir in den letzten Jahren feststellen, dass die Nachfrage stetig gesunken ist. Dieser Rückgang ist allerdings nicht nur damit zu begründen, dass den Verbrauchern der Appetit auf Milch vergangen ist. Wir werden nämlich viel zu häufig getäuscht. Unsere hochwertige Milch wird immer öfter durch günstige Ersatzstoffe ersetzt. Darunter leidet logischerweise der Absatz.

Ein weiterer Grund des Preisverfalls ist der im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise schwächelnde Export. Darauf haben wir aber keinen Einfluss. Jedoch müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie man mit dem daraus entstehenden Überangebot umgeht.

Die europaweite Abschaffung der Milchquotenregelung wird die Situation noch verschärfen. Politisch haben wir allerdings keine Mehrheit, um daran etwas ändern zu können.

Im Übrigen kann die Milchwirtschaft nicht mit anderen Wirtschaftszweigen gleichgesetzt werden. Kurzarbeit kann es in dieser Branche nämlich nicht geben; denn die Kühe müssen zweimal täglich versorgt und gemolken werden.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat bewiesen, dass ihm das Schicksal seiner Landwirte am Herzen liegt. Wir begrüßen es, dass Minister Uhlenberg schnelle Unterstützung in Form von Liquiditätshilfen bereitstellen wird. Das schafft Vertrauen und hilft, unsere heimischen Betriebe zu erhalten.

Darüber hinaus haben wir eine Vielzahl weiterer Maßnahmen als Hilfe für die Landwirte auf den Weg gebracht. In diesem Zusammenhang möchte ich nur die Investitionsförderung, die Ausgleichszulage und die Weideprämie ansprechen.

Auch die Initiative zur Reduzierung der Steuer auf Agrardiesel ist auf Bundesebene von Minister Uhlenberg angestoßen worden. Es müssen nämlich dringend gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden. Dies machen uns gerade die Demonstrationen der Landwirte in den letzten Tagen mehr als deutlich.

Absolut erwähnenswert ist zudem das nordrhein-westfälische Schulmilchprogramm. Mit dieser Maßnahme nehmen wir ganz klar eine Vorreiterrolle ein. Dadurch steigert man nicht nur den Absatz, sondern führt auch unsere Schülerinnen und Schüler an gesunde Milchprodukte heran. In diesem Zusammenhang hat Minister Uhlenberg zu Recht festgestellt:

Wer sich als Kind für Milch und Milchprodukte begeistert, wird ihnen ein Leben lang die Treue halten.

(Beifall von Marie-Luise Fasse [CDU])

Ich füge hinzu: Das hochwertige Lebensmittel Milch ist kaum zu ersetzen und darf nicht verramscht werden.

(Beifall von der CDU)

Für uns alle bedeutet dies, dass wir die Öffentlichkeit noch viel offensiver sensibilisieren müssen. Dabei sollten wir zusätzlich auch immer wieder auf die Situation der Milchbauern hinweisen. Ich bin davon überzeugt, dass der Verbraucher bereit ist, für hochwertige Milch mehr zu zahlen als die aktuellen Dumpingpreise.

Doch die Verantwortung liegt nicht nur bei der Politik; das möchte ich hier betonen. Insbesondere die Discounter müssen zu ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung stehen. Noch im Februar dieses Jahres hat ein großer Discounter offensiv damit geworben, dass man die Preise um 10 Cent erhöhe, um dieses Geld direkt an die Milchbauern weiterzuleiten. Komischerweise ist davon nichts bei den Erzeugern angekommen, und die Preise sind weiter in den Keller gegangen. Ich sage Ihnen: Da kann etwas nicht stimmen. Die Manager dieser Lebensmittelketten sind nicht besser als die geldgierigen Banker, die die Finanzkrise ausgelöst haben.

Ein ebenso unsolidarisches Verhalten findet man bei einer kleinen Minderheit von Milchbauern, die mehr Milch liefern, als ihre Quote es zulässt. Es sind zwar nicht viele; leider verursachen sie aber bereits 75 % Überlieferung. Das darf nicht toleriert werden. Hier könnten die Molkereien auch einmal eingreifen, finde ich.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich noch einen sehr wichtigen Punkt ansprechen. Wie ich bereits erwähnt habe, werden die Verbraucher oftmals an der Nase herumgeführt, indem die Milch in vielen Produkten durch andere Stoffe ersetzt wird. In unseren Augen ist das eine versuchte Täuschung des Verbrauchers.

Die CDU-Fraktion fordert deswegen eine eindeutige Kennzeichnung von Lebensmitteln, die Milchersatzstoffe enthalten. Anhand dieser Kennzeichnung kann der Verbraucher dann entscheiden, ob er Wert auf wahre Milchprodukte legt oder sich mit Milchersatzstoffen zufriedengibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie Sie sehen, nehmen wir die Sorgen unserer Landwirte sehr ernst. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu, um von hier aus das Signal zu senden, dass wir mit Hochdruck an der Verbesserung ihrer Situation arbeiten. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Wirtz. – Für die FDP spricht nun der Kollege Ellerbrock.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Frau Kollegin! Meine Damen und Herren! Die Sorgen der Milchbauern können wir, glaube ich, alle gut nachvollziehen. 20 Cent sind kein auskömmlicher Preis. Damit können die Bauern auf Dauer nicht leben.

Vielleicht könnten wir als Landtag mit dem Schulmilchprogramm eine Vorbildfunktion übernehmen. Kollege Kemper hat es damals gesagt: Lasst uns auch hier Milch trinken! – Es liegt an uns allen selbst und damit am Verbraucher, dafür bereit zu sein, mehr für Milch auszugeben.

Ich will nicht alles wiederholen, was der Kollege Wirtz gesagt hat. Zum Beispiel hat er angesprochen, dass auch kleine Molkereien Marktnischen finden müssen. Wir alle hier im Raum sind aufgerufen, uns über den Begriff „Frischmilch“ Gedanken zu machen. Was ist Frischmilch eigentlich? Wenn man weiß, was unter dem Begriff „Frischmilch“ läuft, wird man feststellen können, dass der Begriff „frisch“ nicht ganz so frisch ist.

Josef Wirtz, an der Stelle könnte sicherlich eine ganze Menge kleiner Braue...

(Allgemeine Heiterkeit)

– Molkereien Marktnischen nutzen. Liebe Kollegen, ich bin völlig unverdächtig, da ich kein Biertrinker bin.

(Michael Groschek [SPD]: Selbst schuld!)

– Ich trinke lieber Wein, Herr Kollege. Ich würde an Ihrer Stelle aber genauso lachen.

Kleinere Molkereien könnten also solche Marktnischen nutzen.

Wir müssen uns überlegen, woher die Situation rührt, mit der wir es heute zu tun haben. Josef Wirtz hat bereits auf die vier großen Handelsketten hingewiesen, die eine Marktmacht ausüben. Ein weiterer Grund ist eine Überproduktion und eine Überkapazität. Es kann nicht richtig sein, wieder nach der Quote zu rufen. Sieht man nämlich, dass die Quote in Europa ohnehin schon zu 5 % untergedeckt ist, wir also 5 % weniger produzieren, weiß man: Wenn wir in Deutschland mit unserer Quote noch weiter runtergingen, würden andere das überkompensieren. Das Ausland würde das sicherlich sofort wieder decken wollen.

Nein, nein, meine Damen und Herren! Unser Leitbild ist der unternehmerische Landwirt. Unser Leitbild sind offene Märkte. Gerade wir als exportorientierte Nation sind darauf angewiesen. Wir befürworten auch kein Herumdoktern an irgendwelchen Symptomen. Das gilt zum Beispiel für Exportförderung. Es kann ethisch auch nicht richtig sein, dass wir mit unserer Überproduktion Schwierigkeiten in

andere Länder hineintragen. Das kann nicht angehen.

(Beifall von der FDP)

Wir müssen Märkte zurückgewinnen und neu erschließen. Das ist Sache des kreativen Landwirts. Dass Märkte verlorengegangen sind, liegt sicherlich nicht nur, aber auch daran, dass im letzten Jahr Milch nicht geliefert worden ist. Ich kann Herrn Wirtz nur zustimmen: Wir müssen eine saubere Produktkennzeichnung haben. Milchersatzstoffe müssen gekennzeichnet werden.

(Beifall von der FDP)

Wenn man annehmen darf, dass Milch enthalten ist, dann muss dort auch Milch drin sein. Das ist ebenfalls klar.

Wir alle gemeinsam müssen von diesem unsäglichen Spruch „Geiz ist geil!“ wegkommen. Das ist ein unsäglicher Spruch. Diesen Vorwurf mache ich der deutschen Werbewirtschaft nach wie vor. Vielleicht sind der Milchstreik und die Milchproblematik derzeit Anlass dazu zu sagen: Zuerst fragen wir nach Qualität: Lasst andere zuerst nach dem Preis fragen! Wir müssen Acht auf die Qualität geben. Deshalb gibt es auch diese Bindung zur Frischmilch.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns einmal überlegen, was Nordrhein-Westfalen bislang eigentlich getan hat: Wir kommen zu einem Katalog, der zumindest eine gewisse Überbrückungsperspektive für die Milchbauern aufzeigt, die nicht umhinkommen werden, ihre Produktion zurückzufahren. Das muss man ganz deutlich sagen.

Die Landesregierung hat nicht nur vertreten durch Herrn Minister Uhlenberg Gespräche geführt. Die Kolleginnen und Kollegen von der CDU genauso wie ich haben ebenfalls viele Gespräche geführt. Wir haben im Bundesrat eine Initiative mit dem Ziel eingebracht, den großen Milchüberlieferern, die nur 10 % der Betriebe darstellen, aber 75 % der Überlieferungen ausmachen, einen Riegel vorzuschieben. Herr Minister, soweit ich weiß, haben wir dafür im Bundesrat keine Mehrheit gefunden, sondern sind gescheitert.

Weiterhin haben wir bei der Verwendung zusätzlicher Modulationsmittel besonderen Wert darauf gelegt, dass vor allem Milchbetriebe von diesen zusätzlichen Geldern profitieren. Dabei geht es um die Ausgleichszulage und Weideprämie. Auch die Nachzucht wurde in die Weideprämie hineingenommen. Das alles sind zwar sicherlich nicht überragende Schritte, aber die Summe macht es. Die Handlungsmöglichkeiten des Landes sind ausgeschöpft worden. Das war ganz vernünftig.

In Berlin haben wir als übergreifende Maßnahme die Agrardieselregelung zugunsten der Landwirte gefunden und den alten Preis auf den Zeitraum vor Künast zurückgefahren. Unter Künast und den Grünen wurden die Preise hochgefahren. Wir sind auf

den alten Preis zurückgekommen. Das ist nur zu begrüßen.

Meine Damen und Herren, die konsequente Kennzeichnung und Nutzung von Marktnischen ist angesagt. Orientieren wir uns auch bei den Milchbauern an dem, was die Schweineproduzenten gemacht haben, die festgestellt haben: Wir haben Täler und auch Berge. Wir haben gute Einkommenssituationen und müssen Rücklagen bilden. Staat, halt du dich aber aus Marktregulierungen heraus! Das wäre das Schlimmste, was passieren kann. – Daran werden sich auch die Milchbauern orientieren. Viele tun das bereits.

Meine Damen und Herren, wir haben einen Strauß vielfältiger Möglichkeiten ergriffen. Wir haben deshalb erneut den Antrag eingebracht, um der Regierung zu zeigen, dass sie sich auf dem richtigen Weg befindet und so weiter machen soll. Wir kommen auch weiter, müssen den Milchbauern allerdings auch sagen: Eine unangenehme Wahrheit ist besser als eine trügerische Hoffnung. Quoten und Markteingriffe helfen euch nicht, sondern treiben euch letztendlich in den Ruin. – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Ellerbrock. – Für die SPD spricht Frau Watermann-Krass.

**Annette Watermann-Krass (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema „Milch“ hat hier schon ein gewisses Ritual. Wir haben uns hier schon in Aktuellen Stunden zu verschiedenen Anträgen aller Parteien diesem Thema gestellt. Auch der heutige Antrag ist von der Zielrichtung her richtig. Es geht um rasches Handeln und gemeinsame Anstrengungen.

Trotzdem stellt sich die Frage, ob dieser Antrag, der einfordert, Landesmaßnahmen schnell und langfristig umzusetzen, weit genug greift.

Ich habe mich auch noch einmal kundig gemacht: Zurzeit bekommen die Landwirte bei uns im Kreis Warendorf 25 Cent. Die Produktionskosten liegen bei gut 35 Cent. Also bringt jeder Liter Milch Verluste. Bei einem Betrieb mit 40 Kühen sind das im Monat immerhin eben einmal 2.500 € Angesichts dessen kann man sich schon fragen: Wie lange halten die das durch?

Interessant ist aber auch eine Antwort auf die Frage, wie viel wir im Kreis Warendorf produzieren: Mit 370 Betrieben – vor 20 Jahren waren es viermal so viel – produzieren wir ca. 100 Millionen Liter Milch.

Umgerechnet auf die dortigen Einwohner komme ich auf rund einen Liter pro Kopf und Tag. Die Ursache für Überangebot und massiven Preisverlust liegt in diesem Fall nicht bei uns im Kreis Warendorf, also nicht vor Ort. In einem globalisierten Markt

tragen folgende Gründe dazu bei – darauf sind auch meine Vorredner zum Teil schon eingegangen –:

Erstens. Europaweit ist der Milchmarkt gesättigt.

Zweitens. Der Rohstoff Milch stellt sich dem Weltmarkt. Molkereien und Lebensmittelindustrie sind aber auch am billigen Rohstoff Milch interessiert.

Drittens. Die Milch wird durch andere Stoffe ersetzt, wenn sie teuer ist. Wir haben es beim Analogkäse erlebt. Optisch ist auf Käsebrötchen oder Pizza Käse drauf, aber es werden keine Milchprodukte verwandt.

Viertens. Die Discounter legen schon lange fiktive Preise fest. Gerade Milchprodukte sind doch die sogenannten Lockvogelangebote. Diese Preise haben schon lange nichts mehr mit Angebot und Nachfrage zu tun. In Deutschland haben wir die geringste Marge beim Verdienst der Discounter, und wir geben innerhalb Europas auch am wenigsten Geld für unsere Lebensmittel aus.

Deswegen auch hier der Appell – die Finanzkrise zeigt es –, das Motto „Geiz ist geil!“ wird uns nicht weiterhelfen. Der Lebensmittelhandel muss sich der gesellschaftlichen Verantwortung stellen und sich dieser Verantwortung auch bewusst sein. Er muss auch dazu beitragen, zu einer fairen Milcherzeugung zu kommen.

Einige gute Beispiele haben wir: Tegut hat einen Fonds aufgelegt, nimmt 7 Cent mehr pro Liter und speist daraus den Fonds „Faire Projekte in der Landwirtschaft“. Edeka hat die Aktion „Ein Herz für Erzeuger“ gestartet. Die Upländer Molkerei hat einen Basispreis eingeführt. Sie geht von einer gewissen Milchmenge aus, und wer überliefert, muss Bußgelder zahlen.

Also: Das ist nicht zum Nulltarif zu bekommen. Wir haben einen hohen Qualitätsstandard, und deswegen muss der ruinöse Preiskampf ein Ende haben. Das kann auch nicht auf dem Rücken der heimischen Milcherzeuger ausgetragen werden. Deswegen muss man von der politischen Seite schauen, was wir brauchen, um kartellrechtlich zu anderen Instrumenten zu kommen.

Zu Ihrem Antrag:

Erstens. Hilfen zur Liquiditätserhaltung sind richtig. Einem Betrieb – ich schilderte es eben –, der jeden Monat 2.500 € Miese macht, muss, da er mit dem Rücken an der Wand steht, geholfen werden. Langfristig gesehen, braucht man andere Mittel und Möglichkeiten, um den Milchbauern zu helfen.

Zweitens: Eindeutige Kennzeichnung von Milchersatzstoffen, ESL-Milch. Sie sind Verbraucherschutzminister, Herr Uhlenberg. Sehen Sie zu, eine klare Deklaration zu erreichen! Ich möchte als Verbraucherin wissen, was ich esse und was ich kaufe.

Drittens. Ihr Programm „Lust auf Milch“ ist gut und schön, aber nicht ausreichend. Das gilt auch für die

Erschließung neuer Märkte. Wir brauchen eher eine regionale Vermarktung von Qualitätsprodukten statt die Erschließung neuer Märkte, vor allen Dingen im Ausland. Da bin ich skeptisch.

(Beifall von der SPD)

Vor allem lehnen wir Exportsubventionen ab, die dazu führen, dass in Afrika die kleinbäuerlichen Strukturen kaputtgemacht werden. Das sind Instrumente von vorgestern.

Für uns ist klar: Im Einzelnen sind ihre Forderungen nachvollziehbar. Es braucht aber deutlich andere Instrumente, die weitergehen. Das sind Dinge, die in Brüssel mit der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik erfolgen. Dazu werden wir hier gleich die nächste Runde drehen. Wir werden sehen, was wir in diesem Bereich für Weichenstellungen brauchen, damit unseren Milchbauern und Milchbäuerinnen langfristig geholfen wird. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Watermann-Krass. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Remmel.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei diesem Thema wäre ein breiter Konsens hier im Parlament erforderlich, weil die Bäuerinnen und Bauern in einer wirklich schwierigen Situation sind. Keiner stellt sich von sich aus vors Kanzleramt, protestiert und tritt in den Hungerstreik. Im letzten Jahr ist im wahrsten Sinne des Wortes Milch vergossen worden. Das macht keiner freiwillig, wenn ihm nicht das Wasser bis zum Hals – oder sogar noch ein Stück höher – steht. Insofern wäre das ein Thema, das den Konsens der Fraktionen im Landtag erforderte. Wir versuchen schon seit über einem Jahr, ihn herzustellen. Aber das, was Sie heute mit Ihrem Antrag vorlegen, ist – Herr Wirtz hat von einer Schande am Milchmarkt gesprochen – auch eine Schande.

(Beifall von den GRÜNEN)

Er kann nicht die Grundlage für eine gemeinsame Initiative im Landtag sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist keine einzige Maßnahme enthalten, die den Bäuerinnen und Bauern eine wirkliche Perspektive eröffnet.

Die Liquiditätshilfen sind gut und schön, aber sie eröffnen keine Perspektive, sondern sie ermöglichen eine Zwischenlösung, eine Zwischenfinanzierung. Und durch die Kampagne – so what? Do it! – „Kennzeichnung machen“ wird der Milchmarkt in keiner Weise neu geregelt,

(Beifall von den GRÜNEN)

und es ist auch keine Initiative, um wirklich eine dauerhafte Perspektive zu gewährleisten.

Sie haben von einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gesprochen. Ja, hier gibt es eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Jetzt sind wir wieder bei dem Thema von gestern: Marktgestaltung, sozial, ökologisch, nachhaltig. Herr Ellerbrock hat gestern sogar genickt, dass das auch für die FDP Kriterien sind.

(Holger Ellerbrock [FDP] nickt wieder.)

Aber wenn man einen Markt sozial gestaltet, ist es eben nicht sozial, wenn ein Bauer, eine Bäuerin sich von seiner bzw. ihrer Hände Arbeit nicht ernähren kann. Das ist nicht sozial.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist auch nicht ökologisch, wenn wir Hochleistungskühe haben, die in fünf bis sechs Jahren zu Tode gemolken werden und die sich von Futtermitteln ernähren, die Menschen an einer anderen Stelle der Erde für ihre Ernährung brauchen. Ihnen wird damit ihre Nahrung genommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist nicht ökologisch.

(Widerspruch von Reinhold Sendker [CDU])

Es ist schon gar nicht nachhaltig, Herr Sendker, wenn wir mit unseren Exportsubventionen Märkte in der Dritten Welt kaputtmachen

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

und gleichzeitig unsere eigenen Strukturen zerstören. Das ist auch nicht nachhaltig. Deshalb braucht es an dieser Stelle Marktregulierungen, die sozial, ökologisch und nachhaltig sind.

Dies sage ich an Ihre Adresse, aber insbesondere an die Adresse der CDU, so, wie Sie sich hier in den letzten Wochen und Monaten – im Übrigen auch der Minister – verhalten haben. Wer nicht kämpft, der hat schon verloren. Aber Sie stehen in dieser Frage nicht an der Seite der Bauern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dass es etwas bewirkt, zeigen die letzten Wochen und Tage. Zum ersten Mal habe ich gehört, dass sich Frau Aigner auch in Brüssel, was bisher immer abgestritten worden ist, dafür einsetzen will, dass es eine Mengenbegrenzung gibt. Offensichtlich gibt es solche Töne auch in der Koalition. Das ist eine Strategie, die wir voll unterstützen. Es muss eine Mengenbegrenzung geben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Instrument liegt auf dem Tisch. Die Bauern selber haben gesagt, sie wollten gerne eine Selbstorganisation. Sie wollen gar keine finanzielle Unterstützung, sondern sie wollen eine Selbstorganisation, die eine Mengensteuerung in ihren Händen

ermöglicht, Stichwort: kanadisches Vorbild. Dies halte ich für einen guten Vorschlag. Wenn die Bundesregierung diesen Weg mitgehen will, dann verdient sie unser aller Unterstützung. Aber bitte nicht mit einem solchen Antrag!

(Beifall von den GRÜNEN)

Eines noch am Rande: Der Hinweis auf die Agrardieselsteuer ist nun in der Tat Nebelwerferei sowohl vom Bauernverband als auch von der CDU. Keinem einzigen Milchbauern, jedenfalls nicht in Nordrhein-Westfalen, wird mit dem Weg, die Agrardieselsteuer zu erlassen, in irgendeiner Weise eine Perspektive eröffnet. Das ist eine zusätzliche Subvention gerade für die großen Ackerbauern, aber nicht in Nordrhein-Westfalen, eher in Ostdeutschland. Das kann man an den Zahlen herauf- und herunterdeklinieren. Die 350 €, die es im Jahr zusätzlich geben wird, werden keinem Milchbauern in irgendeiner Weise über die Hürde helfen.

**(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)**

Sie haben davon gesprochen, dass die Discounter böse seien und sich wie die Banker verhielten. – Es ist, glaube ich, nicht der Discounter als solcher, sondern es sind die Möglichkeiten, die man diesem Discounter dadurch eröffnet, dass es diese überbordende Milchmenge am Markt gibt. Deshalb muss man an dieser Stelle den Markt regulieren, um eben genau diese Praktiken nicht zu ermöglichen. Es ist in der Tat Spekulation von einigen Großen am Markt, die hier zusammen mit den Discountern regulieren. Dies darf nicht sein. Gesamtgesellschaftlich muss reguliert werden, und deshalb ist auch ein staatlicher Eingriff nötig; am besten wäre es, wenn er vonseiten der EU käme.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich halte den Antrag, den die Koalitionsfraktionen heute eingebracht haben, in der Tat für keine Problemlösung. Er verschärft in Teilen eher das Problem. Es wäre für die Sache gut, zumal sich die Dinge schon viel weiterentwickelt haben, wenn Sie Ihren Antrag zurückzögen und wir einen gemeinsamen Neuanfang starteten. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. – Für die Landesregierung erhält der Landwirtschaftsminister, Herr Uhlenberg, das Wort.

(Zuruf)

– Ein Glas Milch wäre ja jetzt besser. Aber auf die Idee ist niemand gekommen.

(Widerspruch von Holger Ellerbrock [FDP])

**Eckhard Uhlenberg,** Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ich schlage vor, Herr Präsident, wir holen das gleich in der Kantine nach.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Ja, das können wir tun. – Bitte, Sie haben das Wort.

**Eckhard Uhlenberg,** Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung nimmt die wirtschaftlich schwierige Lage vieler Milchviehbetriebe durch die aktuellen Preiseinbrüche sehr ernst. Im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise ist der weltweite Absatz von Milch und Milchprodukten in zuvor nicht gekannten Größenordnungen eingebrochen. Unseren Milchviehbetrieben muss jetzt schnell geholfen werden. Dies tut die Landesregierung.

In der politischen Diskussion mangelt es nicht an Vorschlägen; allerdings müssen sie hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und ihrer Umsetzungsmöglichkeiten sehr genau betrachtet werden. Wer es mit der Hilfe für unsere Milchbauern ernst meint, muss folgende Hintergründe berücksichtigen – da nützen keine ideologischen Reden, sondern da geht es immer wieder auch um Fakten –:

Dazu gehört die Beschlusslage. Die Mehrheitsverhältnisse in der Europäischen Union der 27 lassen keine Rückkehr zu einer restriktiven Mengensteuerung zu. Dies hat Bundesministerin Aigner bei ihrem letzten Besuch in Brüssel im März dieses Jahres deutlich zu spüren bekommen.

Auch im Bundesrat haben sich die Länder mit großer Mehrheit gegen einseitig mengenreduzierende Maßnahmen ausgesprochen, um unsere Milcherzeuger vor zusätzlichen Kosten und dem Verlust von Marktanteilen zu bewahren. Dazu gehören, wenn ich dies einmal sagen darf, auch die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Rheinland-Pfalz mit einem SPD-Landwirtschaftsminister. Von den Grünen gibt es hierzu überhaupt keine Initiative, weder von Hamburg noch von Bremen.

Dazu gehört auch, meine Damen und Herren: Ein Quotensystem kann auf einem offenen Markt nicht funktionieren. Wir haben heute keine nationalen Grenzen mehr.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

– Es gibt keine nationalen Grenzen. Lassen Sie mich einige Zahlen dazu nennen: Bereits heute gehen über 40 % unserer Milchproduktion in den Export. Der Importanteil beträgt bei uns in Deutschland 35 %. In der Europäischen Union wird die Quote bereits jetzt um 4 % unterliefert.

Vor diesem Hintergrund haben die Fraktionen von CDU und FDP richtige Vorschläge unterbreitet, die

ich voll und ganz unterstütze und die ich in einem umfassenden Hilfsprogramm für unsere Milcherzeuger bereits weitgehend umgesetzt habe.

Meine Damen und Herren, bei unserem Programm für den ländlichen Raum – dies ist jetzt im Rahmen des Health Check erneuert worden – haben wir die Milcherzeuger und die Grünlandregionen in den Mittelpunkt gestellt.

Ich erinnere: Investitionsförderung in Höhe von 23 Millionen €

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Das ist für Milchviehbetriebe, meine Damen und Herren. Ein Milchviehbetrieb hat nur dann auch in Nordrhein-Westfalen eine Perspektive, wenn es ein moderner Betrieb ist, wenn es auch Arbeitserleichterungen gibt. Sie müssen zumindest ansatzweise einmal an die Bäuerinnen und Bauern denken, Herr Abgeordneter Remmel, Sie müssen Ihre Ideologie einmal etwas zurückhalten.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Gerade bei dem Thema Investitionsförderung geht es doch darum, den Bäuerinnen und Bauern auf den Höfen das Leben etwas leichter zu machen. Lassen Sie doch Ihre Ideologie zu Hause und denken Sie einmal an das Schicksal der Bäuerinnen und Bauern in Nordrhein-Westfalen, wenigstens einmal für fünf Minuten.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von Johannes Remmel [GRÜNE])

– Ich weiß, Herr Abgeordneter Remmel, dass Sie das Schicksal der Bäuerinnen und Bauern völlig ausgeblendet haben. Aber Sie sollten im Rahmen einer Agrardebatte einmal fünf Minuten lang daran denken und sich freuen, dass diese Mittel auf den Höfen gut angekommen sind.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage Ihres Kollegen Ortgies?

**Eckhard Uhlenberg,** Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ja, wenn es mir zeitlich nicht angerechnet wird.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Es wird auf Ihre Redezeit nicht angerechnet. – Herr Ortgies, Sie haben das Wort.

**Friedhelm Ortgies** (CDU): Herr Minister Uhlenberg, weil sich der Herr Remmel so aufregt, frage ich Sie, ob Sie ihm erklären könnten, dass die die Quotenregelung zurzeit noch gilt und wir trotz der Quotenregelung zu niedrige Preise haben. Es ist mir uner-

klärlich, wie er jetzt darauf kommt, dass sich das ändern wird.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Ihr habt doch die Quote erst einmal erhöht!)

**Eckhard Uhlenberg,** Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Wir haben die Quote überhaupt nicht erhöht, Herr Abgeordneter Remmel. Die Europäische Union hat die Quote erhöht. Deutschland hat dagegen gestimmt. Es hat zwei Länder gegeben, die dagegen gestimmt haben. Ihnen sind offensichtlich die minimalsten Zusammenhänge in den unteren Bereichen der Agrarpolitik nicht bekannt.

(Beifall von der CDU)

Wenn ich mir Ihren Auftritt von eben ansehe

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

und wenn Sie dann einen solchen Zwischenruf machen, dann müssten Sie doch wissen, dass Deutschland und Österreich gegen eine Erhöhung der Quote gestimmt haben.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Sie fordern doch den freien Milchmarkt!)

Wenn Sie das nicht wissen, Herr Abgeordneter Remmel, dann sollten Sie sich an solchen Debatten nicht beteiligen.

(Beifall von der CDU)

Vielleicht sollten Sie die Gelegenheit nutzen, über Pfingsten, wenn der Heilige Geist kommt, im Kreis Siegen-Wittgenstein einmal auf einen Bauernhof zu gehen. Unterhalten Sie sich doch mal mit den Bauern vor Ort! Sie bringen Ihnen dann einige Grundlagen der europäischen Agrarpolitik bei. Bei Ihnen sind die offensichtlich nicht vorhanden.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe die Zahlen gerade genannt. Herr Kollege Ortgies hat dankenswerterweise noch einmal darauf hingewiesen.

(Svenja Schulze [SPD]: Wer hat in der EU die Mehrheit?)

Vor diesem Hintergrund haben die Fraktionen von CDU und FDP diesen guten Antrag eingebracht.

Mit unserem Programm „Ländlicher Raum“ liegen wir jetzt auch genau richtig, um diesen Betrieben im Bereich der Investitionsmittel zu helfen. Das wird in Anspruch genommen. Mitte des letzten Jahres waren die Mittel schon weg. Die Bauern warten auf dieses Geld.

Es geht um die Ausgleichszulage für die benachteiligten Gebiete. Ich bin sehr froh, dass die Europäische Union die Abgrenzung der benachteiligten Gebiete bis zum Jahre 2013 zunächst einmal fort-

geführt hat. Das war auch die ganze Zeit nicht sicher.

Und es geht natürlich um das Thema Weidehaltungsprämie.

Damit haben wir bei der Verwendung der Mittel aus dem Health Check einen ganz klaren Schwerpunkt auf den Bereich Milchvieh in Nordrhein-Westfalen gelegt.

Meine Damen und Herren, vor 14 Tagen habe ich noch einmal alle Beteiligten zusammengeholt: die Milchbauern, den Rheinischen Landwirtschaftsverband, den Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverband, den BDM, die Molkereien. Wir haben sie alle an einen Tisch geholt in Nordrhein-Westfalen. Und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es hilft, wenn wir im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Landesebene Gebühren senken – 15 % bei der Milchleistungsprüfung – und wenn auch die Zinsen für die Liquiditätshilfedarlehen gesenkt werden. Wenn ein Landwirt jetzt umschulden will, weil er in eine schwierige Situation gekommen ist, meine Damen und Herren, dann zahlt er nur noch 0,9 % Zinsen.

Ich glaube, das ist ein gutes Angebot. Das ist doch etwas Konkretes. Es hilft doch den Bäuerinnen und Bauern auf den Höfen mehr, wenn wir ihnen durch konkrete Leistungen in einer schwierigen Situation helfen, als wenn man ideologische Reden hält und ideologische Forderungen aufstellt.

(Beifall von der CDU)

Das wird auch von den Bauern gut angenommen werden.

Ich darf ferner an unser gutes Programm zum Schulmilchabsatz in Nordrhein-Westfalen erinnern: Über 9 Millionen € werden in Nordrhein-Westfalen mit Unterstützung des Bundes ausgegeben. So etwas gibt es in keinem anderen Bundesland. Wir stellen fest: Wenn Milch in den Schulen zu einem guten Preis angeboten wird, dann wird Milch auch wieder getrunken.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Minister, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Eckhard Uhlenberg,** Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ja. – Wir haben ein umfassendes Programm auf den Weg gebracht.

Ich möchte nur noch den Punkt Agrardiesel aufgreifen. – Es reicht nicht aus, meine Damen und Herren von der damaligen rot-grünen Regierung, dass sie zunächst die Bauern in eine ganz schwierige Situation gebracht haben, dass Sie die Steuern für den Agrardiesel angehoben haben. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen ist dadurch verschlechtert

worden. Bei uns müssen die Bauern mehr für den Agrardiesel bezahlen als in den Niederlanden und in Frankreich.

(Svenja Schulze [SPD]: Deshalb ist die Exportquote so hoch!)

Das war doch auch ideologisch bedingt.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Minister!

**Eckhard Uhlenberg,** Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Wenn ich das eben noch sagen darf.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Bitte, ja.

**Eckhard Uhlenberg,** Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Das, was in den letzten Tagen gegen den Willen der SPD und sowieso gegen den Willen der Grünen beschlossen worden ist, macht für einen Grundlandbetrieb 1.000 € aus. Da können Sie sagen, das sei nicht viel Geld. Aber 1.000 € mehr für Agrardiesel oder nicht, das ist natürlich für einen Bauern viel Geld.

(Beifall von der CDU)

Sie machen tolle Papiere. Aber jedes Mal, wenn es konkret wird, wenn es darum geht, die Situation unserer bäuerlichen Familienbetriebe in Nordrhein-Westfalen zu verbessern, verstecken Sie sich und sagen: Das ist falsch ausgegebenes Geld.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist Nebelkerzenwerfen!)

Nein, meine Damen und Herren, die Bäuerinnen und Bauern in Nordrhein-Westfalen vertrauen diesem Minister, sie vertrauen dieser Landesregierung. Wir sind auf einem guten Weg. Wir setzen diesen Weg nachhaltig fort, auch in den nächsten Jahren, über das Jahr 2010 hinaus.

Der Agrarstandort Nordrhein-Westfalen ist seit dem Jahre 2005 gestärkt worden. Die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist auf einem guten Weg. Die Bäuerinnen und Bauern können sich auf diese Landesregierung verlassen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, das waren sehr engagierte Beiträge. Sie alle haben die Redezeit kräftig überzogen. Also will ich auch dem Minister nachsehen, dass er kräftig überzogen hat.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Beratung und stimmen ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 14/9257** an den **Ausschuss für Umwelt und Na-**

**turschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.** Die abschließende Beratung und Abstimmung wird in diesem Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

## **6 Liste der EU-Agrarsubventionen sofort veröffentlichen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/9079

In Verbindung mit:

### **EU-Recht 1:1 umsetzen – Agrar-Subventionen veröffentlichen**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/9068

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende SPD-Fraktion Frau Watermann-Krass das Wort. Bitte schön.

**Annette Watermann-Krass (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Transparenz-Initiative ist ein Thema, das wir auch hier an dieser Stelle schon häufig im Landtag diskutiert haben. Es ging immer um die Vergabe der Agrarsubventionen. Wir haben immer eingefordert, dass in dem Bereich endlich Transparenz herrscht, damit man sieht, wo das ganze Geld bleibt.

Im Sommer 2007 gab es Verwaltungsgerichtsurteile, die uns in NRW die Möglichkeit gaben, die ersten Zahlen für NRW zu erfahren. Das war auch ganz aufschlussreich. Im Herbst 2007 ist dann auf der EU-Ministerkonferenz beschlossen worden, die Zahlen ab 2009 der Öffentlichkeit in regelmäßigen Zeitabständen zur Verfügung zu stellen. So weit sind wir jetzt vorangekommen. Deswegen auch jetzt dieser Antrag, weil bis April nicht veröffentlicht worden ist und wir das einfordern.

In der bisherigen Debatte haben wir aber immer auch gerade von Ihnen, meine Damen und Herren der CDU und FDP, erlebt, dass Sie, wenn möglich, immer versucht haben, diese geforderte Transparenz zu verhindern.

(Svenja Schulze [SPD]: Genau!)

Nach unserem Eindruck befürchten Sie, dass damit das System der Agrarzahlen insgesamt auf den Prüfstand kommt.

Mit unserem Antrag fordern wir vor allem unseren Minister auf, die Transparenz-Initiative ganz aktiv zu unterstützen und nicht immer neue Bedenken bezüglich des Datenschutzes vorzuschieben. Legen Sie jetzt alle Zahlen auf den Tisch, alle Zahlen, die die Agrarsubvention für Nordrhein-Westfalen offenlegen, und – das fordern wir auch in unserem Antrag – legen Sie uns einen Bericht vor, aus dem erkennbar wird, welche Auswirkungen diese Subventionen auf diese Struktur im Land hat, auf unsere Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von der SPD)

Im letzten Jahr sind für Deutschland insgesamt 6 Milliarden € EU-Mittel für Direktzahlungen und Marktordnungen geflossen. Davon bekommt Nordrhein-Westfalen 525 Millionen €.

Anhand der bislang bekannten Zahlen wird klar: In Nordrhein-Westfalen erhalten nach wie vor 14 % der landwirtschaftlichen Betriebe mehr als die Hälfte aller EU-Direktzahlungen. 68 Großbetriebe – wir kennen die: RWE, die Molkerei Campina sowie andere Molkereien und andere Betriebe – bekommen jeweils mehr als 100.000 € überwiesen.

Bei mir im Kreis Warendorf – ganz interessant – sind es die Molkerei Humana und ein bekannter Futtermittelhersteller, denen die höchsten Direktzahlungen zufließen. Milchbauern, die derzeit um ihre Existenz kämpfen, dürften wohl nur sehr schwer verstehen, was da abläuft.

(Beifall von der SPD)

Klar wird auch: Dieses System fördert nach wie vor in unverhältnismäßigem Maße die großen und vor allen Dingen die Industrieunternehmen, die dies zum Teil auch noch nutzen, um Arbeitsplätze an anderer Stelle abzubauen, und lässt die kleinen und mittleren Betriebe im Regen stehen.

(Svenja Schulze [SPD]: Genau!)

Wir wissen, in Nordrhein-Westfalen stellen kleine und mittlere Betriebe den überwiegenden Teil der Unternehmen.

Darüber hinaus bezweifeln immer mehr Experten, dass die eingesetzten Mittel ein Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen sind, dem Erhalt von kleinbäuerlichen Betrieben dienen und gleichzeitig einen Beitrag zum Erhalt und Schutz der Umwelt leisten.

Mit Recht fordern unsere Landwirte, dass die Agrarpolitik – und damit auch ihre Existenzgrundlage – und die Politik für die ländlichen Räume kalkulierbar sind. Planungssicherheit erreichen wir aber nicht, indem Probleme und absehbare Entwicklungen geleugnet werden, sondern indem wir rechtzeitig darauf reagieren.

Eine Debatte über das Thema „Keine Modulation von der ersten in die zweite Säule“ wurde nicht zugelassen. Meine Damen und Herren von der CDU

und der FDP in diesem Hause, das haben wir bei Ihnen häufig miterleben dürfen.

Die Mittel, die Herr Uhlenberg hier eben schon abfeuerte – die 5,6 Millionen € für Nordrhein-Westfalen –, die jetzt gezwungenermaßen aus der Modulation gekommen sind und auch für das Land Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehen, werden dank der Modulation genutzt, um auch den Milchfonds zu speisen. Aber es müssen natürlich auch andere Projekte berücksichtigt werden – Breitband und auch Hochwasserschutz, Wasserrahmenrichtlinie.

Meine Damen und Herren, diese Politik ist vor dem Steuerzahler nicht mehr vertretbar. Das System der EU-Agrarpolitik hat versagt. Die aktuelle Krise am Milchmarkt zeigt zudem, dass das bestehende Subventionssystem in Krisenzeiten unseren Landwirten – das sind zurzeit die Milchviehbetriebe – keine Hilfe bieten kann.

Unser Ziel ist es – deswegen muss man das auch klar definieren; das muss doch sein –, eine EU-Agrarpolitik im Sinne einer wettbewerbsfähigen, einer nachhaltigen, einer sozialen, einer multifunktionalen und auch einer flächendeckenden Landwirtschaft zu entwickeln. Das sind unsere Ziele.

Die Landesregierung muss endlich aufwachen und für eine zukunftsfähige Agrarpolitik Verantwortung übernehmen. Man kann nicht, wie Sie, sagen: Unsere Bauern stehen hinter mir. – Reden Sie einmal mit den Milchviehhaltern. Die sind von Ihrer CDU mehr als enttäuscht.

(Beifall von der SPD)

Nutzen Sie die Transparenz bei der Agrarsubvention. Werten Sie die Erkenntnisse aus diesem Subventionsbericht aus, indem Sie uns einen Bericht vorlegen. Das fordern wir.

Nicht nur uns, die Opposition, interessiert es, ob das Agrarsubventionssystem in NRW einen Beitrag zur Stärkung dieses Landes leistet, ob damit Arbeitsplätze geschaffen oder abgeschafft werden und ob damit wirklich der Schutz der Umwelt einhergeht oder genau das Gegenteil der Fall ist.

Nein, vor allem brauchen die Menschen in unserem Land – die Familien, die mit und von der Landwirtschaft leben – Perspektiven, und sie brauchen auch verlässliche Rahmenbedingungen. Deshalb bitte ich darum, den vorliegenden Anträgen – auch dem der Grünen – zuzustimmen. – Danke für Ihr Interesse.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Kollegin Watermann-Krass. – Für die Grünen spricht jetzt der Abgeordnete Rimmel.

**Johannes Rimmel (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat unseres Ministers Eckhard Uhlen-

berg vom 17. Mai 2009 in der Sendung „Westpol“ beginnen.

Dort führt Herr Uhlenberg nämlich wegweisend aus: Es hat in der letzten Zeit unterschiedliche Urteile von Oberverwaltungsgerichten in den Bundesländern gegeben. Das hat zu einer Verunsicherung geführt. Deswegen sind die Zahlen bisher nicht veröffentlicht worden. Aber ich bin der festen Auffassung, dass Bund und Länder hier auch eine gemeinsame Strategie brauchen und dass wir sie auch bis zum 15. Juni umsetzen werden.

Wenn es also nicht schon einen Eierkönig in Nordrhein-Westfalen gäbe, unser Minister wäre sicherlich der erste Anwärter auf eine solche Position.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein größeres Herumgeeiere in dieser Frage als in der letzten Zeit habe ich von Ihnen wirklich noch nicht gesehen.

Wir haben Ihnen dadurch, dass wir die Anträge schon zur letzten Plenarsitzung eingebracht, aber nicht darüber diskutiert haben, die Gelegenheit gegeben, deren Inhalt durch Ihr Regierungshandeln zu überholen. Wir hätten sie auch gerne heute zurückgezogen, gar keine Frage.

Es ist einfach der Vollzug von Recht, der an dieser Stelle zu leisten ist. Aber Sie vollziehen das Recht nicht. Übrigens gibt es in der Europäischen Union nur wenige Länder, die das nicht tun, und Nordrhein-Westfalen ist eben mit dabei – sehr zu unserem Bedauern.

Knapp 50 % des gesamten Haushalts der EU werden für Agrarsubventionen ausgegeben. Das sind fast 52 Milliarden €, von denen gut 7 Milliarden € nach Deutschland fließen. Egal, ob man das richtig oder falsch findet: Es ist Tatsache, dass der Agrarsektor der größte Subventionsempfänger in der Europäischen Union ist.

Deshalb sind wir – um dem Argument, es müssten die Namen aller Subventionsempfänger veröffentlicht werden, ein Stück vorzubeugen – selbstverständlich für eine vollständige Transparenz. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass die Öffentlichkeit ein Recht darauf hat, zu erfahren, wo, wofür und für welche Zwecke dieses Geld verwandt wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen also Transparenz, gerade weil wir in der Gesellschaft weiterhin die Bereitschaft benötigen, diese Mittel für die Landwirtschaft auszugeben. Deshalb brauchen wir Transparenz, und es ist – und muss es auch sein – im Sinne einer bäuerlichen Landwirtschaft, dass wir genau diese Transparenz herstellen.

Rechtlich ist die Sache aus unserer Sicht auch völlig klar. Aufgrund von politischem und gesellschaftlichem Druck hat die EU-Kommission 2006 eine entsprechende Verordnung erlassen, nach der die

Mitgliedstaaten diese Veröffentlichungen umzusetzen haben. Dieser Verordnung hat die Bundesregierung damals zugestimmt. Insofern ist es für uns völlig verwunderlich, dass jetzt eine solche, andere Position eingenommen wird.

18 EU-Staaten haben die Daten zum Teil schon seit Jahren veröffentlicht, zum Beispiel Großbritannien. Acht Staaten haben der Kommission zugesichert, dies in Kürze zu tun. Nur Deutschland hat den Länderministern nahegelegt, die Daten nicht zu veröffentlichen. Das erstaunt.

Es gibt verwaltungsgerichtliche Entscheidungen. So hat zum Beispiel das OVG Münster erst jüngst die Klagen dagegen abgewiesen. Auch das Thema Datenschutz ist durch die Stellungnahme der Datenschützer in diesem Land – des obersten Datenschützers schlechthin, Herrn Schaar – erledigt.

Warum also die fortgesetzte Intransparenz und Geheimniskrämerei bei den Agrarsubventionen? – Es gibt aus unserer Sicht eigentlich nur eine Erklärung: Die Lobby der industriellen Agrarwirtschaft und vor allem deren parlamentarischer Arm, die CDU, fürchten die Transparenz wie der Teufel das Weihwasser.

Denn dann würde nämlich eines deutlich: Es geht bei den Agrarsubventionen eben nicht vornehmlich um die bäuerlichen Familienbetriebe, die man immer so schön auf den Broschüren abbildet und die man in der Kommunikation nach draußen stellt. Es geht um den agroindustriellen Großkomplex, also um Großbetriebe.

(Friedhelm Ortgies [CDU]: Quatsch! Fragen Sie doch einmal die bäuerlichen Betriebe!)

– Selbstverständlich geht es darum. Es geht um genau diese Subventionen. Dabei geht es dann in die Richtung von Konzernen wie RWE, Lufthansa oder Bayer. Der Bayer Konzern bekommt Agrarsubventionen genauso wie Unilever und auch Nestlé. Diese Konzerne kassieren fleißig ab.

So wissen wir auch, dass RWE in Nordrhein-Westfalen inzwischen ganz oben auf der Liste der Subventionsempfänger steht. Es gibt aus unserer Sicht aber keine Begründung dafür, warum ein Energiekonzern, der an einer anderen Stelle Milliarden erwirtschaftet, Agrarsubventionen bekommt, nur weil er ein paar Äcker im Umfeld von Kraftwerken oder Tagebauen besitzt. Finden Sie, Herr Minister, das etwa richtig? Dazu hätten wir gerne eine Auskunft.

CDU und CSU haben völlig recht, Angst vor der Transparenz zu haben.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Habe ich nicht! – Minister Eckhard Uhlenberg: Wieso das denn?)

– Das sage ich Ihnen ganz klar: weil es das gesamte System der Agrarsubventionen, wie es jetzt funk-

tioniert, ins Wanken bringen wird, wenn es transparent und öffentlich würde. Dann würde nämlich das schöne Bild, das Sie immer von der Unterstützung der bäuerlichen Landwirtschaft zeichnen, zusammenbrechen und es würde klar, wohin ein Großteil der Agrarsubventionen fließen – jedenfalls nicht in die kleineren Strukturen in Nordrhein-Westfalen, sondern ganz woandershin.

Deshalb besteht auch politisch die Notwendigkeit, eine gesellschaftliche Debatte zur Neustrukturierung 2013 auf der Grundlage einer vollständigen Transparenz und Offenheit zu führen. Das ist die Chance für die Landwirtschaft und auch für die bäuerliche Landwirtschaft. Deshalb unser Credo: Transparenz nützt den Bäuerinnen und Bauern, Geheimniskrämerei schadet ihnen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Deshalb, Herr Uhlenberg, nutzen Sie die Gelegenheit. Stellen Sie die Listen ins Internet ein. Dann wären Sie in der Tat ein richtiger Bauernminister. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Kollege Remmel. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Ortgies.

**Friedhelm Ortgies (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wundere mich über diese Debatte, die von Ihnen mit zwei Anträgen sozusagen angezettelt wurde.

Ich wundere mich, denn draußen bricht die Welt zusammen. Die Wirtschaft bricht zusammen wie seit Menschengedenken nicht mehr, Menschen demonstrieren und kämpfen um ihre Arbeitsplätze, und wir diskutieren hier eine Stunde – eine Stunde ist ja vorgesehen –, ob Agrarsubventionen heute oder in drei Wochen ausgezahlt werden. Was soll der Quatsch?

(Svenja Schulze [SPD]: Nein, das stimmt doch nicht! Das haben Sie völlig falsch gelesen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie haben haarscharf am Thema vorbei diskutiert, Frau Watermann-Krass.

(Svenja Schulze [SPD]: Sie haben den Antrag nicht gelesen!)

Sie wollen schlichtweg über die Grundsätzlichkeit dieser Zahlungen diskutieren und nicht über die Transparenz. Sie wollen das gesamte System infrage stellen. Von daher ist das ein völlig überflüssiger Antrag.

Aber gestatten Sie mir noch eine paar Worte zur Vorgeschichte der Agrarausgleichszahlungen. Ich darf daran erinnern, dass es Anfang der 90er-Jahre

eine umfassende Agrarreform gab, bei der die marktordnungsgestützten Preise der Landwirte bei Getreide, bei Rindfleisch und auch bei Milch drastisch gesenkt wurden – um zum Teil über 50 %.

Damals hat man beschlossen, für diese drastischen Preissenkungen eine Ausgleichszahlung an die Landwirte zu leisten, damit überhaupt eine flächendeckende Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen und in Europa insgesamt möglich war. Das war die Grundlage.

Ich darf Sie daran erinnern, weil das in Ihren Anträgen immer mitschwingt, dass diese Ausgleichszahlungen schon damals umfassend an Umweltauflagen gekoppelt waren. Das waren die sogenannten Cross-Compliance-Richtlinien, die in all den Jahren ständig verschärft worden sind.

Herr Remmel, es ist natürlich eine Neiddiskussion, die Sie hier führen.

(Lachen bei der SPD Johannes – Remmel [GRÜNE]: Das ist Quatsch!)

Dass ein 100 ha-Betrieb mehr bekommt als ein 5 ha-Betrieb, weil die Zahlungen an Flächen gekoppelt sind, und dass ein 1.000 ha-Betrieb natürlich mehr bekommt als ein 100 ha-Betrieb, sollte sogar Ihnen klar sein und sollten sogar Sie ausrechnen können.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Der mit 2.000 ha sollte nichts mehr bekommen!)

Sie wollen an der Grundsätzlichkeit dieser Zahlungen rütteln.

Ich darf daran erinnern, dass wir schon damals Befürchtungen gehegt haben, ob Ausgleichszahlungen überhaupt lange durchzuhalten wären, weil Sie diese politische Diskussion dauernd wieder angezettelt haben.

Vor vier, fünf Jahren kam dann die Diskussion über eine umfassende Reform der europäischen Agrarpolitik, der sogenannte Health Check, bei dem die Zahlung von der Produktion abgekoppelt wurde, allerdings immer noch an die Flächen gebunden ist.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Kollege Ortgies, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Watermann-Krass?

**Friedhelm Ortgies** (CDU): Ja, gut.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Bitte schön.

**Annette Watermann-Krass** (SPD): Danke, Herr Ortgies. – Ich habe eine Nachfrage zu Ihren Ausführungen. Der Minister hat vorhin dargestellt, dass er jetzt den Milchfonds bedienen kann. Ist Ihnen klar, woraus dieser gespeist wird, dass das Geld aus

Modulationsmitteln kommt, dass Sie das Geld abgelehnt und bedauert haben, dass es daraus genommen wird?

(Minister Eckhard Uhlenberg: Das habe ich gar nicht gesagt! Ich habe kein Wort zum Milchfonds gesagt!)

**Friedhelm Ortgies** (CDU): Ich darf noch einmal sagen, dass ein gewisser Teil der Ausgleichszahlungen in die sogenannte zweite Säule fließt.

(Annette Watermann-Krass [SPD]: Aber das wollten Sie nicht!)

Das haben wir unterstützt. Aber Sie wollen, dass praktisch 100 % in diese zweite Säule fließen.

(Zuruf von der SPD)

– Dazu komme ich gleich. – Das wollen wir eben nicht. Wir möchten, dass das Geld direkt bei den Landwirten ankommt und nicht vorher verwaltet wird. Ich weiß nicht, was diese Frage soll.

Jetzt komme ich zu Ihrem Antrag.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Jetzt wird es spannend!)

Wir haben nichts gegen Transparenz.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

– Nein, haben wir nicht. Ich habe auch persönlich nichts dagegen. Jeder soll bei mir nachlesen, was ich in meinem Betrieb an Ausgleichszahlungen bekomme. Darum geht es nicht.

Ich darf daran erinnern, dass in Deutschland jährlich 145 Milliarden € an Subventionen gezahlt werden, über alle Wirtschaftsbereiche hinweg verteilt. Die Agrarsubventionen machen nur einen Bruchteil davon aus. Wenn Sie Transparenz fordern, frage ich mich, warum Sie das nicht für alle fordern.

(Annette Watermann-Krass [SPD]: Sicher! – Svenja Schulze [SPD]: Das machen wir!)

Warum fordern Sie das nur für eine bestimmte Branche, für die Agrarbranche?

(Svenja Schulze [SPD]: Das machen wir!)

Bei mir kann in drei oder vier Wochen jeder anklicken, wie viel Ortgies bekommt, wie viel Kemper, wie viel ein Agrarbetrieb in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern oder Rheinbraun bekommt oder was Sie alles aufgezählt haben. Das kann jeder anklicken. Damit habe ich überhaupt kein Problem. Aber warum kann ich denn nicht anklicken, wie viel Uhlenberg für sein Windrad bekommt, wie viel Remmel – ich weiß nicht, ob Sie eine haben – für seine Solaranlage bekommt, wie viel Lieschen Müller an Eigenheimzulage bekommt oder wie viel Plasberg oder Illner – die sind ja auch durch öffentliche Zwangsgebühren alimentiert – bekommen?

(Svenja Schulze [SPD]: Genau! Sehr gut! Genau das wollen wir!)

Das will ich auch anklicken können. Warum kann ich das nicht?

(Svenja Schulze [SPD]: Genau das fordern wir!)

Sie möchten den gläsernen Menschen, aber fordern nur den gläsernen Landwirt.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Quatsch!)

Also würde ich Sie bitten, alle gleich zu behandeln und nicht nur den gläsernen Bauern zu fordern.

(Svenja Schulze [SPD]: Es wäre schön, wenn Sie unsere Anträge mal lesen würden!)

Dann frage ich: Wann kommt Ihr Antrag auf Transparenz, sodass jeder sozusagen die Hosen herunterlassen muss?

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist ein bisschen geschmacklos!)

Meine Damen und Herren, Ihnen geht es nicht um die Transparenz an sich, es geht Ihnen um eine Neiddiskussion, weil Sie ewig die Höchstzahlung, die jeder hier bekommt, propagieren, und es geht Ihnen um ein grundsätzliches Infragestellen des Systems der Direktzahlung. Wir möchten, dass auch in Zukunft ein Großteil der Mittel direkt zu den Landwirten fließt, und zwar direkt auf die Höfe – denn dort wird direkt weiterinvestiert –, und nicht, dass ein Großteil, wie Sie das gerne möchten, Frau Watermann-Krass – möglichst 100% –, in die zweite Säule fließt, was dann verwaltet wird und noch einmal verwaltet wird, beantragt und irgendwann ausgezahlt wird. Viele Menschen sind damit beschäftigt. Und dann vor allen Dingen so ausgezahlt wird, wie es gerade in das politische Bild der jeweiligen Regierenden passt. Also viele Spielwiesen bedienen. Wir möchten, dass das Geld in den Betrieben bleibt. Wir sind für Transparenz.

Zum Schluss noch einmal: Ihr heutiger Antrag ist Schnee von gestern, da er in 14 Tagen schon überholt ist, weil sich die Landesregierung aufgrund des Gerichtsurteils – das wird der Minister gleich sicherlich ausführen – an die Vorgaben hält und halten muss. Deswegen lehnen wir ihn ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Ortgies. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Ellerbrock.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Friedhelm Ortgies hat in seiner Grundsatzfrage offensichtlich recht,

(Wolfram Kuschke [SPD]: Das war eine Grundsatzrede!)

indem er darstellt, dass wir mithilfe dieser Anträge der Fraktionen von SPD und Grünen doch keine Transparenzdiskussion führen sollen. Hintergründig soll hier eine Diskussion über die EU-Agrarpolitik geführt werden. Das steckt dahinter. Für den Fall muss ich sagen, dass die Oppositionsfraktionen prima gehandelt haben. Das Recht zur Initiative hat derjenige, der sie ergreift, und Sie haben sich einen Weg gesucht, das hier einzubringen. Nur: Dazu ist es die falsche Zeit und der falsche Ort.

Letztendlich wollen Sie eine Umschichtungsdiskussion haben. Auch hier knüpfe ich an das an, was Friedhelm Ortgies eben ausgeführt hat: Den Koalitionsfraktionen geht es darum, dass man EU-Mittel nimmt, um sie zu steuern und damit dem Landwirt vor Ort ganz konkret zu helfen. Das ist die eine Sache. Sie vertreten ein anderes Modell. Ihr Modell zielt darauf ab, dass nicht der einzelne Landwirt gefördert werden soll, sondern dass diese EU-Mittel genutzt werden sollen, um Ihre gesellschaftspolitischen und auch gesellschaftswirtschaftlichen Vorstellungen umzusetzen. Das ist etwas ganz anderes. Darum geht es im Endeffekt, darum geht es bei dem ganzen Konflikt.

Und worum geht es noch? – Es geht um Transparenz. Die EU möchte mehr Transparenz. Auf der Bundesebene gab es da Schwierigkeiten. Die Bundesebene hat den Ländern bedeutet, zurückhaltend zu sein. Jetzt sind die Entscheidungen gefallen: Es wird veröffentlicht – völlig klar, das wird so sein –, und somit sind die Anträge inhaltlich obsolet.

(Beifall von der FDP)

Jetzt muss man sich fragen, was damit passieren soll. Wenn ich Transparenz haben möchte, sodass jeder, der öffentliche Mittel bekommt, das offenlegen soll; das ist in Ordnung, dem kann ich mich durchaus annähern, wie ich es letztes Mal auch gesagt habe. Dann aber bitte alle und nicht ein einzelner Berufsstand, weil das nämlich wieder zu einer unheimlichen Neiddiskussion führen würde! Auch das muss man ganz klar sagen.

(Beifall von FDP und CDU – Svenja Schulze [SPD]: Das haben wir gefordert! Und das haben Sie doch abgelehnt!)

Dann würde ich auch gerne wissen, was für einen Subventionsbegriff wir da anlegen. Wenn wir den gläsernen Zahlungsempfänger bekommen, werden wir sicherlich sämtliche steuerlichen Vergünstigungen monetarisieren und auf die einzelne Person und auf den einzelnen Betrieb deutlich machen müssen. Dann muss man auch deutlich machen, in welche Organisationen, ob das nun Gewerkschaften, Kirchen usw. sind, welche öffentlichen Mittel hineinfließen, und das muss man möglichst treffgenau personifizieren.

Ich bin für so eine Transparenz. Dann machen wir das. Jeder Handwerker usw. soll das machen. Dann müssen wir nur fragen, wo wir denn aufhören. Jeder von uns führt einkommensteuermindernde Spenden ab. Ich bin sicher, das tut jeder von uns hier. Dann müssten wir, weil das letztendlich auch eine Gewährung einer minderen Steuerzahlung ist, das auch ins Internet stellen und veröffentlichen. Schweden hat das ja im weitesten Sinne. Ich frage nur: Wollen wir das?

Wenn wir uns solchen Gedanken nähern, müssen wir den Subventionsbegriff eng fassen, definieren. Darüber hinaus dürfen wir das nicht nur auf eine Berufsgruppe beziehen, weil ansonsten genau das passiert, was bereits meine Vorredner befürchtet haben, nämlich dass das zu einer unheimlichen Neiddiskussion führt. Aber man kann ja darüber nachdenken, es so zu machen.

Die Überschrift des Antrages von Bündnis 90/Die Grünen hört sich ja gut an. Wir freuen uns, wenn gefordert wird, das EU-Recht 1:1 umzusetzen. Das ist ein Bildungserfolg. Es freut mich, dass inhaltlich überzeugende Argumente jetzt auch bei Ihnen Platz greifen.

Die Überschrift des Punktes II des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lautet: „Nur Deutschland verweigert Transparenz“. Ja, das ist so gewesen. Das ist jetzt gerichtlich entschieden.

Doch jetzt fängt die Neiddiskussion schon an. Unter Punkt III steht: „RWE, Lufthansa, Bayer, Unilever u. a. erhalten Agrarsubventionen.“ Nach dem Gesellschaftsmodell von Grün und Rot dürfen Unternehmen ab einer bestimmten Größe, unter einer bestimmten Frauenquote in Führungspositionen, ab einer bestimmten Fläche – das ist was ganz Schlimmes –, also nach irgendwelchen Kriterien, keine Subventionen für die gleiche Leistung, die der Landwirt nebenan erbringt, erhalten. Damit habe ich Schwierigkeiten. Ich sage: Wir müssen die Kriterien definieren und die Gegebenheiten anhand dieser Kriterien abarbeiten. Ihre Auffassung kann ich nicht nachvollziehen.

Im vorletzten Absatz auf Seite 1 des Antrags der SPD-Fraktion wird letztendlich eine Philippika gegen Subventionen geritten. Ich wusste gar nicht, dass die Kollegen der SPD so nahe bei uns sind. Ich finde es hervorragend. Ich würde gerne mit Ihnen für ein marktwirtschaftliches System streiten, möglichst ohne Subventionen.

Weil ich weiß, dass mein verehrter Kollege Kuschke noch redet, möchte ich mir gerne noch zwei Minuten Redezeit übrig lassen. – Ich danke Ihnen deshalb zunächst für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Jetzt hat wieder Minister Uhlenberg das Wort.

**Eckhard Uhlenberg,** Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Dezember 2008 wurden in Deutschland erstmals Daten von Empfängern von EU-Agrarfördermitteln im Internet veröffentlicht. Alleine aus Nordrhein-Westfalen waren mehr als 30.000 Empfänger dabei, die im Jahre 2007 Fördermittel aus dem Fond zur Entwicklung der ländlichen Räume, also aus dem ELER-Programm, erhalten haben. Nach der Veröffentlichung gab es hierauf keine Reaktion, weder von den Betroffenen noch in der Öffentlichkeit.

Nach der EU-Transparenzrichtlinie mussten bis zum 30. April 2009 die Daten der Empfänger von EU-Agrarbeihilfen für das vorangegangene EU-Haushaltsjahr 2008 veröffentlicht werden. Hiervon betroffen waren nun erstmals auch die Daten von Empfängern der sogenannten Direktbeihilfe an landwirtschaftliche Unternehmen. In verschiedenen Bundesländern richteten sich Widerstände der Betroffenen gegen die Veröffentlichung ihrer Daten. Entsprechend wurden Widersprüche bzw. Eingaben bei den Zahlstellen eingereicht.

Das Verwaltungsgericht Wiesbaden hat sich am 27. Februar dieses Jahres an den Europäischen Gerichtshof gewandt, um die Rechtmäßigkeit der EU-Verordnungen, insbesondere die Vereinbarkeit mit den Datenschutzrechten der Betroffenen, überprüfen zu lassen. Es geht dabei auf der einen Seite um die Forderung nach mehr Transparenz für die Allgemeinheit und auf der anderen Seite um die Wahrung des Datenschutzes für die persönlich Betroffenen. Jeder wusste, dass die Frage möglichst schnell gerichtlich geklärt werden musste, um noch vor dem Veröffentlichungstermin am 30. April eine eindeutige rechtliche Bewertung zu haben. So wurde auch in Nordrhein-Westfalen wie in anderen Ländern der Verwaltungsrechtsweg beschritten. SPD und Grüne hier im Landtag haben sicher Verständnis dafür, zeren sie doch schließlich weit weniger strittige Sachverhalte vor das Gericht.

Die Beschlüsse des Verwaltungsgerichts waren leider nicht einheitlich, auch bei uns in Nordrhein-Westfalen nicht. Vor dem einen Verwaltungsgericht wurde der im Eilverfahren beantragte vorläufige Rechtsschutz gewährt, vor dem anderen wurde er wieder abgelehnt.

Um in dieser verworrenen Situation in der gebotenen Eile zu mehr Rechtsicherheit zu kommen, haben Landwirte in Nordrhein-Westfalen Beschwerden gegen die erstinstanzlichen Beschlüsse eingelegt und so erreicht, dass das Oberverwaltungsgericht in Münster die ersten obergerichtlichen Beschlüsse in Deutschland getroffen hat. Damit waren bei uns in Nordrhein-Westfalen als erstem Land klare rechtli-

che Verhältnisse geschaffen worden. Es steht deshalb außer Frage, dass alle Daten von Empfängern von EU-Agrarfördermitteln, die von der nordrhein-westfälischen Zahlstelle Geld erhalten, veröffentlicht werden.

Diese Auffassung wird übrigens auch von den beiden Landwirtschaftsverbänden geteilt. Wir haben die Daten der Empfänger der nordrhein-westfälischen EG-Zahlstelle bereits an den Bund weitergeleitet. In enger Abstimmung zwischen dem Bund und allen Ländern haben wir uns darauf verständigt, dass die endgültige Veröffentlichung nunmehr am 15. Juni 2009 erfolgen wird. Diese Verschiebung, verehrte Frau Abgeordnete Watermann-Krass – bitte schenken Sie mir jetzt Ihre geschätzte Aufmerksamkeit –,

(Annette Watermann-Krass [SPD]: Immer!)

haben wir mitgetragen, weil das sozialdemokratisch geführte Landwirtschaftsministerium in Mecklenburg-Vorpommern um die Gewährung eines Zeitaufschubs aus rechtlichen Gründen gebeten hat.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Denn in Mecklenburg-Vorpommern gibt es nämlich ein OVG-Urteil, das eine Veröffentlichung der Daten für nicht rechtens hält. Mein Kollege Till Backhaus will jetzt die Zeit bis Mitte Juni nutzen, um zu prüfen und abzustimmen, ob Mecklenburg-Vorpommern dennoch mit allen Ländern gemeinsam die Daten veröffentlichen kann.

Meine Damen und Herren, ich finde es erstaunlich, dass unsere Rücksichtnahme auf den SPD-Minister Backhaus im SPD-Antrag kritisiert wird. Bevor Sie solche Anträge stellen – dieser hat ja das gleiche Niveau wie der Antrag von eben –,

(Annette Watermann-Krass [SPD]: Sie können ja Vorreiter sein!)

hätten Sie sich besser mal bei Ihren Genossen in Schwerin schlau machen sollen.

(Beifall von der CDU)

Grüne und SPD fordern hier – das ist der zweite Punkt – einen nordrhein-westfälischen Alleingang und ein Ausscheren von der abgestimmten Linie zwischen Bund und Ländern. Kein Bundesland, auch keines mit der SPD oder mit den Grünen in der Regierung, hat die Daten im Alleingang veröffentlicht.

Ihre Forderung, Herr Abgeordneter Rimmel, wir sollten das im Alleingang machen, hätten Sie dann ja sehr schön mit Ihren Parteifreunden in Bremen und in Hamburg besprechen können. Auch dort, wo die Grünen ein Stück politische Verantwortung innerhalb einer Landesregierung haben, geschieht das nicht. Es geschieht nicht bei den Grünen in Hamburg und in Bremen, es geschieht aber auch nicht in den SPD-geführten Bundesländern. Von Mecklenburg-Vorpommern habe ich bereits gespro-

chen. Dann haben wir immer noch Brandenburg und Rheinland-Pfalz. Da geht man diesen Weg auch nicht. Das ist wohl eine fixe Idee der Oppositionsparteien im nordrhein-westfälischen Landtag, der darüber hinaus nicht ernst genommen werden kann.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen hat bereits alle Vorkehrungen getroffen, dass die Daten der Empfänger der nordrhein-westfälischen EG-Zahlstelle zu diesem Termin veröffentlicht werden können. Die Verzögerung von sechs Wochen hat Nordrhein-Westfalen nicht zu vertreten, wir sehen darin aber auch kein Drama. Denn die Europäische Kommission hat die deutsche Entscheidung, bald zu veröffentlichen, ausdrücklich begrüßt und auch signalisiert, auf ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland zu verzichten, soweit die Verzögerungen bei der Veröffentlichung allein auf die rechtliche Klärung in Deutschland zurückzuführen sind.

Ich fasse zusammen: Nordrhein-Westfalen hat sich nach den OVG-Beschlüssen aus Münster und der Nichtzulassung der Verfassungsbeschwerde bei den bundesweiten Beratungen immer für die Veröffentlichung ausgesprochen, aber im Interesse eines bundesweit einheitlichen Vorgehens die Daten bisher nur an den Bund gemeldet.

Der endgültige Veröffentlichungstermin wurde in der Bund-Länder-Abstimmung nun auf den 15. Juni gelegt. Die Daten von Nordrhein-Westfalen werden dann veröffentlicht. So klar und einfach ist dieser Sachverhalt, und so klar und einfach war damals auch mein Interview in „Westpol“. Daran hat sich inhaltlich überhaupt nichts geändert.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion startet über das Veröffentlichungsthema hinaus in ihrem Antrag einen Generalangriff auf die europäische Agrarpolitik. Es heißt in diesem Antrag, das System EU-Agrarpolitik habe versagt und sei vom Steuerzahler nicht mehr vertretbar. Die eingesetzten Mittel würden keinen Beitrag zur Erhaltung der kleineren Betriebe, der Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum und zum Erhalt und zum Schutz der Umwelt leisten.

Pauschal und völlig undifferenziert kritisieren Sie die Agrarpolitik, die in ihrer heutigen Ausgestaltung wesentlich auf die Agrarpolitik von Juli 2003 zurückzuführen ist. Dass Sie mit Ihrer Kritik erneut daneben liegen, können Sie in der Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion vom 26. Juni 2003 nachlesen.

(Svenja Schulze [SPD]: 26. Juni 2003? Das ist ja bereits sechs Jahre her!)

Der damalige stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Müller aus Nordrhein-Westfalen – er hat damals als stellvertretender Vor-

sitzender der SPD-Bundestagsfraktion bei der Agrarreform mitgewirkt –, hat damals das veröffentlicht, was Sie heute kritisiert haben.

(Annette Watermann-Krass [SPD]: 2003 zitieren Sie?)

Die Einigung über die Agrarreform ist ein Erfolg für Europa und ein großer Erfolg für Deutschland.

(Annette Watermann-Krass [SPD]: Lesen Sie doch mal die Pressemitteilungen!)

Wir haben hart für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik gekämpft, die den Anforderungen einer nachhaltigen Landwirtschaft und den Interessen der Verbraucher, einem sicheren und umweltverträglich produzierten Lebensmittel, Rechnung trägt. Wir haben für die Landwirtschaft in Deutschland und die Entwicklung des ländlichen Raums ein Fundament für ein neues Stück Zukunft gelegt.

Meine Damen und Herren, das war damals Müller; heute erklären Sie genau das Gegenteil. Sie kritisieren die Zahlungsmodalitäten bei uns in Nordrhein-Westfalen und wie das auf Bundesebene läuft. In den SPD-geführten Ländern verhält man sich aus Gründen der Rechtssicherheit genauso wie wir in Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, ich habe wirklich den Eindruck, Ihnen gehen die Themen aus. Sie haben inhaltlich nichts mehr zu bieten. Deswegen führen wir hier solche Debatten. Sie tun dem ländlichen Raum keinen Gefallen, auch nicht den landwirtschaftlichen Betrieben, wenn Sie pauschal alles hinterfragen, eine Neiddiskussion initiieren

(Svenja Schulze [SPD]: Das ist doch eine Unterstellung!)

und dann noch mit falschen Fakten und Zahlen diese Veröffentlichungsdiskussion führen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich stelle fest: Die SPD-Fraktion geht hier irgendeinen Sonderweg, den keine SPD-Landtagsfraktion in Deutschland geht, von Agrarministern auf Bundesebene ganz zu schweigen. Es ist schon etwas Besonderes. Sie haben die Realität zum Thema Landwirtschaft und ländlicher Raum völlig verloren.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abgeordneter Kuschke das Wort.

**Wolfram Kuschke (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Ortgies, körperlich waren Sie anwesend, als ich den Beginn Ihres Redebeitrags gehört habe, aber darüber hinaus hatte ich nicht das Gefühl. Denn Ihre Rede ging erheblich an der Sache vorbei. Herr Minister Uhlenberg, Ihre

vermeintliche Schneidigkeit täuscht nicht darüber hinweg, dass Sie hier mit Halbwahrheiten gearbeitet haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie hier das anstehende Urteil beim OVG Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern erwähnen, dann müssen Sie auch die noch ausstehende Entscheidung des OVG in Schleswig erwähnen. Sie wissen genau, wer in Schleswig-Holstein Landwirtschaftsminister ist und welcher Partei er angehört. Wenn schon, dann die komplette Wahrheit.

(Zuruf von Minister Eckhard Uhlenberg)

– Dann geben Sie nicht solche Halbwahrheiten von sich.

Der nächste Punkt. Ich habe vorhin danach geschaut, ob Kollege Romberg im Raum ist und uns mit seiner beruflichen Kompetenz helfen kann.

(Lachen von Annette Watermann-Krass und Svenja Schulze [SPD])

Wenn bei jeder dieser Debatten von einer Neiddebatte gesprochen wird,

(Zuruf von der CDU: Was denn sonst?)

dann müssen Sie sich fragen lassen, ob Sie möglicherweise so etwas wie eine parlamentarische Neidhampelpsychose auf den Weg bringen wollen. Dahinter steckt doch die Angst, dass irgendetwas, was verborgen werden soll, nicht zutage tritt. Anders kann man sich das nicht erklären.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Minister Eckhard Uhlenberg)

– Nein, Herr Minister Uhlenberg, ich nehme den Kollegen Ellerbrock doch immer ernst. Wir werden Ihnen – Bündnis 90/Die Grünen macht hoffentlich mit – in diesem Hohen Haus einen einzigen Satz zur Abstimmung vorlegen: Jeder Empfänger, jede Empfängerin von Subventionen muss öffentlich genannt werden mit all den Angaben, die dazugehören. Dann wollen wir sehen, wie Sie sich dazu verhalten. Denn im Unterschied zu den Vorwürfen, wir würden diese Forderung immer nur in Richtung der Landwirtschaft stellen, sind wir es doch gewesen, die in diesem Hohen Haus diese Forderung in den vergangenen Jahren gestellt haben. Und Sie haben sie abgelehnt. Das kann man in den Plenarprotokollen nachlesen.

(Beifall von der SPD)

Dann zu dem Punkt, Herr Minister Uhlenberg und auch Herr Kollege Ellerbrock, warum das hier keine veraltete Debatte ist! Ich will Ihnen einen einzigen Grund nennen, warum es sinnvoll ist, diese Debatte zu führen. Das ist der 7. Juni. Das ist kein Angriff der SPD auf die EU-Agrarpolitik, sondern die Menschen haben in den vergangenen Jahrzehnten in Europa dargestellt, was sie von dieser Agrarpolitik halten, nämlich nichts, Herr Minister Uhlenberg.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Warum haben Sie es nicht geändert?)

– Das lasse ich doch selbstkritisch gelten. Aber dann bekennen Sie sich doch dazu, dass es geändert werden muss. Das ist doch die Konsequenz aus dem Einwurf, den Sie gerade machen.

Wenn Sie heute eine Befragung durchführen, warum wir in der Vergangenheit so eine hundsmiserable – Entschuldigung, Herr Präsident – Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament gehabt haben, dann wird neben dem Überdross an Bürokratie in Brüssel und der Nichtkenntnis, was da eigentlich passiert, die Agrarpolitik genannt, weil das den Menschen bis auf wenige Spezialisten doch überhaupt nicht zu verklickern war – auf Deutsch gesagt –, was da eigentlich passiert und warum und zu welchem Zweck an wen Subventionen gehen, warum es Schweineberge gibt und warum es Rinderberge gibt. Was ist das überhaupt: der gemeinsame Agrarmarkt? Das ist doch überhaupt nicht darstellbar gewesen.

Bevor Sie es jetzt sagen, sage ich es auch selbstkritisch: Wir alle haben zu verantworten, dass das nicht darstellbar gewesen ist. – In einer solchen Situation ist es dann auch zulässig zu sagen: Dann lassen Sie uns doch einen ersten notwendigen Schritt gehen, der mit Transparenz anfängt. Dann ist es auch nicht unmoralisch, Herr Kollege Ellerbrock, wenn wir in unserem Antrag den zweiten Schritt zumindest benennen und sagen: Man wird über diese Transparenz hinaus dann auch diskutieren müssen, ob diese gemeinsame Agrarpolitik so noch richtig ist.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Kollege Kuschke, gestatten Sie eine Zwischenfrage Ihrer Kollegin Frau von Boeselager?

**Wolfram Kuschke (SPD):** Gerne.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Bitte schön, Frau von Boeselager.

**Ilka von Boeselager (CDU):** Herr Kuschke, sind Sie der Meinung, dass wir in Deutschland demnächst überhaupt keine Agrarunternehmen mehr brauchen, also keine landwirtschaftlichen Betriebe? Ist es in Zukunft völlig egal, ob alle Agrarprodukte aus anderen europäischen Ländern kommen? Sind Sie dieser Meinung?

**Wolfram Kuschke (SPD):** Frau Kollegin, ich kann das nur als eine rhetorische Frage aufgreifen. Natürlich bin ich mit Ihnen auf einer Seite im Kampf für den Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe und

einer Landwirtschaft, die vor Ort gesunde Produkte produziert. Aber wenn Sie schon diese Frage stellen, Frau Kollegin, dann lassen Sie mich auch zurückfragen: Kämpfen wir ausreichend genug gegen den Flächenverbrauch?

(Minister Eckhard Uhlenberg: Wer hat das Thema denn aufgebracht?)

– Herr Kollege, warum sind Sie eigentlich immer so nervös? Sie haben es nicht erfunden, Herr Kollege.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Sie aber auch nicht!)

– Es war Kollege Matthiesen, der es erfunden hat.

Sind wir gemeinsam stark genug und engagiert

(Zuruf von Minister Eckhard Uhlenberg)

– Sie können sich ja gleich noch einmal zu Wort melden –, um in dieser Frage nach vorne zu kommen? Kämpfen wir ausreichend für das Herausstellen von gesunden Produkten, die vor Ort in der Region erzeugt werden? Das sind doch die Fragen, die wir uns gemeinsam stellen müssen, und nicht solche rhetorischen Fragen, wie Sie sie gerade genannt haben.

Also noch einmal: Es ist nicht nur ein Thema der Agrarpolitik, ob wir Transparenz herstellen, sondern Transparenz ist neben Information und Beteiligung auch ein ganz entscheidender Baustein für die Akzeptanz von Europa, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist der Punkt, der hervorgehoben werden muss.

Was die vergangene Diskussion anbelangt: Lieber Kollege Ellerbrock, Sie konnten doch – vielleicht können Sie es heute auch noch –, wenn man Sie geweckt hätte, aus dem Schlaf gerissen die Subventionen für den Bergbau bis auf die x-te Stelle hinter dem Komma nennen. Tun Sie doch bitte nicht so, als wenn es nicht in der Vergangenheit bis heute auch schon Bereiche gegeben hätte, in denen den Subventionsempfängern die Größenordnung der Subventionen und anderes völlig klar gewesen wären.

Aber ich will es noch einmal aufgreifen – ich habe es ja schon angedeutet –: Ja, wir machen mit, wir sind an Ihrer Seite, wenn wir hier gemeinsam fordern, dass wir insgesamt eine Offenlegung brauchen. Da habe ich nicht die Sorge, die Sie gerade geäußert haben. Da werden wir uns über den Begriff der Subvention auch noch einig werden.

Allerletzte Anmerkung! Ich habe es vorhin schon erwähnt: Es ist völlig zulässig, im Zusammenhang mit der Transparenzdebatte auch die Diskussion um die Reform des gemeinsamen Agrarmarktes zu führen. Das wird auch ernsthaft keiner bezweifeln. Frau Kollegin Watermann-Krass hat Ihnen ja schon nachgewiesen, woher die Wohltaten kommen, mit

denen Sie sich schmücken, nämlich aus der Modulation.

Ich will jetzt eines sagen, Herr Minister Uhlenberg: Wenn Sie und andere Landwirtschaftsminister in der Bundesrepublik ihre Position zur Modulation nicht verändern, werden wir auf der europäischen Ebene verdammt alleine dastehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir werden in eine Situation kommen, in der wir eben dann nicht mehr gestalten, sondern in der wir überrollt werden. Das ist unsere feste Überzeugung. Das zeichnet sich auf der europäischen Ebene jetzt schon ab.

Insofern, meine Damen und Herren, spricht überhaupt nichts dagegen, hin und wieder einmal eine erfrischende Transparenzdebatte zu führen. Auch andere Dinge werden dann offengelegt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kuschke. – Jetzt hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Kemper das Wort. Er sitzt weit hinten im Saal und hat einen langen Anmarsch bis zum Rednerpult.

**Heinrich Kemper<sup>1)</sup>** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich komme leider nicht aus Ostwestfalen oder aus Lippe, sondern dieses Mal nur von meinem Platz.

Herr Kuschke, ich muss direkt auf Ihren Beitrag eingehen. Das war Rhetorik und Theater in Spitzenform.

(Beifall von der CDU)

Übrigens, wenn es um die Öffentlichkeit geht: Warum haben Sie im Dezember 2008 nicht alles das gelesen, was zu dem Zeitpunkt schon veröffentlicht war? Sie hätten das alles lesen können, wenn Sie es gewollt hätten. Jetzt fragen Sie, warum wir es nicht veröffentlichen. Es war schon veröffentlicht. Sie haben es nur nicht gelesen. Das ist schade. – Das war aus meiner Sicht also reiner Theaterdonner. Das war eine veraltete Debatte, 7. Juni. Aus meiner Sicht ist das eine reine Neiddebatte, die Sie herbeiführen wollen. Es ist ja nichts verborgen. Sie hätten es ja nur lesen müssen.

Dann sagen Sie noch, Sie wollten wissen, was in Europa 2013 passiert. Ich denke, Sie wissen, dass es nach 2013 eine andere Agrarpolitik geben wird, weg von den bisherigen Direktsubventionen hin zu einer entkoppelten Agrarpolitik, die Sie sicherlich auch mittragen; denn Sie haben sie ja vor 2005 an verantwortlicher Stelle mit eingeleitet.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Aber die Reform ist doch noch nicht abgeschlossen, Herr Kollege!)

Nun noch einmal zur Akzeptanz: Es ist für mich als Landwirt schon nachdenkenswert, dass die Akzeptanz, die wesentlich über die Agrarpolitik in Europa hätte herbeigeführt werden können, nicht erreicht ist. Denn nur die sichert uns in Deutschland, dass wir weniger als 10 % unseres verfügbaren Einkommens mittlerweile für unser Essen und Trinken ausgeben. Übrigens: nur zwei Drittel von dem, was wir mittlerweile für die Gesundheitsvorsorge ausgeben. Das ist einer der Riesenerfolge, die erzielt wurden.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Ich komme nun direkt auf den Antrag zu sprechen. Bei dem vorliegenden SPD-Antrag fehlt mir die Präzision. Sie sprechen von den neuen Subventionen. Oder meinen Sie die aktuellen Agrarsubventionen? Die neuen können Sie noch gar nicht bekommen. Sie können nur die alten kriegen. Und Sie wollen deren ungerechte Verteilung feststellen. Wenn Sie einen Bericht – wie auch immer – haben wollen, dann muss der ergebnisoffen sein, und dann könnte es sein, dass wir eine ungerechte Verteilung feststellen. Aber wollen Sie denn jemandem sagen, er soll eine ungerechte Verteilung feststellen? Dann brauchen Sie doch gar keinen Bericht zu erstellen. Also, was soll das? Das ist aus meiner Sicht Theaterdonner.

Als Zweites wollen Sie einen Bericht von der Landesregierung, der aufzeigt, welche Auswirkungen diese ungerechte Verteilung – jetzt sprechen Sie sogar schon von einer ungerechten Verteilung – haben wird.

Herr Kuschke, Sie haben auch das Groß-Klein-Problem angesprochen. Lassen Sie mich sagen: An einer Stelle gibt es eine Akzeptanz für eine Groß-Klein-Diskussion, und zwar aus rein ökonomischer Sicht. Herr Kuschke, wenn man mehr Hektar hat, gibt es eine gewisse Größendegression auf der ökonomischen Seite, die sich in der Größenordnung von 10 %, 12 % der Menge, wenn ich über eine bestimmte Hektarzahl hinausgehe, die ich bewirtschafte, bewegt und die ich bei Agrarbeihilfen, die linear über die ganzen Hektar verteilt sind, akzeptieren könnte. Das gilt aber nicht für die bisher gedachten Abschneidegrenzen, denn die bringen höhere Ungerechtigkeiten.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, woher denn die Agrarsubventionen kommen. Sie waren 1990 ein Ausgleich für eine Absenkung insbesondere von Agrargütern, von Getreide. Ich gebe Ihnen als Beispiel, was meinem Betrieb geholfen hat. Bei mir ist der Getreidepreis von einem auf das andere Jahr von 44 € auf 26 € gefallen.

Das, was man mit diesem Ausgleich von der EU wollte, ist, dass man 60 % des mir zugeordneten Verlustes damit ausgleichen wollte. 40 % hat man

mir sowieso als Unternehmer, als Landwirt, 1990 aufgebürdet. Dieses zu erhalten, solange das nötig ist, ist doch nur real, und insofern kann man nicht sagen, dass wir das jemandem zuschieben, der keine Leistung dafür erbringt. Darum geht es.

Ich habe auch kein Problem damit, das zu veröffentlichen. Ich mache jetzt einmal einen aggressiven Vorschlag: Ich werde Ihnen sagen, was Sie bei meinem Betrieb demnächst in drei Wochen lesen können, wenn Sie den finden. Den finden Sie. Meine durchschnittlichen Agrarsubventionen über die Fläche betragen in den letzten fünf Jahren pro Jahr ungefähr 33.000 €

Meinen Betrieb habe ich auch in einem Arbeitskreis. Die betrieblichen Gewinne der letzten fünf Jahre im Durchschnitt betragen bei diesem Betrieb etwa 55.000 €. Wenn Sie die 34.000 € davon abziehen, habe ich noch einen betrieblichen Gewinn von 21.000 €. Damit können Sie keinen Betrieb mit 115 Hektar Ackerbau führen.

Damit ich Ihnen klarmachen kann, welchen Anteil die Subventionen haben, sage ich Ihnen noch, damit Sie es auch vernünftig einordnen können, dass dieser Betrieb im oberen Drittel der erfolgreichen Betriebe angesiedelt ist. Ich habe also keinen Betrieb, der „über die Schwelle gehoben“ werden muss. Das ist der Grund.

Ich habe aber noch weitere 10.000 € bekommen, weil ich an einem Erosionsschutzprogramm teilgenommen habe. Der zusätzliche Aufwand für meinen Betrieb betrug 8.000 €. 2.000 € ist der Gewinn, den ich gemacht habe. Dafür habe ich für die Gesellschaft den Erosionsschutz nach vorne gebracht und bestimmte Erosionsdinge gemindert. Also eine Leistung, für die ich eine Gegenleistung erbringen musste.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege Kemper, gestatten Sie zwei Zwischenfragen, einmal von Frau von Boeselager und einmal von Herrn Kuschke?

**Heinrich Kemper<sup>\*)</sup>** (CDU): Gerne.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte schön, Frau von Boeselager.

**Ilka von Boeselager** (CDU): Ist es richtig, Herr Kollege Kemper, dass, wenn die Agrarsubventionen gänzlich für die Landwirtschaft hier in Deutschland wegfallen, demnächst die Verbraucherinnen und Verbraucher wesentlich höhere Lebensmittelpreise zu erwarten haben? Und ist das dann gewollt?

**Heinrich Kemper<sup>\*)</sup>** (CDU): Ich gebe am Besten gleich die Antwort darauf: Damit ist zu rechnen.

Denn im Prinzip subventionieren Sie ja mit den EU-Arbeitsbeihilfen einen preiswerten Rohstoff. Der Preis wird sich sofort bis auf die Verbraucherpreise durchschlagen. Sie können damit rechnen, dass der Teil Ihres verfügbaren Einkommens, den Sie für Nahrungsmittel ausgeben werden, von 10 % auf 12 % steigen wird. Das werden Sie für Nahrung ausgeben müssen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke, Herr Kemper. Darf Herr Kuschke auch noch fragen?

**Heinrich Kemper<sup>\*)</sup>** (CDU): Bitte.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte schön, Herr Kollege Kuschke.

**Wolfram Kuschke** (SPD): Herr Kollege Kemper, ich kann das nicht nur einordnen, sondern ich zolle Ihnen ausdrücklich Respekt für das, was Sie und wie Sie es gesagt haben. – Aber sind Sie nicht mit mir der Meinung, dass wir diese Zusammenhänge in der Vergangenheit schlichtweg nicht haben darstellen können und dass diese Zusammenhänge einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung auch nicht klargeworden sind?

(Minister Eckhard Uhlenberg: Daran hat er gar kein Interesse!)

**Heinrich Kemper<sup>\*)</sup>** (CDU): Ich habe damit überhaupt kein Problem. Ich habe es hier ganz offen dargestellt. Sie sehen ja auch, wie offen ich mit meinen eigenen Zahlen umgegangen bin. Wir haben nie ein Problem damit gehabt. Aber die Regierung, die damals tätig war, hatte wahrscheinlich ein Problem gehabt, das so darzustellen. Das vermute ich. Das waren zu der Zeit im Wesentlichen Sie.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich möchte noch einmal klar sagen: Dass ein Landwirt das Recht haben muss, gerichtlich nachzuprüfen, ob die Veröffentlichung rechtlich in Ordnung ist, ob das seine informelle Selbstbestimmung beschränkt, muss ich jedem Landwirt zubilligen. Insofern finde ich die Handlungsweise unseres Landwirtschaftsministers absolut gerechtfertigt und sehr verantwortungsvoll. Denn er vollzieht nur das Recht des Einzelnen im Prinzip. Dass wir veröffentlichen, ist eigentlich kein Problem.

Auf der anderen Seite muss ich Ihnen sagen: Für mich ist das fast Pillepalle, wie man so schön sagt.

Ich möchte nun folgenden Schluss ziehen: Wir werden ab 2013 eine unternehmerische Landwirtschaft bekommen. Wir wollen in der Landwirtschaft einen Unternehmer haben, der sich selbst für die Zukunft entscheidet, der den wissenschaftlichen, technischen Fortschritts für sich selber nutzt, um für Sie

auch in Zukunft preiswerte und gesunde Nahrungsmittel herzustellen.

Ich muss Ihnen eins sagen: Sie sollten sich Ihren hoch gelobten Kleinbetrieb, den Sie unbedingt erhalten wollen, einmal unter den Aspekten von Arbeitsschutz und Sozialkritik ansehen, ob das ein Zukunftsbetrieb ist, den Sie haben wollen. Ich glaube, das ist kein Zukunftsbetrieb. Wir sind für eine zukunftsfähige Landwirtschaft, indem wir diese Betriebe sozial überführen, sie sozial abfedern wollen. Aber diese müssen auch ihre unternehmerische Aufgabe erkennen, sich in diesem Markt selber zu finden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Kemper – Für die FDP-Fraktion hat sich Herr Ellerbrock noch einmal zu Wort gemeldet.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Herr Kuschke, ausdrücklich schönen Dank dafür, dass Sie meine These bestätigt haben, dass diese Diskussion über Transparenz eigentlich etwas ganz anderes bewirken sollte. Sie haben in der Ihnen eigenen Offenheit gesagt: Wir wollen im Lichte der Europawahl eine Diskussion auch über die EU-Agrarpolitik. – Das ist schon mal gut; das ist eine Basis, auf der man sich unterhalten kann. Dann braucht man die vielen Nebelkerzen, die geworfen werden, gar nicht zu beachten.

Sie sagen zudem: Wer hier äußert, er befürchte eine Neiddiskussion, habe Angst. – Ich glaube, der Kollege Kemper hat in seinen Ausführungen deutlich gemacht, dass zumindest er und auch viele andere diese Angst nicht haben und auch nicht haben müssen.

Ich bitte Sie allerdings, zu überlegen, wie wir den Begriff Subventionsempfänger und Veröffentlichung sehen. Sie haben recht: Man kann mich nachts wecken, und ich kann Ihnen relativ gut Subventionen in den Bereichen Steinkohlebergbau, Werften, Elektroindustrie usw. nennen. Das habe ich ganz gut drauf. Das ist aber ein grundsätzlicher Unterschied zu Angaben, die personenbezogen sind. Auch das, meine ich, müssen wir hier mit beurteilen.

Als ich eben von dem gläsernen Menschen und der veröffentlichten Steuererklärung à la Schweden geredet habe, habe ich bei den Grünen durchaus Nicken gesehen. Man könnte das also in einer Vorbildfunktion selbst machen; denn es ist ja nicht verboten, seine Steuererklärung ins Netz einzustellen. Jedem steht es frei, das zu tun. Es gibt sogar jemanden aus Ihrer Partei, der das über Jahre in Kiel getan hat: Norbert Gansel. Ich interessiere mich nicht dafür, aber wer will, kann das ja einsehen.

Sie haben dann gesagt: Wir tun zu wenig im Kampf gegen den Flächenverbrauch. – Dieser Minister hat

gesagt: Wir wollen Aufklärungsarbeit machen, Allianz für die Fläche usw. – Ich habe dazu eine eigene Meinung, sehe das nicht als Kernproblem an und meine, man müsste da die Bezugsdaten nehmen. Dazu reichen mir unsere Instrumente Landschaftsgestaltung, Stadtplanung, Regionalplanung und Freiraumplanung aus. Ich sehe da ausdrücklich Positives, nicht so viel Kritisches wie Sie. Aber das mag eine Sache zwischen uns beiden sein.

Wenn Sie allerdings sagen – und das bitte ich zu überlegen –, Ziel sollten regionale Produkte, regionale Wirtschaft usw. sein, dann sage ich nur: Vorsicht an der Bahnsteigkante! Wir in Deutschland, gerade wir in Nordrhein-Westfalen leben vom Export und sind die Nutznießer der Globalisierung. Wer soll denn unsere Industrie und geistigen Blaupausen bezahlen, wenn das nicht über Agrarprodukte wieder hereingespielt wird?

Auch darüber müssen wir uns unterhalten. Aber das können wir nicht jetzt im notwendigen Umfang machen. Es lohnt sich aber, darüber zu reden. Ich fand Ihren Beitrag, Herr Kuschke, ausgesprochen zielorientiert. Auf der Ebene können wir uns unterhalten. Aber lassen wir es mit dieser Transparenzrichtlinie sein, lassen wir es sein, mit Fingern auf andere zu zeigen und Vorwürfe zu machen. Mit Ihrem Beitrag kann ich gut leben. Lassen Sie uns darüber reden. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr und beende die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Erstens stimmen wir über den **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/9079** ab. Die SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt diesem Antrag zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Die Koalitionsfraktionen haben mehr Stimmen auf ihrer Seite, insofern ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/9068**. Auch hier ist direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt für diesen Antrag? – Die Grünen und die SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Auch diesen Antrag haben die Koalitionsfraktionen mit ihrer Mehrheit im Hause **abgelehnt**.

Wir sind damit am Ende dieses Tagesordnungspunktes und kommen zu:

## 7 Prävention fördern – Kinder von psychisch kranken Eltern gezielt schützen

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/9271

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Frau Kollegin Meurer von der SPD das Wort.

**Ursula Meurer (SPD):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren auf den Rängen! Unter TOP 4 „Psychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in NRW ausbauen und konzeptionell weiterentwickeln“ haben wir heute über den Ausbau von Tagesplätzen, aber auch von vollstationären Pflegeplätzen für bereits erkrankte Kinder und Jugendliche debattiert.

Im nun vorliegenden Antrag geht es uns von der SPD-Fraktion um Prävention: damit das Risiko für Kinder, deren Eltern psychisch krank sind und die viermal häufiger als andere Kinder gefährdet sind, selbst psychisch krank zu werden, minimiert wird.

In meinen heutigen Ausführungen zu diesem Thema will ich zwei Punkte herausgreifen: erstens Babys von Müttern mit postpartalen Depressionen und zweitens die Kinder, deren Eltern oder Elternteile in eine psychiatrische Fachklinik eingewiesen wurden.

Die Geburt eines Kindes ist ein besonderer Moment im Leben einer Frau. Ein Kind zu erwarten und es zu gebären ist eine der eindrucksvollsten Erfahrungen, die wir machen können. Was aber, wenn nach der Geburt die böse Überraschung kommt, die Mutter in schwere Depressionen fällt, die ihrer Umwelt zunächst verborgen bleiben? 10 bis 15 % der Frauen sind davon betroffen. 1 bis 2 % entwickeln eine manifeste Psychose.

Dies wirkt sich nicht nur auf die Mutter aus. Auch der Säugling ist in Mitleidenschaft gezogen. Durch die enge Bindung des neuen Menschen zu seiner Mutter nimmt er jede emotionale Regung auf, positiv wie negativ. Die kindliche Entwicklung kann durch das Auftreten einer psychiatrischen Erkrankung der Mutter nachhaltig ungünstig beeinflusst werden.

Erkennbar werden kann eine vorliegende Störung der Bezugsperson beim Säugling durch exzessives Schreien, Schlaf- oder Fütterstörungen. Bei den Müttern lässt sich häufig mangelnde Sensitivität für kindliche Signale, Passivität oder Intrusivität feststellen. Das Kind meidet Blickkontakt und zieht sich zurück. Es können bereits im zarten Alter von sechs Monaten die Grundlagen für spätere Depressionen gelegt werden. Das heißt im Umkehrschluss: Mutter und Kind müssen gemeinsam behandelt werden, damit die Fähigkeit der Mutter, auf die Bedürfnisse ihres Kindes einzugehen, geschult wird.

Die Heidelberger Mutter-Kind-Therapie hat hier mit speziellen stationären psychiatrischen Behandlungsangeboten gute Erfolge erzielt. Diese Erfahrungen können bei der Entwicklung von Materialien mit den behandelnden Ärzten zur gezielten Information von Eltern hilfreich sein.

Nun komme ich zu Kindern, deren Eltern oder Elternteile in eine psychiatrische Fachklinik eingewiesen werden. Lange Zeit wurden die Kinder vernachlässigt und nur die Eltern behandelt. Seit den 90er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat sich dies zunächst langsam geändert. Heute gibt es in Deutschland eine sehr große Zahl von Initiativen, die sich mit Kindern psychisch kranker Eltern beschäftigen und Hilfen anbieten. Es sind aber immer noch zu wenige. Noch erhält die überwiegende Mehrheit der Kinder psychisch kranker Eltern nicht die Hilfe, die unbedingt notwendig wäre.

Kinder mit psychisch kranken Eltern sind auch heute noch gegenüber anderen Kindern benachteiligt. Hier sind die folgenden Punkte zu nennen.

Erstens: erhöhte Verletzlichkeit. Kinder mit psychisch kranken Eltern sind häufig besonders sensibel oder verletzlich. Diese Verletzlichkeit wird zu einem großen Teil vererbt. Das sagt die genetische Forschung. Sie haben zumindest zeitweilig einen besonderen Schutzbedarf.

Zweitens: traumatische Erfahrungen. Sehr viele Menschen haben Angst vor psychisch kranken Menschen. Meistens ist diese Angst völlig unberechtigt. Für Kinder, die ja körperlich und seelisch schwächer sind, kann es besonders bedrohlich sein, wenn sich die Eltern auf einmal so anders verhalten oder für das Kind unberechenbar werden. Wenn nun gerade die Hauptbezugsperson, die Mutter oder der Vater, die dem Kind normalerweise Sicherheit und Schutz gibt, das Kind bedroht, an wen soll es sich dann wenden? Dazu kommt, dass in extremen Fällen psychische Erkrankungen dazu führen können, dass Kinder misshandelt werden.

Drittens: gefährdete Grundbedürfnisse. Genauso wie die meisten Menschen wollen auch Menschen mit einer psychischen Erkrankung gute Eltern sein. Kinder von psychisch kranken Eltern erhalten von ihren Eltern aber manchmal nicht die Zuwendung, Förderung und Anleitung, die sie brauchen. Die wichtigsten Grundbedürfnisse werden nicht oder nur eingeschränkt erfüllt. Grundbedürfnisse sind: basale körperliche Bedürfnisse, emotionale Zuwendung, stabile Sicherheit vermittelnde Beziehungen in der Familie, sensorische intellektuelle Anregungen, um entwicklungsgerechte Erfahrungen machen zu können, sowie das Bedürfnis, Grenzen sozialer Regeln, Normen und Werte kennenzulernen und einzuüben.

Viertens: eingeschränkte Kindlichkeit. Weil die elterliche Funktionsfähigkeit bei einer psychischen Erkrankung häufig reduziert ist, stehen die Kinder manchmal vor Aufgaben, mit denen sie eigentlich überfordert sind. Sie fühlen sich gezwungen, vernünftiger und weitblickender zu sein als ihre Eltern. Insbesondere bedeutet es eine massive Belastung und Überforderung für ein Kind, wenn es die Verantwortung dafür übernehmen muss, dass seine psychisch kranke Mutter zwangsweise in die Klinik eingewiesen wird.

Fünftens: zusätzliche Risikofaktoren. Wenn in einer Familie ein Vater oder eine Mutter psychisch krank ist, ist das sehr oft nicht das einzige Problem in der Familie. Häufig tritt eine Kumulierung psychosozialer Risikofaktoren wie niedriger sozialer Status, Arbeitslosigkeit, finanzielle Probleme, ungünstige Wohnbedingungen, eheliche Konflikte, familiäre Gewalt, häufigere Beziehungswechsel und Trennungserfahrungen der Kinder schon allein durch die Klinikaufenthalte auf. Diese Kumulierung erhöht das Risiko für eine psychische Störung beim Kind. Hinzu kommt die Sprachlosigkeit, die Tabuisierung, die Unfähigkeit oder das Verbot, über die Krankheit zu sprechen.

Eine Hilfe für die Kinder können pädagogische Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit sein, aber auch ein Landesprogramm mit dem Ziel, an jeder psychiatrischen Fachklinik eine Anlaufstelle zur Förderung und Unterstützung der Kinder einzurichten.

Wir haben in ganz Deutschland, aber auch bei uns in Nordrhein-Westfalen einen großen Nachholbedarf bei der Behandlung und Therapie von psychisch kranken Kindern. Ebenso besteht bei uns Nachholbedarf bei der Prävention von psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen.

Hier haben wir einen konkreten Anknüpfungspunkt. Unterstützen Sie unseren Antrag – zum Wohle unserer Kinder, damit uns kein Kind verloren geht. – Danke.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Meurer. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Henke.

**Rudolf Henke (CDU):** Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinder von psychisch kranken Eltern haben ein stark erhöhtes Risiko, im Laufe ihres Lebens selbst eine psychische Störung zu entwickeln. Die Erkenntnisse über die Risiken für diese Kinder müssen bei der praktischen Versorgung berücksichtigt werden. Entscheidend für den Erfolg von Präventionsmaßnahmen sind eine qualifizierte Behandlung der elterlichen Erkrankung, Psychoedukation sowie spezielle Hilfen, die der jeweiligen Familiensituation angepasst sind, beispielsweise Familienhilfe und der Zugang zu Selbsthilfegruppen.

Ungefähr so könnte man den Erkenntnisstand zusammenfassen, den Fritz Mattejat und Helmut Remschmidt im vorigen Jahr in ihrer großen Übersichtsarbeit mit dem Titel „Kinder psychisch kranker Eltern“ veröffentlicht haben. Die beiden Autoren stammen aus der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie der Philipps-Universität Marburg. Prof. Remschmidt ist Mitglied im Vorstand des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesärztekammer. Wer nachle-

sen möchte, findet diesen Aufsatz in Heft 23 des „Deutschen Ärzteblattes“ vom 6. Juni 2008.

Elf Monate nach dieser wichtigen Publikation legt uns nun die SPD-Fraktion einen Antrag vor, in dem zum einen aus dieser und anderen wichtigen Arbeiten zur Situation der betroffenen Kinder zitiert wird und zum anderen einige Forderungen aufgestellt werden, die mir allerdings mehr politisch als fachlich motiviert zu sein scheinen. Ich habe den leisen Verdacht, dass dieser Antrag Ihnen vor allem dabei helfen soll, eine Runde Schwarzer Peter zu spielen.

Dadurch wollen wir uns aber nicht ablenken lassen. Lassen Sie mich deshalb zunächst sagen, worin ich die wichtigsten Probleme sehe, unter denen Kinder psychisch kranker Eltern leiden.

Erstens. Die Kinder sind verängstigt und verwirrt, weil sie die Probleme der Eltern nicht einordnen und nicht verstehen können.

Zweitens. Die Kinder glauben, dass sie an den psychischen Problemen der Eltern schuld sind. Sie sagen sich: Mama ist krank, Mama ist durcheinander, Mama ist traurig, weil ich böse war, weil ich mich nicht genug um sie gekümmert habe.

Drittens. Die Kinder haben den – meist begründeten – Eindruck, dass sie über ihre Familienprobleme mit niemandem sprechen sollen. Sie haben die Befürchtung, dass sie ihre Eltern verraten und etwas Böses tun, wenn sie sich an Personen außerhalb der Familie wenden.

Viertens. Die Kinder wissen nicht, an wen sie sich mit ihren Problemen wenden sollen, und haben niemanden, mit dem sie darüber sprechen können. Das heißt, dass sie alleingelassen sind.

Allerdings gibt es kein einzelnes Reaktionsmuster, das man als typisch für Kinder von psychisch kranken Eltern herausarbeiten könnte, sondern man kann sowohl ein Geschwisterkind finden, das zum Beispiel mit Flucht aus der Familie, mit Rückzug reagiert, und ein anderes, das zum Beispiel mit einer hohen Verantwortungsübernahme antwortet.

Auch die klinischen Erscheinungen psychischer Störungen bei solchen Kindern können höchst unterschiedlich sein. Selbst bei widrigsten Bedingungen findet man immer wieder Kinder, die diese Belastungen anscheinend unverletzt überstehen. Die Forschung über diese Fähigkeit, der sogenannte Resilienz, sucht deshalb nach Mechanismen, die die Unterschiedlichkeit der Entwicklungsverläufe erklären und Hinweise für Präventionsansätze liefern können. Im Prinzip geht es bei der Prävention darum, die häufig vorhandenen psychosozialen Belastungen zu reduzieren und individuelle und soziale Schutzfaktoren zu stärken, um eine normale Entwicklung zu ermöglichen.

Grundlage aller Prävention ist eine qualifizierte und effektive Behandlung der elterlichen Erkrankung. Die psychischen Auffälligkeiten der Kinder können

reduziert werden, wenn die elterliche Erkrankung erfolgreich behandelt wird.

Der zweite Bestandteil der Prävention sind sogenannte psychoedukative Interventionen, bei denen Information zur Verfügung gestellt wird, die Anwendung der Information auf den individuellen Fall erfolgt und zur offenen Kommunikation über die Erkrankung in der Familie ermutigt wird.

Die dritte Komponente sind spezielle Hilfen, die an die jeweilige Situation der Familie angepasst sind und nach genauer Indikationsstellung erfolgen sollten.

Von zentraler Bedeutung ist es, dass die für die Kinder und Jugendlichen zuständigen Fachleute und Einrichtungen wie Schulen, Jugendämter, Psychiater, Kinder- und Jugendpsychiater, psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendpsychotherapeuten eng zusammenarbeiten. Besonders wichtig wird die Rolle der Lehrer sein, die Probleme der Kinder häufig am ehesten bemerken und in Abstimmung mit den Eltern weitere Hilfen einschalten können.

Wir verfügen also über eine ganze Reihe von Ansatzpunkten, mit denen ein finanziell ausreichend ausgestattetes Gesundheitswesen – diese Debatte wird anderenorts geführt – sowie eine finanziell ausreichend ausgestattete Jugendhilfe bei hinreichender Aufmerksamkeit sehr segensreich wirken können.

Für unrealistisch halte ich allerdings die Verheißung, nach der es machbar sein soll, dass aus dem Risiko keine Erkrankung entsteht – ich wiederhole: keine Erkrankung entsteht –, wenn differenzierte und flächendeckende Präventionsangebote zur Verfügung stehen. Diese Perspektive Ihres Antrags ist mir doch etwas zu optimistisch. Ich glaube, dass sie notwendigerweise enttäuscht werden muss.

Das ist auch der Grund dafür, weswegen ich ein bisschen kritisch bin, wenn Sie die Vorhersage, dass keine Erkrankung entsteht, mit der Forderung nach einem Landesprogramm verknüpfen, ohne überhaupt eine Bestandsaufnahme der bereits realisierten Hilfen vorzunehmen. An dieser Stelle, finde ich, haben Sie bei einem sonst absolut ernsten Thema ein bisschen den Wunsch nach parteipolitischem Geländegewinn zu sehr in den Vordergrund gerückt. Denn die Verheißung „keine Erkrankung“ kann auch bei der besten Prävention nie eingelöst werden. Wenn man es so macht wie im Antrag, erweckt jede einzelne Störung, die noch auftritt, den Eindruck, als wäre etwas unterlassen worden und nicht genügend geschehen.

Ich habe diesen Mangel aber nicht beschrieben, um dem Anliegen der SPD-Fraktion zu widersprechen, sondern um darauf hinzuweisen, dass wir sehr damit einverstanden sind, das Thema im Ausschuss sorgfältig zu erörtern, auch wenn wir dem Text in dieser Form nicht zustimmen können. Ich bin sicher,

dass es klug und richtig ist, dabei auch die Debatten, die in Nordrhein-Westfalen etwa im Bereich der Katholischen Fachhochschule in Paderborn oder auf verschiedenen Kongressen wie zum Beispiel dem Deutschen Jugendhilfetag geführt werden, einzubeziehen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Wir stimmen der Überweisung in die Ausschussberatung zu.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Henke. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Romberg.

**Dr. Stefan Romberg<sup>\*)</sup>** (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Henke ist eigentlich schon sehr ausführlich auf die Problematik, was psychische Erkrankungen der Eltern bei ihren Kindern bewirkt, eingegangen, welche Fragen und Schuldgefühle aufgeworfen werden, welche Schwierigkeiten es in dem System gibt, Eltern wie auch Kindern zu helfen.

Wir stimmen völlig in der Einschätzung überein, dass es sich um ein immenses Problem handelt. Es gibt eine halbe Million Kinder in Deutschland mit zumindest einem psychisch kranken Elternteil. Das ist eine große Zahl. Die betroffenen Familien sind häufig sozial isoliert, was zur Folge hat, dass Hilfen erst gar nicht in Anspruch genommen werden, auch wenn massive psychische Probleme auftreten und das Umfeld aufmerksam wird.

Frau Meurer hatte angesprochen, dass Mütter häufig direkt im Wochenbett an einer Depression erkranken, diese Erkrankung aber häufig erst gar nicht oder sehr schwer entdeckt wird, auch weil sich Mütter für das schämen, was sie in dem Moment empfinden. Häufig lassen sie schon ihren Ehemann oder ihre Familie gar nicht wissen, welche Probleme sie haben. Oft sieht man das dann erst an dem gestörten Mutter-Kind-Verhältnis, weil dort die emotionale Beteiligung fehlt.

Wenn es aber erkannt wird, stehen wir vor dem Problem, dass wir eben nicht das ausfinanzierte Gesundheitssystem haben, wie zumindest ich es mir wünschen würde. Damit sind wir wieder bei einem Punkt, über den wir eben bereits gesprochen haben: Wir haben ein rationiertes System. Wenn eine Mutter mit einer akuten Wochenbettdepression ambulant behandelt werden will, wartet sie zum Teil drei oder vier Monate auf einen Facharzttermin. Ist sie dann beim Facharzt, gilt diese Flatrate, die bei einem Psychiater niedriger ist als bei einem Kinderpsychiater. Ich hatte heute Mittag die Quote für einen Kinderpsychiater im Rheinland genannt: Ein Erwachsenen-Psychiater erhält eine Quartalspauschale von etwa 45 €, mit der er die Mutter drei

Monate behandeln soll. Das ist mit diesen Mitteln qualitativ aber nicht hinzubekommen.

An diesem immensen Problem müssen wir arbeiten. Für mich muss diese Pauschalierung, diese Rationierung in diesem Bereich weg. Anders werden wir keine qualitativ sinnvolle Behandlung hinbekommen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von den GRÜNEN)

– Die Grünen jubeln. Mich würde interessieren, ob sie damit Zustimmung signalisieren.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Ja, es ist immer das Gleiche. Das ist aber das Problem, dass die Ursache dafür immer wieder vielschichtig ist. Ich kann Ihnen das Problem genau erklären. Wenn eine stationäre Behandlung notwendig ist – Frau Asch, Sie dürfen gerne auch zuhören! –, ist es häufig nicht möglich, dass eine Mutter mit ihrem Kind stationär in einer Klinik aufgenommen wird. Das hat nichts damit zu tun, dass die Kliniken das nicht unbedingt wollen, sondern dass der Kostenträger das nicht bezahlt. Dort müssen wir initiativ werden und sagen: Mensch, Nordrhein-Westfalen macht eine Initiative. Eine Mutter-Kind-Behandlung muss im Krankenhaus auch bezahlt werden.

Das geschieht aber nicht. Das bedeutet auch eine vernünftige Behandlung. Dort muss die Mutter behandelt werden. Aber häufig bei einer gestörten Mutter-Kind-Beziehung müssen die Hebamme und ein Kinderpsychiater mit eingeschaltet werden, was aufwendig ist und Geld kostet. Das muss finanziert werden. Für mich ist es wichtig, dass solche Hürden abgebaut werden und Mütter mit Depressionen im Wochenbett in den Entstehungsphasen ein Hilfenetz bekommen.

Die Forderung der SPD ist wohl nicht hilfreich. Ein Landesprogramm an psychiatrischen Fachkliniken als Anlaufstelle für ratsuchende Kinder einzurichten, ist viel zu eindimensional und hat sicher nicht die Niedrigschwelligkeit, die dieses System braucht. Sie glauben doch nicht, dass Kinder an irgendwelchen Fachkliniken, die häufig noch auf der grünen Wiese sind, auftauchen, um beraten zu werden, und die Eltern schon gar nicht. Es drängt sich der Verdacht auf: Die SPD will wieder bestehende Institutionen stärken und denkt gar nicht so sehr über die individuelle Hilfe nach, die dabei im Mittelpunkt stehen muss.

Die zweite und dritte Forderung nach Aufklärungsmaterial und verständlichem Informationsmaterial ist dagegen zu unspezifisch. Jugendarbeit ist mit einzubeziehen. Das ist sinnvoll und wird auch praktiziert. Von der Ausweitung der Zahl der Plätze für Kinder mit psychischen Erkrankungen haben wir heute Morgen gesprochen, was auch wichtig ist.

Frau Meurer, Sie haben sich wohl nur versprochen: Sie meinten wohl Krankenhausbehandlungsplätze und Tagespflegebehandlungsplätze und nicht Pflegeplätze.

Das Anliegen der SPD ist für sich allein genommen sinnvoll. Die konkreten Lösungsvorschläge sind jedoch enttäuschend. Deswegen sollten wir im Ausschuss intensiv weiter debattieren. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Romberg. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Steffens.

**Barbara Steffens<sup>1)</sup>** (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Romberg, ich habe mich eben nur darüber amüsiert, dass schon wieder die Honorarvereinbarungen kommen, über die wir eben bei einem anderen Tagesordnungspunkt bereits geredet haben. Ich denke, man muss darüber sprechen, aber hier ist nicht die Stelle, bei der man die Finanzierungsfrage in den Mittelpunkt stellen sollte, sondern man sollte jetzt über viele andere Bereiche und Punkte diskutieren.

Wir können dem Antrag der SPD so auch nicht zustimmen, finden es aber gut, dass wir diese Debatte im Ausschuss führen werden. In einigen Teilen wird es eine breite Übereinstimmung geben.

Der soziale Kontext, der mir eben in der anderen Debatte gefehlt hat, fehlt mir auch in diesem Antrag. Ich will das direkt zu Beginn sagen: Er hat für mich so eine leichte Tendenz zur Psychiatrisierung der Situation von Kindern. Damit habe ich große Schwierigkeiten. Deshalb würde ich das Thema sehr viel breiter und mehr im sozialen Kontext aufgestellt sehen wollen.

Es bestreitet niemand, dass sich eine längere seelische Erkrankung der Eltern auf die gesamten familiäre Lebensverhältnisse, die gesamte Lebenslage und die Lebensbedingungen einer Familie auswirkt. Eine seelische Erkrankung der Eltern ist oft mit sehr belastenden Situationen in Familien, mit sozialer Isolation verbunden. Sie hat oft Arbeitslosigkeit und finanzielle Probleme zur Folge. Wir haben eben auch vom Kollegen Henke, aber auch bei anderen gehört, dass diese Krankheit aus Kindersicht sehr wohl auch mit Schuldgefühlen, mit sozialem Rückzug verbunden ist. Sie führt zu Betreuungsdefiziten, zu Abwertungserlebnissen der Kinder, zu Loyalitätskonflikten gegenüber den Eltern. Aber das heißt nicht automatisch, dass das Kind in dieser Situation selber eine psychische Erkrankung erfährt, sondern es ist oft so, dass gerade eine Jugendhilfe an allererster Stelle gefragt ist.

Die Jugendhilfe muss frühzeitig für diese Gruppe der Kinder da sein und muss ein flächendeckendes und ausreichendes Angebot sicherstellen. Das gilt

nicht nur im Bereich psychisch erkrankter Eltern, sondern auch für eine ganz andere Gruppe, nämlich die alkohol-, drogen- und tablettenabhängigen bzw. -süchtigen Eltern. Diese Kinder haben dasselbe Problem. Schon heute greift die Jugendhilfe zum Beispiel bei Entziehungskuren nicht. Die Finanzierung ist nicht sichergestellt, und es gibt keine Angebote für die Kinder, um in dieser Situation Unterstützung zu bekommen. Wir müssen aber auch darauf achten, dass die betroffenen Eltern, die für sie notwendigen Hilfen in Anspruch nehmen. Wir haben das Problem, dass Eltern als Erkrankte das oft nicht tun.

Bezogen auf die Eltern spielt Folgendes eine Rolle: Nach wie vor erfahren psychisch erkrankte Menschen, die Kinder haben, eine Stigmatisierung und haben Angst, dass eingegriffen wird und ihnen das Jugendamt die Kinder wegnimmt. Das heißt, auch hier müssen wir zu einer Normalisierung kommen, damit die Angst vor einem Wegnehmen oder vor einem Eingreifen nicht im Vordergrund steht, sondern klar ist: Es gibt freiwillige Hilfen und anonyme Angebote, also Möglichkeiten zur Unterstützung und nicht zur Einflussnahme, sodass es auch nicht zu einer Entfremdung kommt, die in solchen Fällen entstehen kann.

Wir brauchen Hilfen, die auf die jeweilige Situation der Familie ausgerichtet sind: Jugendhilfe, sozialpädagogische Hilfen, Familienhilfe, spezielle Angebote für Kinder. Das ist vorrangig notwendig und kann in vielen Fällen eine Verschlimmerung oder Verschlechterung der Situation der Kinder verhindern. Wir brauchen Hilfen, die vertraulich, anonym und ohne Wartezeiten sind. Nach wie vor gibt es im System der Jugendhilfe Wartezeiten; sie sind ein Problem. Wir brauchen in den Fällen, in denen es notwendig ist, psychotherapeutische und psychiatrische Hilfe. Ich möchte ausdrücklich sagen, dass das ein kleiner Ausschnitt ist. Aber wir können nicht zu der Verallgemeinerung kommen: Jedes Kind braucht Hilfe.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Forderungen sind klar: Aufbau eines funktionierenden Netzwerks für die Prävention, niedrigschwellige Hilfen, Nutzung gemeindepsychiatrischer Strukturen, Zusammenarbeit mit den anderen Hilfesystemen verbessern, also gerade die Kooperation mit Einrichtungen der Jugendhilfe, mit den Einrichtungen der Behindertenhilfe, mit Schulen und Kindergärten. Da muss die Vernetzung einfach besser sein. Wir brauchen die Sicherung der Finanzierung der Hilfen und natürlich auch eine verstärkte interdisziplinäre Zusammenarbeit.

Ich appelliere an alle, dass wir die Diskussion im Ausschuss wirklich offen und gemeinsam führen und nicht das von mir anfangs beschriebene Risiko der Stigmatisierung und Psychiatrisierung eingehen. Dies würde den Kindern nicht helfen, sondern, wie wir heute schon an anderer Stelle diskutiert haben,

die Lebensperspektive der Kinder auf eine schiefe Bahn bringen, auf der sie keine Chance haben. Deswegen hoffe ich, dass wir diesen Prozess im Ausschuss gemeinsam noch ein Stück anders gestalten können.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Frau Steffens. – Die Landesregierung wird durch den Minister Herrn Laumann vertreten.

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die bisherige Debatte über die Situation von Kindern psychisch erkrankter Eltern hat deutlich gemacht, dass die Maßnahmen, die wir in diesem Bereich ergreifen müssen, einen ganzheitlichen Ansatz erfordern. Nur so kann allen Aspekten der vielschichtigen Probleme von Kindern in dieser schwierigen Lebenssituation angemessen Rechnung getragen werden.

Es ist daher wichtig, die besonderen Problemlagen von Kindern von Patientinnen und Patienten in allen Behandlungszusammenhängen der psychischen Versorgung grundsätzlich zu sehen und zu berücksichtigen. Dazu gehört auch, die Kinder in die sogenannte Angehörigenarbeit einzubeziehen.

Der Antrag fordert ein Landesprogramm, das ausschließlich auf die Schaffung spezieller Anlaufstellen für diese Kinder an psychiatrischen Fachkliniken gerichtet ist. Ich glaube, dass diese Forderung zu kurz greift. Unser vorrangiges Ziel ist es, Kinder und Jugendliche bei der Bewältigung ihrer Probleme zu unterstützen. Dazu gehört die Förderung von Eigenverantwortung, Selbstvertrauen, Konfliktfähigkeit und sozialer Kompetenz. Dabei hat die Kooperation zwischen der Jugendhilfe und dem Gesundheitssystem eine ganz besondere Bedeutung. Gerade im Zusammenhang mit dem Auftrag, die Kinder und Jugendlichen zu fördern, sind bereits Formen des Zusammenwirkens zwischen ihr und der Psychiatrie entstanden. Schon heute gibt es für diese Zielgruppe bewährte Ansätze der Jugendhilfe wie die sozialpädagogische Familienpflege oder auch die zeitweise Unterbringung der Kinder in einer Pflegefamilie oder einer Einrichtung.

Im Dialog mit den behandelnden Ärzten werden entsprechende Maßnahmen auf der Grundlage eines Hilfeplanes veranlasst. Weitere Möglichkeiten wirksamer Hilfen werden derzeit entwickelt. So führt mein Ministerium unter Beteiligung des Jugendministeriums ein zweijähriges Modellprojekt an drei Standorten, in Dortmund, Herten und Lengerich, durch. Ziel dieses Präventionsprojektes ist es, gefährdete Kinder besser und schneller zu erreichen, um sie bei ihrer körperlichen, seelischen und geistigen Entwicklung bedarfsgerecht zu unterstützen. Im Rahmen dieses Projektes entwickelt und erprobt die

Katholische Fachhochschule Paderborn ein zielgruppenspezifisches Präventionskonzept auf der Basis aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Auch das Präventionskonzept besteht aus Bausteinen, die je nach Bedarf, Problemlage sowie örtlicher und institutioneller Anforderungen speziell zusammengestellt und eingesetzt werden können. In diesem Zusammenhang werden auch neue Ansätze erprobt, die neben der Weiterentwicklung zielgruppenspezifischer Informationen insbesondere den Ausbau und die Verbesserung der Kooperationsstrukturen zwischen der Jugendhilfe und der Erwachsenenpsychiatrie fördern.

Im Übrigen glaube ich, dass es sehr darauf ankommt, dass wir diese Kooperation verbessern und die Schnittstellen besser miteinander verzahnen, um mit den bestehenden Budgets, die wir in diesem Bereich schon haben, effektiver umgehen zu können, anstatt immer auf neue Institutionen und neue Programme zu setzen.

Ein wesentliches Ziel ist es, die Zusammenarbeit der Berufe und der Einrichtungen verbindlich und nachhaltig zu gestalten. Hierzu soll zum Beispiel eine Mustervereinbarung über die Kooperation entwickelt und erprobt werden. Die Ergebnisse des Modellprojektes sollen im Frühjahr 2010 im Rahmen einer Fachtagung bekannt gemacht und diskutiert werden. Teilnehmen sollen Vertreter der öffentlichen und freien Jugendhilfe, der stationären psychiatrischen Einrichtungen und der niedergelassenen Psychiater, Psychotherapeuten und Psychiatriekoordinatoren sowie die Sozialpsychiatrischen Dienste der Kommunen. Diese Veranstaltung soll Impulse für eine bessere Vernetzung der beteiligten Institutionen geben. Gleichzeitig soll sie zur landesweiten nachhaltigen Einführung neuer Präventions- und Hilfeansätze in den bestehenden Versorgungsstrukturen für Kinder psychisch erkrankter Eltern beitragen.

Der Antrag betrifft ein Thema, das die Landesregierung, wie Sie sehen, bereits sehr ernst nimmt. Wir sind auf ganz konkretem Wege, die Verzahnung in diesem Bereich besser hinzubekommen. Deswegen glaube ich, dass wir auch dieser schwierigen Problematik in Nordrhein-Westfalen mit einem noch besser in sich verzahnten Hilfesystem begegnen können. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir können abstimmen.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/9271** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration**. Die abschließende Beratung und die Abstimmung sollen im federfüh-

renden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisung zu? – Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Der Antrag ist einstimmig so überwiesen.

Wir kommen zu:

## **8 Hochschulpakt II darf nicht scheitern – genügend Studienplätze für die nächste Generation schaffen**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/9261

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/9320

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Frau Dr. Seidl das Wort.

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Für alte Autos zahlt der Staat, für die Unis fehlt das Geld“ – so titelte die „Zeit“ am 14. Mai.

In der Tat muss man sich an den Kopf fassen, wenn man sieht oder wenn man hört, wie sich die gesamte Finanzministerkonferenz unter Vorsitz unseres Landesfinanzministers Linssen, im Übrigen zum Vorschlag der GWK für die zukünftige Hochschulfinanzierung verhalten hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist kein gutes Vorzeichen, liebe Kolleginnen und Kollegen, denn wenn der Hochschulpakt II bei der Ministerpräsidentenkonferenz am 4. Juni scheitert, dann wird die nächste Generation von Studienberechtigten vor geschlossenen Hörsaal Türen stehen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an die jetzt schon miserablen Zahlen für Nordrhein-Westfalen erinnern. Mehr als 80.000 junge Menschen haben im letzten Jahr bei uns in Nordrhein-Westfalen ein Studium aufgenommen. Das klingt zunächst gut. Wenn man aber weiß, dass es im Jahre 2008 insgesamt 118.000 junge Menschen gab, die bei uns eine Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, dann sieht das schon weniger gut aus. Denn 83.000 von 118.000 sind gerade mal 70 % – und das ist im bundesweiten Vergleich nicht nur Mittelmaß, sondern leider sogar unteres Mittelmaß.

Dabei waren wir in Nordrhein-Westfalen schon mal deutlich weiter, liebe Kolleginnen und Kollegen. Im Jahre 2005 nämlich hatten wir ebenfalls etwas mehr als 80.000 Studienanfängerinnen bei uns, allerdings bei deutlich weniger Studienberechtigten. Über 78 % betrug die Quote damals. Damit war Nordrhein-Westfalen in der Spitzengruppe. Und diese

hervorragende Position ist dank der abschreckenden Hochschulpolitik von Schwarz-Gelb zunichte gemacht worden.

Sie hatten nichts Eiligeres zu tun, als Studiengebühren einzuführen, womit Sie den jungen Menschen aus finanziell schwierigen Verhältnissen, denen wir mit unserer rot-grünen Schulpolitik gerade die Chance für ein Studium eröffnet hatten, die Tür wieder vor der Nase zugeschlagen haben.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– So einfach ist das. Rot-Grün hat die Türen aufgemacht, Herr Lindner, und Schwarz-Gelb hat sie wieder zugeschlagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Ergebnis war der Einbruch der Übergangquote von fast 80 % auf unter 70 %. Dann nützt es auch nichts, den leichten Anstieg der letzten Jahre schönzureden, Herr Lindner. NRW ist in diesem Punkt unter Ihrer Verantwortung ins untere Mittelfeld abgerutscht. So sieht es aus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich dann noch etwas zur jetzt anvisierten Ausstattung des Hochschulpaktes II sagen. 6.500 € pro Studienplatz sind in der zweiten Phase des Hochschulpaktes vorgesehen. Das ist immerhin mehr als beim Hochschulpakt I und – so gesehen – schon mal ein Vortritt. Wenn man aber die Pressemitteilung zur Kabinettsentscheidung von vor kurzem liest, dann kann man auch daran wieder Zweifel bekommen. 1,8 Milliarden € sind für 90.000 zusätzliche Studienanfänger vorgesehen. Das sind 20.000 € pro Kopf auf vier Jahre verteilt, also 5.000 € pro Studienplatz und -jahr. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird bei weitem nicht ausreichen.

Zum Vergleich: Ein Studienplatz in Aachen kostet 10.500 €, an der Uni Bochum 7.942 €, und im Mittel aller Hochschulen kostet ein Studienplatz in Nordrhein-Westfalen derzeit 9.108 €. Deshalb befürchte ich, dass wir in ein paar Jahren genauso resigniert auf diese zweite Phase des Hochschulpakets zurückblicken werden wie auf die eben beschriebene erste Phase. Wir müssen dann feststellen, dass die hohen Ziele, die da jetzt verkündet werden, bei weitem nicht erreicht werden.

Wir erwarten deshalb von der Landesregierung eine eindeutige Positionierung für einen gut ausgestatteten Hochschulpakt und hoffen, dass auch Herr Rüttgers nächste Woche ein vorzeigbares Ergebnis von der Ministerpräsidentenkonferenz mitbringt.

Zukunft ist jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb darf der Hochschulpakt II erstens auf keinen Fall verschoben werden, und zweitens muss er sowohl quantitativ als auch qualitativ angemessen ausgestattet sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Dr. Brinkmeier.

**Dr. Michael Brinkmeier (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen, wie wichtig es ist, angesichts der zu erwartenden Anstiege der Studierendenzahlen in den kommenden Jahren, genügend Studienplätze bereitzustellen. Wir wissen auch, wie schwierig es ist, in diesem Bereich im Bund-Länder-Konzert gemeinsam eine Lösung zu finden, die diesem Ziel, den Interessen der jeweiligen Länder, den Interessen des Bundes und den fiskalischen Vorgaben, formuliert durch die Finanzminister, gerecht werden kann. Und bei all dem können wir nur schwer prognostizieren, wie viele Studierende denn tatsächlich in den nächsten Jahren kommen werden.

Um so mehr begrüße ich es – das sollten wir alle gemeinsam tun –, dass es Bund und Ländern ein zweites Mal mit dem Hochschulpakt II gelungen ist, hier eine Vereinbarung zu treffen.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Es ist nicht nur der Hochschulpakt II, es ist auch die Vereinbarung zur Exzellenzinitiative und zum Thema Forschungsförderung. Beim Hochschulpakt II wird es so sein, dass wir in den Jahren 2011 bis 2015 aus diesen Mitteln 90.000 zusätzliche Studienanfänger hier in Nordrhein-Westfalen finanzieren können. Dafür erhalten unsere Hochschulen 1,8 Milliarden €. Sie sind hälftig vom Land und vom Bund finanziert.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, es ist nicht selbstverständlich, dass das gemeinsam erreicht worden ist, und zwar über alle Länder hinweg. Das ist ein großer Erfolg, das sollten wir entsprechend honorieren.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Es liegen uns im Plenum zwei Anträge vor, die diesen Erfolg madigreden wollen. Da steht dann drin: zu wenig Geld. Da steht drin: Der Abschluss des Paktes ist noch gar nicht sicher. Da steht drin: Die Hochschulen machen auch vielleicht nicht mit.

Dann frage ich: Wo sind wir denn? Worüber reden wir denn hier? Wir können fest davon ausgehen, dass in der kommenden Woche am 4. Juni dieser Pakt von den Ministerpräsidenten der Länder und von der Bundeskanzlerin unterschrieben wird.

Wir können auch, wenn es ums Geld geht, immer sagen: Es ist zu wenig drin. Frau Kollegin Seidl hat zwar in dem Antrag konzedierte, dass sie schon mehr Geld im Hochschulpakt II als im Hochschulpakt I vorgefunden hat. Angesichts der Rahmenbedingungen haben wir hier meiner Meinung nach schon ein ziemliches Optimum erreicht. Das Ideale

ist, dass die Ministerpräsidenten sich auch tatsächlich dazu verpflichten werden. Das heißt, wir im Land Nordrhein-Westfalen – was jedenfalls die Koalitionsfraktionen betrifft – werden das als Haushaltsgesetzgeber entsprechend unterstützen. Ich bin auch ganz sicher, dass die Hochschulen das entsprechend mittragen und unterstützen werden. In den Gesprächen, die ich mit Vertretern der Hochschulen führe, sagt man: Ja klar, wir müssen immer mit dem Leben, was da ist. Aber wir werden versuchen, möglichst viele Studierende zu bekommen.

Die Hochschulen wissen nämlich ebenfalls, dass darin eine Chance liegt, sich tatsächlich zu etablieren – auch in dem Wettbewerb, den die Hochschulen untereinander haben –, und dass sie dadurch nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch deutschlandweit dauerhaft ein gewisses Standing in der Hochschullandschaft erreichen können.

Der Hochschulpakt II ist nur ein Baustein unter vielen, mit denen wir versuchen, das Hochschulland Nordrhein-Westfalen attraktiv und eben auch leistungsfähig zu machen, vor allem im Hinblick auf die Studienplätze.

Wir haben heute Vormittag unter anderem über das Thema „Fachhochschule für Gesundheitsberufe“ gesprochen, bei dem es um 1.000 zusätzliche Studienplätze geht. Wir haben drei neue Fachhochschulen gegründet. Auch darüber haben wir hier mehrfach debattiert.

Es ist ein Baustein, der zu den anderen kommt, mit dem wir unserem Ziel, den Studierenden tatsächlich die notwendigen – und zwar qualitativ gute – Plätze bereitzustellen, näher kommen werden.

(Beifall von der CDU)

In Nordrhein-Westfalen wollen wir erreichen, dass diejenigen, die studieren können und wollen, tatsächlich auch einen Studienplatz bekommen. Das werden wir unterstützen. Wir bitten darum, dass das hier gemeinsam getragen wird. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Dr. Brinkmeier. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Schultheis.

**Karl Schultheis<sup>3)</sup>** (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Brinkmeier, ich kann zumindest für den Entschließungsantrag der SPD sagen – ich habe gerade noch einmal draufgeschaut –: Ich wüsste nicht, wo wir dort meckern.

Es geht einfach darum, die Kritik und die Warnungen, die in der Öffentlichkeit formuliert worden sind, auch aufzunehmen. Die Warnungen, die gerade aus der Finanzministerkonferenz an die Öffentlichkeit gelangt sind, beziehen sich auf das, was wir

gemeinsam wollen. Ich glaube, das wird hier niemand bestreiten: Wir wollen, dass es einen Hochschulpakt II gibt. Wir wollen, dass die Exzellenzinitiative fortgeführt wird. Und wir wollen auch, dass der Pakt für Forschung weitergeführt wird. Das steht außer Frage.

Es geht darum, wie diese drei Sonderprogramme finanziert werden. Es ist deutlich geworden, dass es hier durchaus Meinungsdivergenzen gibt zwischen denjenigen, die die Wissenschaft in den Regierungen vertreten, und denjenigen, die für die Finanzen zuständig sind. Das ist unabhängig von der Parteilinie; Herr Wowerit hat sich da ähnlich wie andere geäußert.

Deshalb will ich das in das Gesamtbild der Politik einordnen, was hier zurzeit ebenfalls eine Rolle spielt. Das machen wir mit unserem Entschließungsantrag auch. Es geht insbesondere darum, wie wir nachhaltig, über lange Jahre, das finanzieren, was wir hier auf den Weg bringen wollen.

Ich muss Ihnen einfach sagen: Wenn ich an die selbst ernannte Freiheitsstatue der FDP und deren steuerpolitische Vorstellungen denke – manchmal erinnert der mich aber mehr an das Manneken Pis in Brüssel –,

(Beifall von der SPD)

stelle ich fest, das passt nicht in diese Landschaft. Die steuerpolitischen Vorstellungen einiger in der CDU und vieler in der FDP passen nicht zu dem, was erforderlich ist, wenn es darum geht, die wichtigen Sonderprogramme gerade im Bildungs- und Wissenschaftsbereich nachhaltig zu finanzieren.

Wir müssen darüber nachdenken, wie wir gemeinsam dafür Vorsorge treffen, dass diese Programme und die Vereinbarung dazu in der Tat am 4. Juni unterschrieben werden können. Wir wollen das jedenfalls.

Wir wollen natürlich auch, dass überprüft wird, ob das Geld, das hier seitens der Länder und des Bundes eingesetzt wird, zielgerichtet genutzt wird. Beim Hochschulpakt II haben wir Zweifel – da hat Kollegin Dr. Seidl recht –, dass das vereinbarte Ziel, nämlich 26.375 zusätzliche Studienplätze für Studienanfängerinnen und -anfänger bis 2010 bereitzustellen, wirklich erreicht wird. Wir haben nachgerechnet: Es fehlen noch immer 10.000 Studienplätze. Sie wissen, 2010 ist nächstes Jahr.

Nun frage ich mich: Wie erreichen wir das, auch wenn es darum geht, im Endeffekt mit dem Bund abzurechnen? Wir stehen nämlich auch in der Pflicht, die Vereinbarung einzuhalten. Wie schaffen wir es, dass wir nachher nicht noch Geld, das schon längst eingesetzt worden ist, an den Bund zurückgeben müssen? Ich bitte die Landesregierung, da wirklich genau hinzuschauen, damit wir hier nicht in eine Bredouille geraten, die wir uns nicht erlauben können.

Nochmals: Wir wollen, dass es die drei Sonderprogramme gibt, und wir werben bei unserem Bundesfinanzminister dafür, dass er, was die Bundesseite betrifft, diese Verpflichtung mit eingeht.

Aber wir sagen klipp und klar: Eine Steuerpolitik, wie sie von Teilen der CDU und insbesondere von der FDP – in Richtung Bundestagswahlkampf, das muss man dazusagen – hier formuliert wird, ist absolut kontraproduktiv. Das können wir uns nicht leisten.

(Beifall von der SPD)

Wir würden uns freuen, wenn es ginge. Das ist gar keine Frage. Das ist bei allen Menschen so – auch bei Abgeordneten –, wenn es um das Zahlen von Steuern geht: Da zahlt man lieber weniger als mehr. Keine Frage; das bestreite ich nicht.

Aber hier geht es darum, in einer finanzpolitisch und wirtschaftspolitisch schwierigen Zeit die richtigen Akzente zu setzen. Wir wollen das, und wir wollen das auch gemeinsam tun.

Wir bitten Sie, unserem Entschließungsantrag, gerade weil er auch die steuerpolitische Komponente des Problems herausstellt, zuzustimmen. Bei dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen wird sich die SPD-Fraktion enthalten – es geht um eine direkte Abstimmung –, weil dieser Aspekt für uns hier nicht ausreichend bewertet worden ist. Ansonsten teilen wir die Forderungen, die in diesem Antrag formuliert worden sind. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Schultheis. – Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Lindner das Wort.

**Christian Lindner (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Das Landeskabinett hat am Dienstag dieser Woche den Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen zu den drei Programmen von Bund und Ländern beschlossen, nämlich zum einen die Beteiligung des Landes am Hochschulpakt II, der vorsieht, bis 2015 in Nordrhein-Westfalen 90.000 Studienplätze zu schaffen, zum anderen die Fortsetzung der Exzellenzinitiative, die, wie bisher, drei Programmsäulen haben wird: Graduiertenschulen, Exzellenzcluster und die Zukunftskonzepte.

Drittens hat das Kabinett dieses Landes beschlossen, dass auch der Pakt für Forschung und Innovation fortgeführt wird, mit dem die großen Forschungsorganisationen, unter anderem die Max-Planck-Gesellschaft und die DFG, unterstützt werden.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat seine Hausaufgaben also bereits gemacht, wenn es darum geht,

Zukunftsinvestitionen in neue Studienplätze und in eine wirksame Forschung freizumachen.

Hier in Nordrhein-Westfalen, Herr Schultheis, gibt es diesen Gegensatz, von dem Sie gesprochen haben, zwischen den Finanz- und Wissenschaftspolitikern nicht.

(Karl Schultheis [SPD]: Darauf kommen wir zurück, Herr Lindner!)

Hier hat es nicht einen Finanzminister wie Herrn Steinbrück in Berlin gegeben, der diese Fragen zunächst einmal unter einen Generalvorbehalt gestellt hat.

(Zuruf von Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

Hier in Nordrhein-Westfalen hat – anders als Ihr SPD-Finanzminister in Berlin – kein Finanzminister gesagt, man wolle bis nach der Bundestagswahl abwarten – dabei kann man sich ja etwas denken –, bis man entsprechende Mittel freigibt. – Das hat es hier nicht gegeben.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir haben auch in haushaltspolitisch schwieriger Zeit unsere Hausaufgaben gemacht und haben diesen scheinbaren Interessens- und Bewertungsgegensatz nicht aufkommen lassen, Herr Schultheis.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Insofern richten Sie Ihre Bedenken und Appelle nach Berlin an Ihren eigenen Parteifreund Peer Steinbrück.

Sie haben versucht, diese Debatte über den Hochschulpakt II für eine steuerpolitische Diskussion zu missbrauchen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Christian Lindner (FDP):** Nein, die gestatte ich jetzt nicht, weil ich nun zu dem Teil komme, den Herr Schultheis hier neu aufmachen wollte.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Sie müssen das nicht begründen. Danke schön.

**Christian Lindner (FDP):** Ich möchte nämlich über die Steuerpolitik sprechen. Herr Schultheis hat mit der SPD den Versuch unternommen, diese Debatte von einer forschungspolitischen in eine steuerpolitische Debatte umzuprägen.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Ja, lieber Herr Schultheis, die Diskussion führen wir gerne mit Ihnen. Ihr Antrag ist ja schon bezeichnend. Denn – man muss es den Damen und Herren

auf der Tribüne ja einmal zur Kenntnis geben – in Ihrem Antrag heißt es – Zitat –:

Die steuerpolitische Debatte von CDU und FDP, die Steuergeschenke für die kommende Legislaturperiode verspricht, geht zu Lasten der Bildungschancen ...

Was ist das eigentlich für eine Denke, von Steuergeschenken zu sprechen?

(Beifall von der CDU – Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Was ist das für ein Wort: Steuergeschenke? Wessen Geld ist das eigentlich? – Ist das das Geld der Politik? Ist das das Geld von Herrn Steinbrück? Oder ist das nicht das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler? – Das sind keine Steuergeschenke!

(Beifall von FDP und CDU)

Das Geld gehört den Menschen, wir sind nur Treuhänder. Sie entlarven sich schon mit Ihren Worten. Was für eine Denke haben Sie? Staatsfetischist!

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Im Übrigen sage ich Ihnen ein Weiteres, sehr verehrter Herr Schultheis: Wenn Sie sich schon so auf Konservative und Liberale in der Steuerdiskussion konzentrieren, dann sagen Sie einmal, Herr Schultheis, ob es eigentlich noch die Internationale der Sozialdemokratie gibt. Stehen Sie da eigentlich noch im Austausch? Nehmen Sie das noch wahr? Oder haben Sie nur noch Scheuklappen, die auf Deutschland gerichtet sind?

Wenden Sie Ihren Blick doch einmal nach Österreich. In Österreich hat eine große Koalition unter Führung der SPÖ, der Sozialdemokraten, die Konjunktur durch eine Einkommensteuerreform belebt, mit der die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler um 1 % der Wirtschaftsleistung entlastet worden sind. Bezogen auf Deutschland wäre das eine Entlastung von 24 Milliarden €. Das beschließen in Österreich Sozialdemokraten, während Sie hier nur den Mut für Steuererhöhungen haben, Herr Schultheis.

(Karl Schultheis [SPD]: Ach!)

Das ist doch Ihre Politik. Sie plakatieren hier immer die Finanzhaie. Wer ist denn in Wahrheit der Finanzhai? – Das sind doch die Finanzminister, die seit 1998 hier in Deutschland Verantwortung getragen haben und die nichts anderes zu tun hatten, als das Geld der Menschen neu einzusammeln und in die staatliche Umverteilungsmaschinerie zu geben.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)**

Ich trage Ihnen einen letzten Gedanken vor, Herr Schultheis. Weil Sie von der Voraussetzung ausgehen, dass Steuersenkungen zu Mindereinnahmen beim Staat führen

(Das Ende der Redzeit wird signalisiert.)

– ich bin sofort am Ende meiner Rede, Frau Präsidentin –, kann ich Ihnen nur sagen, dass dies eine Milchmädchenrechnung ist. Da sollte Sie Hans Eichel belehren haben.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Die letzte Steuerreform von Hans Eichel, die wir übrigens über Rheinland-Pfalz unter Regierungsbeteiligung im Bundesrat damals erst möglich gemacht haben, diese rot-grüne Steuersenkungspolitik, hat auch dazu geführt, dass die Steuereinnahmen in den Jahren danach gestiegen sind. Wissen Sie auch warum, Herr Schultheis? – Weil es sich gerade für die Menschen mit kleinem Einkommen wieder gelohnt hat, ehrlich zu arbeiten.

(Horst Becker [GRÜNE]: Wie lange darf der reden?)

Denn die Schwarzarbeit, die in Deutschland 370 Milliarden € beträgt, ist zurückgegangen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Jedes Mal!)

Wer wie Sie zu hohen Steuern gerade von Geringverdienern kassieren will, der sorgt dafür, dass sich die Menschen nicht ehrlich machen, sondern lieber in der Schwarzarbeit verbleiben.

Wir haben lieber niedrige Steuersätze, die dann gezahlt werden. Da hat am Ende sogar der Staat etwas von.

Deshalb: Ihr Versuch, aus einem forschungspolitischen Antrag eine steuerpolitische Diskussion zu machen, ist gescheitert.

(Reinhard Jung [SPD]: Außer schreien können Sie wohl nichts!)

Das war intellektuell beschämend. Das ist gescheitert. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lindner. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Sommer das Wort.

Bevor Sie das Wort ergreifen, Frau Ministerin, noch ein Hinweis: Der Abgeordnete Lindner hat vorhin ausdrücklich gesagt, dass er keine Zwischenfragen zulassen will. Deswegen sind auch die weiteren Zwischenfragen nicht mehr aufgerufen worden. – Bitte schön, Frau Ministerin.

**Barbara Sommer,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Namen von Herrn Minister Pinkwart teile ich Ihnen gerne Folgendes mit:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat ihren Antrag zu Tagesordnungspunkt 8 mit „Hochschulpaket II“ darf nicht scheitern – genügend Studienplät-

ze für die nächste Generation schaffen“ betitelt. – Ich kann Ihnen da nur zustimmen. Der Hochschulpakt II darf nicht scheitern, und an der Landesregierung Nordrhein-Westfalens wird er auch ganz bestimmt nicht scheitern. Da ist sich das Kabinett absolut einig. Das dürften Sie auch unserem Kabinettsbeschluss von Dienstag entnommen haben.

Natürlich stehen die Umsetzungen von Maßnahmen – sofern haushaltsrelevant – immer unter dem Vorbehalt der Bewilligung der Mittel durch den Haushaltsgesetzgeber – also durch Sie, das Parlament. Letztlich entscheiden somit Sie durch die Bereitstellung von Haushaltsmitteln, ob der Hochschulpakt II kommt oder nicht.

Eine darüber hinausgehende Einschränkung der Planungssicherheit für die Hochschulen, wie sie von Bundesfinanzminister Steinbrück bislang vertreten wird, hält die nordrhein-westfälische Landesregierung im Interesse des doppelten Abiturjahrgangs nicht für zumutbar.

Die Verwaltungsvereinbarung zur Fortsetzung des Hochschulpaktes, die in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz am 22. April in Berlin beschlossen wurde, soll nach unserem Willen am 4. Juni von den Regierungschefs von Bund und Ländern unterschrieben werden. Um Jürgen Rüttgers' Unterschrift müssen Sie sich ganz bestimmt keine Sorgen machen. Ihre Unterstellung, der Abschluss des Hochschulpaktes II sei schon einmal verschoben worden, entbehrt im Übrigen jeder Grundlage. Der Zeitplan ist unverändert.

Auch Ihre Behauptung, die Zielzahl des Hochschulpaktes II mit 275.000 zusätzlichen Studienanfängern sei zu niedrig, führt in die Irre. Denn diese Zielzahl basiert auf anerkannten Prognosen der offiziellen KMK-Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen bis 2020. Bei dieser Zielzahl – damit Sie das nachvollziehen können – handelt es sich um einen rechnerischen Saldo, der sich einerseits aus dem Aufwuchs ergibt, der für die westdeutschen Flächenländer prognostiziert wird, und andererseits aus dem Rückgang in den neuen Bundesländern. Das heißt zwar, dass man für Westdeutschland einen höheren Bedarf erwarten darf als diese 275.000 Studienplätze. Insgesamt geht die KMK von circa 325.000 Plätzen aus. Ein beträchtlicher Teil dieses Anstiegs soll aber durch die freierwerdenden Studienkapazitäten in Ostdeutschland aufgefangen werden.

Wie sieht es konkret in Nordrhein-Westfalen aus? – In den Jahren 2011 bis 2015 erwarten wir 90.000 zusätzliche Studienanfänger. Hier schlägt auch der doppelte Abiturjahrgang zu Buche. Für genau diese 90.000 Studienanfängerplätze wollen wir am 4. Juni Planungssicherheit schaffen. Wir sichern den Hochschulen die benötigten Mittel also verbindlich zu. Sie werden 1,8 Milliarden € für den Ausbau erhalten, die Hälfte davon aus Landesmitteln.

Im Zeitraum 2016 bis 2020 erwarten wir weitere 50.000 bis 70.000 Studienanfänger. Diese Zielzahl von bis zu 160.000 zusätzlichen Studienanfängern bis zum Jahr 2020 wird von der Landesregierung, wie Sie wissen, bereits seit mehr als einem Jahr in den Landesplanungen zugrunde gelegt.

Meine Damen und Herren, Sie wissen sehr gut, was wir hierzulande alles tun, damit Schulabsolventen mit Fachhochschulreife endlich wieder ausreichende Studienmöglichkeiten vorfinden. Wir bauen deshalb unsere Fachhochschullandschaft aus. Wir erweitern das Angebot an dualen Studiengängen. Deshalb werden unsere Studierendenzahlen aller Voraussicht nach sogar noch stärker steigen, was ich sehr begrüße.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Dass bei uns noch mehr Studierende hinzukommen werden, ist im Rahmen des Hochschulpaktes II schon eingeplant. Die jährlichen Voraussetzungen werden in jedem Fall an die aktuelle Entwicklung bei den tatsächlichen Anfängerzahlen angepasst.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich höre Sie hinter meinem Rücken räuspern. Herr Prof. Pinwart hat für meinen Vorlesevortrag weitere drei Seiten vorgesehen. Offensichtlich bin ich eine langsamere Vortragende. Deswegen schließe ich mit dem Satz: Und die Landesregierung wird alles dafür tun, dass der Pakt auch in die Realität umgesetzt wird. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt weitere Wortmeldungen. Zunächst hat sich der Abgeordnete Schultheis gemeldet, der an sich keine Redezeit mehr gehabt hätte. Da die Ministerin für die Landesregierung die Redezeit allerdings leicht überzogen hat, hat Herr Schultheis jetzt noch eine Minute Redezeit.

**Karl Schultheis<sup>\*)</sup>** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bitte, die Automatik hier zu überprüfen. Hier stand nämlich noch eine Minute, als ich das Rednerpult verlassen habe.

Ich will nur die Chance nutzen, meine Zwischenfrage zu formulieren, Herr Lindner. Bei der Art und Weise, wie Sie sich geriert und Ihre Österreichkenntnisse vorgetragen haben, frage ich Sie, ob Sie bereit sind, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen und nicht in Kärnten sind. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Unruhe und Zurufe von CDU und FDP: Pfui!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schultheis. – Als nächste Red-

nerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Dr. Seidl das Wort, die auch noch reguläre Redezeit ihrer Fraktion in Anspruch nehmen kann. Bitte schön, Frau Kollegin Dr. Seidl.

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur eine Frage stellen und einige Anmerkungen machen.

Herr Lindner, wenn Sie Herrn Schultheis einen „Staatsfetischisten“ nennen, wie nennt man dann Sie?

(Bodo Wißen [SPD]: Neoliberales Krokodill!)

Würde man dann nicht sagen, Sie sind ein Privatisierungsfetischist?

Ich frage mich auch, wie man das nennt, wenn eine Partei gestern Morgen die Jagdsteuer mit abgeschafft hat, ob man das nicht Klientelpolitik nennt. Gerade vor dem Hintergrund der Situation des Landes ist das doch die richtige Antwort auf Ihre Fragen eben.

Wie effektiv Ihr Fachhochschulausbau ist, zeigen ganz aktuell Ihre Zahlen, Frau Sommer, zu den neu zu gründenden Fachhochschulen. Sie haben immer behauptet, diese Hochschulen könnten sofort in Betrieb gehen. Wie viele Studierende sind es denn im Augenblick in Mülheim? – Gerade einmal 40 werden zu diesem Wintersemester aufgenommen. Mit einem solchen Programm wollen Sie im Jahr 2013 70.000 neue Studienanfänger in den Hochschulen aufnehmen? – Das ist doch pure Augenwischerei.

Und wie ernst Sie es mit der Bildungsgerechtigkeit, mit mehr Chancen für viele meinen, das sieht man daran, wie Sie den ersten Hochschulpakt bei uns umgesetzt haben. Damals hatten Sie nämlich 3.691 zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger für das Jahr 2007 eingeplant. Aber herausgekommen ist stattdessen ein Minus in Höhe von 3.335.

(Beifall von GRÜNEN und Wolfram Kuscke [SPD])

So weist es der erste Umsetzungsbericht der GWK aus. Das sind die Zahlen. Also 7.000 unter Plan in NRW. Und Reaktionen von Ihrer Seite aus? – Fehl-anzeige!

Dabei liegen die Ursachen auf der Hand – ich sage es noch einmal –: Studiengebühren, Zulassungsbeschränkungen, zu geringe Mittelausstattung – alles Punkte, wo Sie hätten handeln können. Aber getan haben Sie nichts.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Kollegin, ich darf Sie bitten, Ihre kurze Zwischenfrage zum Schluss zu bringen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE):** Ich komme zum Schluss. – So darf es nicht weitergehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen fordern wir Sie noch einmal auf, dafür zu sorgen, dass der Hochschulpakt II nicht wieder ein Sparpakt wird, der von den Hochschulen nicht angenommen wird. Wir erwarten von Ihnen eine eindeutige Positionierung für einen gut ausgestatteten Hochschulpakt und hoffen nach dem 4. Juni auf ein vorzeigbares Ergebnis. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, aufgrund eines freundlichen Hinweises des Abgeordneten Becker weise ich darauf hin, dass die CDU noch 56 Sekunden Redezeit hat, die SPD ihre Redezeit um 17 Sekunden, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihre Redezeit um 1 Minute 45 Sekunden, die FDP ihre Redezeit um 1 Minute 10 Sekunden und die Landesregierung ihre Redezeit um 1 Minute 24 Sekunden überzogen hat. Das sollte ausgewogen sein.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir auch nach diesem Hinweis nicht vor; ich habe sie auch nicht provozieren wollen. Wir sind damit am Schluss der Beratung zum Tagesordnungspunkt 8.

Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat direkte Abstimmung beantragt, sodass wir zur selbigen kommen können. Erstens stimmen wir über den Inhalt des **Antrags Drucksache 14/9261** ab. Wer dem Inhalt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die vorhandenen Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. –

(Heiterkeit von CDU und FDP)

Gegenstimmen? – Das sind die vorhandenen Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Stimmenthaltungen? – Das sind die anwesenden Abgeordneten der Fraktion der SPD. Der Abgeordnete Sagel ist abwesend. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Zweitens lasse ich über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/9320** abstimmen. Wer dem Inhalt dieses Entschließungsantrages zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die anwesenden Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Das sind die anwesenden Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Damit hat der Entschließungsantrag Drucksache 14/9320 keine Mehrheit im Hause gefunden und ist **abgelehnt**.

Meine liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf:

**9 Luftverkehrskonzept statt Schlingerkurs – Beschäftigte, Investoren und Anwohner müssen wissen, wohin die Reise geht!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/9268

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD dem Abgeordneten Wißen das Wort. Bitte schön, Herr Wißen.

**Bodo Wißen** (SPD): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Marius Müller-Westernhagen singt in seinem Lied „Es geht mir gut“ folgenden Text: „Keine Ahnung, keine Meinung, kein Konzept“. Und weiter singt er: „Mach Dir keine Sorgen, es wird schon weitergehen. Wir werden uns was borgen und wieder jung aussehen.“ So Marius Müller-Westernhagen.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Was Marius Müller-Westernhagen zu der Zeit nicht geahnt hatte, ist, dass er damit die Hymne der luftverkehrspolitischen Inkompetenz der Rüttgers Regierung beschrieben hat.

(Beifall von der SPD- Zurufe von der CDU: Oh!)

– Danke. – Erst sagt man uns vonseiten der Regierung: Wir machen ein völlig neues Konzept. Das, was Rot-Grün gemacht hat, kann man nicht gebrauchen. – Dann hieß es auf einmal: Vielleicht brauchen wir doch kein neues Konzept. Wir können uns noch was borgen – so wie von Müller-Westernhagen beschrieben. Wir überarbeiten mal von Fall zu Fall. Dann sind wir ja viel flexibler. – Jetzt heißt es auf einmal: Wir machen nach der nächsten Landtagswahl eventuell doch ein neues Luftverkehrskonzept. – Geht es vonseiten der Regierung ein bisschen konkreter?

Da sind andere schneller. Just gestern hat das Bundeskabinett ein Flughafenkonzept für ganz Deutschland verabschiedet. Aber welche Konzepte, welche Ideen hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen für das verkehrsreichste Bundesland eigentlich? Wie hat sie sich in diesen Diskussionsprozess eingebracht?

Früher haben NRW-Regierungen verkehrspolitisch großen Einfluss auf Entscheidungen der Bundesregierung gehabt.

(Zurufe von der CDU)

Jetzt erleben wir, dass CDU-Koch einen unsinnigen Flughafen in Nordhessen aus dem Boden stampft und damit unserem Flughafen Paderborn-Lippstadt massiv schaden wird. Und CDU-Rüttgers schafft es nicht, ihn davon abzubringen. Aber es ist klar: Wer keine eigene Vorstellung von seiner eigenen Luftverkehrspolitik hat, der sollte sich nicht über andere beschweren, die ganz offensichtlich durchaus eine

eigene Vorstellung von ihrer Luftverkehrspolitik haben, wie wir es im Fall Hessen gemerkt haben.

(Beifall von der SPD)

Man darf sich nicht wundern, wenn der Bund von seiner Kompetenz Gebrauch macht, um diesen Missstand abzustellen. Durch Ihr Zögern bringen Sie die Landeszuständigkeit, die vom Bund auf die Länder übertragen wurde, in ernstliche Gefahr. Völlig korrekt schreibt die Landesregierung in ihrem Vorwort zur Antwort auf die Große Anfrage 28 der Grünen, die uns kürzlich vorgelegt wurde – ich zitiere –:

Es ist Aufgabe der Verkehrspolitik des Landes, die Voraussetzungen für die Bereitstellung und Weiterentwicklung ausreichender Flughafenkapazitäten in Nordrhein-Westfalen zu schaffen, um im Wettbewerb der europäischen Metropolregionen bestehen zu können.

Das schreibt die Landesregierung.

Wenn das so ist, frage ich die Landesregierung: Warum zögern Sie mit der Aktualisierung? Wann kommen Sie Ihrer eigenen Aufgabenstellung eigentlich nach? Die Noch-Oppositionspartei SPD ist aber serviceorientiert.

(Christof Rasche [FDP]: Seid Ihr demnächst gar nicht mehr im Landtag? Weniger als 5 %?)

Wir erinnern Sie an Ihre Versprechen. Hier einige wenige Beispiele:

Herr Wittke, als er noch Verkehrsminister war, besuchte den Airport Weeze und machte eine Pressekonferenz mit der dortigen IHK. Er hat dort wörtlich gesagt: Der Airport Weeze ist wichtig für die Wirtschaft. Bei der anstehenden Überarbeitung des Luftverkehrskonzeptes NRW wird dies zu berücksichtigen sein. – Später sagte er noch, wann eine neue Luftverkehrskonzeption vorliegen sollte, nämlich Anfang 2009.

Im Juli 2007 sagte derselbe Minister, man arbeite bereits an einer neuen Luftverkehrskonzeption, das Luftverkehrskonzept 2010 sei veraltet. In der Tat – das wundert Sie vielleicht – hat er sogar recht.

Für Weeze beispielsweise war es so, dass in der Luftverkehrskonzeption, die heute immer noch gilt, steht, dass dies ein Militärflughafen der Briten sei, der in eine zivile Nutzung überführt werden soll. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Landesregierung, Sie müssen schon aufwachen. Mittlerweile ist das der drittgrößte Passagierflughafen in Nordrhein-Westfalen. Das müssen Sie erkennen, das müssen Sie aktualisieren, sonst verspielen Sie Chancen in der Region, insbesondere Chancen für Arbeitsplätze.

(Beifall von der SPD)

Noch verrückter wird die Sache, wenn man sich das Beispiel Dortmund anschaut. Für Dortmund fordert das derzeit gültige Luftverkehrskonzept 2010 die Anbindung an den Metrorapid. Das muss man sich mal vorstellen. Das ist dasjenige Verkehrsmittel, das insbesondere Sie, meine Herren von der CDU, erfolgreich bis aufs Blut bekämpft haben. Dies steht in Ihrem Luftverkehrskonzept als Ihre Zieloption für das Luftverkehrskonzept 2010, das Sie immer noch für Ihre Regierungsarbeit – oder wie immer man das nennt, was Sie da machen – benutzen.

Es gäbe noch viele solcher Beispiele. – Am 10. April 2008 sagt Linssen: Wir können die alte Luftverkehrskonzeption 2010 gar nicht nehmen, wir brauchen direkt etwas ganz Neues. – Das war ein neuer Aspekt. Man fragt sich natürlich: Wenn die noch nicht einmal die Fortschreibung hinbekommen, wie wollen sie dann überhaupt ein neues Konzept hinbekommen?

Die luftverkehrspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion hat am 23. Mai 2007 – liebe Frau Kollegin Brüning, Sie werden dazu gleich Stellung nehmen können – folgenden Satz gesagt:

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Wir werden in dieser 14. Wahlperiode über eine Fortschreibung des bestehenden Luftverkehrskonzepts zu beraten und zu beschließen haben. Dabei müssen für uns alle bisherigen und zukünftigen Entwicklungen die Grundlagen der Überlegungen sein.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Wißen, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

**Bodo Wißen (SPD):** Wir als SPD, wir als Opposition erinnern die Regierung an ihre Bringschuld. Machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege, bitte.

**Bodo Wißen (SPD):** CDU-Rüttgers zögert und zaudert, weil der Angst vor den Kommunalwahlen hat und auch davor, wie sich die Diskussion in den Kommunen entwickelt, wenn man mit dem Luftverkehrskonzept beginnt. Das ist kein anderer Grund.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Abgeordneter Wißen, ich weise darauf hin, dass Sie Ihre Redezeit um 1:28 Minuten überzogen haben.

**Bodo Wißen (SPD):** Ich danke Ihnen, Frau Präsidentin, für Ihre Geduld. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Ich wäre dankbar, wenn man zumindest ein Zeichen geben würde, dass man die Hinweise auf das Ende der Redezeit versteht.

**Bodo Wißen (SPD):** Ich dachte, Sie hätten einen Frosch im Hals.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Wißen, ich werde Sie als amtierende Präsidentin in Zukunft gerne auch in der gebotenen Deutlichkeit darauf hinweisen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE] – Rainer Schmeltzer [SPD]: Gelten diese Hinweise auch für Herrn Papke oder nur für Herrn Wißen?)

Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Brüning das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin Brüning.

(Carina Gödecke [SPD]: Das ist wie bei Orgeln! Manche sind gleicher als gleich!)

**Hannelore Brüning (CDU):** Verehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Herr Wißen, hatte man zu Ihrer Regierungszeit schon mal den Eindruck, dass Sten Nadolny mit seinem Buchtitel „Die Entdeckung der Langsamkeit“ Pate stand, so vermittelt der uns heute vorliegende Antrag eher den Eindruck operativer Hektik.

(Bodo Wißen [SPD]: Ach!)

Sie formulieren in Ihrem Antrag einen dringenden Bedarf für ein neues Luftverkehrskonzept für Nordrhein-Westfalen. Dafür gibt es aber überhaupt keinen Anlass: zum einen deshalb, weil in das bestehende Luftverkehrskonzept, das, wie Sie wissen, von allen Fraktionen verabschiedet wurde, kein Verfallsdatum eingebaut ist.

(Bodo Wißen [SPD]: Ja, ist klar!)

Die wesentlichen Grundzüge des Konzepts werden sowohl in 2010 als auch danach noch gelten.

Zum anderen besteht deshalb kein Grund zur Hektik, weil es schon immer gute Tradition war, dass nach dem Ende der Dekade, für die die Luftverkehrskonzepte jeweils Gültigkeit hatten, ein Abschlussbericht vorgelegt wurde.

(Bodo Wißen [SPD]: Ha!)

Das macht Sinn. Denn erst nach der Analyse der Auswirkungen eines solchen Konzepts lässt sich auch wirklich sinnvoll über eine Fortführung oder möglicherweise notwendige Veränderung entscheiden.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Sie selbst, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, sagen in Ihrem Antrag, die NRW-Luft-

verkehrspolitik braucht ein umfassendes Konzept, keine bloße Fortschreibung und vor allen Dingen keine willkürlichen Einzelentscheidungen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Das, bitte schön, ist doch auch nach Ihren Erkenntnissen erst dann möglich, wenn eine vollständige Auswertung der Wirkung des bestehenden Konzepts stattgefunden hat. Dass sich diese Vorgehensweise durchaus bewährt hat, zeigt in diesem Fall die Vergangenheit. Denn nur deshalb konnten sich alle Fraktionen in diesem Hohen Haus gemeinsam auf ein Konzept verständigen.

Insofern, Herr Wißen, haben Sie natürlich recht. Denn erst wegen der Zustimmung aller Fraktionen hat das Luftverkehrskonzept ein Stück weit seine Akzeptanz und natürlich seine Legitimation erreicht.

(Bodo Wißen [SPD]: So ist das!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Abgeordnete.

**Hannelore Brüning** (CDU): Zu Ihrer Passage „Schlingerkurs führt zu Unsicherheit“ kann ich Ihnen nur sagen: reines Wahlkampfgeplänkel.

Durch unsere Beschlüsse in den letzten Jahren haben wir doch wohl deutlich gemacht, dass wir die Flughäfen in Nordrhein-Westfalen als Jobmotoren und somit als Standortfaktoren sehen, die sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region auswirken. Dass der durchaus verständliche Unmut der Flughafenanwohner über die Belastung durch den wachsenden Flugverkehr von uns immer ernst genommen wurde und auch weiterhin wird, bedarf hier wohl keiner weiteren Anmerkung.

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD] – Horst Becker [GRÜNE]: Wodurch wirkt sich das aus?)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Kollegin Brüning, entschuldigen Sie, wenn ich unterbreche. Der Abgeordnete Wißen würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Hannelore Brüning** (CDU): Nein, ich möchte jetzt meine Ausführungen fortsetzen, weil ich meine Redezeit nicht so lange überschreiten will wie Herr Wißen.

(Beifall von CDU und FDP – Bodo Wißen [SPD]: Sie haben Angst!)

Einerseits hat das nichts mit dem Luftverkehrskonzept zu tun, das allerdings Mittel und Wege aufzeigt, den Fluglärm zu minimieren.

Andererseits jedoch, meine Damen und Herren – um nur ein Beispiel zu nennen –, war die Ansiedlung von FedEx am Flughafen Köln/Bonn aus der

Sicht des Investors nicht von der Frage abhängig, ob das Luftverkehrskonzept in Nordrhein-Westfalen schon 2009 fortgeschrieben wird oder erst Ende 2010. Entscheidend war damals vielmehr die Frage der Investitionssicherheit, die auf Grundlage der bestehenden Betriebsgenehmigung für Köln/Bonn gegeben war.

Damit hier kein Zweifel aufkommt: Die genannten Punkte machen keineswegs eine Überarbeitung oder auch Fortschreibung des Luftverkehrskonzepts über das Jahr 2010 hinaus überflüssig, ganz im Gegenteil. Es besteht unbestritten Handlungsbedarf, die Konzeption anzupassen, und zwar zukunfts fest. Dabei jedoch ist es unabdingbar, eine Fülle von nationalen und internationalen Entwicklungen einzubeziehen und zu berücksichtigen. Beispielfhaft nenne ich an dieser Stelle die Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel.

Ich will auch noch einmal ganz deutlich darauf hinweisen, dass wir hier den technischen Fortschritt auch weiter im Blick behalten müssen.

Zusätzlich gilt es natürlich auch, die Interessen des Bundes mit zu berücksichtigen. Ganz aktuell – Herr Wißen, Sie sagten es schon – hat das Bundeskabinett gerade gestern das neue Flughafenkonzept des Bundes verabschiedet. Dieses Papier hat eine bewegte Geschichte hinter sich, bis es in seiner jetzigen Form endlich einmal verabschiedet wurde. Umso wichtiger ist es, dass wir in Nordrhein-Westfalen uns das Papier genau ansehen und in seinen Auswirkungen auf die Fortschreibung unseres Luftverkehrskonzeptes analysieren. Auch dieses erfordert eine intensive Befassung. Schließlich ist die Luftaufsicht durch Bundesgesetz den Ländern in Auftrag gegeben worden.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Die muss sich an den gesetzlichen Vorgaben und den aktuellen Entwicklungen orientieren.

Ich habe Ihr Räuspern vernommen und bin gleich mit meiner Rede fertig, Frau Präsidentin.

Hinreichend gute Gründe verbieten es also, hier unüberlegte Schnellschüsse zu tätigen. Wir müssen uns stattdessen in Ruhe mit den Inhalten des Flughafenkonzeptes des Bundes auseinandersetzen und ebenfalls überlegen, was wir speziell tun wollen, um die Weichen für eine zukunftsfähige Luftverkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen richtig zu stellen. Wir werden uns mit dem Thema im Verkehrsausschuss am 16. Juni noch einmal intensiv beschäftigen. Ich freue mich auf die Diskussion. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Brüning. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Rasche das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Christof Rasche** (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich noch gut an die letzte Luftverkehrsdebatte in der letzten Legislaturperiode erinnern. Da stand hier für die SPD Manfred Hemmer. Der Spruch ist vielen noch geläufig: 4.000 m Straße führen ins Nichts, 4.000 m Startbahn in die weite Welt. – Lieber Herr Wißen, das waren noch Zeiten. Da machte die SPD noch Luftverkehrspolitik. Heute macht sie puren Wahlkampf.

(Lachen von der SPD – Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Ihr ganzer Antrag, lieber Herr Wißen, ist nichts als reiner Wahlkampf und heiße Luft. Heiße Luft passt ja gut zu Ihrer Plakatwerbung. Da steht nichts drin.

(Bodo Wißen [SPD]: Ich habe doch Herrn Linssen zitiert!)

Sie schreiben zum Beispiel, lieber Herr Wißen: Die Landesregierung muss sich zur dezentralen Luftverkehrskonzeption bekennen. – Das hat die Landesregierung längst getan – die alte, die neue. Alle Koalitionen haben das getan. Den Punkt kann man abhaken.

Sie schreiben, Herr Wißen: Das im Jahre 2000 erarbeitete Luftverkehrskonzept ist nicht mehr ausreichend. – Auch das ist doch völliger Quatsch. Alle Beteiligten können sehr gut damit leben. Alle Flughäfen kommen damit zurecht. Alle Behörden kommen damit zurecht. Es ist völlig ausreichend, um den Luftverkehr in Nordrhein-Westfalen weiter zu gestalten. Da ist im Moment kein Bedarf.

Als die Landesregierung bekannt gegeben hat, meine Damen und Herren, dass die Luftverkehrskonzeption im Jahre 2010 nach der Landtagswahl fortgeschrieben wird, hat sich darüber auch keiner beschwert – die Flughäfen nicht, alle Beteiligten nicht.

Die Einzigen, lieber Herr Wißen, die sich darüber beschwert haben, sind die Grünen und Sie, weil Sie nämlich von einer Fortschreibung der Luftverkehrskonzeption politisch profitieren wollen. Das ist der einzige Ansatz, den Sie haben. Es geht Ihnen doch nicht um Anlieger oder Anliegerinnen. Es geht Ihnen doch nicht um irgendwelche Siedlungen und Städte oder um den Luftverkehr selber. Sie wollen politisch profitieren. Deswegen möchten Sie das Thema gerne diskutieren.

Wir haben allerdings hier einen Beschluss, meine Damen und Herren, der von allen vier Fraktionen gefasst wurde, also auch von den Grünen. Ich glaube, die Beteiligten wie die Flughäfen sind gerade über die breite Mehrheit in diesem Plenum sehr froh und können deshalb auch bis zum Jahre 2010 sehr gut mit diesem Beschluss leben.

(Beifall von der FDP)

Lieber Herr Wißen, Sie beschreiben in Ihrem Antrag einen Schlingerkurs. Ich glaube, da haben Sie an

Ihre alte Regierungszeit gedacht, in der es einen Schlingerkurs von Rot-Grün in der Luftverkehrspolitik ohnegleichen gab.

(Beifall von der FDP)

Hier wurde eine Luftverkehrskonzeption beschlossen. Am gleichen Tag haben in der Presse, und zwar nicht nur in Münster, sondern auch an vielen anderen Standorten, die Grünen-Abgeordneten namentlich diesen Beschluss vor Ort mit allen Mitteln bekämpft. Wenn das kein Schlingerkurs ist, meine Damen und Herren, was denn dann?

Oder nehmen wir Köln/Bonn. Sie haben zehn Jahre, lieber Herr Wißen, mit den Grünen regiert. Sie wollten diese Regierung sogar fortsetzen. Im Wahlprogramm 2005 der Grünen steht drin, sie wenden sich gegen jeglichen Luftverkehr am Flughafen Köln/Bonn und damit verbunden auch gegen jeglichen Frachtverkehr in Köln/Bonn.

(Horst Becker [GRÜNE]: Sie können nicht lesen!)

– Ich kann Ihnen das gleich zeigen, Herr Becker.

(Horst Becker [GRÜNE]: Nachtflugverkehr!)

– Gut, Nachtflugverkehr. Damit wären UPS und sämtliche Unternehmen aus Köln/Bonn verschwunden. Das ist doch Ihre Politik. Das war der Schlingerkurs, den es in der Luftverkehrspolitik zwischen Rot und Grün immer gegeben hat.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Rasche, der Kollege Wißen würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Christof Rasche** (FDP): Das finde ich klasse.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte schön, Herr Kollege Wißen.

**Bodo Wißen** (SPD): Geehrter Kollege Rasche, Sie haben gesagt, es gäbe kein Bedürfnis von Flughäfen nach einer Überarbeitung der Luftverkehrskonzeption 2010. Ich habe den Fall des Flughafens Weeze erwähnt und frage Sie deshalb, ob Ihnen bekannt ist, dass es den dringenden Wunsch gerade des Flughafens Weeze gibt, dieses Konzept zu überarbeiten vor dem Hintergrund mehrerer Gerichtsurteile, die sagen, dass das Land das Interesse an diesem Flughafen ganz dringend deutlich machen muss und dass gerade eine Neuüberarbeitung der Luftverkehrskonzeption 2010 ein geeignetes Instrument sein könnte. Ist Ihnen dieser Umstand bekannt?

**Christof Rasche** (FDP): Lieber Herr Wißen, Sie haben gerade mit dem Wort „könnte“ geendet. „Könnte“ ist genau die richtige Bezeichnung für das,

was Sie gerade beschrieben haben. Die rechtliche Problematik in Weeze ist so kompliziert – auch mit den Anliegern und mit der Lärmbelästigung, die man natürlich berücksichtigen muss –, dass dieser Ansatz alleine überhaupt nicht ausreicht. Um das Problem wirklich lösen zu können, braucht man etwas ganz anderes als eine Veränderung oder eine neue Luftverkehrskonzeption. Auch das, lieber Herr Wißen, war nur heiße Luft.

Herr Wißen, Sie haben gesagt, dass die Regierung in Berlin ein Flughafenkonzept der Bundesregierung beschlossen hat. Das haben wir hier vorliegen. Es ist sehr umfangreich. Es umfasst 94 Seiten. Da steht einiges drin.

Wenn jemand Einfluss hat auf den Bundesverkehrsminister, der ja der SPD angehört, dann müssten Sie es sein. Wenn Sie bei Herrn Großmann oder bei Herrn Tiefensee einen Termin haben wollen, bekommen Sie den morgen oder übermorgen. Wir kriegen den noch lange nicht. Bei uns dauert das vielleicht vier, fünf oder sechs Monate.

Auf der Seite 52 in dem Flughafenkonzept der Bundesregierung steht:

Vor diesem Hintergrund ist es nicht vertretbar, dass ausschließlich aus regionalen oder lokalen Erwägungen Flugplätze ausgebaut werden, die sich auf Dauer betriebswirtschaftlich nicht tragen ...

Das trifft genau auf Kassel-Calden zu, und genau das will die Bundesregierung offensichtlich nicht.

Auf Seite 54, lieber Herr Wißen, steht dann:

Der Bund behält es sich vor, bei Abweichen von diesen Kriterien keine finanzielle Unterstützung für die Anbindung eines Flughafens an Straße und Schiene zu gewähren und darüber hinaus gegebenenfalls jegliche politische Unterstützung ... zu verweigern.

Das, meine Damen und Herren, ist jetzt die Frage, die sich die SPD stellen muss. Steht sie zu dem, was sie gerade in dem Flughafenkonzept bzw. was Herr Tiefensee als Bundesverkehrsminister beschlossen hat? – Dann könnte er jegliche Zuwendungen zu einem genehmigten Flughafen Kassel-Calden kappen. Damit wäre er gestoppt, lieber Herr Wißen. Sie haben gerade noch bemerkt, Sie wollen den Flughafen Kassel-Calden nicht.

Der Schlüssel, um den Flughafen Kassel zu verhindern, liegt bei der SPD, liegt bei der Bundesregierung und liegt beim Bundesverkehrsminister Tiefensee. Das hat er uns heute – zumindest schriftlich – mitgeteilt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rasche. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Ab-

geordnete Becker das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Becker.

**Horst Becker (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ist festzustellen: Die Erkenntnis, dass Sie kein neues Luftverkehrskonzept brauchen, ist eine Erkenntnis, die ungefähr ein halbes Jahr alt ist. Vorher hat der Minister regelmäßig verkündet, selbstverständlich werde man ein neues Luftverkehrskonzept noch in dieser Wahlperiode – wörtliches Zitat – hier vorlegen.

An dieser Stelle kann ich das ohne Eigenlob sagen: Erst auf ein relativ beharrliches Nachfragen meinerseits ist herausgekommen, dass Sie davon Abstand nehmen. Und Sie nehmen selbstverständlich davon Abstand – auch das ist richtig –, weil Sie Angst haben, dass Sie Ihre Pläne offenlegen und mit der Bevölkerung in Wahlkampfzeiten diskutieren müssen. Wir haben in diesem Jahr drei Wahlen, und wir haben im nächsten Jahr die Landtagswahl. Insofern ist ganz offensichtlich, dass Sie die Abstimmungen der Bürgerinnen und Bürger über Ihre Pläne fürchten, dass Sie eben diese Pläne nicht aktualisieren wollen. Daher ist die Kritik der Kolleginnen und Kollegen der SPD an dieser Stelle richtig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gleichwohl – das will ich dann auch ganz deutlich sagen – unterscheide ich mich in der Sache – das ist auch überhaupt nicht verwunderlich – in den Schlussfolgerungen. Ich will das in aller Kürze darlegen:

Das heutige Luftverkehrskonzept bleibt, insbesondere wenn man die neueren Entwicklungen in Düsseldorf, in Köln/Bonn, aber auch an den Regionalflughäfen sieht, hinter den heutigen Fragestellungen zurück. Es bleibt nicht nur in Bezug auf die Lärmfragen hinter den Fragestellungen zurück. Sie verweigern sich – ich darf das noch einmal sagen -bis heute ja gar einer epidemiologischen Studie und einer wirklich sachlich fundierten Aufarbeitung dieses Problems. Es bleibt auch zurück hinter den Fragestellungen, die sich wirtschaftlich und aus kommunaler Sicht ergeben.

Da ist Folgendes zu beobachten: Wir haben in Münster, in Dortmund, in Paderborn überall die Bemühungen, die Start- und Landebahnen zu verlängern, teils bereits planfestgestellt, teils in den Vorüberlegungen, und wir haben das immer wegen der Konkurrenzsituation.

Wenn Sie auf Kassel-Calden verweisen: Wir haben genauso unter den nordrhein-westfälischen Flughäfen diese Konkurrenzsituation. Wir haben eine Konkurrenzsituation, die an all diesen Flughäfen zu einem Minus und zu Subventionen führt, selbstverständlich in Dortmund, selbstverständlich in Weeze, wenn man die Subventionen der Kommunen und des Landes mit berücksichtigt, selbstverständlich

inzwischen wieder in Paderborn, wenn die Pläne verwirklicht würden, und selbstverständlich in Dortmund über die Stadtwerke. Ich sage es noch einmal: Dort sind es zwischen 25 und 30 Millionen € pro Jahr gewesen, über 150 Millionen € in den letzten sieben Jahren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn wir das sehen, müssen wir uns die Frage stellen: Steht das in einem vernünftigen Verhältnis zu anderen Kosten, die wir haben? Ich erinnere nur an das Geschrei, das Ihre Fraktionen machen, wenn es um das Sozialticket geht. Eine ungleich geringere Subvention, damit haben Sie Probleme sondergleichen. Aber da, wo Sie den Luftverkehr subventionieren, haben Sie keine.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie subventionieren in letzter Konsequenz Fluggesellschaften. Sie subventionieren: in Weeze Ryanair, in Dortmund easyJet und an den beiden Flughafenstandorten Münster und Paderborn im Wesentlichen airberlin, übrigens eine Luftfahrtgesellschaft, die in ganz enormen Problemen steckt.

Wohin das führt, will ich Ihnen gerne sagen. Wir sind in Nordrhein-Westfalen völlig übermöbliert mit Regionalflyghäfen. An dieser Stelle, Herr Kollege Wißen, muss ich Ihnen sagen, dass das die Bundesregierung viel kritischer sieht, nicht nur in Bezug auf Kassel-Calden. Da machen Sie es sich zu einfach.

Die Bundesregierung sagt dazu: Je kleiner und je regionaler diese Flughäfen sind, je höher die Wahrscheinlichkeit für die Entstehung von Überkapazitäten durch den Flughafen ausbau ist, desto intensiver muss die Genehmigung geprüft und bewertet werden. Nach der Definition der Bundesregierung fallen die Flughäfen Münster/Osnabrück, Paderborn/Lippstadt, Weeze und Dortmund durchweg in die Rubrik „kleine Flughäfen“. Wir können es zusammen prüfen.

Es wird in der Tat auch im Rahmen des Genehmigungsverfahrens verlangt, dass innerhalb von sieben bis zehn Jahren keinerlei Defizite mehr an diesen Standorten anfallen. Ich halte das für den richtigen Weg; ich will das ganz deutlich sagen. Ich halte andere Passagen an diesem Flughafenkonzept nicht für richtig, aber ich glaube, dass wir in Nordrhein-Westfalen nicht unter zu wenigen Flughäfen leiden und dass wir auch keine liebesdienerische Politik gegenüber Gesellschaften wie Ryanair machen sollten, von denen jeder Fachkundige weiß, dass die mit Abfertigungsgebühren an Flughäfen, die auf dauerhafte Subventionen angewiesen sind, arbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Überall, wo Ryanair tätig ist, in ganz Europa, wird mit Subventionen über die Start- und Landegebühren gearbeitet. Ich finde, wenn wir an der einen

Stelle über Schuldenbremse reden, wenn wir an anderen Stellen darüber reden, was im sozialen Bereich nicht geht, was im ÖPNV nicht geht, was beim Sozialticket nicht geht, können und dürfen wir auch aus wirtschaftlichen Gründen – ich rede jetzt gar nicht von Lärm und Ökologie – diese Subvention nicht weiterführen. Deswegen sagt unsere Fraktion: An der Stelle hat die Bundesregierung recht. An anderen Stellen müsste sie nacharbeiten, insbesondere was die Ökologie und die Lärmbelastung angeht.

Auch ich freue mich auf die Diskussion, aber ich glaube, wir müssen sie dann doch ein Stück weit aus dem Wettbewerb „Wer hat die meisten Flughafenstandorte?“ herausführen in eine sachliche Betrachtung. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Becker. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Lienenkämper das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

**Lutz Lienenkämper,** Minister für Bauen und Verkehr: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Die Vorwürfe in dem Antrag der SPD-Fraktion gehen sämtlich fehl. Schon der Umstand, dass es im Zeitraum 2005 bis 2008 eine Zunahme des Fluggastaufkommens um fast 17 % auf insgesamt gut 35 Millionen Passagiere und eine Zunahme der Zahl der Beschäftigten um rund 5.000 Personen an den nordrhein-westfälischen Flughäfen gegeben hat, beweist den Erfolg unseres Handelns.

Die Landesregierung verfolgt eine Luftverkehrspolitik mit dem Ziel, eine bedarfsgerechte, leistungsfähige, sichere und umweltverträgliche Luftinfrastruktur zu sichern und auszubauen. Damit soll eine aufkommensnahe Befriedigung der Luftverkehrsnachfrage gewährleistet und Nordrhein-Westfalen in den nationalen, internationalen und interkontinentalen Luftverkehr eingebunden werden.

Lassen Sie uns nicht vergessen, dass die Grundlage für diese Luftverkehrspolitik in diesem Hohen Hause von allen Fraktionen beschlossen worden ist. Kollege Becker, Sie haben eben Kritik an Passagen der Konzeption geübt. Offenkundig haben Sie sich von dem damaligen gemeinsamen Beschluss inzwischen entfernt. Das ist nicht strafbar, aber wenigstens festzustellen. Seinerzeit ist die Luftverkehrskonzeption einmütig beschlossen worden. Und die unstreitigen Erfolge der Luftverkehrspolitik der Landesregierung zeigen, dass wir nach wie vor auf dem richtigen Weg sind.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Minister, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der

Abgeordnete Becker möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie die zu?

**Lutz Lienenkämper**, Minister für Bauen und Verkehr: Aber selbstverständlich.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth**: Bitte schön, Herr Kollege Becker.

**Horst Becker** (GRÜNE): Würden Sie zur Kenntnis nehmen, Herr Minister – ich weiß nicht aus dem Kopf, ob Sie damals dabei waren –, dass der Beschluss in den Fraktionen zwar so gefallen ist, wie Sie es gesagt haben, dass gleichwohl wegen großer Bedenken insbesondere unser damaliger verkehrspolitischer Sprecher in einer persönlichen Erklärung seine Bedenken geltend gemacht hat, dass wir also frühzeitig gesagt haben, wo die Bedenken sind, und uns vorbehalten haben, diese später wieder mehr in den Vordergrund zu stellen?

**Lutz Lienenkämper**, Minister für Bauen und Verkehr: Kollege Becker, das brauche ich nicht zur Kenntnis zu nehmen, weil ich es weiß. Ich bin aber davon ausgegangen, dass Sie für die Fraktion gesprochen haben und nicht für Ihren damaligen verkehrspolitischen Sprecher.

(Horst Becker [GRÜNE]: So ist es! Unsere Bedenken sind die, die ich vorgetragen habe!)

Um das ganz sachlich zu beantworten: Auch Ihre Fraktion hat seinerzeit – wie ich richtig feststellen darf – ihre politische Meinungsäußerung durch ihr Abstimmungsverhalten zur Kenntnis gebracht. Das ist so gewesen, wie es gewesen ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen hat, weil er sich in Erklärungsschwierigkeiten befand, dazu eine persönliche Erklärung abgegeben. Die erweitert und ergänzt das Ganze – aber doch nicht im Sinne der Fraktion, denn sonst hätte anders abgestimmt werden müssen.

(Christof Rasche [FDP]: Nennt man das vielleicht Schlingerkurs?)

Insofern sind wir uns in der Sache, glaube ich, durchaus einig.

Meine Damen und Herren, es ist völlig unverständlich, dass versucht wird, dieses Erfolgsrezept mit fadenscheinigen Gründen zu diskreditieren. Herr Kollege Wißen, es gibt auch keine Widersprüchlichkeit zwischen den Äußerungen von Oliver Wittke und von Helmut Linssen.

(Bodo Wißen [SPD]: Ha!)

Das kann ich Ihnen gerne erklären. Beide haben sich in den zurückliegenden Aussagen zur Luftverkehrskonzeption auf die relevanten Rahmenbedingungen bezogen. Das ist richtig. Oliver Wittke hat sich jedoch zu Rahmenbedingungen geäußert, die für die aktuelle Luftverkehrskonzeption Gültigkeit besitzen, Helmut Linssen hat auf die Rahmenbedingungen für die nächste Dekade abgestellt.

(Lachen von Bodo Wißen [SPD])

Naturgemäß sind zwei unterschiedliche Dinge auch unterschiedlich zu behandeln. Deswegen ist das überhaupt kein Widerspruch.

(Bodo Wißen [SPD]: Haben die Ihnen das so erzählt? – Horst Becker [GRÜNE]: Das ergibt sich aber nicht aus dem gesamten Kontext!)

– Herr Kollege Becker, die beiden haben über verschiedene Gegenstände gesprochen. Schon deswegen kann kein Widerspruch entstehen.

Zu Ihrer Erinnerung will ich die Rahmenbedingungen und die Veränderungen noch einmal kurz nennen. Es handelt sich um das Luftverkehrsgesetz, die Luftverkehrsrechtsprechung und die Umwelt- und Klimaauflagen. Die haben sich in der Vergangenheit erheblich geändert.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth**: Herr Minister, möchten Sie noch eine weitere Zwischenfrage zulassen, dieses Mal von Herrn Wißen?

**Lutz Lienenkämper**, Minister für Bauen und Verkehr: Aber gerne doch.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth**: Bitte schön, Herr Wißen.

**Bodo Wißen** (SPD): Ich darf vielleicht zitieren, weil Sie es möglicherweise nicht ganz verstanden haben. Am 10. April 2008 hat Dr. Linssen gesagt, dass eine bloße Fortschreibung der Luftverkehrskonzeption sicherlich nicht angebracht sei, weil sich die politischen, rechtlichen und verkehrswirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Zwischenzeit völlig geändert hätten. – In diesem Zusammenhang möchte ich auch Sie, Herr Minister, bitten, dazu Stellung zu nehmen, dass wir in der Luftverkehrskonzeption 2010 für den Flughafen Niederrhein/Airport Weeze

(Dr. Stefan Romberg [FDP]: Frage!)

einen Status als Militärlughafen haben, der umzuwandeln sei, dass dieser Flughafen aber mittlerweile der drittgrößte Passagierflughafen in Nordrhein-Westfalen ist. Meinen Sie nicht, dass es Zeit ist, dass Schwarz-Gelb einmal über eine Aktualisierung von mir aus auch nur dieses einen Punktes nachdenkt? Glauben Sie nicht, dass das gescheit wäre?

**Lutz Lienenkämper**, Minister für Bauen und Verkehr: Kollege Wißen, ich habe doch eben vorgetragen – und Sie haben das im Grunde bestätigt –, dass Herr Kollege Linssen in der Tat über die Anforderungen der nächsten Dekade geredet hat.

(Bodo Wißen [SPD]: Dann ist der doch gar nicht mehr dabei!)

– Entschuldigung! – Oliver Wittke aber hat über die aktuelle Luftverkehrskonzeption gesprochen. Das sind zwei unterschiedliche Gegenstände. Gegenwart und Zukunft sind verschieden, Herr Kollege Wißen. Das ist eigentlich gar nicht so schwierig zu verstehen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das hat aber nichts mit dem Punkt zu tun!)

Ich will deutlich machen, dass die Rahmenbedingungen keine Konstanten sind, sondern stetigen Veränderungen unterliegen. Ich denke hier zum Beispiel an die Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes zum Nachtflug, an die Einführung des Emissionshandels im Luftverkehr, an die Fortschreibung des Flughafenkonzeptes der Bundesregierung, an die Entwicklung lärm- und verbrauchsärmerer Triebwerke, an den Low-Cost-Luftverkehr, an neue Drehkreuze innerhalb und außerhalb der EU.

Diese Entwicklungen stellen allerdings weder die Luftverkehrspolitik der Landesregierung noch die Luftverkehrskonzeption 2010 grundsätzlich infrage. Diese wird bis zum Ende ihrer Laufzeit ihre Funktion als Richtschnur für das luftverkehrspolitische Handeln der Landesregierung wirksam erfüllen.

Die neue Luftverkehrskonzeption für die nächste Dekade wird auf der Basis der dann geltenden Rahmenbedingungen zu erarbeiten sein. Sie wird – das hat Oliver Wittke bereits in früherer Zeit dargelegt, und das hat sich durch den Amtswechsel nicht geändert – nach Beginn der neuen Legislaturperiode vorgelegt werden.

Auch der Verweis auf die Aussage meines Vorgängers bei der IHK Mönchengladbach 2007, Herr Kollege Wißen, verfängt nicht. Er hatte lediglich darauf hingewiesen, dass sich das Luftverkehrskonzept 2010 bereits in seinem siebten Jahr befand – das ist eine mathematische Wahrheit – und dass er ein neues Konzept anstrebe. Voraussetzung dafür war und ist in jedem Fall ein neues Flughafenkonzept des Bundes.

Wie richtig ausgeführt worden ist, ist dies gestern vom Bundeskabinett beschlossen worden. Das hat lange auf sich warten lassen. Es war Gegenstand des Koalitionsvertrages und ist nunmehr seit gestern da – übrigens mit heftigen Schmerzen zwischen Herrn Minister Tiefensee und Herrn Minister Gabriel. Wenn ich sehe, wie Herr Minister Gabriel den ursprünglichen Entwurf von Herrn Minister Tiefensee verwässert und zerschossen hat, merke ich,

dass auch Ihre Partei in der Luftverkehrskonzeption durchaus zerstritten ist.

(Bodo Wißen [SPD]: Das stimmt nicht!)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen gesagt, wann wir die neue Konzeption vorlegen werden.

Herr Kollege Wißen, Sie haben für die Begründung Ihrer Ausführungen den großen Philosophen Marius Müller-Westernhagen herangezogen. Damit Sie noch einmal schmunzeln können, weise ich darauf hin, dass er auch ein Lied mit dem Titel „Ich will es wissen“ geschrieben hat. In diesem Lied heißt es ganz treffend: „Es ist so schön, es ist so schön, sich im Kreise zu drehn.“

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor.

Damit sind wir am Schluss der Beratung und können zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates kommen. Er empfiehlt uns, den **Antrag Drucksache 14/9268** an den **Ausschuss für Bauen und Verkehr** zu **überweisen**. Dort soll dann in öffentlicher Sitzung die abschließende Beratung und Abstimmung erfolgen. Wer gibt dem seine Zustimmung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Alle Fraktionen haben dieser Überweisungsempfehlung zugestimmt.

Ich rufe auf:

## 10 Migration und Alter

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/9269

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD Frau Abgeordneter Koschorreck das Wort. Bitte schön, Frau Koschorreck.

**Elisabeth Koschorreck** (SPD): Schönen Dank, Frau Präsidentin! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle Menschen sollen ein selbstbestimmtes Leben in Würde führen. Dieses Ziel eint uns alle in diesem Hause, denke ich. Der Weg dahin ist jedoch gar nicht so einfach; denn Menschen haben nicht die gleichen Wünsche und Bedürfnisse und auch nicht die gleichen Voraussetzungen, um ihre Bedürfnisse in unserer Gesellschaft umzusetzen. Deshalb liegt es in unserer Verantwortung und ist es unsere Aufgabe, alle Menschen in ihrer Individualität zu unterstützen.

Dabei ist es ganz besonders wichtig, Maßnahmen und Programme nicht über einen Kamm zu sche-

ren. Vielmehr müssen sie auf spezifische Bedürfnisse zugeschnitten werden.

Leider ist die Situation im Land so, dass wir vielen Gruppen in unserer Gesellschaft immer noch unzureichend gerecht werden. Das liegt zum einen daran, dass wir zu wenig über ihre Bedürfnisse wissen. Es mag aber auch daran liegen, dass ihre politische Macht zu gering ist, um die Landesregierung zu einem ausreichenden Handeln zu bewegen.

Was den letzten Punkt angeht, habe ich nach der Stellungnahme des Kollegen Solf in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Generationen, Familie und Integration bezüglich der politischen Partizipation zugewanderter Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden die Hoffnung, dass zumindest die CDU-Fraktion sich der Forderung der LAGA NRW annähert. Das wäre zu begrüßen. Wir sind gespannt auf Ihren diesbezüglichen Vorschlag.

Als seniorenpolitische Sprecherin meiner Fraktion ist es mir ein besonderes Anliegen, mit dem heutigen Antrag ältere Migrantinnen und Migranten in den Vordergrund unserer Diskussion zu rücken. Wir reden hier im Übrigen über kein Randgruppenphänomen, sondern über eine in Zeiten des demografischen Wandels stark zunehmende Gruppe. Im Jahr 2020 werden fast 600.000 Menschen über 65 Jahre mit Migrationshintergrund in Nordrhein-Westfalen leben.

Nordrhein-Westfalen hat von der Lebensleistung dieser Menschen profitiert – wirtschaftlich, sozial und kulturell. Sie sind als Arbeitsemigranten, Aussiedler, Flüchtlinge und Asylbewerber zu uns gekommen.

Ich habe viele Gespräche mit Migrantinnen und Migranten geführt. In diesen Gesprächen ist deutlich geworden, dass sich ihre Wünsche für das Alter gar nicht so sehr von denen der Einheimischen unterscheiden: möglichst lange eine eigenständige Haushaltsführung, Teilnahme am öffentlichen, sozialen, kulturellen und religiösen Leben, Geborgenheit in der Familie, Mobilität und Unabhängigkeit sowie Respektierung der eigenen Vergangenheit und von Riten, Gebräuchen sowie Traditionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Unterschied besteht aber darin, dass Migrantinnen und Migranten oft die Voraussetzungen fehlen, um diese Wünsche auch umzusetzen. Sie haben nämlich ein höheres Armutsrisiko, ihnen steht weniger Wohnraum zur Verfügung, ihr Gesundheitszustand wird schlechter eingeschätzt, ihre Bildungsabschlüsse sind niedriger als im Bevölkerungsdurchschnitt – um nur einige Beispiele zu nennen.

Menschen mit Migrationshintergrund sind keine homogene Gruppe. Sie unterscheiden sich in Bezug auf Herkunftsland, Ethnie, Sprache, Religion, Bildungsstandard, Schichtzugehörigkeit, Migrationsphase und Aufenthaltsdauer in sozialer, finanzieller und gesundheitlicher Hinsicht im Hinblick auf ihre

Altersbilder, ihre Gesundheitskonzepte und ihre Erwartungen an die Versorgung abhängig von Familienstand sowie ethnischen und familiären Netzwerken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb müssen wir sehr genau hinschauen, wenn wir ihnen gerecht werden wollen. Bei der Analyse und bei den Maßnahmen ist Kultursensibilität ein wichtiges Stichwort. Konzepte müssen flexibilisiert werden, und das Handeln aller Akteure muss auf die jeweils spezifischen Bedürfnisse ausgerichtet werden.

Deshalb fordern wir in unserem heute debattierten Antrag die Landesregierung auf, endlich mit ihren Ankündigungen von mehr Integration Ernst zu machen.

An erster Stelle steht dabei die Verbreiterung des Datenmaterials durch weitere wissenschaftliche Untersuchungen, wie es auch bei vielen Fachtagungen angemahnt wurde, von der Landesregierung aber immer noch unzureichend umgesetzt wird. Damit wir unser Handeln zielgenau ausrichten können, müssen wir mehr über die Lebensumstände wissen; denn die Liste der Handlungsfelder ist lang. Sie reicht von Wohnen über Gesundheit, Pflege, ehrenamtliches Engagement und Bildung bis hin zu Kultur; alles gehört dazu.

Wir wissen natürlich auch, dass hier in erster Linie die Kommunen gefordert sind; denn der Alltag der Menschen wird dort geprägt. Alleine können die Kommunen die vielfältigen Aufgaben aber nicht bewältigen. Daher muss man übergreifende Programme initiieren, die Vernetzung organisieren und Standards setzen. Um hier eine wirkungsvolle Verbesserung zu erzielen, müssen Land und Kommunen Hand in Hand arbeiten. Dies ist im Übrigen auch eine Forderung des Städtetages.

Mir und meiner Fraktion ist es besonders wichtig, ältere Migrantinnen und Migranten nicht als passive Objekte staatlichen Handelns zu begreifen. Sie haben vielfältige Kompetenzen mitgebracht und durch den Integrationsprozess zusätzlich erworben.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

– Ich komme gleich zum Schluss.

Ältere Menschen werden nur zu oft mit ihren Defiziten, nicht aber mit ihren Potenzialen wahrgenommen. Dabei tragen sie Verantwortung für ihr eigenes Leben und leisten vielfältige Hilfen in ihren Familien und in der Gesellschaft.

Bei der Qualifizierung für das ehrenamtliche Engagement, das sie leisten, kann ein Schwerpunkt der kurzfristigen Hilfe des Landes darin liegen, hierfür Unterstützung zu leisten.

Sehr geehrter Herr Minister Laschet, die hier lebenden Migrantinnen und Migranten blicken auf ein arbeits- und vielfach entbehrensreiches Lebens zurück. Sie haben es verdient, Herr Minister La-

schet, dass wir ihnen kurz- und mittelfristig Unterstützung anbieten und sie nicht auf die ferne Zukunft vertrösten.

(Minister Armin Laschet redet mit Barbara Steffens [GRÜNE].)

– Herr Minister Laschet, wenn Sie mir bitte ganz kurz zuhören würden! – Machen Sie bitte Schluss mit Sonntagsreden und setzen Sie die umfangreichen Handlungsempfehlungen, die vorliegen, in konkretes Handeln um!

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Koschorreck. – Als nächster Redner hat der Abgeordnete Solf für die Fraktion der CDU das Wort.

**Michael Solf<sup>\*)</sup>** (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eines gleich zu Beginn sagen: Etliches von dem, was die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion als Bestandsaufnahme in Ihrem Antrag formuliert haben, ist durchaus zutreffend. Das möchte ich gerne feststellen. Aber – auch das kann ich nicht verschweigen, liebe Frau Koschorreck – Ihre Schlussfolgerungen und die Forderungen, die Sie erheben, greifen leider zu kurz und blenden einige Fakten aus.

Wie also sieht die Sachlage aus? – Immer mehr Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte scheiden aus dem aktiven Erwerbsleben aus. Das gilt insbesondere für die sogenannten Gastarbeiter aus den Mittelmeerländern, die als Bergleute unter Tage, als Fabrikarbeiter, als Gastronomen oder als Kleinunternehmer hier gearbeitet haben. Hinzu kommen auch andere zum Teil hoch qualifizierte Fachkräfte, die aus allen Teilen der Welt stammen und mittlerweile in den verschiedensten Berufsfeldern tätig sind. Die Lebensleistung all dieser Menschen gilt es zu würdigen. Sie alle haben zum wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Erfolg unseres Landes beigetragen.

Laut den Ergebnissen des Mikrozensus lebten 2007 fast 700.000 Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen, die älter als 55 Jahre sind. Diese Zahl wird in den kommenden Jahren beträchtlich ansteigen. So geht die Zukunftskommission NRW in ihrem kürzlich vorgelegten Bericht davon aus, dass bereits bis zum Jahr 2020 der Anteil der über 65-Jährigen bei den Bürgerinnen und Bürgern mit einer Zuwanderungsgeschichte von heute 7 % auf dann 12 % steigen wird.

Diese Entwicklung birgt natürlich Probleme. Viele Gastarbeiter haben lange Zeit das Ziel verfolgt, irgendwann wieder in ihr Herkunftsland zurückzu-

kehren, und sich deshalb nicht ausreichend mit Themen wie Alterspflege, Gesundheitsvorsorge oder Rentenansprüche beschäftigt. Dazu kommen oft sprachliche Barrieren und der Umstand, dass die Möglichkeiten kultursensibler Pflege sicherlich noch verbessert werden können.

Vor wenigen Tagen erst ist eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung unter dem Titel „Migration und Gesundheit“ erschienen, in der etwa bilinguales Personal in der Altenpflege angemahnt wird. Und im Bundestag wollen gerade in diesen Wochen CDU und SPD Hauptschüler und Hauptschülerinnen mit türkischen Wurzeln für die Altenpflegeausbildung gewinnen.

Den Vorwurf, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dass die jetzige Landesregierung bisher zu wenig getan habe, um die Situation älterer Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte zu verbessern, kann ich allerdings überhaupt nicht teilen. Wie Sie dem Aktionsplan Integration und dem Integrationsbericht entnehmen können, ist das Thema sehr wohl im Blick dieser Landesregierung.

Die in Ihrem Antrag erwähnten Handlungsempfehlungen des Ministeriums entwerfen nicht nur – wie Sie es wenig schön beschreiben – ein blumiges Szenario, sondern werden ganz konkret in den Kommunen hinsichtlich ihrer Umsetzung beraten. Schauen Sie sich doch einmal das Programm KOMM-IN NRW an. Dort werden sowohl gesamtstrategische Prozesse der kommunalen Integrationsarbeit gefördert als auch altersspezifische Projekte, und zwar – wie Sie den Listen entnehmen können – eine ganze Reihe.

Oder denken Sie an die zahlreichen Integrationsagenturen, die vom Land unterstützt werden. Sie leisten einen ganz wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Beratungsstrukturen und fördern das vielfältige bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sowie die Aktivitäten der verbandlichen und offenen Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit.

Darüber hinaus könnte ich Ihnen noch zahlreiche weitere Einzelprojekte aufzählen, die älteren Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte in dem von Ihnen skizzierten Sinne zugute kommen. Auch die von Ihnen geforderten Untersuchungen, mit denen die Lebenslagen, Potenziale und Bedürfnisse dieser Menschen erforscht werden sollen, gibt es doch längst. Schauen Sie beispielsweise einmal in den kürzlich erschienenen Band 59 der Statistischen Analysen und Studien NRW nach, Frau Koschorreck!

Was also lässt sich festhalten? – Wir müssen die Probleme, mit denen ältere Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte konfrontiert sind, weiterhin beherzt und nachhaltig anpacken. Das ist eine Aufgabe, die nicht in einer Woche, nicht in einem Monat, nicht in einem Jahr zu bewältigen ist. Die in

Ihrem Antrag erhobenen Forderungen helfen uns dabei allerdings nicht weiter, da sie schlichtweg schon längst umgesetzt werden und somit in gewisser Weise veraltet sind.

Deshalb können wir Ihren Antrag nicht unterstützen. Der Überweisung an die Ausschüsse stimmen wir gleichwohl zu. – Punktlandung! Ich bedanke mich fürs Zuhören.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** In der Tat, Herr Kollege Solf. Vielen Dank. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Lindner das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Christian Lindner (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann es kurz machen: Es ist bereits darauf hingewiesen worden – sowohl von der antragstellenden Fraktion wie auch von meinem Vorredner –, dass wir es in der Tat mit einer neuen Herausforderung im Bereich der Seniorenpolitik zu tun haben, was die Quantität angeht. Soweit es um die Qualität der Arbeit geht, können wir bereits darauf verweisen, dass eine ganze Reihe unterschiedlichster erfolgreicher Initiativen gab.

Frau Koschorreck, Sie sollten wissen, dass wir in Nordrhein-Westfalen bereits im Jahre 1997 mit dem Haus am Sandberg in Duisburg-Homberg eine erste interkulturell arbeitende Einrichtung der Altenhilfe haben eröffnen können. Das war noch zu Ihrer Verantwortungszeit. Es gibt inzwischen in allen Verbänden der freien Wohlfahrtspflege Abteilungen, die sich mit interkultureller Migranten- und Seniorenarbeit befassen.

Bei der AWO und vom DRK weiß ich das durch entsprechende Publikationen. Das Deutsche Kuratorium Altenhilfe hat Studien angestoßen. Die Landesregierung selbst ist in verschiedener Weise über das zuständige Ministerium tätig geworden. Wir haben ein Forum „Seniorenarbeit NRW“, das sich mit dieser Frage befasst hat. Es ist inzwischen in der Fachdiskussion mit Blick auf die Schaffung bedürfnisorientierter Einrichtungen und Wohnmodelle Common Sense, dass man auch auf den Migrationshintergrund abstellen muss.

Ich könnte diese Auflistung weiter fortsetzen, ich will aber nur auf eines hinaus: In diesem wichtigen Feld passiert bereits eine ganze Menge. Ihr Antrag lenkt noch einmal den Blick auf diesen Aufgabenbereich, enthält für uns allerdings nicht viele neue Erkenntnisse, die wir fachpolitisch umsetzen müssten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Als nächste Rednerin hat für

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Asch das Wort. Bitte schön, Frau Asch.

**Andrea Asch<sup>1)</sup> (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig, dass wir uns dem Problem der älter werdenden Migrantinnen und Migranten zuwenden. Wir haben es mit der ersten Generation der Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund zu tun. All die, die vor 60 Jahren, als die sogenannten Gastarbeiter angeworben wurden glaubten, es sind Arbeitskräfte, die irgendwann zurück in die Heimatländer gehen, haben sich getäuscht. Das wissen wir heute. Es waren vor allem die konservative Kräfte, die dies annahmen. Heute wissen wir: Die Gastarbeiter wurden gerufen; es sind Menschen zu uns gekommen. Und diese Menschen werden älter. Da findet der gleiche demografische Wandel statt wie in der deutschen Gesellschaft auch.

Sie werden älter. Das ist gut so, aber das bedeutet auch, dass wir Versorgungsformen finden müssen, die ihnen adäquat sind. Die Annahme, dass gerade bei Menschen mit Migrations- und Zuwanderungsgeschichte die familiären Versorgungssysteme noch tragen, hat sich als falsch erwiesen. In der Enquete Pflege ist sehr deutlich gezeigt worden, dass auch in den Familien mit Zuwanderungsgeschichte die Jüngeren eben nicht für ihre Eltern sorgen, sondern durch stärkeres Umziehen, Wechsel des Arbeitsplatzes nicht mehr für die Pflege der älteren Generation zur Verfügung stehen. Deshalb müssen wir Versorgungsformen finden.

Wir sollten nicht den gleichen Fehler machen, der in der Altenpflegepolitik über Jahrzehnte gemacht wurde, nämlich große Heimeinrichtungen zu schaffen. Wir sollten vielmehr den Weg gehen, der als richtig angesehen wird: die älter werdenden Seniorinnen und Senioren in kleinen wohnortnahen Einrichtungen, am besten in der eigenen Häuslichkeit, mit Migrationshintergrund zu versorgen und ihnen Pflege zu ermöglichen.

Wesentlich ist, bei allen Diensten und Einrichtungen die interkulturelle Kompetenz zu stärken. Wir wissen, dass das Wissen um die religiösen Hintergründe, die auch bestimmte Bedürfnisse evozieren, zum Beispiel Ernährungserfordernisse und -gewohnheiten – ein wichtiges Thema –, oftmals nicht genügend ausgeprägt ist, um auf die Bedürfnisse von Migrantinnen und Migranten einzugehen. Hier besteht ein sehr großer Nachholbedarf, weil wir wissen, dass die interkulturelle Kompetenz von Pflegenden, aber auch von Angehörigen der Gesundheitsberufe insgesamt noch nicht ausreichend ist.

(Beifall von den GRÜNEN und Michael Solf [CDU])

Dazu gehört auch ganz wesentlich, dass wir in den Einrichtungen – sei es in der Pflegeberatung, in den Pflegeeinrichtungen, in den Heimen – sehr viel

mehr muttersprachliches Personal einstellen. Auch hier ist die Quote noch längst nicht befriedigend. Wir haben aber die Erfahrung gemacht: Je älter die Menschen werden, desto weniger können Sie die Zweitsprache Deutsch in ihrem Alltag anwenden. Demente Migrantinnen und Migranten verlieren diese Zweitsprache, selbst wenn sie sehr gut deutsch gesprochen haben, und müssen in ihrer Muttersprache angesprochen werden. Das ist ein Erfordernis. Dafür brauchen wir muttersprachliches Personal, und zwar in der gesamten Versorgungskette: von der Altenpflegeplanung über die Wohnberatung bis zu den Pflegeeinrichtungen, ob ambulant oder stationär.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn wir über migrationsspezifische Angebote im Altenbereich sprechen, müssen wir uns natürlich fragen: In welche Richtung soll es gehen? Soll es in die Richtung wie in Köln-Mülheim gehen – das ist mein Wahlkreis –, in dem tatsächlich eine türkische Altenpflegeeinrichtung entstehen soll? Sie ist in Mülheim an der Ruhr in Planung und steht kurz vor der Eröffnung. Ist das der richtige Weg, oder ist nicht eher eine multikulturelle Versorgungseinheit, ein multikulturelles Altenheim und Seniorenzentrum wie in Duisburg der richtige Weg, in dem sich verschiedene Ethnien und verschiedene Religionen begegnen?

(Beifall von GRÜNEN und Michael Solf [CDU])

Diese Frage muss geklärt werden. Ich bin hoffnungsfroh, dass wir, wie in vielen anderen Fragen der Migrationspolitik, dazu eine gemeinsame politische Haltung entwickeln und den Entscheidungsträgern mit dieser Grundhaltung ein Stück Orientierung geben werden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von GRÜNEN und Michael Solf [CDU])

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Laschet das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Nordrhein-Westfalen – Kollege Solf hat das schon gesagt – leben 700.000 über 55-jährige Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Aber diese Zahl wird in den nächsten Jahren wachsen, und auch die kulturelle Vielfalt der älteren Bevölkerungsgruppen wird weiter zunehmen.

Diese Menschen haben in aller Regel ein langes Erwerbsleben hinter sich gebracht. Viele von ihnen haben in Berufen gearbeitet, in denen sie unterdurchschnittlich verdient haben, während ihre Ge-

sundheit überdurchschnittlich stark beansprucht wurde. Deshalb war es wichtig, lieber Michael Solf, das zu würdigen, was hier an Leistungen für den Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland teils unter nicht immer sehr freundlichen Bedingungen getan worden ist.

Nun hat Frau Kollegin Asch gesagt, vor 60 Jahren kamen die Menschen, und die „konservativen Kräfte“ dachten, sie gehen wieder. Diese Einschätzung war keine Einschätzung der konservativen Kräfte, wer immer das sein mag, sondern es war die Einschätzung der Menschen selbst, die kamen. Sie haben gedacht: Wir gehen da mal für ein, zwei Jahre in dieses kalte Deutschland, verdienen etwas für unsere Familien und gehen dann wieder zurück. Die Wirtschaft hat das gedacht, die Gewerkschaften haben das gedacht. Alle Parteien haben das gedacht – damals gab es noch keine Grünen, aber die anderen haben das gedacht. Insofern ist das ein gesellschaftliches Phänomen, das sich abzeichnet.

Die Mehrheit geht übrigens immer noch zurück, wenn sie in den Ruhestand kommt, weil sich die Menschen ein Haus irgendwo in der alten Heimat gebaut haben und gerne auch in der alten Heimat ihren Lebensabend verbringen wollen. Aber immer mehr sagen: Wir wollen bei unseren Familien bleiben. Es ist eigentlich auch ein Stück Anerkennung für die Integrationskultur in unserem Lande, wenn sie eben nicht zurückgehen, sondern in unserem Lande bleiben.

Deshalb kommt es jetzt darauf an, unser Land darauf vorzubereiten, deutlich zu machen, dass es soziale, kulturelle und auch ökonomische Chancen gibt. Sie haben in dem anderen Teil Ihres Antrags kritisiert, das sei zu ökonomielastig. Man muss auch einmal die ökonomischen Chancen unserer deutschen Stammbevölkerung betonen und darauf hinweisen, welches Potenzial darin liegt. Insofern sind die Handlungsempfehlungen mit den spezifischen Bedürfnissen den verschiedenen Handlungsfeldern gerecht geworden – vom Wohnen über haushaltsnahe Dienstleistungen, Kultur, Tourismus, neue Medien, Sport und Bewegung. Da ist eine ganze Palette drin, mit denen auch wiederum Menschen wirtschaftlich agieren können.

Ich freue mich, dass Sie der Landesregierung attestieren, dass wir mit den Empfehlungen den derzeitigen Stand der Analyse sinnvoll zusammenfassen, wie Sie sagen. Uns ist es wichtig, dass wir dies gemeinsam mit neuen Kooperationsformen machen. Wir haben zum ersten Mal in dieser Form die Landesseniorenvertretung und die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Migrantenvertretungen zusammengebracht. Sie arbeiten jetzt beim ersten Projekt, nämlich beim Wohnen, erstmals konkret zusammen.

Wir ermitteln durch das Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung an der Universität Duisburg/Essen, welche kulturellen Angebote sich

ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wünschen. Die Spanische Weiterbildungsakademie Bonn – Forschungsinstitut Geragogik – untersucht die Bildungsbedürfnisse dieser Menschen. Zur Stärkung der Medienkompetenz haben wir beim Nova Medienzentrum Bennohaus in Münster ein Projekt, in dem sie die eigenen Medienprodukte wie Radio, Fernsehen und Internetbeiträge erstellen können.

Wir wollen die Migranten-Selbstorganisationen als Partner haben. Sie haben einen guten Zugang zu den Menschen, wissen um Probleme, Interessen, Neigungen und Potenziale. Damit können sie entscheidend dazu beitragen, dass ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auch nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben in unsere Gesellschaft integriert bleiben. Wie sie das machen, Frau Kollegin Asch, würde ich nicht vorgeben. Sie haben das nur als Frage kombiniert, nicht als Kritik.

Das Zentrum in Duisburg, in dem man in unterschiedlichen Kulturen zusammenlebt, ist ein Modell. Aber wenn sich eine rein türkische Gruppe von Menschen zusammenfindet, die, nachdem sie 40 Jahre hart gearbeitet haben, mit 70 Jahren nun plötzlich nicht mehr so Deutsch lernen können, wie das die Kinder lernen können, dann habe ich auch gar nichts dagegen, dass sie sich in einem Altenheim ihrer Art zusammenfinden.

Das nehmen wir auch für uns in Anspruch. Henning Scherf sucht neue Wohnformen im Alter. Ein anderer möchte gerne in eine katholische Einrichtung gehen, weil das seine Herkunft war und er sich da besonders gut aufgehoben fühlt. Das sollte man den Menschen selbst überlassen. Es war ja auch keine Kritik – ich bin ja ganz brav im Moment –, sondern nur eine Frage. Ich sage: Wir sollten diese Vielfalt zulassen.

Wir versuchen mit Unterstützung anderer Länder, insbesondere der Europäischen Union, mit der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, gemeinsamen Austausch über Grenzen in Europa hinweg zu organisieren. Wir haben das zweijährige Projekt „Aktives Altern von Migranten“ mit angestoßen, nutzen auch den europäischen Sachverstand, den Sachverstand der Forschung, den Sachverstand der Freiwilligenarbeit.

Ich denke, dass wir so auch für die Älteren einen Beitrag der Willkommenskultur und der Integration in unserem Lande leisten können.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister Laschet. – Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Schluss der Beratung, da mir weitere Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** der **Antrags Drucksache 14/9269** an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. – Gibt es Gegenstimmen zu dieser Überweisungsempfehlung? – Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Dann stelle ich die Zustimmung aller Fraktionen zu dieser Überweisungsempfehlung fest.

Ich rufe auf:

#### **11 Betreuungsassistentinnen und -assistenten nach § 87b SGB XI nicht auf die Fachkraftquote anrechnen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/9178

Entgegen der ursprünglichen Vereinbarung haben sich die Fraktionen nunmehr darauf verständigt, heute keine Debatte zu führen.

Die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/9178** soll an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** erfolgen. Dort soll dann auch die abschließende Beratung und Abstimmung gemäß § 79 Abs. 2 Buchst. d stattfinden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, sind Sie mit dieser Vorgehensweise und der Überweisung einverstanden? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann stelle ich das so fest.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende unserer heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, 24. Juni 2009, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und ein schönes Pfingstwochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 18:21 Uhr**

---

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.